

**Der Weg der  
Sozialdemokratie  
zur Macht   
in Preußen **

**OTTO STOLLBERG VERLAG G. M. B. H.  
BERLIN**



Herrn Minister H. Kirsiefer  
mit besten Grüßen.

Paul Kintz 27/3/31



**Der Weg der Sozialdemokratie  
zur Macht in Preußen**



# Der Weg der Sozialdemokratie zur Macht in Preußen

von

PAUL HIRSCH

Staatsminister a. D.



1929

OTTO STOLLBERG VERLAG G. M. B. H. / BERLIN

Alle Rechte vorbehalten

Copyright 1929 by Otto Stollberg Verlag G. m. b. H., Berlin SW 68

Druck: Berliner Zentraldruckerei G. m. b. H., Berlin SW 48

# INHALTSVERZEICHNIS

|                   | Seite |
|-------------------|-------|
| Vorwort . . . . . | 9     |

## I. Vor dem Weltkriege

|                                                              |    |
|--------------------------------------------------------------|----|
| Das alte Preußen . . . . .                                   | 11 |
| Das Dreiklassensystem . . . . .                              | 20 |
| Die ersten Sozialdemokraten im Preußischen Landtag . . . . . | 28 |
| Positive Mitarbeit . . . . .                                 | 46 |
| Wahlrechtskämpfe . . . . .                                   | 51 |

## II. Im Weltkriege

|                                                       |    |
|-------------------------------------------------------|----|
| Neuorientierung im Zeichen des Burgfriedens . . . . . | 57 |
| Fraktionskämpfe . . . . .                             | 65 |
| Neue Wahlrechtskämpfe . . . . .                       | 81 |
| Annektionspolitik . . . . .                           | 99 |

## III. Nach dem Weltkriege

|                                                                  |     |
|------------------------------------------------------------------|-----|
| Preußen beim Zusammenbruch . . . . .                             | 109 |
| Austritt der Unabhängigen aus der Regierung . . . . .            | 117 |
| Bis zum Zusammentritt der Landesversammlung . . . . .            | 124 |
| Zusammentritt der verfassunggebenden Landesversammlung . . . . . | 149 |
| Die Opposition in der Landesversammlung . . . . .                | 155 |
| Beamtenpolitik . . . . .                                         | 162 |
| Preußen und der Friedensvertrag . . . . .                        | 167 |
| Preußen und das Reich . . . . .                                  | 174 |
| Die polnische Bewegung . . . . .                                 | 188 |
| Gegen die rheinische Republik . . . . .                          | 200 |
| Verfassungsfragen . . . . .                                      | 211 |
| Der Kapp-Putsch . . . . .                                        | 216 |

---

## Anlagen

|                                                                                                                     |     |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| Rede des Ministerpräsidenten Hirsch zur Eröffnung der verfassunggebenden<br>Preußischen Landesversammlung . . . . . | 225 |
| Erlaß des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom<br>29. November 1918 . . . . .                  | 230 |
| Programm der Regierung vom 25. März 1919 . . . . .                                                                  | 232 |
| Etatsrede des Ministerpräsidenten Hirsch vom 15. November 1919 . . . . .                                            | 237 |



**Nach Aufzeichnungen und Erinnerungen  
aus Parlament und Regierung**





**Paul Hirsch**



## Vorwort

Schärfer noch als im Reich und der Mehrzahl der früheren Bundesstaaten tritt in Preußen der Gegensatz zwischen dem zusammengebrochenen Obrigkeitsstaat und dem neuen Volksstaat in Erscheinung. Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für die Wahlen zum Deutschen Reichstag bildete immerhin ein gewisses Gegengewicht gegen ein Uebernehmen der Reaktion. In Preußen dagegen war das Volk durch ein auf die Vorherrschaft des Besitzes und die Begünstigung des ostelbischen Junkertums zugeschnittenes Wahlrecht jedes Einflusses auf die Gesetzgebung beraubt. Einer kurzen liberalen Aera war in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die finstere Reaktion gefolgt, die sich mehr als zwei Menschenalter hindurch zu behaupten verstand und nach Gründung des Reichs durch die Preußen eingeräumte Vormachtstellung zu einer ständigen Bedrohung freiheitlicher Errungenschaften in ganz Deutschland wurde. Fortgesetzt mußte die Arbeiterklasse unter Führung der Sozialdemokratie zur Abwehr von Angriffen auf ihre winzigen Rechte auf der Hut sein.

Welch gewaltige Kämpfe die Sozialdemokratie zu bestehen hatte, um auch nur den kleinsten Fortschritt zu erzielen, wie heldenmütig sie insbesondere den Kampf gegen das Dreiklassen-Wahlssystem in Preußen geführt hat, das weiß die heutige Generation nicht. Ein unter starkem sozialistischem Einfluß stehendes Preußen erscheint ihr, nachdem die Sozialdemokratie sich länger als ein Jahrzehnt in der Regierung behauptet hat, eine Selbstverständlichkeit; sie hat wohl ein dunkles Gefühl für

die Wandlungen, die sich im Laufe der Zeit vollzogen haben, aber sie weiß nicht, wie schwer es gewesen ist, der Reaktion auch nur das geringste Zugeständnis abzurufen.

Ein langer und dornenvoller Weg war es, den die Sozialdemokratie zurücklegen mußte, um die Macht in Preußen zu erobern. Diesen Weg weiter zu gehen, nicht zu rasten, bis auch die letzten Schranken gefallen sind, das Werk ihrer Väter zu vollenden, ist Aufgabe der Jugend. Ihr vor allem gelten die nachfolgenden Aufzeichnungen, Erinnerungen aus Parlament und Regierung, zugleich bescheidene Beiträge zur neupreußischen Geschichte. Mögen sie die Jugend mit neuem Kampfesgeiste be-seelen! Mögen sie ihr eine Mahnung sein, die Streitaxt untereinander zu begraben und einmütig und geschlossen der Festigung der Republik ihre Kräfte zu weihen!

P. H.

## Das alte Preussen.

Von dem alten Preußen, wie es sich bis zum Ausbruch des Weltkrieges im wesentlichen unverändert erhalten hat, kann sich die neue Generation nur noch schwer eine Vorstellung machen.

Trotz der großen territorialen Veränderungen der letzten 50 Jahre, trotz der ungeheuren wirtschaftlichen Revolution, die sich vollzogen hatte, war Preußen politisch erstarrt geblieben. Alle Grundgesetze und Grundrechte, die ihre Entstehung den fortgesetzten Staatsstreichen der Gegenrevolution um die Mitte des vorigen Jahrhunderts verdankten, hatten sich behauptet. Noch immer hatten die ostelbischen Junker als Vorsteher der Gutsbezirke die Polizeigerichtsbarkeit und durften gegen ihr Gesinde in eigener Sache Recht sprechen, ein skandalöses Vorrecht, mit dem doch schon der große Reformator Freiherr vom Stein grundsätzlich hatte aufräumen wollen.

Noch immer war Preußen der Spielball der gesetzgeberischen Gewalt- und Racheakte der siegreichen Reaktion von 1848, noch immer galt ein Wahlsystem, das kein geringerer als Fürst Bismarck einst als das elendeste aller Wahlsysteme bezeichnet hatte. Noch immer bestand neben der sogenannten Volksvertretung, dem Dreiklassen-Parlament, als Erste Kammer das Herrenhaus, die tolle Schöpfung eines Friedrich Wilhelm IV., noch immer waren in Verwaltung und Justiz Adel und Großgrundbesitz ausschlaggebend, waren die breiten Massen des Volkes ihrer staatsbürgerlichen Rechte beraubt, wagte man es, den Staatsbediensteten das Koalitionsrecht vorzuenthalten, forderte man, daß die Beamten, Angestellten oder Arbeiter dem Staate, in dessen Dienst sie standen, zugleich mit ihrer Arbeitskraft auch ihre politische Gesinnung verkauften.

Noch immer suchten arbeiterfeindliche Regierungen auf dem Verwaltungswege zu erzwingen, was das Gesetz ihnen nicht gestattete. Noch immer mißbrauchte man die Schule im Dienste gegen die Freiheit. In zwei Menschenaltern nicht

ein einziger Fortschritt auf dem Gebiete des preußischen Staatsrechts, überall finsterste Reaktion, wohin auch immer wir blicken.

Einmal freilich hatte es den Anschein gehabt, als ob Preußen sich zu einem modernen Staat entwickeln werde. Aber der Traum währte nur kurze Zeit, vom 18. März 1848, als sich Friedrich Wilhelm IV. unter dem Druck der siegreichen Revolution zu liberalen Zugeständnissen bereiterklären mußte, bis zum 1. November desselben Jahres, als das Ministerium Brandenburg die preußische Nationalversammlung davon jagte. Was vorher ging und was nachfolgte, war ein einziges ohnmächtiges Ringen gegen die Herrschaft des Junkerfeudalismus und des militärisch-polizeilich-bürokratischen Absolutismus der Krone, ein Kampf, in dem das liberale Bürgertum nicht zuletzt durch eigene Schuld schmachvoll unterlag. Das Volk wurde um seine Blutopfer betrogen, aus der Tiefe politischer und geistiger Knechtung kroch der Wechselbalg einer Verfassung, die erst mit dem Zusammenbruch der Monarchie ihr ruhmloses Ende gefunden hat.

Verfassung, Wahlgesetz, Vereinsrecht wurden dem Volke unter Bruch aller Märzversprechungen oktroyiert. In wiederholten Staatsstreichen wurde Preußen aus der Aera des Liberalismus zurückgeworfen in den dunkelsten Absolutismus. Friedrich Wilhelm IV. strebte sogar die vollständige Beseitigung auch der Scheinkonstitution an und spielte mit dem hochverräterischen Gedanken, wenn es sein mußte, mit Hilfe der Soldateska die Verfassung, das elende Stück Papier, ganz zu zerreißen.

Und mit dem Könige war das Junkertum in den furchtbaren Wochen der Gegenrevolution, in denen die preußischen Grundrechte geschaffen wurden, wieder zum vollen Bewußtsein seiner Kraft gelangt. Die preußische Reaktion ist sich gleich geblieben, weil damals die Sache des Junkertums ungebrochen, ja verstärkt aus allen Erschütterungen hervorging. Das Junkertum hat seine Züge bisweilen geschminkt, aber niemals verändert, es blieb sich gleich in seinem Haß gegen jede politische und geistige Freiheit, in seinem schrankenlosen materiellen Egoismus, in seiner monarchisch heuchelnden Tyrannisierung der Monarchie. Wie es nach Jena der Todfeind der liberalen Reformen war und durch seinen Einfluß die Bauernbefreiung in eine große Bauernlegerei umwandelte, so rottete es sich 1848 gewalttätig gegen jede politische und soziale Einengung seiner

Privilegien zusammen; es forderte und verteidigte den Absolutismus der Krone, kämpfte aber in Wirklichkeit nur für seinen eigenen Absolutismus. „Wir müssen“, so schrieb 1850 Graf Breßler, „die begonnene Pappendeckelarbeit ins Kehrrecht werfen und zur absoluten Monarchie zurückkehren... Wir müssen unseren Adel wieder herstellen ... die gutsherrlichen Verhältnisse befriedigend ordnen, die Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Heiratsfreiheit, Bodenverstümmelungsfreiheit auf ein vernünftiges Maß zurückführen.“ Diesem Grundsatz aus den Zeiten der Gegenrevolution ist das Junkertum in späteren Jahren treu geblieben und hat nicht nur jeden Fortschritt vereitelt, sondern war auch unablässig bemüht, die spärlichen Volksrechte, die aus der Revolution gerettet waren, endgültig zu vernichten.

Die preußische Verfassung war ebenso wie das Wahl- und Versammlungsrecht ein Willkürakt der Krone; sie war nicht konstitutionell vereinbart, sondern der Nation einseitig verordnet worden. Das erste preußische Wahlgesetz vom 8. April 1848 für die zur Vereinbarung einer Verfassung zu berufende Nationalversammlung, das dank dem März-Siege verhältnismäßig freiheitlich gestaltet war, wurde durch Verordnung vom 6. Dezember 1848 aufgehoben, und diesem ersten Staatsstreich folgte am 30. Mai 1849 der zweite, aus dem dann das Ungeheuer des Dreiklassen-Wahlsystems hervorging.

Der Verfassungsentwurf Friedrich Wilhelms IV. vom 20. Mai 1848 bedeutete zunächst, obwohl halb absolutistisch, doch einen Fortschritt gegenüber der Vergangenheit. Er brachte wichtige Grundrechte, Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit, daneben aber auch das Zweikammersystem, das Herrenhaus, das zum größeren Teil noch aus Wahlen hervorgehen sollte. Die wichtigsten absolutistischen Kronrechte ließ er unangetastet. Die auf Grund des geheimen, gleichen und allgemeinen Wahlrechts gewählte Nationalversammlung versuchte, den Entwurf zu demokratisieren, blieb aber auf halbem Wege stehen. Statt das absolute Veto-Recht der Krone gegenüber den Beschlüssen der Kammer zu beseitigen, führte sie das sogenannte suspensive Veto ein; während nach dem Entwurf zu jedem Gesetze die Uebereinstimmung des Königs und beider Kammern erforderlich war, sollte nach den Vorschlägen des Parlaments ein von beiden Kammern unverändert zum dritten Male angenommener Gesetzesentwurf durch die dritte Annahme Gesetzeskraft erlangen. Das Zweikammersystem wurde beibehalten, nur sollte das Herrenhaus

aus den Wahlen der vereinigten Kreis- und Bezirksvertretungen, nicht aber aus allgemeinen Wahlen hervorgehen, weil man eine Gewähr dafür verlangte, daß in der Ersten Kammer „vorzugsweise Intelligenz und Geschäftskunde vertreten werde“. Gegen eine starke Minderheit, die gegen diesen „Eingriff in die Familienrechte“ und „die Verletzung des Rechtsbewußtseins“ protestierte, wurde der Adel aufgehoben, ebenso die Fideikomnisse, die feudalen Vorrechte der Grundbesitzer. Die Kammern erhielten das Recht der Ministeranklage.

So bescheiden diese vorläufig nur von der Verfassungskommission gefaßten Beschlüsse waren, für Friedrich Wilhelm IV. bedeuteten sie die Erkenntnis, daß „zu seinem tiefen Schmerz“ die Nationalversammlung nicht imstande sei, das „große Werk“ der Verfassung „ohne Verletzung der Würde unserer Krone und ohne Beeinträchtigung des davon unzertrennbaren Wohles des Landes“ fortzuführen. Am 5. Dezember 1848 wurde die Nationalversammlung verjagt, die liberale Episode Preußens war zu Ende.

Vom gleichen Tage datiert die nun oktroyierte Verfassung, die gegenüber den Beschlüssen der Kommission in entscheidenden Stellen revidiert worden ist. Vor allem wurde das suspensive Veto beseitigt. Das Parlament hatte keine Macht mehr, seinen Beschlüssen durch dreimalige Wiederholung Gesetzeskraft zu verleihen. Was die Verfassung aber an konstitutionellen Bürgschaften übrig ließ, wurde auf Grund des Artikel 105, des sogenannten Diktaturparagraphen, durch Verordnung völlig zerstört. So erging am 29. Juni 1849 die allerhöchste Verordnung über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinsrechts und über die Vervielfältigung und Verbreitung von Schriften und verschiedenen durch Wort, Schrift, Druck, Zeichen, bildliche oder andere Darstellung begangenen strafbaren Handlungen. Es folgte am 11. März 1850 die Verordnung, die Frauen, Lehrlingen und Schülern das Vereins- und Versammlungsrecht nahm; eine weitere Verordnung über das Pressewesen brachte das Verbot politischer Plakate und stellte die öffentliche Verbreitung von Druckschriften ohne polizeiliche Erlaubnis unter Strafe. Die Verordnungen vom 10. und 11. Juni 1849 beseitigten die Unabhängigkeit der Richter und sicherten die absolute Abhängigkeit der nicht richterlichen Beamten von der Regierung.

Gerade in der heutigen Zeit, wo wir tagtäglich Urteilen be-  
gegnet, die dem Rechtsbewußtsein des Volkes direkt wider-  
sprechen, und wo insbesondere Beschimpfungen der Republik  
mit geringen Strafen geahndet werden oder völlig frei bleiben,  
dürfte es nicht ohne Interesse sein, wie die wiedererstarkte  
Reaktion damals über die richterlichen Pflichten dachte. Hielt  
die oktroyierte Verfassung noch den Grundsatz aufrecht, daß  
Richter nur durch Richterspruch aus Gründen, welche die all-  
gemeinen Gesetze vorsehen, gemäßregelt werden können, so  
wurden jetzt „zur folgerechten Durchführung des Grundsatzes  
richterlicher Unabhängigkeit“ Bestimmungen getroffen, „welche  
nicht zulassen, daß Richter, indem sie ungestraft ihren hohen  
Beruf verkennen, einen Schatten auf den Stand werfen, welcher  
Jahrhunderte hindurch Preußens Stolz gewesen ist“.

In der Verordnung über die nichtrichterlichen Beamten wurde  
den Regierungsbeamten zur Pflicht gemacht, die Dienstentlassung  
müßte insbesondere dann erfolgen, wenn der Beamte die Pflicht  
der Treue verletzt oder den Mut, den sein Beruf erfordert, nicht  
betätigt, oder sich einer feindseligen Parteinahme gegen die  
Staatsregierung schuldig gemacht habe. Den richterlichen Be-  
amten wurde zwar diese Verpflichtung in der Verordnung nicht  
direkt auferlegt, aber in dem erläuternden „Antrag des Staats-  
ministeriums“ wurde deutlich ausgesprochen, daß solch ein Ver-  
halten auch die Richter ihres Amtes unwürdig machen würde.  
Mit zynischem Hohne wurde ausgeführt: „Da der Richterspruch  
nicht nur das Ergebnis rein objektiver Beurteilung sein, sondern  
auch als solcher erscheinen muß, so ist ein schweres Vergehen  
gegen wesentliche Staatspflichten auch dann vorhanden, wenn  
der Richter, ohne Kraft eines anderweiten Berufes zu freimütiger  
Aeußerung seiner Ueberzeugungen berechtigt und verpflichtet  
zu sein, durch öffentliche Kundgebungen extremer Ansichten  
das Vertrauen in die Urteile erschüttert, welche unter seiner Mit-  
wirkung erlassen werden“.

Die Krönung der Verordnungen bildete die über das Dreiklassen-  
wahlrecht vom 30. Mai 1849. Die auf Grund dieser Verordnung  
gewählten Kammern „revidierten“ dann die Verfassung dahin,  
daß sie die Verschlechterungen der oktroyierten Verfassung be-  
stehen ließen und ihnen neue hinzufügten. Die Verfassung  
vom 31. Januar 1850 bedeutete so das Ende wahren verfassungsmäßigen Lebens in Preußen.  
Die konstitutionelle Monarchie, das Ergebnis der preußischen Ver-

fassungskämpfe, entkleidete den König keiner wesentlichen Machtvollkommenheit, nahm ihm aber die Verantwortung für die unangenehmste Aufgabe, die Beschaffung der finanziellen Mittel, ab.

Die Ungesetzlichkeit der Verordnung über das Dreiklassenwahlssystem hat kein Geringerer als Stahl, der Gründer der konservativen Partei, unumwunden zugegeben. Am 7. September 1849 erklärte er in der Ersten Kammer: „Wir geben zu, daß es die Revolution ist, auf deren Boden wir uns bei diesem Akte befinden; aber dieser Akt ist nicht ein Schritt zur Revolution, sondern ein Schritt von der Revolution weg. Wir geben zu, es lastet eine Schuld auf diesem Erlasse vom 30. Mai, aber die Schuld ist nicht auf Seite derjenigen, die das Gesetz erlassen haben, sondern auf Seite derjenigen, welche die Kopfwahl errungen und behauptet haben. Wir geben zu, unser Standpunkt bei der Beurteilung ist der einer höheren Gerechtigkeit, als der gewöhnliche Rechtsboden, der sich bloß an das Aeußerliche des geschriebenen Gesetzes hält.“

Das blieb konservative Grundanschauung: Das Recht der Revolution wird niemals anerkannt, das Recht des Staates ist die „höhere Gerechtigkeit“. Und Stahl fand dann auch das Argument gegen das allgemeine und gleiche Wahlrecht, von dem seitdem die Feinde des Volkes geistig zehrten: „Es ist“, so lautet es, „nicht eine Forderung der Vernunft und Gerechtigkeit, welche die Kopfwahlen erheischt, im Gegenteil, es ist das eine Forderung der Unvernunft und der Ungerechtigkeit. Es ist eine unerträgliche Tyrannei, daß die gebildete und besitzende Klasse der Mehrzahl der Besitzlosen preisgegeben werden soll. Es ist ein unerträglicher Zustand des Vaterlandes, daß die gesetzgebende Gewalt ihrem Schwerpunkt nach in die Hände gegeben werden soll, welche nicht geeignet sind, das Wohl des Vaterlandes zu fördern. Es ist ein Wahlgesetz nicht zu ertragen, das, um das sogenannte Volk reden zu lassen, der eigentlichen Nation den Mund schließt.“

Seit dem 30. Mai 1849 vollzogen sich die Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus auf Grund eines Wahlsystems, an dessen Beibehaltung die herrschenden Klassen das lebhafteste Interesse hatten, weil es ihnen die Möglichkeit gewährte, den Einfluß auf die Gesetzgebung zu monopolisieren. Und diesen Einfluß benutzten sie nach Kräften, einmal um sich selbst auf

Kosten der Gesamtheit Vorteile zu verschaffen, sodann aber, um die Arbeiterklasse immer fester zu knebeln und wirtschaftlich immer abhängiger zu machen.

Zwar war im Artikel 72 der Verfassungs-Urkunde für den preußischen Staat die Rede von einem Wahlgesetz. Gleichzeitig hieß es aber im Artikel 115, daß bis zum Erlaß dieses Wahlgesetzes die Verordnung vom 30. Mai 1849 in Kraft bleibt. So war es den herrschenden Klassen eine Lebensfrage geworden, daß das in der Verfassung vorgesehene Wahlgesetz eben nicht erlassen werde. Das Dreiklassenwahlsystem sicherte ihnen auf alle Fälle die Mehrheit im Parlament. Aus diesem Grunde hatten sie sich bei allen Verhandlungen über die Wahlreform stets mit unwesentlichen Abänderungen begnügt, die den plutokratischen Charakter des Dreiklassenwahlsystems noch verstärkten, dessen Widersinnigkeit noch deutlicher hervortreten ließen.

Die Verewigung des Dreiklassenwahlsystems, das, wie der verstorbene konservative Führer Abgeordneter von Heydebrand und der Lasa sich einmal ausdrückte, einen Damm gegen die umstürzlerische Masse der im Deutschen Reich durch das allgemeine Wahlrecht entfesselten Gewalt des vierten Standes bilden sollte, war das Ziel, das den Konservativen bis zum Kriegausbruch, ja bis kurz vor dem Zusammenbruch Preußens vor Augen schwebte. Dabei war die Gefahr, falls durch eine Aenderung des Wahlrechts die Zusammensetzung des Landtages eine andere würde, daß dann freiheitlichere Gesetze zustandekommen könnten, so gut wie ausgeschlossen, solange neben der Zweiten Kammer die Erste Kammer, das Herrenhaus, bestand, ohne dessen Zustimmung keine Vorlage Gesetzeskraft erlangte.

Die Erste Kammer war gleich im ersten Verfassungsentwurf vorgesehen. Danach sollte das Haus bestehen aus den großjährigen Prinzen, aus höchstens 60 vom König ernannten Mitgliedern — Bedingung Mindesteinkommen von 8000 Talern — die ihr Recht nach den Regeln der Erstgeburt vererben konnten, solange auch die Erstgeburt über mindestens 8000 Taler Einkommen verfügte, und endlich aus 180 Mitgliedern, die durch die Wahlmänner der Zweiten Kammer zu wählen waren. Das passive Wahlrecht war nach Alter, Einkommen, Rang und Bildung beschränkt. Die Verfassungskommission stellte demgegenüber eine reine Wahlkammer her; die Mitglieder sollten jedoch durch die Bezirks- und Kreisvertreter gewählt werden

Die dann oktroyierte Verfassung ließ es bei dem Kommissionsbeschluß, wenn sie auch in einer Anmerkung die Sehnsucht nach ernannten Vertretern kundgab. In der revidierten Verfassung vom 31. Januar 1850 aber gab man dem Drängen des Königs nach und mischte ein buntes System aus geborenen, ernannten und gewählten Vertretern. Damit war Friedrich Wilhelm IV., dessen kranke Einbildungskraft die Gestaltung der Ersten Kammer besonders eifrig beschäftigte, aber noch nicht zufrieden. Und so kam schließlich ein Herrenhaus nach seinem Kopfe zustande, in dem es keinerlei Wahlrecht mehr gab.

Dieses durch königliche Verordnung vom 12. Oktober 1854 ins Leben gerufene Hohnparlament setzte sich zusammen aus den großjährigen Prinzen des königlichen Hauses und aus den mit erblicher Berechtigung oder auf Lebenszeit vom König berufenen Mitgliedern. Die Zahl der letzteren war eine unbeschränkte, da die Berufung dem freien Ermessen des Königs überlassen war. Durch diese Befugnis konnte der König jederzeit die Mehrheitsverhältnisse im Herrenhause beliebig umgestalten, indem er einfach so viel Mitglieder berief, wie erforderlich waren, um einer Vorlage zur Annahme zu verhelfen. Ein solcher „Pairs-Schub“ hatte u. a. im Jahre 1872 stattgefunden, als es galt, die widerstrebende Mehrheit des Hauses zur Annahme einer neuen Kreisordnung zu bestimmen.

Dieser allerhöchsten Kammer von Geburts- und Königsnade widmete der konservative Hofhistoriker Heinrich von Treitschke 1872 eine derbe Scheltrede: „Es läßt sich nicht länger mehr ertragen, daß ... bei jeder unerläßlichen Reform der Verwaltung stets von neuem die besorgte Frage sich erhebt, ob vielleicht eine Mehrheit von drei Stimmen im Herrenhause für die klare politische Notwendigkeit zu gewinnen sei, oder ob ein neuer Pairsschub dem schwerfälligen Verständnis des Kleinadels nachhelfen solle. Mit Ausnahme eines kleinen Kreises von Landedelleuten aus dem Osten stimmen alle Parteien in der Geringschätzung des hohen Hauses so vollständig überein, daß es fast Ueberwindung kostet, das hundertmal Durchgesprochene noch einmal zu sagen.... Einem kräftigen Staat steht es übel an, diese verdutzte und entwürdigte Versammlung als ein totes Glied an seinem Leibe fortzuschleppen, eine allgemein für notwendig erachtete Reform wie die Zahlung eines bösen Wechsels immer wieder hinauszuschieben. Die Fortdauer des Herrenhauses gefährdet den festen und folgerechten Gang der Gesetz-

gebung, sie erschüttert die konservative Gesinnung in der Nation... Darüber sind alle Unbefangenen einig, daß wir eines Neubaus bedürfen: das morsche Gefüge des Herrenhauses verträgt keine Ausbesserung mehr, die unselige Verordnung vom 12. Oktober 1854 bleibt eine der häßlichsten Erinnerungen unserer Geschichte. Niemals, seit Preußen zur Großmacht geworden, hat eine siegreiche Partei ihre augenblickliche Ueberlegenheit so gewissenlos mißbraucht, um die ganze Zukunft der Gesetzgebung sich zu unterwerfen; niemals früher hat sich die Krone den Standesinteressen des kleinen Landadels so willfährig untergeordnet... Seitdem zeigt unsere Erste Kammer in merkwürdiger Vollständigkeit alle Gebrechen, welche einem Oberhause anhaften können; sie beleidigt den Stolz der Nation durch die einseitige Härte beschränkter Staatsgesinnung... Die natürliche Trägheit privilegierter Klassen erscheint in diesem Kleinadel ungewöhnlich reich entwickelt. Spärlich ist sein Besuch, leblos sind die Debatten, wenn nicht zuweilen ein Standesinteresse die Parteileidenschaft erregt.“

Es ließ sich nicht länger ertragen — 1872! Dreißig Jahre später aber bezog die „verdutzte und entwürdigte Versammlung“ ein neues Palais. In Preußen ertrug man eben alles! Niemand dachte daran, dieses „tote Glied“ abzuschneiden, wie niemand — außerhalb des Proletariats — dem Dreiklassen- und Dreiklassensystem ernsthaft zu Leibe rückte.

Und diese sogenannte Volksvertretung begnügte sich nicht damit, den größten deutschen Bundesstaat mehr und mehr zu einem Hort der Reaktion auszugestalten; sie versuchte vielmehr auf dem Wege über das preußische Staatsministerium, den Bundesrat zur Einbringung volksfeindlicher Gesetzesvorlagen im Reichstag zu veranlassen. Das Junkertum hat in Preußen jeden Fortschritt in der Gesetzgebung vereitelt; es war unablässig tätig, die spärlichen Volksrechte, die aus dem Scheitern der 1848er Revolution gerettet waren, endgültig zu vernichten. Im Reich aber wurden von dem preußischen Ostelbiertum die freieren Verhältnisse fortgesetzt bedroht. Die liberale Bourgeoisie war ohnmächtig, sie hatte, von vereinzelten Ausnahmen abgesehen, vor dem Junkerabsolutismus kapituliert. Die Rettung Preußens kam von dem Proletariat, die Ueberführung des halb-absoluten Junkerstaats in den Volksstaat war in erster Linie das Werk der Sozialdemokratie.

## Das Dreiklassenwahlsystem.

Das „elendste aller Wahlsysteme“ hat Fürst Bismarck einst das preußische Wahlsystem genannt. Nicht etwa, weil es den Besitzenden die Alleinherrschaft im Staate sicherte, sondern weil die Wahlen nicht so ausgefallen waren, wie der Ministerpräsident es gewünscht hatte. Wie erbärmlich das System war, wie es förmlich darauf zugeschnitten war, die Arbeiterklasse zu entrechten, das läßt sich mit mathematischer Genauigkeit an Hand der Ergebnisse der Wahlen vom Jahre 1903 nachweisen, als sich die Sozialdemokratie nach langen Jahren der Wahlenthaltung zum ersten Male in größerem Umfange an der Wahl beteiligte. 324 157 konservative Urwähler oder 19,39 v. H. aller, die ihre Stimme abgaben, wählten damals mittels ihrer Wahlmänner 143 von insgesamt 433 Abgeordneten. Fast ebensoviel, nämlich 314 149 sozialdemokratische Wahlmänner oder 18,79 v. H., waren dagegen nicht in der Lage, die Wahl auch nur eines einzigen Abgeordneten durchzusetzen! Für das Proletariat stand das Wahlrecht in Preußen auf dem Papier, die Waffe, die ihm damit in die Hand gegeben war, war von Pappe.

Zwar war das Wahlrecht zum preußischen Abgeordnetenhaus allgemein, soweit man ein Wahlsystem, das den größten Teil der Bevölkerung, die Frauen, völlig entrechtet, als allgemein bezeichnen kann. Dagegen war es weder gleich, noch direkt, noch geheim. Sein besonderes Merkmal war vielmehr die Ungleichheit der Wähler, die in jedem Urwahlbezirk nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten Staats-, Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialsteuern in drei Abteilungen geteilt wurden. Zu der Ungleichheit aber kam die indirekte Wahl, d. h. die Wähler, Urwähler genannt, wählten nur die Wahlmänner, und erst diese wählten die Abgeordneten. Endlich war die Abstimmung sowohl bei den Urwahlen als bei den Abgeordnetenwahlen eine öffentliche. In bitterer Verhöhnung

der wirtschaftlich Abhängigen heißt es in der Begründung der Verordnung vom 30. Mai 1849: „Sie (die geheime Abstimmung) steht in Widerspruch mit der in allen übrigen Zweigen des Staatslebens laut und mit Recht geforderten Oeffentlichkeit, sie verhüllt den so bedeutungsvollen Wahlakt mit einem Schleier, unter welchem alle die Bestrebungen sich verbergen können, die das Licht zu scheuen haben, wogegen die öffentliche Stimmgebung den Erfolg hat, daß man die abgegebene Wahlstimme als das Resultat selbständiger Ueberzeugung betrachten kann“. Die Oeffentlichkeit der Wahl aber nahm den wirtschaftlich Abhängigen, vor allem den Staatsbeamten und Staatsbediensteten, die Möglichkeit, ihrer Ueberzeugung freien Ausdruck zu verleihen, sie beraubte den größten Teil des Volkes seines Wahlrechts und fälschte den Volkswillen.

Die Hauptstärke der reaktionären Parteien des preußischen Abgeordnetenhauses wurzelte neben der öffentlichen Stimmabgabe in der ungerechten Einteilung der Wahlkreise, die aus dem Jahre 1858 datierte und eine systematische Benachteiligung der Städte zugunsten des platten Landes bedeutete.

Kein Wunder, daß diese sogenannte Volksvertretung, wenn man von der kurzen Zeit der liberalen Aera in Preußen absieht, in Wirklichkeit das Zerrbild einer Vertretung des preußischen Volkes war. Unter der Nachhilfe stärkster Wahlbeeinflussungen wurde das Abgeordnetenhaus zur Junker- und Landratskammer. Von 1852 bis 1855 gehörten nicht weniger als 103 Mitglieder der ultrareaktionären Kreuzzeitungspartei, 93 der ministeriellen Rechten an, während die Liberalen aller Richtungen auf 61 Mann zusammengeschmolzen waren. 1855 stieg die Rechte von 196 auf 236, unter denen sich 72 Landräte, 7 Minister, 30 sonstige Verwaltungsbeamte und 12 Staatsanwälte befanden, die Liberalen zählten nur noch 36 Mann.

Mit dem Anbruch der „neuen Aera“ (1858) begann der Flug der Liberalen und der damals gegründeten Fortschrittspartei. Die Wahlen von 1858 drängten die Rechte auf 59 Abgeordnete zusammen, die liberale Linke hatte mit 210 Mitgliedern die Mehrheit. Die Wahlen von 1861 schienen das Ende der Konservativen zu bedeuten, die nur noch 15 Mandate aufbrachten, während die katholische Linke 54, die gemäßigte liberale Fraktion 54, das linke Zentrum 52 und die neue deutsche Fortschrittspartei 89 Sitze erobert hatten. Die Maiwahlen von 1862

verminderten die Zahl der konservativen Mandate sogar auf 12, während das linke Zentrum auf 101, die Fortschrittspartei auf 141 stieg. Bei den Wahlen von 1863 hatten sich die Konservativen auf 38 erhöht, das linke Zentrum war auf 110 gewachsen, die Fortschrittler hatten sich mit 143 behauptet.

Mit dem Jahre 1866 kam dann der Umschwung. Das Abgeordnetenhaus, das am Tage der Schlacht von Königgrätz gewählt wurde, zählte 123 Konservative, während das linke Zentrum auf 65 und die Fortschrittspartei auf 83 gesunken war. Die Neuwahlen vom Herbst 1867 vermehrten die konservativen Mandate auf 127, die freikonservativen auf 61, und von nun ab behaupteten sich bis zum Zusammenbruch des Staates die konservativen Parteien in ihrer alten Stärke. Sie verfügten zwar niemals über die absolute Mehrheit, aber doch über eine so große Anzahl von Mandaten, daß es unmöglich war, gegen ihren Willen in Preußen zu regieren.

Leicht erklärlich, daß die große Masse den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhause teilnahmslos gegenüberstand. Das Interesse an den Landtagswahlen war gering und stand in keinem Verhältnis zu dem Interesse an den Reichstagswahlen. Im Jahre 1903 z. B. beteiligten sich an den Wahlen zum Reichstage dreimal so viel Wähler wie an denen zum Landtage, ein Beweis, daß die Masse an sich keineswegs indifferent war. Sie wollte aber von einem Wahlrecht nichts wissen, das in Wahrheit ein Wahlunrecht war. Das Dreiklassenwahlssystem bedeutete den Ausschluß des preußischen Volkes von der Teilnahme an der Landesgesetzgebung. Man wagte es, die preußischen Arbeiter, die von einem konservativen Staatsminister als die intelligentesten Arbeiter der Welt bezeichnet wurden, als Heloten zu behandeln, und hielt ihnen ein Recht vor, das der Masse selbst in kulturell tiefer stehenden Ländern längst eingeräumt war.

Und wie begründete man diese Entrechtung der Arbeiterklasse? Man zehrte geistig noch immer an dem Argument, das der konservative Führer Stahl vor mehr als zwei Menschenaltern zur Rechtfertigung des Staatsstreiches der Regierung gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht erfunden hatte.\*) Die „eigentliche Nation“, der nach dieser These durch das allgemeine gleiche Wahlrecht der Mund verschlossen wurde, das war die Handvoll

---

\*) Siehe das Zitat auf Seite 16.

Besitzender, das waren die Herren, die schon dank ihrer wirtschaftlichen Lage in jeder Beziehung einen Vorteil vor der Masse des Volkes voraus hatten. Gerade sie haben durch ihre Tätigkeit im Landtage ihre Unfähigkeit an den Tag gelegt, Preußen in einen Kulturstaat umzuwandeln. Nein, nicht die gebildete und besitzende Klasse wurde durch das allgemeine, gleiche Wahlrecht der Tyrannei der Besitzlosen preisgegeben, sondern umgekehrt: die „gebildete“ und besitzende Klasse übte unter der Herrschaft des Dreiklassensystems eine unerträgliche Tyrannei gegen die Besitzlosen aus.

Später, als die Konservativen vorübergehend durch die liberale Bourgeoisie an die Wand gedrückt wurden, und als sie — nicht der Arbeiterklasse, sondern sich selbst zu Liebe — mit dem Gedanken des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts spielten, da lauteten die Urteile über das Dreiklassenwahlsystem und das daraus hervorgegangene Abgeordnetenhaus wesentlich anders. Am 3. Oktober 1862 schrieb die konservative „Kreuzzeitung“:

„Daß es einige partiotische Schwärmer gibt, welche die Rollen des Narren und Bösewichts spielen und sich heute schon für die Herren von Preußen halten, wird die Regierung nicht irre machen. Wenn eine politische Körperschaft den Verstand verliert, so muß sie ebenso wie der einzelne unter Kuratel gestellt werden.“

Und ein Jahrzehnt vorher hatte sich im preußischen Dreiklassenparlament eine Szene abgespielt, die der Vergessenheit entrissen zu werden verdient, und die wir deshalb nach dem amtlichen Protokoll wörtlich wiedergeben:

„Ein Abgeordneter: Der Kommissionsbericht braucht mit einer Wohlgefälligkeit für die beiden preußischen Kammern den Ausdruck einer Volksvertretung, deren Rechte er nicht geschmälert zu sehen wünscht. Wir sind keine Volksvertretung; steigen wir herab von diesem Piedestal selbstgeschaffener Größe! Das preußische Volk, wie es in seinen acht Provinzen leibt und lebt, mit seinem Glauben, seinen Hoffnungen, mit seiner lebendigen Gliederung und seinen praktischen Bedürfnissen, findet sich in dieser Kammer nicht abgespielt und wiedergegeben. Die preußische Kammer ist nur eine immerhin noch mangelhafte Vertreterin der Steuerkraft, die nach dem Destillationsprozeß der doppelten Wahl etwas mehr als die Hälfte der

steuerzahlenden Urwähler in jeder der drei Klassen repräsentiert. Das kann ich eine Volksvertretung nicht nennen. (Oho!)

Der Präsident: Ich muß hier den Herrn Redner unterbrechen und ihm bemerken, daß der Artikel 83 der Verfassung lautet: „Die Mitglieder der beiden Kammern sind Vertreter des ganzen Volkes“. Der Herr Abgeordnete hat allerdings das Recht, ein Urteil über das Wahlgesetz auszusprechen, und ich habe ihn nicht unterbrochen, als er es tat; er hat aber nicht das Recht, der Kammer ihre Qualität als Vertreter des Volkes zu bestreiten, und ich halte mich als Präsident für verpflichtet, ihn darauf aufmerksam zu machen. (Bravo!)

Der Abgeordnete: Ich bin dem Herrn Präsidenten sehr dankbar für die Mitteilung dieser faktischen Behauptung der Verfassung . . . . (Unruhe in der Versammlung.)

Der Präsident: Ich habe den Redner zur Ordnung zu rufen, ich rufe ihn aber jetzt nicht zur Ordnung. (Bravo!)“

Der Abgeordnete hieß Otto von Bismarck-Schönhausen, später bekanntlich preußischer Ministerpräsident und deutscher Reichskanzler. Der Präsident war der liberale Graf von Schwerin, und die ganze Szene spielte am 14. Februar 1851, wenige Monate nach dem Eidbruch des Königs und der Oktroyierung der Dreiklassenverfassung.

Bismarck stand mit seiner Art, das preußische Dreiklassenhhaus zu behandeln, schon 1851 nicht allein. Schon zur damaligen Zeit hatte das Dreiklassenwahlrecht — der konservative „Kreuzzeitungs“mann Wagener nannte es das Geldsackwahlrecht — keinen Freund, der ehrlich zu ihm stand. Selbst der Ministerpräsident von Manteuffel bezeichnete es als ein Provisorium; denn kein Mensch wagte damals zu glauben, daß das preußische Volk, das drei Jahre zuvor auf den Barrikaden gestanden hatte, dieses Gesetz auf die Dauer ertragen könnte.

Zahlreich sind vor allem die vernichtenden Urteile bürgerlicher Politiker aller Parteien über das Dreiklassenwahlsystem. Wohl am treffendsten charakterisiert es Rudolf Breitscheid in seiner Schrift „Der Bülow-Block und der Liberalismus“ aus dem Jahre 1907, also aus einer Zeit, als er noch nicht der Sozialdemokratie angehörte. „Das preußische Dreiklassenwahlsystem“ heißt es da, „weist alle Schlechtigkeiten und Infamien auf, die ein Wahlsystem nur besitzen kann. Es bevorzugt nicht nur den Reichen vor dem Armen, es macht diesen



### Die ersten Sozialdemokraten im Abgeordnetenhaus

Obere Reihe: Hermann Borgmann, Hugo Heimann, Paul Hirsch, Adolf Hoffmann

Untere Reihe: Robert Leinert, Karl Liebknecht, Heinrich Stroebel



### Die bösen Sieben

Karikatur eines Arbeiters aus dem Jahr 1908



sogar vollkommen rechtlos, indem die erste und die zweite Klasse immer in der Lage sind, die dritte, gegen deren Forderungen sie sich in den meisten Fällen solidarisch fühlen, niederzustimmen. Es stellt ein verstecktes Ausnahmegesetz gegen eine Partei dar, und es schlägt sich dann wieder selbst ins Gesicht, insofern, als es den Anteil an der Gesetzgebung gar nicht, wie es vorgibt, nach der Steuerkraft bemißt, sondern das platte Land mit seiner geringen Steuerleistung zum Nachteil der Städte privilegiert . . . . Durch den Zwang zur öffentlichen Stimmabgabe hält es die unteren Klassen, die abhängigen Existenzen, von den Wahlen fern und verbessert auch so die Chancen der Wohlhabenden. Kurzum, es ist das empörendste und niederträchtigste aller denkbaren Wahlsysteme, und selbst die dritte Duma wird noch eher den wahren Willen des russischen Volkes verkörpern als das preußische Abgeordnetenhaus den des preußischen“.

Wenn im Gegensatz zu anderen Liberalen der nationalliberale Abgeordnete von Gneist es einmal (1892) als einen Vorzug des Dreiklassenwahlsystems bezeichnete, daß es das einzige Wahlgesetz eines Großstaates sei, das vierzig Jahre hindurch mit unwesentlichen Aenderungen gegolten habe, und wenn er darin einen Umstand erblickt, der für die Brauchbarkeit dieses Systems spricht, so läßt sich freilich die Tatsache, daß sich das preußische Dreiklassenwahlssystem seit 1849 im großen ganzen unverändert erhalten hatte, nicht bestreiten. Aber es ist ein starkes Stück, daraus auf seine Brauchbarkeit zu schließen. Daß es nicht schon längst in die Rumpelkammer geworfen war, lag an den Regierungen des Obrigkeitsstaates, die von seiner Beseitigung nichts wissen wollten, lag an den konservativen Parteien, deren parlamentarischer Einfluß in Preußen gerade im Dreiklassenwahlssystem wurzelte und die — bar jedes Gerechtigkeitsgefühls — lieber dem Fluche der Lächerlichkeit verfielen, als daß sie auch nur um Haaresbreite ihre Machtstellung aufgaben. Dazu kam die schwächliche Haltung der bürgerlichen Opposition im Landtag, die angeblich Anhänger des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Landtagswahlrechts war, sich aber in der Propagierung dieser Forderung äußerst zurückhaltend zeigte. Endlich darf man nicht vergessen, daß die Sozialdemokratie Jahrzehnte hindurch die Bedeutung des preußischen Landtages unterschätzt hatte, und daß ihr Protest gegen das Dreiklassenwahlssystem einzig und allein in der Stimm-

enthaltung bestand. Wahlenthaltung aber ist, wie die Geschichte Preußens lehrt, stets die schlechteste Art des Protestes. Vorteil von ihr haben nur die Gegner, die mit leichter Mühe die Mandate besetzen. Was war die Folge der Wahlenthaltung, die die Demokratie am 11. Juni 1849 als Protest gegen die Oktroyierung des Dreiklassenwahlsystems beschloß? Die Konservativen erlangten die Mehrheit, und es brach die Zeit der finstersten Reaktion herein, eine Periode, die Preußen die Städteordnung von 1853 und andere volksfeindliche Gesetze beschert hat, Gesetze, die der freiheitlichen Betätigung des Volkes die größten Hindernisse in den Weg legten.

Ein ebenso schwerer politischer Fehler war es, daß die Sozialdemokratie sich zunächst nicht um den preußischen Landtag gekümmert hatte. Noch 1893 erklärte der Kölner Parteitag, in Erwägung, daß das Dreiklassenwahlsystem in Preußen es der Sozialdemokratie unmöglich mache, sich mit Aussicht auf Erfolg an den Wahlen zum Preußischen Landtag selbständig zu beteiligen, ferner in Erwägung, daß es den bisher beobachteten Grundsätzen der Partei bei Wahlen widerspreche, sich in ein Kompromiß mit feindlichen Parteien einzulassen, weil dieses notwendigerweise zur Demoralisation und zur Zwietracht in den eigenen Reihen führen müsse, es als Pflicht der Parteigenossen in Preußen, sich jeder Beteiligung an den Landtagswahlen unter dem jetzt bestehenden Wahlsystem zu enthalten. Dieser Beschluß wurde zwar auf dem Hamburger Parteitag 1897 aufgehoben, aber erst der Parteitag zu Mainz 1900 verpflichtete die Parteigenossen, bei den nächsten Wahlen mit eignen Parteimännern in die Wahlagitation einzutreten.

Der Beschluß des Mainzer Parteitages zeitigte zunächst eine eigenartige Wirkung. Der Regierung dämmerte es, daß sich bei stärkerer Beteiligung die Wahlhandlung unter den Vorschriften des geltenden Gesetzes unmöglich ordnungsmäßig abwickeln könne. Aber anstatt das ungerechte Dreiklassenwahlsystem zu reformieren, vor allem die Wahlkreise gerechter einzuteilen, begnügte sie sich im Jahre 1903 mit einer Aenderung des Wahlreglements, und verlegte unter dem fadenscheinigen Vorwand, daß es angesichts der sozialdemokratischen Unternehmungen zur Hinderung gültiger Wahlen nach dem bestehenden Wahlsystem für die Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung erforderlich sei, für den zweitgrößten Wahlkreis Teltow-Beskow-Storkow-Charlottenburg den gesetzlich vorgeschriebenen Wahlort. Ein

flagranter Rechtsbruch, für den es keine Entschuldigung gibt. Auf Grund der bei den Wahlen im Jahre 1903 gemachten Beobachtungen mußte die Regierung dann endlich zugeben, daß ohne eine Aenderung der gesetzlichen Vorschriften das gesetzmäßige Zustandekommen der Wahlen für die Zukunft nicht mehr überall als gesichert angesehen werden könne. Aber auch jetzt noch konnte sie sich nicht zu einer zeitgemäßen Reform großen Stils entschließen. Sie legten vielmehr dem Landtage im März 1906 lediglich zwei Gesetzentwürfe vor, von denen der eine die Vermehrung der Zahl der Mitglieder des Abgeordnetenhauses von 433 und 443 sowie die Aenderung einiger Landtagswahlbezirke und Wahlorte, der zweite eine Abänderung der Vorschriften über das Wahlverfahren bezweckte. Die Regierung wollte, wie Herr von Bethmann Hollweg, damals preußischer Minister des Innern, erklärte, hinter dem Notwendigen nicht zurückbleiben, aber auch über das Ausreichende nicht hinausgehen. Ihre Absicht war nur, das Zustandekommen gesetzmäßiger Wahlen auch in den großen Wahlbezirken zu sichern. Mit Entschiedenheit lehnte sie die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen ab; sie wollte nicht einmal von einer Neueinteilung der Wahlkreise unter Berücksichtigung der seit 1860 eingetretenen Verschiebungen in der Bevölkerung etwas wissen.

Wenn die Regierung geglaubt haben sollte, dadurch die Massen zu beruhigen, so befand sie sich in einem gewaltigen Irrtum. Die Sozialdemokratie empfand diese Flickarbeit vielmehr als eine neue Verhöhnung und ging zur Offensive über. Auf ihrem zweiten Parteitag im November 1907 gelobten die Vertreter der preußischen Sozialdemokratie, „den Kampf gegen das bestehende elendeste und erbärmlichste aller Wahlsysteme mit allen dem organisierten Proletariat zu Gebote stehenden und zweckentsprechenden Mitteln zu führen und nicht eher zu ruhen, bis das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle über 21 Jahre alten Staatsangehörigen nach Maßgabe der Verhältniswahl erobert sei.“

Damit war, wie es in dem Bericht des Parteivorstandes heißt, das Signal zum Kampf gegeben. Der Parteitag wurde zum Ausgangspunkt einer Volksbewegung, wie sie Preußen seit Jahrzehnten nicht gesehen hatte.

## Die ersten Sozialdemokraten im Preussischen Landtag.

Die ersten positiven Erfolge bei den preußischen Landtagswahlen konnte die Sozialdemokratische Partei im Jahre 1908 aufweisen. Sie vereinigte 23,8 v. H. der Stimmen aller Urwähler auf ihre Wahlmänner, brachte es aber doch nur auf 7 Mandate, während die Konservativen bei nur 14,1 v. H. der Urwählerstimmen 152 Mandate „eroberten“. Eine treffende Illustration der skandalösen und aufreizenden Wirkung dieses Wahlsystems und seiner Durchführungsbestimmungen!

Gewählt wurden als erste Sozialdemokraten in Berlin Hermann Borgmann, Hugo Heimann, Paul Hirsch, Adolf Hoffmann, Heinrich Stroebel und Karl Liebknecht, in Hannover-Linden Robert Leinert. Da Liebknecht bei Zusammentritt des Landtages eine wegen seines Kampfes gegen den Militarismus gegen ihn verhängte Festungshaft verbüßte und ein sozialdemokratischer Antrag, die Vollstreckung der Strafe für die Dauer der Session auszusetzen, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt wurde, konnte die Fraktion ihre Tätigkeit nur in einer Stärke von sechs Mann entfalten. Sechs Sozialdemokraten unter 443 Abgeordneten!

Aber selbst diese Zahl schien den Gegnern für die stärkste politische Partei Preußens noch zu hoch. Skrupellos erklärten sie, wie im einzelnen gleich noch geschildert wird, vier von den Berliner sozialdemokratischen Mandaten für ungültig, so daß die Fraktion vorübergehend auf zwei Mann zusammengeschmolzen war. Und das Wahlsystem, das solche Auswüchse ermöglichte, sollte nach dem Willen der Regierung und der herrschenden Klassen verworfen werden!

Das Attentat auf die sozialdemokratischen Mandate war nur teilweise von Erfolg gekrönt. Borgmann, Heimann und Hirsch

wurden einige Monate später wiedergewählt mit größerer Stimmenzahl, als sie bei der Hauptwahl erhalten hatten. Der einzige, der auf der Strecke blieb, war Adolf Hoffmann; er mußte einem Vertreter der fortschrittlichen Volkspartei das Feld räumen, trat aber nach kurzer Pause an Stelle von Hugo Heimann in das Haus ein, der zu Beginn des Jahres 1910 aus Gesundheitsrücksichten sein Mandat niederlegte. Borgmann wurde am 16. April 1911 durch den Tod aus unserer Mitte gerissen. An seine Stelle trat am 21. November 1911 Julian Borchardt, und diesem wieder folgte, nachdem er im Jahre 1913 sein Mandat niedergelegt hatte, Paul Hoffmann, heute Mitglied der kommunistischen Fraktion des Landtages.

Die Mehrheit des Hauses sah die sozialistischen Mitglieder nicht als erwünschten Zuwachs an. Im Gegenteil, man betrachtete sie als Eindringlinge, die die Ruhe dieses Parlaments stören könnten, suchte sie zu majorisieren, behandelte sie von vornherein als Abgeordnete minderen Rechts und boykottierte sie sogar gesellschaftlich. Der Bülow-Block, der damals im Reiche herrschte, hatte auch auf das preußische Abgeordnetenhaus abgefärbt. Ungeachtet aller Gegensätze in grundsätzlichen Fragen, vor allem in der Frage des Wahlrechts, hielten Konservative und Fortschrittler wie Pech und Schwefel zusammen, wenn es den Kampf gegen die Sozialdemokratie galt.

Zunächst stellte man an die sozialdemokratische Fraktion das unerhörte Ansinnen, Adolf Hoffmann die ihm übertragene Rede zum Kultusetat wieder abzunehmen. Als wir auf diese dreiste Forderung nicht eingingen, griff man zu dem beliebten Mittel der Wortabschneiderei. Ein Erfolg war diesen Bemühungen allerdings nicht beschieden. Was man uns vorenthalten wollte, das haben wir durch geschickte Ausnutzung der Bestimmungen der Geschäftsordnung erkämpft und wir waren, wenn auch mit großen Schwierigkeiten, in der Lage, fast zu jeder Frage das Wort zu ergreifen.

Ein beliebtes und oft angewandtes Mittel der Mehrheit bestand darin, am Schluß einer jeden Etatsdebatte durch einen hierfür besonders geeigneten Redner eine wütende, mit Verleumdungen gespickte Philippika gegen die Sozialdemokratie halten zu lassen, den Sozialdemokraten aber durch einen Schlußantrag die Erwiderung unmöglich zu machen. Aber auch dieses Manöver erwies sich im Laufe der Zeit als völlig verfehlt. Denn wir verstanden es bald, wenn nicht anders, so in längeren Ge-

schaftsordnungsdebatten, wenigstens die krassesten gegen die Partei vorgebrachten Lügen und Verleumdungen zu widerlegen.

Als man schließlich zu der Erkenntnis gekommen war, daß das Häuflein der Sozialdemokraten sich nicht mundtot machen ließ, versuchte man, durch eine Aenderung der Geschäftsordnung die rücksichtslose Kritik der sozialdemokratischen Fraktion zu unterbinden. Den äußeren Vorwand, die Geschäftsordnung zu einem Maulkorbzwang gegen die Sozialdemokratie umzugestalten, lieferte die Szene, die sich am 10. Februar 1910 bei Einbringung der Wahlrechtsvorlage durch den Ministerpräsidenten von Bethmann Hollweg abgespielt hatte. In gerechter Entrüstung über die Mißachtung selbst der bescheidensten Wünsche des werktätigen Volkes, die in der Vorlage zum Ausdruck kam, hatten die Sozialdemokraten den Vertreter der Regierung mit einem kräftigen Pfui empfangen, als er das Wort ergreifen wollte. Gewiß entsprach das nicht den parlamentarischen Gepflogenheiten, man darf aber nicht vergessen, daß die Vorlage direkt dazu angetan war, das Volk, wie einer meiner Parteifreunde sich ausdrückte, bis aufs Blut zu reizen, damit man eine Gelegenheit fände, den Ruf des Volkes nach Recht und Freiheit in einem Blutbade zu ersticken. Im übrigen aber war das Verhalten der Mehrheit des Abgeordnetenhauses, die sich nicht genug in sittlicher Entrüstung tun konnte, einfach Heuchelei. Die Pfuirufe sind auch vorher in deutschen Parlamenten keineswegs vereinzelte Erscheinungen gewesen, es sei nur an das Pfui erinnert, das einst der Zentrumsführer Graf Ballestrem dem Reichskanzler Bismarck zugerufen hatte. Der Präsident hatte diesen Zuruf zwar mit einem Ordnungsruf geahndet, der Vorgang verhinderte aber nicht, daß mehrere Jahre später Graf Ballestrem für würdig erachtet wurde, den Sitz des Präsidenten des Deutschen Reichstages einzunehmen. In erregten Zeiten darf man eben die Worte nicht auf die Goldwaage legen.

Für die Konservative Partei des Abgeordnetenhauses genügte der Zwischenfall, um sofort eine Aenderung der Geschäftsordnung anzuregen. Bereits am 21. Februar gelangte ein konservativer Antrag zur Beratung, der die Geschäftsordnung dahin ändern wollte, „daß wirksame Bestimmungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung des Hauses, wie zur Einschränkung von Reden, welche die Zeit des Hauses ungebührlich in Anspruch nehmen, getroffen werden.“ Daß es den Antragstellern nicht darum zu tun war, Demonstrationen wie die vom 10. Februar zu

verhindern, sondern um eine Einschränkung der Redefreiheit, kommt klar zum Ausdruck. Auch der konservative Führer Dr. von Heydebrand und der Lasa betonte ausdrücklich in seiner Begründung, daß es darauf ankomme, allzu lange Reden zu verhindern. Er denke sich das so, daß nach 1½ Stunden das Haus zu befragen sei, ob der Redner weiter gehört werden solle.

Noch bevor die Geschäftsordnungskommission, der der Antrag überwiesen war, dem Plenum Bericht erstatten konnte, ereignete sich ein neuer Zwischenfall, der so recht zeigt, wie man im Abgeordnetenhaus mit zweierlei Maß zu messen pflegte. Dieselben Herren, denen jedes Mittel gegen die Sozialdemokratie recht war, konnten sich sittlich nicht genug entrüsten, sobald die Sozialdemokraten sich ihrer Haut wehrten. Doch zurück zu dem neuen Zwischenfall! Am Schluß der Sitzung vom 14. April 1910 versuchte der Minister der öffentlichen Arbeiten, Herr von Breitenbach, die Eisenbahnverwaltung gegen Vorwürfe des Abgeordneten Leinert zu verteidigen, und erlaubte sich, dabei die Ausführungen des sozialdemokratischen Redners eine „Zusammenstellung von Phrasen“ zu nennen. Auf sozialdemokratische Zwischenrufe wiederholte er diesen unparlamentarischen Ausdruck, ohne daß Herr von Kröcher dagegen einschritt. Als jedoch kurze Zeit darauf ein sozialdemokratischer Abgeordneter die Ausführungen des Ministers durch den Zwischenruf „Phrasen“ unterbrach, entstand großer Lärm auf der Rechten, und der Präsident von Kröcher rügte jetzt denselben Ausdruck, den der Minister vorher zweimal ohne jede Beanstandung gegen die Sozialdemokraten gebraucht hatte. Wir zitieren diesen charakteristischen Zwischenfall aus dem amtlichen Stenogramm:

Präsident von Kröcher: Ich bitte, diese Zwischenrufe zu unterlassen; sie entsprechen nicht der Ordnung des Hauses. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Was versteht der Präsident von der Ordnung des Hauses? — Große Unruhe rechts. — Zurufe rechts: Zur Ordnung!) Ja, meine Herren, ich rufe den Herrn nicht zur Ordnung; denn es nützt ja nichts, daß ich ihn zur Ordnung rufe. Ich habe ja kein Mittel gegen die Zwischenrufe zur Hand; ich kann ihn nur ersuchen, sich so zu benehmen, wie es unter königstreuen Leuten Sitte ist. (Bravo! rechts. — Zuruf von den Sozialdemokraten: Was hat das mit der Königstreue zu tun!) Herr Abgeordneter, Sie sind ja königstreu; Sie haben ja dem Könige Treue und Gehorsam geschworen. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Den Witz haben wir schon gehört! — Große

Unruhe. — Lebhaftes Zurufe.) Meine Herren, Sie verlangen von mir, daß ich die Herren zur Ordnung rufen soll. Das nützt ja nichts; ich habe ja kein Mittel gegen die Herren. Wenn Sie wollen, daß ich die Zwischenrufe beseitigen soll, dann müssen Sie mir eine Geschäftsordnung machen, mit der ich es kann. (Sehr gut! Bravo rechts!)

Kein Wort also zur Sache! Derselbe Herr von Kröcher gefiel sich in dieser Strenge, der es als Präsident duldete, daß sein Parteifreund von Pappenheim in öffentlicher Sitzung den sozialdemokratischen Abgeordneten Leinert einen Bengel nannte, der keinen Verstoß gegen die Würde des Hauses darin erblickte, daß der fortschrittliche Abgeordnete Fischbeck das Vorgehen der Sozialdemokraten mit der Taktik von Wegelagerern und Strolchen auf eine Stufe stellte. Wie sehr deckte sich das alles mit dem von ihm einmal im Reichstag proklamierten Grundsatz, daß die Sozialdemokratie Objekt, aber nicht Subjekt der Gesetzgebung sein dürfe!

Die Anregung des Präsidenten auf Aenderung der Geschäftsordnung zum Vorgehen gegen die Sozialdemokraten war zweifellos abgekartetes Spiel. Schon am Tage darauf gaben die Konservativen zu Beginn der Sitzung eine Erklärung ab, in der es heißt: „Wir können es nicht stillschweigend hingehen lassen, wenn von Mitgliedern des Hauses den Ministern des Königs und dem Präsidenten des Hauses in der Weise begegnet wird, wie es gestern seitens einiger sozialdemokratischer Abgeordneter geschehen ist, und noch weniger, wenn der Eid der Treue, den wir alle dem König geleistet haben, so wie es gestern geschehen ist, zum Gegenstand des Spottes gemacht wird.“ In ähnlichem Geiste war eine Erklärung der Freikonservativen gehalten, und der Redner des Zentrums verurteilte die „Exzesse“ der Sozialdemokraten und erklärte sich bereit, in Verhandlungen über die Stärkung der Präsidialgewalt einzutreten. Auch die Nationalliberalen fehlten nicht, ihr Redner, Abgeordneter Haarmann, sprach von einer „Verhöhnung des Herrn Eisenbahnministers und unseres verehrten Herrn Präsidenten“. Nur die Fortschrittler und die Polen gaben keine Erklärungen ab; anscheinend hatte man sie, da man ihrer in dieser Frage nicht ganz sicher war, zu den Vorbesprechungen nicht hinzugezogen.

Wenige Wochen später, am 6. Mai 1910, beschäftigte sich das Plenum mit dem Antrage der Geschäftsordnungskommission, den § 64 der Geschäftsordnung dahin abzuändern, daß dem

Präsidenten das Recht eingeräumt wurde, einen Abgeordneten nicht nur von der Sitzung auszuschließen (im Wiederholungsfalle bis zur Dauer von 12 Sitzungstagen), sondern ihn auch gewaltsam aus dem Saal entfernen zu lassen. Die sozialdemokratische Fraktion lehnte es ab, sich an der Diskussion über diesen Antrag zu beteiligen, und begnügte sich mit der Abgabe einer Erklärung, in der es als unvereinbar mit der Würde eines Abgeordneten und mit ihrer Auffassung von der Stellung eines Volksvertreters bezeichnet wurde, sich an der Diskussion über einen Antrag zu beteiligen, der offensichtlich nach außen hin in schroffem Gegensatz zu der Wirklichkeit den Anschein erwecken solle, als sei durch das Auftreten der sozialdemokratischen Abgeordneten ein Ton in die Debatten hineingetragen, dem gegenüber die Machtbefugnisse des Präsidenten nicht ausreichten. Die Antragsteller verfolgten in Wahrheit nur den Zweck, die wenigen wirklichen Volksvertreter im Abgeordneten Hause bequemer niederknüppeln zu können. „Dazu kommt“, heißt es weiter, „daß der Ausschluß eines Abgeordneten von den Sitzungen und selbst schon die Drohung damit auf das schwerste gegen das Reichsstrafgesetzbuch und die preußische Verfassung verstoßen würde. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Hauses erklären, daß sie sich — möge beschlossen werden, was da wolle, auf keinen Fall davon abbringen lassen werden, ihr Mandat in dem Sinne auszuüben, wie es ihnen von ihren Wählern übertragen ist.“

Die Mehrheit für den Antrag der Geschäftsordnungskommission stand von vornherein fest, das Ergebnis der Abstimmung war also nicht überraschend. Der Antrag wurde mit 218 gegen 74 Stimmen zum Beschluß erhoben. Dagegen stimmte neben den Fortschrittlern, Polen und Sozialdemokraten die übergroße Mehrheit der Nationalliberalen und der Zentrumsabgeordnete Kuhn-Ahrweiler. Das gesamte übrige Zentrum stimmte mit den beiden konservativen Parteien und vier Nationalliberalen für den „Hausknechtsparagraphen“.

Dieser Hausknechtsparagraph ist, wie die Folgezeit bewiesen hat, ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokraten gewesen, während die bürgerlichen Parteien unter Führung des Präsidenten von Kröcher nach wie vor sich ihnen gegenüber alles erlauben durften. Charakteristisch für die parteiische Handhabung der Geschäfte durch Herrn von Kröcher ist besonders der Zwischenfall, der sich am 7. Juni 1910 bei Beratung des

Gesetzentwurfes über die Erhöhung der Krondotation abspielte. Als Adolf Hoffmann sich gegen die Zivilliste aussprach und den sozialdemokratischen Grundsatz der Wahl aller Staatsdiener, auch der ersten Diener des Staates, durch das Volk proklamierte, unterbrach ihn der Präsident von Kröcher mit den Worten: „Herr Abgeordneter, diese Bemerkung ist Hochverrat“. (Lebhafter Widerspruch und Zuruf von den Sozialdemokraten.) „Ich rufe Sie zur Ordnung“ (Lebhaftes Bravo rechts — andauernde Unruhen und Zurufe bei den Sozialdemokraten). Auch hier möge wieder der stenographische Bericht sprechen:

Hoffmann, Abgeordneter (Soz.), fortfahrend: „Friedrich, der Große genannt, sagte einmal: „Der erste Diener des Staates bin ich“. Daß das Hochverrat ist, habe ich niemals angenommen, denn man hat mich das in der Schule gelehrt. — (Glocke des Präsidenten).

Präsident von Kröcher (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter, um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Ich habe Sie doch nicht zur Ordnung gerufen, weil Sie den König den ersten Diener des Staates nennen — dafür würde ich Sie nicht zur Ordnung gerufen haben —, sondern ich habe es für Hochverrat angesehen, daß Sie verlangen, daß der erste Diener des Staates, also der König unserer Monarchie, durch das Volk gewählt wird. (Unruhe und Zurufe von den Sozialdemokraten: Unser prinzipieller Standpunkt!)

Hoffmann, Abgeordneter (Soz.), fortfahrend: Ich möchte, um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, nur darauf erwidern, daß ich nur die Grundsätze, die ja in unserem Programm überall zu finden sind, hier ausgesprochen habe, und das ist doch zulässig. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident von Kröcher (den Redner unterbrechend): Sie mögen Grundsätze in Ihrem Programm haben, wie Sie wollen; ich bitte aber, daß Sie hochverräterische Grundsätze nicht hier öffentlich von der Tribüne des Hauses herab, kundgeben. (Bravo! rechts. — Rufe bei den Sozialdemokraten: Unglaublich!)

Dieses unerhörte Verhalten des Präsidenten hat damals selbst von bürgerlicher Seite schärfste Kritik erfahren. So schrieb u. a. die nationalliberale „Straßburger Post“ unterm 9. Juni 1910, „die Auffassung des Herrn von Kröcher erscheine nur für einen ganz vorsintflutlichen preußischen Junker erklärlich. Es sei das gute Recht einer Partei, sich über die Einrichtung der

Staatsdienerschaft und über die Art der Ernennung der Staatsdiener ihre Ansicht zu bilden und diese Ansicht öffentlich zu vertreten. Auch die Sozialdemokratie habe dieses Recht. Sie habe auch das Recht, Aenderungen bestehender Gesetzesbestimmungen vorzuschlagen. Wer das Hochverrat nenne, sobald diese Vorschläge seiner eigenen Gehirnkonstruktion nicht begreiflich sind, gehöre eben nicht in unsere Zeit. Herrn von Kröchers Ordnungsruf sei Willkür und Vergewaltigung gewesen.“

Zweifellos war das Verhalten des Präsidenten Willkür und Vergewaltigung gewesen. Aber Willkür und Vergewaltigung galt damals der sozialdemokratischen Minderheit gegenüber als etwas ganz Selbstverständliches. Den Rekord auf diesem Gebiete hatte das Haus schon vorher am 12. April 1910, bei der Einzelberatung der Wahlrechtsvorlage erzielt. In der Voraussicht, daß die Sozialdemokraten, wie es ihre Pflicht war, zu dieser wichtigen Frage das Wort ergreifen würden, hatten sich konservative Abgeordnete zu den einzelnen Paragraphen in die Rednerliste einzeichnen lassen, und zwar, wie die konservative Korrespondenz vom 13. April unumwunden zugab, „vor den sozialistischen Abgeordneten, um gegebenenfalls die Möglichkeit zu haben, durch einen Schlußantrag den sozialdemokratischen Rednern das Wort zu entziehen“. So geschah es dann auch. Die zum Wort gemeldeten konservativen Abgeordneten verzichteten auf das Wort oder gaben eine kurze Erklärung ab, unmittelbar hinter ihnen aber wurde ein Schlußantrag gestellt und angenommen — und zwar von den beiden konservativen Fraktionen und dem Zentrum — so daß die Sozialdemokraten nicht mehr zu Wort kamen. Um sie mundtot zu machen, schreckte man vor keinem Mittel, selbst nicht vor dem Bruch der Geschäftsordnung zurück. Es war eine Vergewaltigung der Minderheit, wie sie in der parlamentarischen Geschichte einzig dastehen dürfte. Was half es dagegen, daß das Unrecht auch von bürgerlichen, der Sozialdemokratie keineswegs freundlich gegenüberstehenden Abgeordneten wie Fischbeck, Dr. Friedberg und Müller-Sagan, und von der gesamten Presse, soweit sie nicht auf das Programm der konservativen Partei oder des Zentrums eingeschworen war, auf das schärfste verurteilt wurde! So bezeichnete die „Magdeburger Zeitung“ die Art, wie die Konservativen dem sozialdemokratischen Redeeifer entgegentraten, als einen Kniff und

Fehlgriff. Aehnlich nannte die „Tägliche Rundschau“ diese Art, wie es beliebt wurde, die Opposition mundtot zu machen, materiell ungerecht und in höchstem Maße unklug. Selbst ein damals schon so weit rechts stehendes Blatt wie „Der Tag“ hielt mit seiner Kritik nicht zurück. Am treffendsten aber kennzeichnete der „Berliner Börsen-Courier“ das Vorgehen der Mehrheitsparteien. Diese Praxis sei unanständig und laufe in der Sache auf eine Knebelung der Minderheit heraus. Und zwar sei es ein durchaus wohlbedacht angelegter konservativer Plan zu dieser Knebelung gewesen. Die Folge könne nur wachsende Erbitterung sein.

Auf die Mehrheit des Abgeordnetenhauses aber machten diese Kritiken nicht den geringsten Eindruck. Unter der Herrschaft des Dreiklassen-Wahlrechts konnte sie Recht und Gesetz mit Füßen treten und ihren volks- und arbeiterfeindlichen Bestrebungen freien Lauf lassen, ohne befürchten zu müssen, daß ihre Wähler sie dafür zur Rechenschaft ziehen würden. Sobald aber die sozialdemokratischen Abgeordneten in gerechter Abwehr einmal die parlamentarischen Sitten mißachteten, gab das einen billigen Vorwand zur Verschlechterung der Geschäftsordnung. Das war der Zweck der fortgesetzten Wortabschneidereien, das war letzten Endes der Sinn der Kröcherschen Präsidialmethoden.

So sehr dieser Präsident sich auch danach sehnte, in der Geschichte des preußischen Abgeordnetenhauses als der starke Mann fortzuleben, die Sozialdemokraten taten ihm den Gefallen, den Hausknechtsparagraphen gegen sie anzuwenden und von der gewaltsamen Entfernung eines Abgeordneten Gebrauch zu machen, nicht. Bei aller Brutalität, die ihn auszeichnete, war er aber zu schlau, um sich ohne den Schein eines Grundes der verschärften Geschäftsordnung zu bedienen und sich dadurch ins Unrecht zu setzen. In diesem Punkt fügte er sich nicht einmal dem konservativen Parteiführer von Pappenheim, dem eigentlichen Präsidenten des Hauses, dem „Oberpräsidenten“, wie wir ihn scherzhaft zu nennen pflegten, der sich nicht scheute, das Präsidium fortgesetzt in aller Öffentlichkeit zu Heldentaten gegen die Sozialdemokratie anzufeuern. Erst der Amtsnachfolger Kröchers, Präsident Freiherr von Erffa, den der Ruhm seines Vorgängers nicht schlafen ließ, brachte es in seiner übergroßen Nervosität fertig, ohne den geringsten Anlaß Polizei gegen Abgeordnete aufzubieten. Die Kommunisten, die später im Preu-

Bischen Landtage wiederholt systematisch Radauszenen heraufbeschworen haben, pflegen sich zur Rechtfertigung ihrer Taktik gerade auf die Vorgänge im alten preußischen Abgeordneten-hause vom 9. Mai 1912 zu berufen, die zu der gewaltsamen Entfernung des Abgeordneten Borchardt geführt haben. Sie haben dazu wahrlich nicht das mindeste Recht, der stenographische Bericht über die damaligen Vorgänge läßt darüber keinen Zweifel.

Der nationalliberale Abgeordnete Schifferer ergriff danach am 9. Mai 1912 das Wort zu dem Gesetzentwurf über die Stärkung des Deutschtums in einigen Landesteilen, dem sogenannten Besitzbefestigungsgesetz. Vorher hatte er den sozialdemokratischen Redner zu dieser Frage, den Abgeordneten Borchardt, ausdrücklich bitten lassen, seiner Rede aufmerksam zuzuhören. Borchardt begab sich daher vor die Rednertribüne, und mit ihm hatten mehrere Dutzend konservative Abgeordnete dort Aufstellung genommen. Während der Rede Schifferers verzeichnet der stenographische Bericht zahlreiche Zwischenrufe sowohl von Nationalliberalen und Konservativen als auch von den Polen, Dänen und Sozialdemokraten. Er zählt nicht weniger als 13 Zwischenrufe auf, bevor der erste Zuruf Borchardts erfolgte. Bei dem zweiten Zuruf forderte der Präsident den Abgeordneten Borchardt auf, sich auf seinen Platz zu begeben und nicht auf der Treppe stehen zu bleiben, wenn er den Redner nicht ruhig anhören wolle. Auf die Erwiderung Borchardts, daß er hinten gar nichts höre, richtete der Präsident das direkte Verlangen an ihn, nicht vor der Rednertribüne stehen zu bleiben und nicht von dort aus Zwischenrufe zu machen. Drohend fügte er hinzu: „Wenn Sie mich hindern, die Geschäftsordnung zu handhaben, dann werde ich eben schließlich die Mittel, die mir zu Gebote stehen, anwenden“. Unter Unruhe des Hauses erwiderte Borchardt ihm, er solle doch den Leutnant kommen lassen. Der Präsident forderte Borchardt „zum letzten Male“ auf, seinen Anordnungen zu folgen, und als im Verlauf der weiteren Ausführungen des Abgeordneten Schifferer, veranlaßt durch einen völlig unbegründeten Vorwurf des Redners gegen die Sozialdemokratie neue Zwischenrufe erfolgten, warnte der Präsident den Abgeordneten Borchardt „zum allerletzten Male“. Was sich nun ereignete, möge, um die dramatische Wirkung der Szene nicht abzuschwächen, nach dem Wortlaut des stenographischen Berichts wiedergegeben werden.

Abgeordneter Borchardt (Berlin): Gott, Sie warnen immer bloß uns!

Präsident Dr. Freiherr von Erffa: Ich habe Ihnen gesagt, Sie sollen von dieser Stelle aus keine Zwischenrufe machen.

Abgeordneter Borchardt (Berlin): Herr Schifferer hat mich extra hierher gerufen, damit ich ihn gut hören kann!

Präsident Dr. Freiherr von Erffa: Ich muß vor dem ganzen Hause konstatieren, daß mir der Abgeordnete Borchardt die ordnungsmäßige Handhabung der Präsidialgeschäfte unmöglich macht und schließe ihn daher für den Rest der Sitzung aus. (Stürmisches Bravo! rechts.) Herr Abgeordneter Borchardt, ich bitte Sie, den Saal sofort zu verlassen.

Abgeordneter Borchardt (Berlin): Wer mich hindern will, hier zu sein, wird mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bestraft! (Rufe: raus!)

Präsident Dr. Freiherr von Erffa: Ich fordere Sie zum letzten Male auf, den Saal zu verlassen. (Abgeordneter Borchardt (Berlin): Wer mich hier wegbringen will, gehört ins Zuchthaus!) Herr Abgeordneter Borchardt, ich fordere Sie zum letzten Male auf, den Saal zu verlassen und mache Sie darauf aufmerksam, daß der Präsident dieses Hauses die Rechte als solcher eines Hausherrn besitzt und Sie sich außerdem eines Hausfriedensbruches schuldig machen. (Zwischenruf des Abgeordneten Borchardt.) Was Sie jetzt sagen, spielt gar keine Rolle. Sie sind ausgeschlossen, also nicht mehr hier. Wollen Sie jetzt den Saal verlassen oder nicht?

Borchardt (Berlin): Nein, ich bin hier, weil ich gewählter Abgeordneter bin, und daher gehöre ich hierher und nicht draußen.

Präsident Dr. Freiherr von Erffa: Meine Herren, dann bin ich genötigt, die Sitzung für eine halbe Stunde auszusetzen. Ich bitte Sie, sich um ¼1 Uhr wieder hier einzufinden. (Pause.)

Präsident Dr. Freiherr von Erffa: Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich bitte die Herren, ihre Plätze einzunehmen und die Gänge freizuhalten. (Geschicht.) Herr Abgeordneter Borchardt, da ich Sie noch immer auf Ihrem Platz sehe, trotzdem ich Sie für den Rest der Sitzung ausgeschlossen habe, fordere ich Sie jetzt zum letzten Male auf, den Saal zu verlassen. (Pause.) — Sie folgen dieser Weisung nicht; es bleibt mir also nichts weiter übrig, als nach der Geschäftsordnung zu verfahren. Bitte, holen

Sie den Herrn Polizeileutnant. (Pause. — Ein Polizeioffizier tritt ein. Herr Polizeileutnant, ich ersuche Sie, — — (Abgeordneter Hoffmann: Hurra! Hurra! Hurra!) ich ersuche Sie, den von mir für den Rest der Sitzung ausgeschlossenen Abgeordneten Borchardt, den ich Ihnen durch einen Beamten des Hauses zeigen lassen werde, hinauszuführen und seinen Wiedereintritt zu verhindern. (Rufe rechts: Sitzen bleiben! — Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Unerhört! Dieses Preußenparlament muß jede Scham verloren haben! Unruhe — Zuruf des Abgeordneten Leinert: Unerhört! — Abgeordneter Borchardt (Berlin) wird von mehreren Schutzleuten zwangsweise aus dem Saal geführt. Meine Herren, ich bedaure mit Ihnen diesen unangenehmen Zwischenfall. Er war aber notwendig; denn, wenn dem Präsidenten nicht mehr gehorcht wird, so sind wir überhaupt am Ende mit unserer ganzen Tätigkeit. (Allseitiges: Sehr richtig! — Abgeordneter Hoffmann: Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung!) In bezug auf diesen Zwischenfall kann ich Ihnen das Wort zur Geschäftsordnung nicht geben. (Sehr richtig! — Abgeordneter Hoffmann: Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung!) Ich kann Ihnen in bezug auf diesen Zwischenfall das Wort zur Geschäftsordnung nicht geben. (Rufe rechts: Nein, nein! — Abgeordneter Hoffmann: Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung! Sie wissen ja gar nicht, zu was ich sprechen will! — Rufe: Borchardt ist schon wieder da! Große Unruhe.) — Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Hoffmann.

Hoffmann, Abgeordneter (Soz): Ich möchte nur er-  
suchen, daß dafür gesorgt wird, wenn hier aufgefordert wird,  
daß die Abgeordneten sich auf die Plätze begeben, daß das nicht  
nur gegen den Sozialdemokraten geschieht, während hier 50  
bis 100 von der rechten Seite und Mitte stehen. Das ist skan-  
dalös, der Gerechtigkeit ins Gesicht geschlagen. (Andauernde  
große Unruhe und Bewegung.)

Präsident Dr. Freiherr von Erffa: Herr Abgeordneter Hoff-  
mann, ich rufe Sie zur Ordnung und bemerke, daß die sämt-  
lichen Abgeordneten, die hier gestanden haben, nicht durch  
Zwischenrufe gestört haben. (Abgeordneter Hoffmann: Doch!)  
— ich habe die Sache genau hier von oben gesehen —  
während der Abgeordnete Borchardt gestört hat. (Vereinzelt  
Händeklatschen auf der Tribüne.) Wenn sich die Tribünen noch  
einmal ein Zeichen von Mißfallen oder Beifall zuschulden

kommen lassen, werde ich sie sämtlich räumen lassen. — Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Leinert.

Leinert, Abgeordneter (Soz.): Herr Präsident, ich bin durch einige Schutzleute gewaltsam von meinem Platz gedrängt worden — (Glocke des Präsidenten).

Präsident Dr. Freiherr von Erffa (den Redner unterbrechend): Ich habe Ihnen gesagt, ich kann in bezug auf diesen Zwischenfall Ihnen das Wort zur Geschäftsordnung nicht geben.

Leinert, Abgeordneter (Soz.) fortfahrend: Ich wollte um Schutz vom Herrn Präsidenten ersuchen dagegen, daß ich gegen die Geschäftsordnung von meinem Platze gedrängt und von den Schutzleuten gewaltsam hinter die Balustrade der Regierungsbank gezogen worden bin. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann.)

Präsident Dr. Freiherr von Erffa: Wenn Sie freiwillig Platz gemacht hätten, wäre das nicht geschehen. (Zuruf des Abgeordneten Leinert.) Die Sache ist für mich erledigt. (Abgeordneter Leinert: Für mich nicht! — Rufe: Borchardt ist wieder da!)

Während der Ausführungen der nachfolgenden Redner herrscht große Unruhe im Haus, worüber sich der Abgeordnete Hoffmann (Soz.) wiederholt beschwert. Es erfolgt sodann die zweite Ausweisung, worüber das Stenogramm folgendes berichtet:

Präsident Dr. Freiherr von Erffa: Meine Herren, das Haus ist unruhig, weil es mit vollem Recht indigniert ist, daß der Abgeordnete Borchardt der Weisung, die an ihn ergangen ist nicht gefolgt ist. (Abgeordneter Borchardt (Berlin): Sehr richtig!) Ich fordere Sie (zum Abgeordneten Borchardt (Berlin) gewendet) nochmals auf, den Saal zu verlassen, von dem ich Sie für den Rest der Sitzung ausgeschlossen habe. (Rufe rechts: Tribünen räumen! — Abgeordneter Hoffmann: Warum denn, weshalb sollen die es nicht sehen? — Pause. — Ein Polizeileutnant tritt in den Saal. — Glocke des Präsidenten). — Herr Polizeileutnant, ich hatte Sie ersucht, den Abgeordneten Borchardt (Berlin) aus dem Saal zu entfernen und seinen Wiedereintritt zu verhindern. Zu meinem großen Erstaunen und dem des Hauses ist er nach wenigen Minuten wieder hier gewesen. Ich bitte Sie, ihn nochmals zu entfernen und seinen Wiedereintritt zu verhindern. (Abgeordneter Borchardt (Berlin) wird von Schutzleuten gewaltsam aus dem Saal entfernt. — Abgeordneter Hoffmann

ruft: Preußen in der Welt voran! — Abgeordneter Malkewitz:  
Und Hoffmann hinten dran!

Wer diesen Bericht ohne Voreingenommenheit liest, wird zugeben, daß nicht der geringste Grund zur Anwendung des Hausknechtsparagraphen vorlag. Daß Abgeordnete, um einen Redner besser zu verstehen, sich an die Rednertribüne begeben, ist eine alltägliche Erscheinung. Daß der Präsident sie auffordert, den Platz zu räumen, steht auch nicht vereinzelt da, und wer die parlamentarische Gepflogenheit kennt, der weiß, daß, selbst wenn die Abgeordneten sich auf Aufforderung des Präsidenten auf ihre Plätze begeben haben, der Platz vor der Rednertribüne in wenigen Minuten von denselben oder von anderen Abgeordneten wieder genau so eingenommen ist, wie es vorher der Fall war. Kein beleidigender Zuruf war von Borchardt gefallen, kein Zuruf, der auch nur entfernt gegen die Ordnung des Hauses verstieß. Sein Verbrechen bestand lediglich darin, daß er der Aufforderung des Präsidenten nicht gefolgt war und dem gewaltsamen Vorgehen der Polizei Widerstand geleistet hatte.

Der Abgeordnete Leinert hat später als Präsident der Landesversammlung, um das Ansehen des Hauses den Kommunisten gegenüber zu wahren, der Not gehorchend, ähnliche Mittel anwenden und dann den Vorwurf über sich ergehen lassen müssen, er sei als Abgeordneter selbst von der Polizei aus dem Saale entfernt worden. Demgegenüber sei ausdrücklich festgestellt, daß eine Entfernung Leinerts aus dem Saale überhaupt nicht erfolgt ist. Er hatte sich auf seinen Platz begeben, war dort sitzen geblieben, auch als der Polizeileutnant ihn aufforderte, den Platz zu verlassen, und ist darauf von einigen Schutzleuten gewaltsam entfernt und hinter die Ministerbank geschleppt worden. Wenn er diese Maßnahme der Polizei als eine infame Beleidigung nicht nur seiner Person, sondern des gesamten Hauses bezeichnete, so hatte er damit zweifellos den Nagel auf den Kopf getroffen. Uebrigens hat Präsident von Erffa in der Geschäftsordnungsdebatte, die sich an diesen Vorfall anknüpfte, selbst zugeben müssen, daß er dem Polizeileutnant nicht befohlen habe, Leinert von seinem Platz zu entfernen.

Also nicht die sozialdemokratischen Abgeordneten haben am 9. Mai 1912 die Würde des Hauses verletzt, sondern der Präsident, in dessen Hand die Wahrung der Würde und des Ansehens des Parlamentes gegeben war. An dieser Tatsache wird

weder dadurch etwas geändert, daß das Haus einige Tage später den Einspruch Borchardts gegen seine Ausschließung mit großer Mehrheit verwarf, noch dadurch, daß die beiden „Attentäter“ Borchardt und Leinert, gegen die das Haus auf Veranlassung des Justizministers Anklage wegen Hausfriedensbruchs erhoben hatte, zu Geldstrafen von 100 bzw. 50 Mark verurteilt worden sind.

Den Vorteil von dem Zwischenfall hatte letzten Endes die Sozialdemokratische Partei. Bereits am 10. Mai 1912 erschien in der gesamten Parteipresse folgender von dem Parteivorstand, dem geschäftsführenden Ausschuß der preußischen Landesorganisation und den sozialdemokratischen Fraktionen des Reichstages und des Preußischen Landtages unterzeichneter Aufruf:

### Parteigenossen!

Das preußische Dreiklassenhaus, längst bekannt als die Karikatur einer Volksvertretung, hat nunmehr auch den letzten Schleier hinweggerissen, hinter den es seinen wahren Charakter noch notdürftig zu verstecken suchte: es hat die Polizei ins Abgeordnetenhaus gerufen und durch

Anwendung gesetzwidriger Gewalt die Immunität des  
Volksvertreters zertrümmert.

Als einst im November 1848 durch den nichtswürdigen Gewaltstreich des Ministeriums Brandenburg die Soldateska ins preußische Abgeordnetenhaus drang, um dieses Parlament durch die Bajonette auseinanderzutreiben, da protestierten die Mitglieder des Hauses gegen diesen tückischen Streich und erklärten, nur der Gewalt weichen zu wollen! Heute, 64 Jahre später, ruft der Präsident dieses gleichen Parlaments die Polizei selbst unter Zustimmung fast des gesamten Hauses in den Saal und läßt einen der wenigen wirklichen Vertreter des Volkes mit Gewalt entfernen! Damit hat das preußische Abgeordnetenhaus, das dazu da sein sollte, um über Recht und Gesetz zu wachen, selber den flagrantesten Rechts- und Gesetzesbruch verübt! Es hat das eigene Urteil gesprochen!

Die Gruppe der Sozialdemokraten im preußischen Junkerparlament zählt nur sechs Köpfe. Aber da sie die Interessen des arbeitenden Volkes vertrat, drang ihre Stimme mißtönend an das Ohr der herrschenden Klassen, und um sie zu erstickten, proklamierte man die Diktatur des Polizeisäbels. — In der Tat! Die Diktatur des Polizeisäbels! Das ist's! Denn

selbst nach den Vorschriften der verschärften Geschäftsordnung bot das Verhalten unserer Abgeordneten dem konservativen Präsidenten nicht den geringsten Anlaß zum Herbeirufen der Polizei. Als diese aber einmal im Hause war, setzte sie sich mit der Skrupellosigkeit der Willkür über alles hinweg und vergriff sich sogar an einem Abgeordneten, der nicht das geringste mit der Sache zu tun hatte. Diese Zustände müssen allenthalben den schärfsten Protest hervorrufen. Wenn die elementarsten Bestimmungen der parlamentarischen Sicherheit von den herrschenden Klassen vernichtet und unter die plumpen Füße der Gewalt geschleudert werden, dann flüchtet sich das vergewaltigte Recht in die Arme des arbeitenden Volkes.

Arbeiter! Parteigenossen!

Wir fordern euch auf, in wuchtigen Protestversammlungen eure Stimme zu erheben gegen diesen Gewaltstreich!

Wir fordern das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht! Ihm gilt unser Kampf!

Nieder mit dem Dreiklassenwahlrecht!

Hoch die Sozialdemokratie!

Der Aufruf erzielte seinen Zweck in vollstem Maße. In zahllosen Versammlungen, zu denen insbesondere die sechs sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten als Referenten angefordert wurden, protestierte die Masse gegen die Vergewaltigung der Volksvertreter, und dieser wuchtige Protest wurde zugleich der Ausgangspunkt einer neuen Bewegung für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. So hatte sich die Mehrheit des preussischen Dreiklassenparlaments wieder einmal bewährt als Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft.

So große Entrüstung aber auch die Behandlung der sozialdemokratischen Fraktion durch die Mehrheit des Abgeordnetenhauses in den weitesten Kreisen des Volkes auslöste, ungleich größer war die Erbitterung der Massen über die Ungültigkeitserklärung von vier Berliner Mandaten, eine von längerer Zeit vorbereitete Maßnahme, ein Wahlraub in des Wortes vollster Bedeutung. Der Berliner Magistrat hatte der Aufstellung der Wählerlisten, und zwar in allen Wahlbezirken, für die Wähler mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mark ein anderes Jahr zugrunde gelegt wie für die Wähler

mit einem Einkommen unter 3000 Mark. Er mußte so verfahren, weil die königlichen Veranlagungsbehörden das Veranlagungsgeschäft für die Wähler über 3000 Mark zur Zeit der Listenaufstellung noch nicht abgeschlossen hatten. Ob hierin ein formaler Verstoß gegen die Vorschriften des Wahlgesetzes zu erblicken war, bleibe dahingestellt. Das eine aber ist klar, daß, wenn dies ein Grund zur Ungültigkeitserklärung war, nicht nur die Wahlen in den sozialdemokratisch vertretenen, sondern in allen Berliner Bezirken ungültig gewesen wären. Das war den Fortschrittlern, von denen der Wahlprotest ausging, und die dank ihrer engen Beziehungen zum Magistrat von der angeblich falschen Listenaufstellung Kenntnis erlangt hatten, bekannt. Der einfachste parlamentarische Anstand hätte es erfordert, daß sie entweder von einem Protest Abstand genommen oder aber ihn auf alle in Berlin getätigten Wahlen erstreckt hätten. Weit davon entfernt beanstandeten sie jedoch nur vier sozialdemokratische Mandate und warteten aus kluger Berechnung mit der Absendung ihres Protestes bis zur letzten Minute, als die Frist zur Einlegung eines Protestes gegen die übrigen Mandate eben verstrichen war — eine Handlungsweise, die der frühere Abgeordnete Dr. Theodor Barth in der „Berliner Volkszeitung“ vom 12. Februar 1909 unter dem Titel „Parlamentarische Klassenjustiz“ — aufs schärfste geißelte mit der Schlußfolgerung: „Entweder alle zwölf Berliner Landtagsmandate fallen der falschen Abteilungsbildung zum Opfer oder keines. Es muß ein Weg gefunden werden, um dieser Alternative Genüge zu leisten. Jedes gesunde Empfinden bäumt sich gegen die geplante Diskrimination auf.“

Das Abgeordnetenhaus hatte jedoch in seiner großen Mehrheit für diese Argumentation kein Verständnis. Wie stets, wenn es sich um den Kampf gegen die Sozialdemokratie handelte, galt für sie der Grundsatz: Macht geht vor Recht. Entsprechend dem Antrage der Wahlprüfungskommission, die, obwohl auch gegen zahlreiche andere Mandate im Lande Protest eingegangen war, aus der Fülle der eingegangenen Proteste zunächst nur die gegen die Sozialdemokraten gerichteten herausgriff und mit größter Beschleunigung erledigte, erklärte das Haus die Mandate der Sozialdemokraten Borgmann, Heimann, Hirsch und Adolf Hoffmann für ungültig. Unter den Vertretern der bürgerlichen Parteien befand sich nur ein weißer Rabe, der inzwischen verstorbene Zentrumsabgeordnete Dr. Hager, der

den Mut hatte, abweichend von seinen Freunden für die Gültigkeit zu stimmen.

Einen endgültigen Erfolg aber erzielten die Gegner der Sozialdemokratie nur insofern, als es ihnen gelungen ist, im 12. Berliner Wahlbezirk an Stelle des Sozialdemokraten Adolf Hoffmann den Fortschrittler Runze durchzubringen, auf den sich die Stimmen aller bürgerlichen Parteien vereinigten.

Die Antwort erteilten die Berliner Arbeiter bei der nächsten Wahl im Jahre 1914, die der sozialdemokratischen Fraktion den Zuwachs von vier Mandaten brachte. Es wurden neu gewählt in Schöneberg-Neukölln Otto Hue, in Niederbarnim-Oberbarnim Otto Braun, Konrad Haenisch und Adolf Hofer. Die Zahl der sozialdemokratischen Mitglieder im Dreiklassenparlament war dadurch auf 10 gestiegen. Bei dieser Zahl ist es geblieben, bis der Zusammenbruch Deutschlands und Preußens auch dem Dreiklassenwahlrecht und damit dem Dreiklassenparlament den Garaus bereitete.

## Positive Mitarbeit.

Die Aufgabe einer Parlaments-Fraktion, die durch ein die Massen entrechtendes Wahlgesetz zu hoffnungsloser Minderheit verurteilt ist, besteht nicht sowohl in positiver Mitarbeit an der Gesetzgebung, wie vielmehr in der Abwehr reaktionärer Maßnahmen, vor allem aber in der Kritik an den staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen und den Maßnahmen der Verwaltung.

Von dem Rechte der Kritik hat die Sechsmännerfraktion des preußischen Dreiklassenparlaments reichlich Gebrauch gemacht. Fast jede ihrer Reden gestaltete sich zu einer wuchtigen Anklage gegen die arbeiterfeindliche Regierung und ihre Helfershelfer. Zur Abwehr reaktionärer Anschläge insbesondere auf das Koalitionsrecht der Staatsbediensteten hat sich mehr als einmal Gelegenheit geboten.

Aber an positiver Mitarbeit haben wir es ebenfalls nicht fehlen lassen, so eng die Grenzen hierfür auch schon deshalb gezogen waren, weil wir nicht über die zur Einreichung selbstständiger Anträge erforderliche Zahl von Unterschriften verfügten. Außerdem fiel der Eintritt der ersten Sozialdemokraten in das preußische Abgeordnetenhaus zeitlich zusammen mit der Aera des Bülow-Blocks, in der namentlich die Fortschrittler, auf deren Unterstützung wir doch in erster Linie hätten rechnen müssen, uns am heftigsten bekämpften. Es stand keineswegs vereinzelt da, daß sachliche Reden der Sozialdemokraten von Mitgliedern anderer Parteien zwar sachlich beantwortet wurden, daß aber gewisse Fortschrittler es förmlich darauf anlegten, sich unter dem Beifall der äußersten Rechten in den gehässigsten Ausfällen gegen uns zu ergehen. Im großen ganzen waren wir also auf uns allein angewiesen. Ganze sechs Sozialdemokraten unter 443 Abgeordneten! Kein Wunder, daß bei dieser parlamentarischen Konstellation unsere Anträge fast ausnahmslos

rundweg abgelehnt wurden und daß unsere Anregungen keine Gegenliebe fanden.

Unser erster Versuch, die Einbringung eines Wahlrechtsantrages, der ein Wahlrecht forderte, wie es heute durch die Verfassung der deutschen Republik in allen deutschen Ländern gewährleistet ist, scheiterte daran, daß die Polen und Fortschrittler, an die wir uns wandten, die Unterschriften verweigerten. Wir mußten uns deshalb mit Amendements zu den von fortschrittlicher oder von polnischer Seite gestellten Anträgen begnügen, die aber, ebenso wie die Anträge selbst, der Ablehnung verfielen.

Das gleiche mangelnde Entgegenkommen fanden wir bei der Absicht, unter Hinweis auf den Artikel 84 der Verfassungsurkunde, wonach auf Verlangen des Parlaments jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied der Kammer und eine jede Untersuchungs- und Zivilhaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufzuheben ist, die Haftentlassung Liebknechts zu beantragen, der damals seine Festungsstrafe in Glatz abbüßte. Man zwang uns, entweder auf die Einbringung des Antrags zu verzichten oder aber den Hinweis auf den Artikel 84 fortzulassen. Aber auch in dieser Form fand der Antrag keine Mehrheit, und dasselbe Schicksal hatte ein weiterer Antrag, der die Einbringung eines Gesetzentwurfes zur Ergänzung bzw. Abänderung der Verfassung nach der Richtung forderte, daß kein Mitglied der Kammer ohne deren Genehmigung während der Sitzungsperiode zum Zwecke der Strafvollstreckung verhaftet werden dürfe, und daß jede Strahaft eines Mitgliedes für die Dauer der Sitzungsperiode auf Verlangen der betreffenden Kammer aufgehoben werden müsse. Die Abneigung der Mehrheit des Hauses gegen eine Aenderung der Verfassung im Sinne unserer Anregungen ging soweit, daß selbst ein Antrag des berühmten Strafrechtslehrers Dr. von Liszt, der die Regierung ersuchte, sich mit dem Bundesrat ins Einvernehmen zu setzen über die Einbringung eines Reichsgesetzes, durch das die Vollziehung der Strahaft gegen Mitglieder parlamentarischer Körperschaften während der Dauer der Sitzungsperiode auf Antrag der parlamentarischen Körperschaft auszusetzen ist, keine Gnade vor ihren Augen fand.

Die Besoldungsordnung und die Steuergesetze, mit denen sich der Landtag in der Legislaturperiode 1908/13 in erster Linie zu beschäftigen hatte, boten uns reichlich Gelegenheit, für

die unteren und mittleren Beamten und für die Lehrer einzutreten. Positive Erfolge blieben uns aber auch auf diesem Gebiete versagt. Unsere gewiß bescheidenen Anträge, die Gehälter der Unterbeamten wenigstens denen ihrer bayerischen Kollegen gleichzustellen, wurden mit der Begründung abgelehnt, daß die nötigen Mittel dafür nicht vorhanden seien. Ebenso unmöglich war es uns, eine Besserung der sozialen und gesellschaftlichen Lage der Volksschullehrer herbeizuführen. Zwar hatten zahlreiche Redner aus dem bürgerlichen Lager unsere Kritik an der ungentügenden Besoldung der Volksschullehrer unterstrichen. Die bürgerlichen Parteien hatten sich aber mit der Regierung auf ein der Bedeutung des Lehrerberufs in keiner Weise gerecht werdendes Kompromiß geeinigt und sich verpflichtet, von der Stellung weiterer Anträge Abstand zu nehmen. Gleich ergebnislos waren unsere Bemühungen, durch Heraufdrückung der steuerfreien Grenze von 900 auf 1500 M. die Steuerlasten der Minderbemittelten zu erleichtern.

Auf dem Gebiete der Sozialpolitik beantragten wir u. a. einen Ausbau des Systems der Gewerbeinspektion nach der Richtung, daß zur Gewerbeaufsicht auch Aerzte und Arbeiter herangezogen werden und ferner, daß in jedem Gewerbeinspektionsbezirk mindestens eine weibliche Kraft angestellt wird. Man überwies den Antrag an eine Kommission, die die heute als selbstverständlich geltende Forderung mit 18 gegen 3 Stimmen ablehnte. Genau so erging es uns mit unseren Anregungen auf Verbesserung der Lage der Bergarbeiter durch eine Aenderung des preußischen Berggesetzes und auf Einführung einer zweckentsprechenden Grubeninspektion. Auch unsere wiederholten Anträge auf Einbringung eines Gesetzentwurfs zur Regelung des Bauarbeiterschutzes, der insbesondere die Anstellung von Bauarbeiterkontrolleuren aus der Arbeiterklasse vorsieht, wurden mit überwiegender Mehrheit abgelehnt.

Als unannehmbar bezeichneten sämtliche bürgerlichen Parteien, noch bevor wir ihn begründen konnten, den von uns zur Beratung des Etats des Ministeriums des Innern eingebrachten Antrag „die königliche Staatsregierung zu ersuchen, sobald als möglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den unter Aufhebung aller zur Zeit in Preußen geltenden Stadt- und Landgemeindeordnungen für den gesamten Umfang der Monarchie

eine einheitliche Gemeindeordnung auf folgender Grundlage erlassen werde:

- a) Bildung der Gemeindevertretung durch allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlen; Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts an alle über 20 Jahre alten Einwohner der Gemeinde ohne Unterschied des Geschlechts; Aufhebung aller Besitzprivilegien; Einkammersystem;
- b) Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Beanstandung ungesetzlicher Verwaltungsakte der Gemeinden; Prüfung ihrer Gesetzmäßigkeit durch die ordentlichen Gerichte; Aufhebung der die Selbstverwaltung einschränkenden Befehlsgewalt der Staatsbehörden gegenüber den Gemeinden.

Ein etwas günstigeres Schicksal erfuhr ein weiterer Antrag von uns, den wir wörtlich einem Kommissionsbeschluß des Reichstages nachgebildet hatten und der verlangte, daß die Gewährung von Krankenunterstützung, von Unterstützungen zum Zwecke der Jugendfürsorge, der Erziehung oder der Ausbildung für einen Beruf, von sonstigen Unterstützungen, wenn sie nur in der Form einzelner Leistungen zur Hebung einer augenblicklichen Notlage gegeben sind, von Unterstützungen, die erstattet sind, nicht als Armenunterstützung anzusehen ist. Der Antrag wurde zusammen mit einem fast gleichlautenden des Zentrums der Gemeindekommission überwiesen, in der jedoch eine Mehrheit für ihn nicht zu haben war, weil der Regierungsvertreter eine Reihe von juristischen Bedenken äußerte. Als Mehrheitsbeschluß kam aus der Kommission ein Antrag heraus, die Staatsregierung zu ersuchen, „baldmöglichst einen Gesetzentwurf einzubringen, inhaltdessen nicht jede auf Grund preußischer Gesetze gewährte Unterstützung eine Einwirkung auf öffentliche Rechte hat.“ In dieser abgeschwächten Form fand unsere Anregung die Zustimmung des Hauses.

Von anderen Anträgen zum Etat des Ministeriums des Innern seien genannt der auf Aufhebung der §§ 9 und 10 des preußischen Preßgesetzes, jener Bestimmungen, die sich gegen die politischen Plakate und die Verteilung von Druckschriften richteten und durch deren Handhabung die politisch unbequemen Parteien niedergeknüttelt zu werden pflegten. Der Erfolg? Ablehnung. Das gleiche negative Ergebnis zeitigte ein Antrag,

durch Aufhebung des sogenannten Vagabundenparagraphen ein Stück Polizeiwillkür zu beseitigen, sowie ein Antrag auf Schaffung von Rechtsgarantien gegen Verwaltungsverfügungen.

Man wird nicht gerade behaupten können, daß diese Anträge, die aus der Zahl der von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten hervorgehoben sein mögen, und daß unsere Anregungen so revolutionären Charakters gewesen sind, daß durch ihre Annahme der preußische Staat in seinen Grundlagen erschüttert worden wäre. Heute sind unsere Forderungen längst Gesetz, sie gelten als etwas ganz selbstverständliches, über das man kein Wort mehr verliert, und niemand wagt es, an diesen Errungenschaften zu rütteln. Aber die Mehrheit des alten Dreiklassenparlaments war jeder auch noch so geringfügigen Reform abhold. Was vollends von sozialdemokratischer Seite ausging, war für sie von vornherein indiskutabel. In Beherzigung des Wortes „Sei im Besitze und du bist im Recht“ verzichtete man meistens auf jede sachliche Erörterung, oder wenn man sich schon in eine Diskussion mit uns einließ, überboten sich die Vertreter der Parteien und der Regierung in Verdächtigungen unserer Absichten oder beleidigenden Äußerungen. Wenn es den Herren Sozialdemokraten in Preußen nicht paßt, so rief uns einmal ein Minister unter lebhaftem Beifall und durchaus unangebrachter Heiterkeit zu, so mögen sie auswandern. Auf diesen Ton war vielfach die Debatte gestimmt, das war die Kampfweise der Herren, die neben dem Besitz auch die Bildung in Erbpacht genommen zu haben wähnten. Wenn wir ihnen aber mit gleicher Münze dienten, so klagten sie über unparlamentarisches Verhalten, über Verrohung des Tones und über Verwilderung der parlamentarischen Sitten.

Daß wir uns dadurch nicht abhalten ließen, was wir im Interesse des Volkes für nötig erachteten, immer und immer wieder zu propagieren und unseren Gegnern die Maske vom Gesicht zu reißen, versteht sich von selbst. Nicht um die Rollen von Statisten zu spielen, waren wir gewählt, sondern um die Parlamentstribüne als Anklagebank auszunutzen. Das war unsere historische Mission, und diese Mission glauben wir, soweit es in unseren Kräften stand in vollem Einvernehmen mit unseren Wählern, die uns stets ihres unbedingten Vertrauens versicherten, nach bestem Wissen und Gewissen erfüllt zu haben.

## Wahlrechtskämpfe.

Die Hauptaufgabe der sozialdemokratischen Landtagsfraktion war der Kampf um die Beseitigung des Dreiklassenwahlsystems. War die Partei zunächst darauf angewiesen, diesen Kampf außerhalb des Parlaments zu führen, so war ihr nunmehr die Möglichkeit gegeben, durch ihre Vertreter auch von der Tribüne des Dreiklassenparlaments herab die Entrechtung des preußischen Volkes zu brandmarken, das bestehende Wahlrecht einer vernichtenden Kritik zu unterziehen und der Forderung der Uebertragung des Reichstagswahlrechtes auf die Wahlen zum Preußischen Landtag Gehör zu verschaffen.

Auch der erbitterteste Gegner wird der sozialdemokratischen Fraktion die Anerkennung nicht versagen können, daß sie es mit Erfolg verstanden hat, die preußische Wahlrechtsfrage entsprechend ihrer Bedeutung als wichtigste innerpolitische Frage Deutschlands in den Mittelpunkt aller parlamentarischen Erörterungen zu stellen. Sie hat dadurch die Indifferenten aufgerüttelt und immer neue Anhänger für die Wahlrechtsaktion gewonnen. Wozu auch immer einer von uns das Wort ergriff, mochte es sich um die Beratung des Etats, um kulturelle, soziale, finanzielle oder politische Fragen handeln, in keiner Rede fehlte der Hinweis auf die Notwendigkeit der Beseitigung des Dreiklassenwahlsystems als Voraussetzung für die Befreiung des preußischen Proletariats aus den Fesseln politischer Abhängigkeit.

Unterstützt wurden wir von der links stehenden Presse, die den parlamentarischen Vorgängen des preußischen Abgeordnetenhauses die gleiche, wenn nicht eine höhere Bedeutung als den Vorgängen im Reichstage beimaß. Unsere Grundlage aber war das Vertrauen der breiten Massen des Volkes, die wir in unzähligen Versammlungen über das ihm seit Menschenaltern angetane Unrecht aufzuklären suchten. So haben wir zielbewußt auf die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechtes hingearbeitet. Wohl verfügten wir im Parlament selbst nur über eine ganz

geringe Anzahl von Mandaten, aber hinter den sechs sozialdemokratischen Abgeordneten standen Millionen klassenbewußter Volksgenossen, standen alle die, die sich zur Erkenntnis ihrer Lage durchgerungen hatten und den ihnen gebührenden Anteil an Gesetzesgebung und Verwaltung forderten. Mit uns das Volk, mit uns der Sieg! Wir wußten, daß wir uns auf den größten Teil des Volkes stützen konnten, und das ermutigte uns immer und immer wieder, den an Zahl weit überlegenen Gegnern, der Regierung und ihren mit allen Mitteln arbeitenden Organen entgegenzutreten.

Der Erkenntnis von der Notwendigkeit der Reform des preußischen Wahlsystems konnte sich so allmählich auch die Regierung nicht verschließen. Aber sie begnügte sich mit taktischen Maßnahmen, mit der Beseitigung kleiner Schönheitsfehler, die an dem Wesen des Gesetzes nichts änderten. Noch im Januar 1906 erklärte der damalige Minister des Innern, der spätere Reichskanzler von Bethmann Hollweg, daß die Regierung hinter dem Notwendigen nicht zurückbleiben, aber auch über das Ausreichende nicht hinausgehen wolle. Aus dieser taktischen Einstellung heraus lehnte sie vor allem mit Entschiedenheit die Uebertragung des Reichstagswahlrechtes auf Preußen ab. Ja, sie wollte nicht einmal von einer neuen Einteilung der Wahlkreise unter Berücksichtigung der seit 1860 eingetretenen Verschiebungen in der Bevölkerung etwas wissen, sie war, um die Worte des Ministers zu gebrauchen, nicht zu haben für ein Wahlrecht, das wie das Reichstagswahlrecht nivellierend nach unten wirke.

Noch schärfer hatte sich kurz vorher der Finanzminister, Freiherr von Rheinbaben, ein durch und durch reaktionärer Vertreter des alten Regimes, in der Etatskommission des Herrenhauses gegen jede grundlegende Wahlreform geäußert. Die Regierung, so erklärte er, stehe fest auf dem Boden des Dreiklassenwahlsystems für Preußen und werde sich durch keine sozialdemokratische Agitation von diesem Standpunkt abbringen, sich keine Konzessionen abtrotzen lassen.

Im Gegenteil aber zu diesen hochtönenden Phrasen mußte die Regierung sich doch schon nach wenigen Jahren zu Zugeständnissen bereit erklären. Unter der Führung der Sozialdemokraten hatte der Wahlrechtskampf auch außerhalb des Parlaments einen immer größeren Umfang angenommen, und von Tag zu Tag schwoll die Bewegung an. Immer erbitterter wurden die Massen,

immer energischer forderten sie ihr Recht. Kaum zwei Jahre hatte die Bewegung angedauert, als die Regierung, so schwer es ihr auch gefallen sein mag, wenigstens einräumen mußte, daß das Dreiklassenwahlsystem reformbedürftig sei, und am 10. Januar 1908 verlas der damalige Ministerpräsident Fürst Bülow im Abgeordnetenhaus eine vom Staatsministerium genehmigte Erklärung. Darin wurde anerkannt, daß das geltende Wahlsystem Mängel aufweist, und ausgeführt, daß die Regierung seit längerer Zeit in eingehenden Arbeiten erwogen habe, wie diesen Mängeln abgeholfen werden könne. „Ob dies im Rahmen des bestehenden Wahlrechts“, heißt es dann weiter, „oder nur durch seine grundsätzliche Aenderung möglich sein wird, läßt sich noch nicht übersehen.“ Ausdrücklich würde indes die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen abgelehnt, weil sie dem Staatswohl nicht entsprechen würde. Auch könne die Staatsregierung die Ersetzung der öffentlichen Stimmabgabe durch die geheime nicht in Aussicht stellen. Dagegen sollte auf eine gerechte Abstufung des Gewichts der Wahlstimmen Bedacht genommen und geprüft werden, „ob dieses Ziel erreicht werden kann, lediglich unter Zugrundelegung von Steuerleistungen, oder ob und inwieweit das Stimmrecht auch nach anderen Merkmalen wie Alter, Bildung und dergleichen, zweckmäßig abgestuft werden kann.“

So unbefriedigend diese Erklärung auch war, so wenig sie dem Verlangen der Arbeiterklasse entgegenkam, so enthielt sie doch das wesentliche Zugeständnis, daß es so wie bisher in Preußen nicht weitergehen könne. Die Gegner der Sozialdemokratie bis weit in die Reihen des Freisinns hinein hatten über die Massendemonstrationen verächtlich genug die Nase gerümpft, sie als törichte Spielerei und dergleichen bezeichnet. Auf die Regierung aber waren sie nicht ohne Einwirkung geblieben. Sie erblickte darin den entschlossenen Willen dieser Volksmassen, sich in Uebereinstimmung mit ihren parlamentarischen Vertretern auf die Dauer das Wahlrecht nicht vorenthalten zu lassen. Allerdings war sie in solcher Abhängigkeit von den Schichten, die aus ihren Interessen heraus Wahlrechtsfeinde waren, daß sie einen ernsthaften Schritt, selbst wenn sie es gewollt hätte, nicht wagen durfte.

Die Aera der Versprechungen wurde dadurch fortgesetzt, daß in Ergänzung der Erklärung des Fürsten Bülow vom 10. Januar 1908 in der Thronrede vom 20. Oktober desselben Jahres eine organische Fortentwicklung der auf Grundlage der Verfassung

erlassenen Vorschriften über das Wahlrecht in Aussicht gestellt wurde, die der wirtschaftlichen Fortentwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses sowie der Erstarkung des staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls entsprechen sollte.

Aber noch über ein Jahr sollte vergehen, ehe das preußische Volk endlich erfuhr, was die Regierung unter einer solchen organischen Fortentwicklung des Wahlrechts verstand. Nachdem in der Thronrede vom 11. Januar 1910 noch einmal bestimmt versichert war, daß die Vorarbeiten für eine Reform des Wahlrechts ihrem Abschluß nahe seien, und daß in einigen Wochen eine Vorlage der Beratung des Landtages unterbreitet werden würde, erschien endlich unter dem 4. Februar 1910 die so sehnlichst erwartete Wahlrechtsvorlage. Alle Welt hatte ihr mit Spannung entgegengesehen, sie bedeutete eine schwere Enttäuschung aller wirklichen Wahlrechtsfreunde.

II.

**Im Weltkriege.**



## Neuorientierung im Zeichen des Burgfriedens.

Der bei Kriegsausbruch zwischen den Parteien und der Regierung stillschweigend geschlossene Burgfriede steuerte den Kurs in der Reichspolitik nach links. Vor allem wurden in der Sozialpolitik neue Wege eingeschlagen und bessere Beziehungen zwischen der Regierung und den bis dahin so heftig bekämpften freien Gewerkschaften angebahnt. Die Regierung hatte eingesehen, daß sie ohne Unterstützung der gewerkschaftlichen Organisationen oder gar in offenen Kämpfen gegen sie der Lage im Innern nicht Herr werden könne. Sie zog anerkannte Gewerkschaftsführer aus dem Lager der Sozialdemokratie zur Mitarbeit heran, und diese folgten dem Rufe nicht der schönen Augen des Reichskanzlers oder der Staatssekretäre wegen, sondern aus Liebe zu den Arbeitern, durchdrungen von der Erkenntnis, daß die Kosten einer deutschen Niederlage in erster Linie und mit aller Schärfe die deutsche Arbeiterklasse zu tragen haben würde. Für die Gewerkschaften war die Mitarbeit im Dienste des Vaterlandes eine Selbstverständlichkeit, sie brauchten nicht erst umzulernen, sie setzten lediglich in die Tat um, was sie von jeher gelehrt hatten, sie standen zu den am 5. August 1914 von dem Fraktionsführer der Sozialdemokratie im Reichstag geprägten Worten: „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich.“

Anders wie die Einstellung der Reichsregierung war trotz der Personalunion zwischen Reichskanzler und Ministerpräsidenten die der preußischen Regierung. Im Reichstag war die sozialdemokratische Fraktion ein Machtfaktor, mit dem man rechnen mußte. Im Parlament des größten deutschen Bundesstaates glaubte man, die Zehn-Männer-Fraktion unbekümmert darum, daß hinter ihr die stärkste politische Partei stand, nach wie vor als quantité négligeable betrachten zu können. Im Umgang und

im persönlichen Verkehr mit uns gewöhnte man sich allerdings bessere Manieren an, man betrachtete uns beinahe als hoffähig, aber nur die äußere Form war anders, in der Sache war auch von einem noch so geringen Entgegenkommen nichts zu spüren.

Wäre es der preußischen Regierung mit der Neuorientierung ernst gewesen, dann hätte sie es nicht bei schönen Redensarten bewenden, sondern den Worten die Tat folgen lassen und gleich im ersten Kriegsjahr die Beseitigung des Dreiklassenwahlsystems und die Aufhebung aller Ausnahme Gesetze anbahnen müssen. Nichts davon geschah. Der Kurs blieb der alte, ja zu den polizeilichen Maßnahmen, mit denen man politisch unbequeme Männer mundtot zu machen gewohnt war, gesellten sich die der Militärdiktatur, deren Anordnungen sich fast ausschließlich gegen die Arbeiter richteten. Während Bismarck im Kriege 1870/71 weder Versammlungen noch Zeitungen verbot, noch Vereine auflöste, war das Verbot von Versammlungen und Zeitungen sowie die Auflösung von Vereinen im Weltkriege in Preußen an der Tagesordnung. Zahlreiche Zeitungen wurden unter Präventivzensur gestellt oder völlig verboten. Dem „Vorwärts“ zum Beispiel wurde es untersagt, über Kriegsziele zu schreiben, obwohl die Annektionspolitiker sich zu derselben Zeit ganz ungestört darüber auslassen durften. Wegen Veröffentlichung einer Kundgebung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion „Sozialdemokratie und Frieden“ erging ein Verbot des Zentralorgans der Sozialdemokratischen Partei, aber die Stellung der Nationalliberalen Partei zu den Kriegszielen durfte an demselben Tage in der Berliner Presse veröffentlicht werden. Ja noch mehr, in dem Augenblick, wo es der Sozialdemokratie unmöglich gemacht wurde, brennende Fragen der Preußenpolitik zu erörtern, organisierte der Minister des Innern von Loebell einen Korrespondenzapparat „für die Bedürfnisse und die nachhaltige Beeinflussung der Kreispresse“, um in aller Stille, aber desto gründlicher am Aufbau der inneren Politik in seinem Sinne zu arbeiten und ihm genehme Wahlen vorzubereiten.

Man wende nicht ein, daß es sich bei der Zensur um rein militärische Maßnahmen handelte. Nein, die preußische Regierung und die Mehrheit des Landtags billigte diese Maßnahmen. Das Abgeordnetenhaus erklärte ausdrücklich, daß die Zensur notwendig sei, um die Bedürfnisse der Landesverteidigung und den inneren Frieden zu wahren. Zu der Unterdrückung der sozialdemokratischen Presse kamen die Versammlungsverbote,

nicht etwa nur gegen die Anhänger derjenigen Richtung, die die Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion verurteilte — Verbote, die naturgemäß auch von der anderen Richtung scharf kritisiert wurden —, sondern sogar gegen Männer, die sich uneingeschränkt auf den Boden der Vaterlandsverteidigung gestellt hatten. Um nur ein Beispiel zu nennen, durfte eine Versammlung in Solingen, in der Scheide-mann über die Volksernährung im Kriege sprechen wollte, auf Anordnung der Polizeibehörde nicht abgehalten werden, weil der Redner es ablehnte, die von der Polizeiverwaltung verlangte Erklärung abzugeben, daß er über bestimmte Angelegenheiten nicht reden würde.

Auch sonst wurde die Politik der Nadelstiche fortgesetzt. In der preußischen Eisenbahnverwaltung bestand der Brauch, daß die Arbeiter sich durch einen Revers zum Gehorsam gegen die Vorgesetzten, zur Enthaltung von der Teilnahme an sozialdemokratischen und ordnungsfeindlichen Bestrebungen, des Lesens von sozialdemokratischen Druckschriften und der Zugehörigkeit zu ihrer gewerkschaftlichen Organisation — dem Transportarbeiterverband — verpflichten mußten. Die Militärverwaltung hatte in ihrem Bereich ähnliche koalitionsfeindliche Bestimmungen für sämtliche Arbeiter restlos aufgehoben, die preußische Eisenbahnverwaltung konnte sich dagegen zu einer solchen Abkehr von ihrer Politik nicht bequemen, sie blieb auf halbem Wege stehen, indem sie sich darauf beschränkte, von den während des Krieges angenommenen Arbeitern die Unterschrift unter den Revers nicht mehr zu verlangen. Der Revers wurde nicht etwa beseitigt, sondern den Arbeitern nur nicht vorgelegt, und außerdem wurde den Arbeitern gleich mitgeteilt, daß sie nur vorübergehend beschäftigt seien — ein Verfahren, das unter Zustimmung der Landtagsmehrheit von dem Ressortminister verteidigt wurde. Noch im dritten Kriegsjahre, am 24. Oktober 1916, erfolgte ein Verbot des deutschen Eisenbahnverbandes für die ständigen Arbeiter der Staatseisenbahnverwaltung, das erst im Februar 1917 aufgehoben wurde, nachdem der Verbandsvorstand im Einvernehmen mit der Generalkommission der Gewerkschaften eine den Minister befriedigende Erklärung über die Stellung des Verbandes zum Streik abgegeben hatte.

Wie wenig in Preußen von einer Neuorientierung zu spüren war, möge man daraus ersehen, daß das Korrespondenzblatt der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, dem auch

der voreingenommenste Gegner keine das Vaterland schädigende Haltung vorwerfen kann, in einem Rückblick auf das erste Kriegsjahr daran erinnern mußte, daß die vom Reichskanzler angekündigte Neuorientierung der inneren Politik eine größere Bedeutung erlangen müsse als etwa gewöhnliche Redewendungen, und hinzufügte, man zweifle nicht an der Aufrichtigkeit der Ankündigung, aber man kenne auch zur Genüge die Kreise und ihre Macht, die eine Neuorientierung mehr fürchten als die russische Dampfwalze. Diese Kreise waren dieselben Kreise, die sich im Dreiklassenparlament ein Stelldichein gaben, um von hier aus mehr oder weniger offen jede Reform zu bekämpfen.

Einen Fortschritt bedeutet einzig und allein der Erlaß des preußischen Ministers des Innern vom 18. März 1916 über die Selbstverwaltung, worin er unter Hinweis auf die vorbildliche Leistungen der Städte, Landgemeinden, Kreise und Provinzen während des Krieges im Dienste des Vaterlandes es als Aufgabe der Staatsregierung bezeichnet, in den Gemeinden und Gemeindeverbänden weiterhin das kostbare Gut der Selbstverwaltung zu wahren und nach Möglichkeit zu mehren und dann wörtlich fortfährt: „Bei Bestätigungen gemeindlicher Wahlen darf die Aufsichtsbehörde nicht von der Fragestellung ausgehen, ob der Gewählte nach ihrer Auffassung der rechte Mann für den Posten sei, auf den er gestellt werden soll, sondern von der anderen Fragestellung, ob die Wahl mit der Verantwortung der zu wählenden Körperschaft überhaupt vereinbar und vom Standpunkt des Staatswohls erträglich erscheint.“

In der Folge ist denn auch hier und da im Gegensatz zu der früheren Praxis ein zum Magistratsmitglied gewählter Sozialdemokrat bestätigt worden, aber das Bestätigungsrecht selbst wurde nicht aufgehoben. Erinnert man sich weiter daran, daß Regierung und Landtag noch im Januar 1918 den Frauen trotz ihrer großen Verdienste im Kriege das Recht der Wahl zu Mitgliedern städtischer Verwaltungsdeputationen in dem Umfange wie die Männer es besaßen, streitig machten, so hat man eine Vorstellung davon, wie es mit der Neuorientierung in Preußen aussah.

Auch in der Polenpolitik blieb zunächst alles beim alten. Die Ausnahmegesetze gegen die Polen, selbst das krasseste Ausnahmegesetz, das Enteignungsgesetz und das Ansiedlungsverbot blieben bestehen. Der Unterricht in der Muttersprache in den Volksschulen blieb nach wie vor untersagt. Die Regierung be-

schränkte sich darauf, in allgemeinen Redewendungen die Möglichkeit einer späteren Aenderung der Verhältnisse in Aussicht zu stellen. Ebensowenig wie in der Polenpolitik trat in der Dänenpolitik eine Aenderung ein. Genau wie in Friedenszeiten wurden auch im Kriege alljährlich durch den Staatshaushaltsetat Mittel zur Bekämpfung der Polen und zur Bekämpfung der dänischen Nationalität in Nordschleswig angefordert und mit überwiegender Mehrheit bewilligt. Die beiden konservativen Parteien und die Nationalliberalen erklärten sich lediglich bereit, nach dem Kriege in eine Prüfung darüber einzutreten, ob und welche Kampfgesetze einer Abänderung unterzogen werden sollen. Nach wie vor wurde den Polen und Dänen das Recht auf völlige Entwicklung in nationaler und kultureller Beziehung und die Gleichberechtigung in Preußen bestritten. Die Forderungen der Minderheiten wurden mit dem Schlagwort des Burgfriedens und mit dem Hinweis auf die anormalen Kriegsverhältnisse abgetan. Ueber die wiederholte Forderung des Reichstags auf Beseitigung des Sprachenparagraphen aus dem Reichsvereinsgesetz ging die preußische Regierung zunächst zur Tagesordnung über, und selbst da, wo die Regierung Erleichterungen eintreten zu lassen sich entschloß, wie bei der Erteilung des Religionsunterrichts an polnische Kinder der Volksschulen in ihrer Muttersprache, verstanden es untergeordnete Behörden, ihre Anordnungen zu hintertreiben. Erst im Jahre 1917 wurde endlich der Sprachenparagraph des Reichsvereinsgesetzes aufgehoben und gleichzeitig trat im Wege der Verwaltungspraxis in der Anwendung des Ansiedlungswesens insofern eine Aenderung ein, als polnische Ansiedlungen in den Siedlungsprovinzen in weiterem Umfange als früher gestattet wurden und als die Regierung erklärte, sie beabsichtige, die allgemeine Unterstützung, die jeder Ansiedlung im Staatsgebiet zuteil werde, auch den sich neu ansiedelnden Polen, namentlich den polnischen Kriegsteilnehmern zuteil werden zu lassen, allerdings unter der Voraussetzung, daß durch neue Ansiedlungen von Polen das Werk der Ansiedlungskommission nicht systematisch durchkreuzt werde und keine neue Nationalitätenkämpfe in Gegenden hineingetragen werden, in denen solche noch nicht bestehen. Reichlich spät entschloß die Regierung sich auch zur Einbringung einer Vorlage auf Aufhebung des Enteignungsparagraphen des Ansiedlungsgesetzes und zu einem Erlaß, wonach in der Provinz Posen der Unterricht in der Religion grundsätzlich in der Mutter-

sprache erteilt werden sollte. Aber auch dieser Erlaß vom 23. Juli 1917 war eine halbe Maßnahme, er bezog sich nur auf die Unterstufen, während in den Mittelstufen der Religionsunterricht nach wie vor in deutscher Sprache erteilt wurde. Und selbst in diesem beschränkten Umfange wurde nur die Provinz Posen, nicht aber auch der Regierungsbezirk Oppeln der Provinz Schlesien davon berührt. Es ist selbstverständlich, daß die Polen ein solches Entgegenkommen als völlig unzulänglich bezeichneten. Für die Regierung handelte es sich hierbei, wie der Vizepräsident des Staatsministeriums, Dr. Friedberg, am 6. März 1918 im Abgeordnetenhaus ausdrücklich betonte, nicht um eine Politik der Versöhnung, sondern um Maßnahmen, die entstanden seien aus dem Gefühl, daß wir das, was möglicherweise als Ungerechtigkeit, als Ungleichheit vor dem Gesetz empfunden werden könnte, beseitigen wollten. Die Regierung wolle die Stärkung und den Schutz des Deutschtums aufrechterhalten, sie wolle aber diejenigen Ungleichheiten beseitigen, die als ein Unrecht von den Polen empfunden werden und auch von seiten einiger deutscher Parteien immer als eine Ausnahmegesetzgebung betrachtet worden sind. „Es ist also einfach das Gefühl der Gerechtigkeit, aus dem heraus wir diesen Vorschlag gemacht haben, nicht aber das Gefühl eines dunklen Versöhnungsdusels.“

Im großen ganzen also im Jahre 1918 noch die gleiche grundsätzliche Einstellung zu den Polen wie vor dem Kriege. Die Regierung pendelte hin und her, sie lehnte aber eine tatsächliche Versöhnungspolitik nach wie vor ab und erreichte infolgedessen das Gegenteil von dem, was sie erreichen wollte; sie befriedigte weder die Polen und noch viel weniger die Hakatisten, die selbst jetzt noch einen extremen scharfen Kampf gegen das Polentum forderten, und fügte dadurch Preußen und Deutschland außenpolitisch und innerpolitisch schweren Schaden zu. Die Folgen dieser Politik hat Otto Braun als Redner der Sozialdemokratie am 6. März 1918 vorausahnend dahin charakterisiert, daß die Polen besonders jetzt nach Errichtung des neuen selbständigen polnischen Staates von Preußen abgestoßen würden und daß auf der anderen Seite die Anziehungskraft des neu errichteten polnischen Staates auf die polnische Bevölkerung ganz ungemein erhöht werde. Braun forderte im Verlauf seiner beachtenswerten Rede eine völlige Abkehr von der bisherigen preußischen Polenpolitik, eine Abwendung von dem unheilvollen Einfluß des Hakatismus, der sehr wesentlich zur Verschärfung der Gegen-

sätze in den Ostmarken beigetragen hätte; er verlangte, daß man nicht bei Versprechungen stehen bleiben, sondern restlos und endgültig mit allen Ausnahmegesetzen und allen ausnahmerechtlichen Verwaltungsmaßnahmen gegen die polnisch sprechende Bevölkerung aufräumen solle.

Heute wird vielleicht auch denen, die die früher betriebene Polenpolitik gebilligt oder gar mitgemacht haben, allmählich die Erkenntnis dafür gekommen sein, wie viel besser es bei Kriegsende um Preußen und Deutschland bestellt gewesen wäre, wenn die gesetzgebenden Körperschaften diesen Mahnungen rechtzeitig Gehör geschenkt hätten. Statt dessen hielten sie bis zuletzt an der verkehrten Ansicht fest, daß die Sicherheit des preußischen Staates die Ausnahmegesetze gegen die Polen bedinge. Wie unbelehrbar die Hakatisten geblieben waren, möge man daraus ersehen, daß sie zu einer Zeit, wo der deutsche Reichskanzler das Selbstbestimmungsrecht der Völker auch für das Königreich Polen proklamiert hatte, noch immer die Beibehaltung der bisherigen Polenpolitik forderten und sich insbesondere gegen jedes Nachgeben in der Schulfrage wandten. Dieses Nachgeben, so heißt es in einer im vierten Kriegsjahr erschienenen Denkschrift des Ostmarkenvereins, wäre verhängnisvoll; es würde mit dem Religionsunterricht beginnen, dafür seien dann polnisch sprechende Lehrer nötig, dies erfordere mit der Zeit polnische Seminare und wenn genügend polnische Lehrer vorhanden seien, so erfolge der weitere Ausbau der polnischen Schule. Die Folge würde die Polonisierung ganzer Gemeinden sein. In den polnischen Landesteilen müsse die deutsche Sprache führend bleiben, sie würde aber bei den anderen Völkern an Ansehen verlieren, wenn das Deutsche Reich sie selbst vernachlässige und nicht für ihre Ausbreitung Sorge. Vor den Behörden dürfe deshalb nur deutsch gesprochen, es dürfe von Gerichts wegen kein Dolmetscher mehr angestellt werden. Kaufmännische Bücher und Wechsel in einer anderen als der deutschen Sprache dürften vor Gericht keine Beweiskraft haben.

Unbelehrbarkeit bis zum letzten Augenblick. Das ist das charakteristische Merkmal des alten preußischen Dreiklassenparlaments, wie in der Politik der Minderheiten, so auf allen Gebieten des Staatslebens. Welcher Sturm der Entrüstung erhob sich in Preußen, als sich im Reiche die ersten Ansätze zum parlamentarischen System bemerkbar machten. „Sie sehen“, rief der konservative Abgeordnete von Heydebrand in voller Empörung

aus, „dahin sind wir gekommen, daß die Minister und die Staatssekretäre nicht aus dem freien Willen, aus der eigenen selbständigen Machtbefugnis der Krone gewählt sind, sondern von anderen Leuten, von Faktoren rein politischer Art, die darüber zu bestimmen unternommen hatten, wer entlassen werden soll und wer an dessen Stelle tritt.“ Vor allem aber wollte es den preußischen Junkern nicht in den Kopf, daß Nichtpreußen zur Leitung der Staatsgeschäfte berufen werden. „Wir wollen Preußen bleiben.“ Dieses Wort, das ein Graf Breßler einst in sturmbewegter Zeit geprägt hatte, hatte für das Junkertum noch immer Geltung. Das gewaltige Völkerringen war spurlos an ihm vorübergegangen. Man denke nur an den Schmerzensschrei, den Herr von Heydebrand in derselben Sitzung ausstieß und der darin ausklang, daß Preußen verraten und verkauft sei.

Nun, wer sich verraten und verkauft fühlen konnte, das waren nicht Herr von Heydebrand und seine Gesinnungsgenossen, das waren die preußischen und die deutschen Arbeiter, die letzten Endes zu büßen hatten für die Sünden einer Gesellschaftsklasse, die selbst aus den Erfahrungen des schrecklichsten aller Kriege nichts gelernt hatte.

## Fraktionskämpfe.

Die durch die Stellung zu den Kriegskrediten innerhalb der Sozialdemokratie hervorgetretenen Gegensätze, die schließlich zur Spaltung der Partei führten, machten sich in der Landtagsfraktion besonders kraß geltend. Die Anhänger des Abgeordneten Karl Liebknecht, des konsequentesten Verweigerers der Kriegskredite, bildeten in der Reichstagsfraktion eine verschwindende Minderheit. In der Landtagsfraktion aber hatte er von vornherein die Genossen Adolf Hoffmann, Paul Hoffmann, Adolf Hofer und Heinrich Stroebe auf seiner Seite. Unbedingt auf seiten der Mehrheit der Reichstagsfraktion standen in der Landtagsfraktion Otto Braun, Konrad Haenisch, Otto Hue und Robert Leinert. Ich selbst war für die Bewilligung der Kriegskredite, hielt aber die Begeisterung, zu der manche Parteifreunde sich hinreißen ließen, für verhängnisvoll. Hätte ich mich zu ihnen gesellt, so wäre die Fraktion von vornherein in zwei gleich starke Hälften zerfallen und dadurch zu völliger Untätigkeit verurteilt worden. Die nächste Folge wäre die Spaltung gewesen. Gerade sie zu verhindern, bemühte ich mich als Fraktionsvorsitzender von Anfang an mit allen meinen Kräften.

Die Spaltung von der Fraktion und damit von der Partei abzuwenden, erschien mir so wichtig, daß ich mich zu mancherlei Konzessionen bewegen ließ, die ich heute, bei einer rückblickenden Betrachtung der Dinge, nicht mehr in vollem Umfange gutheißen kann. In den ersten Kriegsjahren aber war ich des festen Glaubens, ich könnte durch eine vermittelnde Haltung das Auseinanderfallen der Fraktion verhindern. Die Tatsachen haben mich eines anderen belehrt. Daß ich mich jedoch von Kriegsausbruch an redlich bemüht habe, die Gegensätze zu überbrücken, und daß ich alles getan habe, die Partei vor Schaden zu bewahren, dieses „ehrende Zeugnis“ — um seine eigenen

Worte zu gebrauchen — hat mir der verstorbene Otto Hue in einer Auseinandersetzung mit meiner Stellungnahme in der Essener Arbeiterzeitung vom 7. Februar 1916 uneingeschränkt ausgestellt.

Einig war die Fraktion darin, daß wir trotz des Krieges unsere grundsätzlichen Ziele betonen, nach wie vor für die Demokratisierung Preußens, vor allem für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts eintreten und den annektionistischen Bestrebungen scharfen Kampf ansagen müßten. Im übrigen aber schieden sich die Geister, und die von uns abgegebenen Erklärungen zeigten nur allzu deutlich den Kompromißcharakter, ja einige von ihnen waren nur mit einer Stimme Mehrheit zustande gekommen.

Das Abgeordnetenhaus war am 22. Oktober 1914 zu seiner ersten Kriegssitzung zusammengetreten und hatte sich sofort bis zum 9. Februar 1915 vertagt, nachdem es beschlossen hatte, nur die allernotwendigsten Vorlagen, und auch sie möglichst ohne Aussprache zu verabschieden. Wir Sozialdemokraten konnten uns aber mit dieser Taktik nicht einverstanden erklären. Wir bestanden vielmehr auf dem parlamentarischen Recht, unseren Wünschen und Forderungen Gehör zu verleihen, und die bürgerlichen Parteien wagten nicht, uns dieses Recht zu verkümmern, so unangenehm es ihnen gewesen sein mag. So ergriff ich denn zu dem zur Beratung stehenden Gegenstande, dem Gesetzentwurf betr. Abänderung des Etatsgesetzes, durch den die Regierung einen Kredit von 1½ Milliarden forderte, als einziger Redner das Wort. Ich erklärte die Zustimmung meiner Freunde zu dem Grundgedanken der Vorlage, erhob aber gleich bei dieser ersten Gelegenheit Einspruch dagegen, daß die Regierung die Tagung vorübergehen lassen wollte, ohne dem Landtage einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, der die Aufhebung aller noch bestehenden Ausnahmegesetze vorsah und allen Statsbürgern ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, der Konfession oder der Nationalität Gleichberechtigung brachte. Scharfen Widerspruch erhob ich vor allem dagegen, daß die Regierung sich auch in diesen Tagen nicht hatte entschließen können, die Notwendigkeit der Beseitigung des unerträglichen Dreiklassenwahlsystems und der Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Landtagswahlrechts durch Einbringung einer entsprechenden Vorlage anzuerkennen, „in diesen Tagen, wo das ganze deutsche

Volk ohne Unterschied des Geschlechts und der Klasse die schwersten Opfer an Gut und Blut bringt und wo die heute politisch entrechteten ärmeren Schichten, wo insbesondere die Arbeiterklasse einen so ungeheuren Anteil an diesen Opfern trägt“. Am Schluß sprach ich die Hoffnung und den Wunsch aus, daß der entsetzliche Krieg, in dem sich die Völker zerfleischen, zu einem baldigen gesicherten Frieden zum Heile des deutschen Volkes und der ganzen Menschheit führen, und daß alles geschehen möge, was zur Erfüllung dieser Hoffnung und dieses Wunsches diene.

Dem Sinne nach gleich, in der Form aber schärfer, war die Erklärung, die ich am 9. Februar 1915 bei dem Wiederzusammentritt des Abgeordnetenhauses abgab. Diese Erklärung war erst nach langwierigen Beratungen in der Fraktion zustande gekommen. In dem Bestreben, nach außen hin die Gegensätze in der letzteren nicht in Erscheinung treten zu lassen, hatte ich Liebknecht als Vertreter des linken und Haenisch als Vertreter des rechten Flügels gebeten, Entwürfe auszuarbeiten und ich wollte versuchen, an der Hand beider Entwürfe zu einem einheitlichen Beschluß zu gelangen. Haenisch verzichtete mit Rücksicht darauf, daß in dieser ersten Zeit die feste Geschlossenheit der Nation nach außen hin unbedingtes Erfordernis sei, auf Erörterungen allgemein polemischer und parteipolitischer Natur und wollte die Wünsche und Beschwerden der Fraktion nur in der Budget-Kommission zur Sprache gebracht wissen. Liebknecht dagegen verlangte, daß wir der Regierung, die noch nicht einmal in dieser Zeit sich bewogen gefühlt habe, das Dreiklassen-Wahl-system zu beseitigen, das Vertrauen versagen und aufs schärfste gegen den Belagerungszustand, die Pressezensur und die anderen Ausnahmebestimmungen protestieren sollten. Ein Versuch, in einer kleinen Kommission, der Liebknecht, Haenisch und ich angehörten, eine Einigung herbeizuführen, blieb erfolglos, und die Fraktion beschloß darauf, den Entwurf von Haenisch ihrer Beratung zugrunde zu legen. Aus ihm wurden besonders beanstandete Teile gestrichen; andere Teile wurden aus dem Gegenentwurf übernommen, so daß schließlich mit Mühe und Not ein Kompromiß zustande kam. Dafür stimmten außer mir Paul Hoffmann, Hofer und Stroebel, dagegen Haenisch und Leinert, während sich Braun, Hue und Liebknecht der Abstimmung enthielten. Das zehnte Mitglied, Adolf Hoffmann, war durch Krank-

heit verhindert, der Sitzung beizuwohnen. Daß der Stimmenenthaltung von Braun und Hue auf der einen, und Liebknecht auf der anderen Seite direkt entgegengesetzte Motive zugrunde lagen, bedarf keiner besonderen Betonung.

In der nach so schweren Geburtswehen zustande gekommenen Erklärung gab die Fraktion vor allem dem Verlangen Ausdruck, daß die Regierung aus der durch den Krieg geschaffenen Lage die von den breitesten Volksmassen geforderten unumgänglichen innerpolitischen Folgerungen ziehe; sie forderte auf das Bestimmteste vor allem die Umkehr der Regierung in ihrer Politik gegenüber der Arbeiterklasse. Dem Polizeikampf gegen die Sozialdemokratie, gegen die Gewerkschaften und gegen die freie Jugendbewegung sollte ein Ende gemacht werden. Schärfster Widerspruch wurde erhoben gegen die politische Unterdrückung nationaler Minderheiten, wie sie in der Dänen- und Polenpolitik ihren Ausdruck fand. Als die Grundlage aller politischen Reformen aber wurde erneut die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts gefordert. Weiter heißt es dann wörtlich:

Am 22. Oktober vorigen Jahres sprachen wir die Hoffnung und den heißen Wunsch aus, daß der entsetzliche Krieg, in dem sich die Völker zerfleischen, ein baldiges Ende finden möge. Diese Hoffnung hat sich zu unserer Trauer noch nicht erfüllt. Wir wissen alle, daß dieser Krieg in keinem der beteiligten Länder vom Volke gewollt ist, daß seine Beendigung überall vom Volke ersehnt wird. Wir hegen die Zuversicht, daß die Friedensstimmen in allen kriegführenden Ländern von Tag zu Tag zahlreicher werden, sich bei den maßgebenden Stellen Geltung verschaffen, und daß unter dem Einfluß des Friedenswillens, insbesondere der Arbeiterklassen aller Länder, ein baldiger gesicherter Frieden zum Heile des deutschen Volkes und der gesamten Menschheit zustande kommen möge.

Die übrigen Parteien nahmen diese Erklärung nicht unwidersprochen hin. In ihrem Auftrage erteilte vielmehr der konservative Führer, Abgeordneter Dr. von Heydebrand und der Lasa, eine für den im Hause herrschenden Geist charakteristische Antwort, worin er den Augenblick als nicht geeignet zur Vorbringung von Wünschen, Klagen und Beschwerden be-

zeichnete. In einer Situation, wie Deutschland sich angesichts des Krieges um seine Existenz befinde, erwarte man nicht und erwarte das preußische Volk nicht, daß einzelne Klagen und Beschwerden vorgebracht werden. Vielmehr sollte nur zum Ausdruck kommen, daß die Geschlossenheit des ganzen preußischen Volkes auch gegenüber dem wütenden Krieg, der sich gegen uns entfesselt hat, dieselbe geblieben, wie sie zur ersten Stunde war, wie sie draußen auf dem Schlachtfelde bewiesen werde, wo man keine Klassen kenne, sondern wo auch alle kämpften, vom ersten bis zum letzten. Die Erklärung schloß mit den Worten: „Auch wir wissen den Wert des Friedens zu schätzen; wir wissen, was der Friede, der lange Friede, der hinter uns liegt, auch für unser preußisches und deutsches Volk gewesen ist. Aber nicht um einen schnellen Frieden handelt es sich, wie der Herr Vorredner gesagt hat, sondern um einen dauernden Frieden handelt es sich, um einen Frieden, der die Früchte sichert, die wir in diesem gewaltigen Kampfe für unser preußisches Vaterland erworben haben und zu sichern hoffen. Das ist der Friede, den wir brauchen. Jetzt handelt es sich aber um Kampf, jetzt handelt es sich um Krieg und Sieg; was später kommt, ist eine andere Frage.“

Aber nicht nur von den bürgerlichen Parteien des Abgeordnetenhauses war unsere Erklärung beanstandet worden, sondern sie hatte auch in breiten Kreisen der eigenen Partei arg verschnupft. In den „Sozialistischen Monatsheften“\*) tadelte es der leider zu früh verstorbene, von mir hochgeschätzte Hugo Heinemann in schärfsten Worten, daß wir überhaupt eine feierliche Erklärung abgegeben hatten, nachdem die Reichstagsfraktion bereits ihre prinzipielle Stellung zum Kriege und zu allen damit zusammenhängenden Fragen dargelegt hatte. Noch mehr aber beanstandete er den Inhalt der Erklärung, besonders den Friedenspassus. Dabei ging er von der Annahme aus, daß die offizielle Arbeiterpartei in England hinter ihrer Regierung stehe und deren Programm der Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz Deutschlands und damit seiner Arbeiterklasse billige. Die Ansicht, daß Deutschland am Ausbruch des Krieges unschuldig sei und daß England aus Furcht vor der Konkurrenz Deutschlands den Krieg Jahre hindurch systematisch vorbereitet habe, hatte in den Köpfen einer Reihe führender Parteigenossen

---

\*) 21. Jahrgang, Band 1, Heft 4, Seite 167 ff.

so fest Wurzel gefaßt, daß sie gegen jeden, der sich erlaubte, anderer Meinung zu sein, das schärfste Geschütz aufzogen.

Eine Ironie des Schicksals ist es, daß Heinemann, der diejenigen, die während des Krieges mit Forderungen hervortraten, wie sie in der Erklärung der Landtagsfraktion enthalten waren, als Scharfmacher in den eigenen Reihen bezeichnet, weil die Regierung im großen ganzen weitgehende Zugeständnisse gemacht hätte, und der sich im besonderen gegen den Ausspruch wendet, daß in allen beteiligten Ländern vom Volke die Beendigung des Krieges ersehnt werde, wenige Monate später erleben mußte, wie die Militärzensur die Verbreitung der von Otto Braun am 24. Juni 1915 im Abgeordnetenhaus gehaltenen Rede verbot. In dieser Rede protestierte Braun auf das entschiedenste gegen die Annexionsbestrebungen aller Art, denen leider auch die Regierung nicht ganz abgeneigt zu sein scheine. Eine Verwirklichung dieser Bestrebungen wäre seiner Auffassung nach ein Unheil für die Zukunft des Reiches, eine schwere Schädigung der gedeihlichen wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung unseres Vaterlandes. Die Sozialdemokratie bekämpfe diese verderblichen Pläne auf gewaltsame Angliederung fremder Gebietsteile schon deshalb, weil sie dazu beitragen, das blutige Ringen noch zu verlängern und den von allen Völkern so sehnlichst herbeigewünschten Frieden noch weiter hinauszuschieben. Hier findet sich also gleichfalls der von Heinemann so abfällig kritisierte Passus über den von allen Völkern sehnlichst herbeigewünschten Frieden. Auch heute noch vermag ich zwischen der scharf bekämpften Erklärung der Landtagsfraktion und der Rede von Otto Braun in diesem Punkte einen grundlegenden Unterschied nicht zu erblicken.

Die Erregung über die Erklärung vom 9. Februar 1915 hatte sich immerhin auf einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Parteigenossen beschränkt. Dagegen rief die von mir etwa ein Jahr später, am 17. Januar 1916, abgegebene Erklärung in weiten Kreisen der Partei einen förmlichen Sturm der Entrüstung hervor. Diese Entrüstung ist allerdings nur verständlich, wenn man die durch den Krieg erzeugte übernervöse Stimmung berücksichtigt. Die Erklärung lautete in ihren wichtigsten Teilen:

Die Regierung keines Landes hat bisher ihrem Friedenswillen öffentlich in einer Form Ausdruck verliehen, die es den Regie-

rungen der anderen kriegführenden Länder oder einer neutralen Regierung ermöglicht, amtlich Friedensverhandlungen anzuknüpfen... Wir verlangen, daß der Reichskanzler, der öffentlich kein Wort des Widerspruchs gegen die ungeheuerlichen Annexionspläne mächtiger Wirtschaftsverbände und anderer höchst einflußreicher Kreise gefunden hat, nicht nur diese Pläne entschieden zurückweist, sondern sich von jeder Annexionspolitik lossagt. Eine solche Politik ist das entscheidende Hindernis für jeden Friedensschluß; sie steigert die Entschlossenheit der Feinde zum Widerstande bis aufs Aeußerste. Und die Drohung des Reichskanzlers, je länger und beharrlicher die Feinde den Krieg gegen uns führen, um so mehr würden die von ihnen an die Zentralmächte zu leistenden Garantien wachsen, muß die Erbitterung noch vermehren. Die Fortsetzung dieser imperialistischen Gewaltpolitik muß notwendig dazu führen, den Frieden in unabsehbare Ferne zu rücken und die europäische Bevölkerung und Kultur in einem immer wahnwitzigeren Erschöpfungskrieg zu vernichten, in dem es keinen Sieger, nur Besiegte geben wird. Jede Verwirklichung der Eroberungspläne würde den Keim neuer Kriege in sich tragen. Ganz selbstverständlich ist es, daß auch nach sozialdemokratischen Grundsätzen kein Mensch Deutschland einen Frieden zumuten darf, der die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit des deutschen Volkes antastet, schon aus dem Grunde nicht, weil die Folgen eines solchen Friedens von dem unterliegenden Teil, nicht zuletzt von der Arbeiterklasse, als unerträglich empfunden werden und nur die Wiederholung der jetzigen Völkerschlächtereien heraufbeschwören würden. Diese Existenzmöglichkeiten erblicken wir nicht in der Schaffung eines imperialistischen Groß-Deutschland oder Mitteleuropa, sondern in politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Völker zueinander, wie sie durch den Ausbau der Demokratie, die Beseitigung der Geheimdiplomatie und die auf freier Vereinbarung beruhende Aufhebung der Zollschranken herbeizuführen sind. Aber umgekehrt können wir als internationale Sozialdemokraten getreu unseren programmatischen Grundsätzen und unserer ganzen Weltanschauung auch niemals die Hand dazu bieten, daß andere Völker unterjocht und ihre politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und Selbständigkeit angetastet wird, denn wir empfinden die Leiden der Proletarier der uns heute feindlich gegenüberstehenden Länder genau so wie die Leiden unserer

eigenen Volksgenossen. Unserer Ueberzeugung nach werden unsere Feinde nur dann zu einem Frieden geneigt sein, wenn ihnen die gleiche Sicherung und dieselbe Wahrung ihrer nationalen Rechte und Interessen gewährleistet wird, wie wir Sozialdemokraten sie für Deutschland beanspruchen. Insbesondere verlangen wir, daß die völlige Unabhängigkeit und Selbständigkeit Belgiens wiederhergestellt und das diesem Lande zugefügte und selbst vom Reichskanzler am 4. August 1914 eingestandene Unrecht in vollem Umfange wieder gut gemacht wird. Wenn die Regierungen der kriegführenden Länder heute noch nichts von einem Frieden wissen wollen, so setzen sie sich damit aufs neue in schärfsten Widerspruch zu der großen Masse des Volkes aller Nationen, das nichts sehnlicher herbeiwünscht, als den Tag, an dem es sich wieder friedlicher Kulturarbeit widmen kann. Nicht durch die Macht der Bajonette, nicht durch Eroberungen und Vergewaltigungen, nicht durch das Aufwerfen neuer Bollwerke in Gestalt von Gebietserweiterungen kann Frieden und Kultur gesichert werden, sondern nur durch die bewußte opfer- und kampfbereite Interessensolidarität der Proletarier aller Länder.

Im Gegensatz hierzu hatte die Fraktionsminderheit eine Erklärung ausgearbeitet, die zwar nicht im Landtage abgegeben, aber in der Presse veröffentlicht wurde und dadurch zu allgemeiner Kenntnis gelangte. Darin heißt es:

„Als wir im vorigen Sommer auseinandergingen, gaben wir uns der Hoffnung hin, daß wir in diesem Frühjahr unsere Arbeiten im Zeichen des Friedens erledigen könnten. Diese Hoffnung ist leider nicht in Erfüllung gegangen, im Gegenteil, der Weltkrieg hat an Ausdehnung zugenommen und noch immer ist sein Ende nicht abzusehen, da die feindlichen Regierungen bisher noch keinerlei Friedensbereitschaft bekundet haben. Gerade die wahnwitzigen, auf Eroberungen und auf die Niederwerfung Deutschlands gerichteten Pläne der gegen uns kriegführenden Mächte sind das stärkste Hindernis für die Einleitung von Friedensverhandlungen. Auch soweit solche Eroberungspläne bei uns laut geworden sind, lehnen wir sie nach wie vor entschieden ab. Denn jede imperialistische Gewaltpolitik muß notwendig dazu führen, den Frieden in unabsehbare Ferne zu rücken und die europäische Bevölkerung und Kultur in einem entsetzlichen Erschöpfungskrieg zu vernichten, in dem es keinen Sieger, nur Besiegte geben wird. Jede Verwirklichung von Eroberungsplänen würde den Keim neuer Kriege in sich tragen....



Gemeinsamer „Auszug“ aus dem Abgeordnetenhaus im Mai 1912

Von links nach rechts: Adolf Hoffmann, Hirsch, Borchardt



Wenn die Regierungen der feindlichen Länder heute noch nichts von einem Frieden wissen wollen, so setzen sie sich damit aufs neue in schärfsten Widerspruch zu der großen Masse des Volkes, das nichts sehnlicher herbeiwünscht, als den Tag, an dem es sich wieder friedlicher Kulturarbeit widmen kann. Die Regierung, die auch jetzt noch nicht die Hand zum Frieden bietet, häuft dadurch auf sich ein furchtbares Maß von Schuld gegenüber dem eigenen Volke wie der gesamten Menschheit. Wir fordern daher, daß die preußische Regierung ihren ganzen Einfluß auf die Reichsregierung dahin geltend macht, daß diese entsprechend der von dem Reichskanzler am 9. Dezember 1915 im Reichstag abgegebenen Erklärung auch in Zukunft klar und unzweideutig ihre Friedensbereitschaft bekundet und jede sich bietende Gelegenheit ergreift, um zu Friedensverhandlungen zu gelangen.“

Auch diesmal war der Abgabe der Erklärung der Versuch einer Verständigung vorangegangen, der aber von vornherein zum Scheitern verurteilt war. Der Fraktionsvorstand hatte den Mitgliedern den Entwurf vor seiner endgültigen Feststellung übersandt. Ohne aber die zu diesem Zweck einberufene Fraktionssitzung abzuwarten, riefen einige Mitglieder, die mit dem Entwurf nicht einverstanden waren, die Landeskommission an, und diese lehnte die inzwischen mit fünf (Hofer, Adolf Hoffmann, Paul Hoffmann, Hirsch, Stroebel) gegen 4 (Braun, Haenisch, Hue, Leinert) Stimmen bei einer Stimmenthaltung (Liebknecht) angenommene Erklärung nach lebhafter Debatte ab, billigte die Politik der Reichstagsfraktion und sprach die bestimmte Erwartung aus, daß durch die Landtagsfraktion nichts geschehe, was geeignet sei, die Politik der Reichstagsfraktion zu durchkreuzen. Die Mehrheit trug den Bedenken der Landeskommission dann in einigen Punkten Rechnung, ging aber nicht so weit, wie diese es gewünscht hatte und verwarf die Gegenerklärung der Minderheit. Die Landeskommission sprach hierauf ihr Bedauern darüber aus, daß die Fraktion des Abgeordnetenhauses ihren Beschluß nicht berücksichtigt habe.

War die Erklärung wirklich geeignet, die Politik der Reichstagsfraktion zu durchkreuzen? Keineswegs. Ich habe diese Frage seinerzeit sofort in einem Artikel der Essener Arbeiterzeitung vom 1. Februar 1916 verneint und komme auch heute zu denselben Schlüssen. Die Erklärung erhebt nicht, wie man irrtümlich behauptet hat, einseitige Vorwürfe gegen die deutsche

Reichsregierung, sondern wendet sich in gleicher Weise an die Regierungen aller kriegführenden Länder, sie gibt dem Friedenswillen des Proletariats Ausdruck, protestiert gegen alle Annexionspläne, fordert die deutsche Regierung auf, den ersten Schritt zum Frieden zu tun und bekämpft mit wünschenswerter Deutlichkeit die auf Schwächung Deutschlands gerichteten Bestrebungen unserer Feinde. In allen diesen Punkten entspricht sie durchaus der Stellung, die die Reichstagsfraktion, der Parteiausschuß und der Parteivorstand eingenommen hatten. In dem vom Parteivorstand am 23. Juli 1915 veröffentlichten Manifest heißt es am Schluß:

Soll der täglich neue Opfer fordernde Krieg nicht ins Endlose sich hinziehen, bis zur völligen Erschöpfung aller Völker dauern, so muß eine der beteiligten Mächte die Hand zum Frieden bieten. Deutschland, das von einer Uebermacht angegriffen, sich aller seiner Feinde bisher siegreich erwehrt, den Aushungerungsplan zuschanden gemacht und bewiesen hat, daß es unbesiegbar ist, sollte den ersten Schritt zur Herbeiführung des Friedens tun.

Im Namen der Menschlichkeit und der Kultur, gestützt auf die durch die Tapferkeit unserer Volksgenossen in Waffen geschaffene günstige Kriegslage fordern wir die Regierung auf, ihre Bereitwilligkeit kundzutun, in Friedensverhandlungen einzutreten, um dem blutigen Ringen ein Ende zu machen.

Entspricht das nicht im wesentlichen dem Inhalt der Erklärung vom 17. Januar 1916? Auch sie fordert, daß die deutsche Regierung den Regierungen der anderen Länder vorangeht; nur sind, in der Erwartung, daß dadurch die Regierungen der anderen Länder eher dem Frieden geneigt gemacht werden können, weitere spezialisierte Forderungen daran geknüpft, Forderungen, die aber in keinem Punkte den Anschauungen der großen Mehrheit der Partei, wohl auch nicht denen der Mehrheit der Reichstagsfraktion widersprachen.

Genau so wie Partei- und Fraktionsvorstand sich „unter allen Umständen für die Selbständigkeit und Unabhängigkeit aller Völker gegen jede Annexions-Politik aussprechen, in der Ueberzeugung, dadurch „unserem Volke den größten Dienst zu leisten“, genau so richtete sich auch die Erklärung der Landtagsfraktion dagegen, „daß andere Völker unterjocht und ihre

politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und Selbständigkeit angetastet wird“. Und genau so wie in der Eingabe des Partei- und Fraktionsvorstandes die Rede davon ist, „daß schon die Propagierung der Eroberungspläne die Gegner Deutschlands zur Fortführung des Kampfes aufreizt und in unheilvoller Weise zur Verlängerung des Krieges beiträgt“, genau so, wenn auch mit anderen Worten, heißt es, daß die Annexionspolitik die Entschlossenheit der Feinde zum Widerstande bis aufs äußerste steigert.

Aber weiter, rufen wir uns die Leitsätze der Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses über die Kriegsziele vom August 1916 ins Gedächtnis! An erster Stelle wird hier im Interesse der Sicherung der politischen Unabhängigkeit und Unversehrtheit des Deutschen Reiches die Abweisung aller gegen seinen territorialen Machtbereich gerichteten Eroberungsziele der Gegner gefordert. Will man behaupten, daß die Worte der Fraktionserklärung:

„Ganz selbstverständlich ist es, daß auch nach sozialdemokratischen Grundsätzen kein Mensch Deutschland einen Frieden zumuten darf, der die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und Selbständigkeit des deutschen Volkes antastet, schon aus dem Grunde nicht, weil die Folgen eines solchen Friedens von dem unterliegenden Teil, nicht zuletzt von der Arbeiterklasse, als unerträglich empfunden werden und nur die Wiederholung der jetzigen Völkerschlächtereieraufbeschwören würden“

anders gemeint sind als dieser Satz?

Tatsächlich waren also Unterschiede grundsätzlicher Natur zwischen den beiden Erklärungen nicht vorhanden. Trotzdem entfesselte die von der Mehrheit beschlossene Erklärung in der Partei eine ungewöhnlich heftige Polemik, die nicht gerade geeignet war, die Gegensätze zu überbrücken. Konrad Haenisch rückte in der Öffentlichkeit „so weit wie nur möglich“ von ihr ab und bezeichnete das Vorgehen der Fraktionsmehrheit als einen „schweren Bruch der heute mehr als je gebotenen Einheitlichkeit unserer politischen Aktion“. Otto Braun warf ihr vor, daß sie den „klar zutage liegenden Tatsachen Gewalt antue, wenn sie in ihrer Erklärung hinsichtlich der Friedensbereitschaft die deutsche Regierung mit den feindlichen Regierungen auf eine Stufe stellt“. Auf der anderen Seite schrieb Liebknecht, die

Erklärung sei „miserabel, ein schaumiges Zeug, sie entbehre der prinzipiellen sozialdemokratischen Klarheit“. Einige Parteiblätter, wie die Essener und die Duisburger Arbeiterzeitung, rühmten dagegen gerade ihren sozialdemokratischen Charakter. Am weitesten in seiner Kritik ging Wolfgang Heine, der nicht nur den Friedenspassus, sondern auch den über die Wahlrechtsreform in Grund und Boden kritisierte:

„Was aber die preußische Wahlreform betrifft, so ist die Ankündigung freilich noch höchst nebelhaft und unbestimmt, schon aber lockt sie die Konservativen zu heftigen Vorstößen gegen die Regierung auf den Plan. Und in dieser Lage fällt die Landtagsfraktion über die Regierung her und nimmt ihr damit jedes Interesse an einer Reform, die diesen Namen wirklich verdiente. Jetzt wo die Regierung eine Verbesserung des Wahlrechts durchsetzen könnte, unterstützt und getragen von der Sozialdemokratie, läßt diese sie im Stich. Wo die Regierung ganz starken Antriebes bedarf, um etwas Energisches auch nur zu wollen, tut die Sozialdemokratie im Preußischen Landtag alles, um ihr Vorwände zu geben, nichts zu wollen und zu tun. Wo die Partei gesammelte Kraft und Einigkeit braucht, sprengt die Sonderbundsrichtung die alten Verbindungen und die Landtagsfraktion nimmt Stellung gegen die Reichstagsfraktion.“

Wie recht wir trotz alledem mit unserer Stellung zur Wahlreform hatten, hat die Zukunft bewiesen. Denn es hat noch mehr als ein Jahr gedauert, ehe die Regierung endlich ihre Wahlrechtsvorlage einbrachte, eine Vorlage, die selbst hinter den bescheidensten Wünschen der Arbeiterklasse weit zurückblieb.

Der wirkliche Unterschied zwischen den beiden Erklärungen war lediglich der, daß die Minderheit der Landtagsfraktion, in Uebereinstimmung mit der Mehrheit der Reichstagsfraktion, glaubte, die fehlende Friedenssehnsucht der feindlichen Regierungen sei das Friedenshindernis, während die Mehrheit der Landtagsfraktion von dem Gegenteil überzeugt war. „Ein harmloser bürgerlicher Leser“, so schrieb die von Ernst Heilmann, einem doch zweifellos auf dem Boden der Mehrheit der Reichstagsfraktion stehenden Genossen, geleitete Chemnitzer Volksstimme in ihrer Nummer vom 3. Februar 1916,

„hätte den Unterschied zwischen den Erklärungen der Reichstagsfraktion und der Landtagsfraktion gar nicht gemerkt. Nur weil der Parteistreit so wild geführt wird, wirkte bei den Eingeweihten die Erklärung der Preußenfraktion wie eine Kundgebung gegen die Reichstagsfraktion. Man ist eben in der Partei wieder einmal reichlich nervös.“

In der Tat, man war in der Partei so nervös, daß ein gegenseitiges Sichverstehen ausgeschlossen erschien. Von dieser Nervosität waren leider auch die Mitglieder der Landtagsfraktion nicht frei. Wie weit es gekommen war, möge man daraus entnehmen, daß Liebknecht in einer Rede über das Wahlrecht von der Tribüne des Parlaments herab offen gegen die Mehrheit der Reichstagsfraktion polemisierte, und daß Haenisch in einer Rede über Kulturfragen, ohne einen Namen zu nennen, aber doch für jedermann deutlich genug erkennbar, sich von seinem Fraktionskollegen Liebknecht abwandte. Einen erhebenden Eindruck machte das wirklich nicht. Hätten damals die Heißsporne in beiden Lagern sich die mit Rücksicht auf die Interessen der Partei gebotene Reserve auferlegt, so wäre manche Schärfe, an der die Gegner der Sozialdemokratie ihre Freude hatten, vermieden worden.

Zu erneuten Auseinandersetzungen zwischen den Fraktionsmitgliedern kam es, als Liebknecht am 16. März 1916 in einer Rede zum Kultusetat die Soldaten aufgefordert hatte „die Waffen zu senken und sich gegen den gemeinsamen Feind zu kehren, der ihnen Licht und Luft nimmt“. Das war nicht nur eine politische Geschmacklosigkeit, sondern ein schwerer Disziplinbruch. Denn die Fraktion hatte gerade kurz vorher mit großer Mehrheit die Aufnahme eines ähnlichen Gedankens in einer Erklärung abgelehnt. Es war auch keine rednerische Entgleisung, da Liebknecht diese Stelle seiner Rede wörtlich in seinem Manuskript formuliert hatte. Die Minderheit bestand nun darauf, wir sollten im Landtag erklären, daß die von Liebknecht ausgesprochene Aufforderung gegen einen Beschluß der Fraktion verstoßen habe und daß diese deshalb die Verantwortung für seine Ausführungen ausdrücklich ablehne. Ich selbst wandte mich jedoch gegen diesen Antrag, weil ich der Fraktion das Recht absprach, sich öffentlich vor politischen Gegnern zum Richter über ein Mitglied aufzuspielen und ihm den Mund zu verbieten. Auf diesen Standpunkt habe ich mich gestellt und

ihn auch in der Presse vertreten, obwohl ich nie ein Hehl daraus gemacht hatte, daß ich die Haltung Liebknechts, namentlich sein Auftreten in der Öffentlichkeit, mißbilligte. Es war darüber zwischen ihm und mir auch wiederholt zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen. Ich mußte aber auch bedenken, daß bei dem Stärkeverhältnis die Fraktionsbeschlüsse häufig von einem Zufall, von der Anwesenheit oder Abwesenheit des einen oder des anderen Abgeordneten abhingen. Angenommen, eine Zufallsmehrheit hätte beschlossen, Liebknecht dürfe nicht reden. Hätte man es dann den anderen, wenn sie einmal die Zufallsmehrheit gehabt hätten, verdenken können, wenn sie Gleiches mit Gleichem vergolten hätten? Das aber hätte eine außergewöhnlich schwere Schädigung der Partei bedeutet. Ja, es hätte letzten Endes dazu führen können, daß wir überhaupt zu keiner Frage das Wort ergreifen durften. Einmal war es ja schon soweit gekommen. Bei der Debatte darüber, ob es in einem bestimmten Augenblick politisch klug und geschickt sei, wenn wir uns im Abgeordnetenhaus über die Kriegsziele und die Friedensbestrebungen äußern würden, vertrat die eine Richtung die Auffassung, daß eine solche Aussprache dem Lande und der Arbeiterklasse nur schaden und den heißersehnten Frieden hinausschieben könnte, die andere Richtung hielt es für angebracht, daß wir uns von der Parlamentstribüne herab rückhaltslos äußern. Es kam zu keiner Einigung und infolgedessen verzichtete das als Redner in Aussicht genommene Mitglied der Fraktion überhaupt auf eine Rede im Plenum, sprach auch nicht über die Uebergriffe der Zensur und über die Pressefreiheit, obwohl über diese Fragen vollste Uebereinstimmung in der Fraktion herrschte.

Im Laufe der Zeit wurden die Zustände in der Fraktion dann immer unhaltbarer. Was ich zu hintertreiben bestrebt war, die Spaltung der Partei, wurde zur Tatsache. Der Umstand, daß die Mittelmächte im Dezember 1916 endlich offen mit einem Friedensangebot hervorgetreten waren und daß die Feinde dieses Angebot abgelehnt hatten, hatte mich zu der Ueberzeugung gebracht, daß es nicht mehr angebracht sei, zwischen den beiden Richtungen zu vermitteln. Ich stellte mich nun uneingeschränkt auf die Seite der bisherigen Fraktionsminderheit, die dadurch, nachdem dem Genossen Liebknecht inzwischen durch Gerichtsurteil sein Mandat aberkannt war, zur Mehrheit wurde. Zum Ausbruch aber kam der Konflikt unmittelbar nach

meiner Etatsrede vom 19. Januar 1917. Ich hatte darin nach dem stenographischen Bericht u. a. ausgeführt, daß die Verantwortung, wenn sich die Hoffnungen auf einen baldigen Frieden im gegenwärtigen Augenblick nicht erfüllt haben, auf die Regierungen der feindlichen Länder falle, die das deutsche Friedensangebot nicht nur abgelehnt, sondern auch Kriegsziele kundgetan hätten, die von jedem Deutschen mit Entrüstung zurückgewiesen werden müßten. Es unterliege nach dem eigenen Eingeständnis der Regierungen der Ententemächte gar keinem Zweifel mehr, daß die Entente nunmehr den Krieg zu Eroberungszwecken fortsetzen wolle. Deshalb könne es für uns, gleichviel welcher Partei wir angehören, kein Zaudern und kein Schwanken mehr geben. Ich wolle nicht die Schuldfrage untersuchen; das sei Aufgabe einer späteren Zukunft. Deshalb sehe ich auch ab von der Erörterung des belgischen Problems. Für die Gegenwart gelte es nicht, Geschichte zu schreiben, sondern Politik zu treiben. Diese Politik könne nur darin bestehen, daß wir alles daran setzen, die Eroberungsgelüste der feindlichen Regierungen zuschanden zu machen, gleichzeitig aber nichts unversucht zu lassen, was geeignet sei uns dem Frieden näher zu bringen. Nach wie vor stellten wir uns auf den Standpunkt, daß für Deutschland nur ein Friede in Frage komme, der ihm die territoriale Unversehrtheit, die wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit und die politische Selbständigkeit gewährleiste.

Adolf Hoffmann ergriff dazu, entgegen dem ausdrücklichen Fraktionsbeschluß, namens seiner engeren Freunde Hofer, Paul Hoffmann und Stroebe! das Wort zur Geschäftsordnung, um meine Rede zu bekämpfen. Die Folge war ein noch an dem gleichen Tage gefaßter Fraktionsbeschluß, wonach sich die genannten Genossen mit diesem „gegen die elementarsten Grundregeln parteigenössischen Zusammenarbeitens im Parlament verstoßenden Vorgehen von der sozialdemokratischen Fraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses getrennt und die aus der Fraktionszugehörigkeit sich ergebenden Rechte verwirkt“ haben. Adolf Hoffmann, Paul Hoffmann, Hofer und Stroebe! teilten hierauf dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses mit, daß sie aus der sozialdemokratischen Fraktion ausgeschieden seien und

eine neue Fraktion mit der Bezeichnung „Sozialdemokratische Fraktion alter Richtung“ gebildet hätten.

Die neun Vertreter der Sozialdemokratie im preußischen Dreiklassenparlament waren also in zwei Lager geschieden. Aber nicht genug damit erblickten die „Sozialdemokraten alter Richtung“ von nun an ihre Hauptaufgabe in dem Kampfe gegen die Bundesgenossen von gestern, und dieser Kampf nahm bisweilen geradezu groteske Formen an. Bekam es doch Adolf Hoffmann fertig, mir nach Westpreußen, wohin ich zur Abhaltung von Versammlungen für das allgemeine Wahlrecht berufen war, nachzureisen und die Versammlungen in einer Reihe von Orten, wie Danzig, Elbing u. a. zu sprengen. Diese Art des „Wahlrechtskampfes“ ist bezeichnend dafür, wohin die Fraktionskämpfe geführt hatten.

## Neue Wahlrechtskämpfe.

Je gebieterischer die entrechteten Massen durch ihre Vertreter im Parlament, in der Presse und in Versammlungen den ihnen gebührenden Anteil an der Gesetzgebung durch Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen forderten, um so ablehnender verhielt sich die Regierung.

Noch bei der allgemeinen Etatberatung im Januar 1914 betonte der Ministerpräsident von Bethmann Hollweg, die Staatsregierung sei durchaus nicht der Ansicht, daß sie sich vom Parlament eine Wahlreform erzwingen lassen solle. „So wenig wie die Staatsregierung den Versuch machen wird, dem Parlament eine Wahlreform zu oktroyieren, ebensowenig wird sie sich vom Parlament eine Wahlreform aufoktroyieren lassen (Bravo rechts). So gut wie die Staatsregierung seinerzeit selbst die Initiative ergriffen hat, so gut wird sie die Initiative ergreifen, wenn sie selbst den Zeitpunkt für gekommen erachtet (Lebhafte Zurufe links: Wann?), um mit einer Wahlreform vorzugehen (Wiederholte Rufe: Wann?). Ja, das werden Sie sehen, meine Herren (Große Heiterkeit!).“

Und um gar keinen Zweifel über die Haltung der Regierung aufkommen zu lassen, verwahrte sich am 18. Mai 1914 der neu ernannte Minister des Innern von Loebell gegen den „Verdacht“, man könne in ihm den Minister für Wahlreform erblicken. Dieses Vertrauen müsse er auch auf die Gefahr hin, Enttäuschung hervorzurufen, dankbar ablehnen — eine Aeußerung, die ihm den ausdrücklichen Dank und die Anerkennung der konservativen Fraktion des Herrenhauses einbrachte. Von einer Verstärkung des Einflusses der Massen, von einer Demokratisierung des Wahlrechts wollte die Regierung, wie Herr von Loebell überflüssigerweise festzustellen für nötig hielt, nichts wissen.

Dann brach der Weltkrieg aus, und nach den Vereinbarungen der bürgerlichen Parteien sollte die preußische Wahlrechtsfrage

bis zum Friedensschluß ruhen. Die sozialdemokratische Fraktion des Abgeordnetenhauses aber konnte und wollte sich auf diese Art von Burgfrieden nicht einlassen. Bereits in der ersten Kriegstagung am 22. Oktober 1914 sprach ich deshalb in ihrem Namen das Bedauern darüber aus, daß nicht einmal in diesen Tagen, wo das ganze Volk und vor allem die breiten Massen der Bevölkerung die schwersten Opfer an Gut und Blut bringen, die Regierung ihre Pflicht erfüllt habe, das Dreiklassenwahlssystem durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zu ersetzen, das vom Volke seit langem in unzweideutigster Weise gefordert werde. Einige Monate später, am 9. Februar 1915, mußte ich feststellen, daß die Regierung den 22. Oktober hatte vorübergehen lassen, ohne auch nur ein Wort des Entgegenkommens zu sprechen. Obwohl inzwischen mehr als drei weitere Monate der schwersten Opfer des gesamten Volkes verstrichen waren, sei der dringend erforderliche Wahlrechtsreformentwurf wieder nicht vorgelegt, ja nicht einmal angekündigt worden. Die Sozialdemokratie verlange aber, daß die Regierung wenigstens in der gegenwärtigen Tagung die wichtigste aller innerpolitischen Aufgaben erfülle. Auch diesmal eisiges Schweigen auf den Bänken der Regierung und bei den bürgerlichen Parteien.

Die gleiche Taktik schlug der Minister des Innern bei der Beratung seines Etats ein, in der Budgetkommission sowohl als auch im Plenum. Und wieder kamen ihm die bürgerlichen Parteien zu Hilfe, es sei denn, daß man in der lendenlahmen Erklärung des Fortschrittlers Dr. Pachnicke vom 2. März 1915, für die Zeit nach dem Kriege werde die Reform des Wahlrechts die Hauptaufgabe bilden, von deren Lösung die ganze innere Entwicklung in Preußen und im Reich wesentlich beeinflußt wird, oder in der nichtssagenden Bemerkung des Zentrumsführers Marx vom gleichen Tage, die Wahlrechtsfrage werde am besten in dieser gefährlichen Zeit nicht berührt, eine Stellungnahme zu dem Problem erblicken will.

Endlich aber mußte die Regierung Bethmann Hollweg selbst zu der Einsicht gelangen, daß es auf die Dauer unmöglich sei, über die Frage der Reform des preußischen Wahlrechts zur Tagesordnung überzugehen. Mehr und mehr schwand die Hoffnung, daß der Krieg mit einem schnellen Siege auf deutscher Seite enden würde. Immer größer wurden die Zweifel an einem glücklichen Ausgang, immer unzufriedener die hungernden und frierenden Massen. So mußte man sich denn wohl oder übel zu

einem kleinen Zugeständnis bequemen. In der Thronrede, mit der der Landtag im Januar 1916 eröffnet wurde, findet sich darüber folgender Passus: „In dem ungeheueren Erleben dieses Krieges wird ein neues Geschlecht groß. Die ganze waffenfähige Mannschaft, geeint durch kameradschaftliche Treue bis in den Tod, schirmt Staat und Volk. Der Geist gegenseitigen Verstehens und Vertrauens wird auch im Frieden fortwirken in der gemeinsamen Arbeit des ganzen Volkes am Staate. Er wird unsere öffentlichen Einrichtungen durchdringen und lebendigen Ausdruck finden in unserer Verwaltung, unserer Gesetzgebung und in der Gestaltung der Grundlagen für die Vertretung des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften“.

Diesen ganz allgemein gehaltenen Andeutungen war mit keinem Worte die Absicht einer Wahlrechtsreform während des Krieges zu entnehmen, noch viel weniger die Absicht der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen. Trotzdem genügten sie, um die konservativen Parteien, die den Empfindungen und Gefühlen der breiten Massen des Volkes völlig fremd gegenüberstanden, in Harnisch zu bringen. Der anerkannte konservative Führer Dr. von Heydebrand und der Lasa äußerte am 13. Januar, daß es kaum einen unglücklicheren Zeitpunkt für eine solche Ankündigung gebe, in der er ein Entgegenkommen gegen die linke Seite des Hauses erblicken müsse. Die sachlichen Meinungsverschiedenheiten auf diesem Gebiete seien zur Zeit im wesentlichen die alten geblieben. Der Krieg stelle als allerernstestes Erfordernis an unser Volk die Forderung nach Einigkeit, und wenn man zu einer Zeit, wo man auf das peinlichste besorgt sei, den Burgfrieden zwischen den Parteien zu erhalten, mit Fragen hervortrete, die zweifellos die Einigkeit im preußischen Volksleben, in unserem Parteileben stören müßten, so sei das einfach unverantwortlich. Den Interessen des Landes würde es direkt widersprechen, wenn die Vertreter der Staatsregierung etwa glauben sollten, daß die Erledigung der Wahlrechtsfrage wichtiger wäre als die Erledigung der Fragen, die mit dem Kriege selbst in unmittelbarem Zusammenhange stehen. Noch heftiger wettete der als Scharfmacher verschrieene freikonservative Abgeordnete Freiherr von Zedlitz, er sprach rund heraus seine Mißbilligung darüber aus, daß in der Thronrede auch nur in dieser losen Form der Wahlrechtsfrage gedacht war. Er glaube, keinem Widerspruch zu begegnen, auch nicht seitens der Staatsregierung, wenn er die Auffassung vertrete, daß der

betreffende Satz der Thronrede niemals die Auslegung haben wollen und finden sollen, daß damit an die Einführung des Reichswahlrechts in Preußen gedacht wurde. Man dürfe an die Wahlvorlage nicht eher herangehen, bis wenigstens unter denjenigen Parteien, die auf dem Boden eines sachgemäß abgestuften Wahlrechts stehen, eine gewisse Verständigung erzielt und die Sicherheit gewährt sei, daß wir dadurch nicht wieder in harten Parteigegensatz geraten.

Dem konservativen Vorstoß im Abgeordnetenhaus folgte einige Tage später, am 18. Januar, ein Vorstoß der konservativen Fraktion des Herrenhauses, in deren Auftrag Freiherr von Richthofen-Damsdorf — ausgerechnet bei der Beratung des Entwurfs eines Fischereigesetzes — eine vorher schriftlich fixierte Erklärung verlas, die fast einer Kriegserklärung an die Regierung gleichkam. Darin wurde festgestellt, die Kundgebung der Staatsregierung sei ohne Widerspruch der letzteren von allen Parteien des anderen Hauses dahin verstanden worden, daß in Anlehnung an die in der Thronrede von 1908 gemachte Verheißung ein Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des Wahlrechts zum Hause der Abgeordneten, unmittelbar nach dem Kriege zu erwarten sei. Damit aber habe die königliche Staatsregierung, „ohne zwingende Notwendigkeit eine Behandlung dieser grundlegenden Frage unserer inneren Politik in den Kreis der Erörterung gestellt“. Tiefgehende Meinungsverschiedenheiten über Notwendigkeit und Art eines derartigen Eingriffs in die Grundlagen des preußischen Verfassungslebens seien jetzt wie früher unvermeidlich. Die konservative Partei des Herrenhauses halte es daher für ihre Pflicht, ihrer einhelligen Ansicht dahin Ausdruck zu geben, daß „der gegenwärtige Augenblick nicht wohl gewählt war für eine Kundgebung der königlichen Staatsregierung, welche das Wahlrecht zu den gesetzgebenden Körperschaften betrifft. Jedes sachlichen Eingehens auf die Anregung der königlichen Staatsregierung werden wir uns zur Zeit enthalten“.

Charakteristisch ist es, daß die Vertreter der Regierung sich sowohl im Abgeordnetenhaus wie im Herrenhaus wiederum in Schweigen hüllten und die Verteidigung der Krone den Vertretern der Linksparteien überließen. Im Herrenhaus gab Herzog zu Trachenburg Fürst von Hatzfeld dem Bedauern seiner

Freunde darüber Ausdruck, daß in überraschender Weise der Fischerei-Gesetzentwurf zum Anlaß genommen worden sei, einen Angriff gegen die in der Thronrede von neuem angekündigte Abänderung des preußischen Wahlrechts zu machen. Auf die Sache selbst einzugehen, versage er sich im gegenwärtigen Augenblick, er halte sich aber für verpflichtet, schon jetzt mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck zu bringen, daß seine Freunde, soviel an ihnen liege, ihre Mitarbeit an einer zeitgemäßen Umgestaltung des preußischen Wahlrechts nicht versagen werden. Im Abgeordnetenhaus trat diesmal außer der Sozialdemokratie auch die Fortschrittliche Volkspartei für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen noch vor den nächsten Wahlen ein, während das Zentrum sich auf die kurze Erklärung beschränkte, daß das bestehende preußische Wahlrecht den heutigen Verhältnissen nicht mehr entspreche und daß man mit Freuden an dem Zustandekommen einer neuen Wahlreform mitarbeiten werde. Die Nationalliberalen beobachteten eine ähnliche Haltung wie die konservativen Parteien; nicht nur der dem rechten Flügel angehörende Abgeordnete Fuhrmann, sondern auch der Vertreter des linken Flügels, der spätere Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg, wandte sich gegen eine Wahlreform während des Krieges; ersterer mit der Phrase, daß jeder, der an der Wahlrechtsfrage rühre, den Ausgang des Kampfes um das nationale Dasein gefährde, letzterer mit dem Hinweis darauf, daß die Reform des Wahlrechts zwar eine der wichtigsten, ja sogar der brennendsten Aufgaben sei, die die preußische Regierung in Angriff zu nehmen habe, daß aber diese Frage während des Krieges nicht gelöst werden könne; während des Krieges habe man das in den Vordergrund zu stellen, was die Parteien auf dem Boden der Vaterlandsliebe einigt; das Trennende aber müsse zurücktreten, bis der Sieg erstritten sei.

Wie wenig übrigens die Regierung selbst an eine praktische Lösung der Frage dachte, geht aus den Worten des Ministers von Loebell hervor, der es für geraten hielt, sogar in diesem Moment den Wahlrechtsfeinden zu Hilfe zu eilen. Er betonte die Notwendigkeit, das politische Leben Preußens und Deutschlands, von der umstrittenen Frage dauernd zu entlasten, aber erst, wenn die Waffen ruhen; bis dahin müsse diese Frage dem politischen Leben ferngehalten werden sowohl von den Beratungen im Parlament als von den Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit.

uns Zeit, oder wie der Berliner sagt: Immer sachte mit den jungen Pferden!“

Auf einen ganz ähnlichen Ton gestimmt waren die Ausführungen des Grafen von Roon, der zunächst einen Tadel an den Ministerpräsidenten richtete, daß dieser sich bewogen gefühlt habe, im Abgeordnetenhaus ein Loblied auf den Reichstag zu singen. Dazu sei wahrhaftig keine Veranlassung. Wenn der Reichstag Bewilligungen für Kriegszwecke gemacht habe, so habe er nur seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit getan. Das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht habe im Reich zur Zerfahrenheit der Parteien und zu Zänkereien über die unwesentlichsten Dinge geführt. Daher sollte man lieber an die Reform des Reichstagswahlrechts denken. Zum mindesten wäre zu überlegen, ob nicht wenigstens zur Behinderung des radikalen Vorgehens des Reichstags ein Reichsoberhaus zu gründen wäre. Kein Wort also ernster Erwägung, kein sachliches Eingehen, sondern billiger Hohn und Spott! Besonders empört war Herr von Roon darüber, daß ein Vorredner die kaiserliche Botschaft über die Wahlrechtsreform als einen *Rocher de bronze* bezeichnet hatte. „Unter *rocher de bronze*“, so fuhr er fort, „verstehe ich etwas anderes als eine Thronrede, die, wie man weiß, in den Beratungen der Herren Minister aufgesetzt ist und nachher die allerhöchste Genehmigung gefunden hat“. Hier ergeht also herber Tadel an den Kaiser und an die Minister. Was den Redner aber nicht hinderte, mit den Worten zu schließen: „Die Neuorientierung, von der soviel gesprochen wird, ist doch immer ausschließlich eine Orientierung nach links. Mein oberstes Kriegsziel ist, die Krone und die Monarchie himmelhoch zu halten“.

Die ganze Ueberheblichkeit der preußischen Junker, die nichts gelernt und nichts vergessen hatten, spricht aus diesen Worten. Noch immer fühlten sie sich als die Herren im Staate, nach deren Pfeife alles, auch die Regierung zu tanzen hatte. Wie Schulbuben kanzelten sie die Minister ab, die es freilich nicht besser verdient hatten, da sie jedem ernstern Konflikt mit ihnen ängstlich aus dem Wege gingen. Mehr als schwächlich war denn auch die Erwiderung des Vizepräsidenten des Staatsministeriums von Breitenbach. Fast klingt es wie eine Entschuldigung vor den Junkern, wenn er zwar betonte, daß er die Anschauungen des Grafen von Roon nach verschiedenen Richtungen hin für anfechtbar halte, sachlich ihm aber völlig recht



Wahlrechtsdemonstration im Treptower Park 1912



gab, indem er es unter Berufung auf eine Aeüßerung des Ministerpräsidenten ablehnte, während des Krieges an die Wahlrechtsfrage heranzutreten. In ganz ähnlichem Sinne hatte einige Wochen vorher, am 14. Februar 1917, Herr von Loebell im Abgeordnetenhouse rund heraus prophezeit, daß die Wahlrechtsreform während des Krieges nicht kommen werde.

Die Geschichte aber hat gelehrt, daß die königlich preußischen Staatsminister des Jahres 1917 nicht nur über die Stimmung im Volke, sondern auch über die Absichten ihres Königs nicht unterrichtet waren. Denn bereits wenige Wochen nach ihren durchaus ablehnenden Erklärungen, am 7. April 1917, richtete Wilhelm II. an den Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten von Bethmann Hollweg eine Botschaft über die Wahlreform in Preußen, die von dem Reichskanzler gegengezeichnet worden ist, somit den Charakter und die Bedeutung eines Staatsaktes erhalten hat. Die Botschaft, eines der bedeutsamsten Dokumente für die innerpreußische Politik, lautet:

Noch niemals hat sich das deutsche Volk so fest gezeigt wie in diesem Kriege. Das Bewußtsein, daß sich das Vaterland in bitterer Notwehr befand, übte eine wunderbar versöhnende Kraft aus, und trotz aller Opfer an Blut draußen im Felde und schwerer Entbehrungen daheim ist der Wille unerschütterlich geblieben, für den siegreichen Endkampf das Letzte einzusetzen. Nationaler und sozialer Geist verstanden und vereinigten sich und verliehen uns ausdauernde Stärke. Jeder empfand, was in langen Jahren des Friedens unter manchen inneren Kämpfen aufgebaut war, das war doch der Verteidigung wert.

Leuchtend stehen die Leistungen der gesamten Nation in Kampf und Not vor Meiner Seele. Die Erlebnisse dieses Ringens um den Bestand des Reiches leiten mit erhabenem Ernste eine neue Zeit ein. Als dem verantwortlichen Kanzler des Deutschen Reichs und ersten Minister Meiner Regierung in Preußen liegt es Ihnen ob, den Erfordernissen dieser Zeit mit den rechten Mitteln und zur rechten Stunde zur Erfüllung zu verhelfen. Bei verschiedenen Anlässen haben Sie dargelegt, in welchem Geiste die Formen unseres staatlichen Lebens auszubauen sind, um für die freie und freudige Mitarbeit aller Glieder unseres Volkes Raum zu schaffen. Die Grundsätze,

die Sie dabei entwickelten, haben, wie Sie wissen, Meine Billigung. Ich bin Mir bewußt, dabei in den Bahnen Meines Großvaters, des Begründers des Reiches, zu bleiben, der als König von Preußen mit der Militärorganisation und als Deutscher Kaiser mit der Sozialreform monarchische Pflichten vorbildlich erfüllte und die Voraussetzung dafür schuf, daß das deutsche Volk in einmütigem, ingrimmigem Ausharren diese blutige Zeit überstehen wird.

Die Wehrmacht als wahres Volksheer zu erhalten, den sozialen Aufstieg des Volkes in allen seinen Schichten zu fordern, ist von Beginn Meiner Regierung an Mein Ziel gewesen. Bestrebt, in fest bewahrter Einheit zwischen Volk und Monarchie dem Wohle der Gesamtheit zu dienen, bin Ich entschlossen, den Ausbau unseres inneren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens, so wie es die Kriegslage gestattet, ins Werk zu setzen.

Noch stehen Millionen Volksgenossen im Felde, noch muß der Austrag des Meinungsstreits hinter der Front, der bei einer eingreifenden Verfassungsänderung unvermeidlich ist, im höchsten vaterländischen Interesse verschoben werden, bis die Zeit der Heimkehr unserer Krieger gekommen ist, und sie selbst am Fortschritt der neuen Zeit mitraten und -taten können. Damit aber sofort beim glücklichen Ende des Krieges, das, wie Ich zuversichtlich hoffe, nicht mehr fern ist, das Nötige und Zweckmäßige auch in dieser Beziehung geschehen kann, wünsche Ich, daß die Vorbereitungen unverweilt abgeschlossen werden.

Mir liegt die Umbildung des Preußischen Landtags und die Befreiung unseres gesamten innerpolitischen Lebens von dieser Frage besonders am Herzen. Für die Aenderung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus sind auf Meine Weisung schon zu Beginn des Krieges Vorarbeiten gemacht worden. Ich beauftrage Sie nunmehr, Mir bestimmte Vorschläge des Staatsministeriums vorzulegen, damit bei der Rückkehr unserer Krieger diese für die innere Gestaltung Preußens grundlegende Arbeit schnell im Wege der Gesetzgebung durchgeführt werde. Nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Kriege ist nach Meiner Ueberzeugung für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr. Der Gesetzentwurf wird ferner

unmittelbare und geheime Wahl der Abgeordneten vorzusehen haben.

Die Verdienste des Herrenhauses und seine bleibende Bedeutung für den Staat wird kein König von Preußen verkennen. Das Herrenhaus wird aber den gewaltigen Anforderungen der kommenden Zeit besser gerecht werden können, wenn es in weiterem und gleichmäßigerem Umfange als bisher aus den verschiedenen Kreisen und Berufen des Volkes führende, durch die Achtung ihrer Mitbürger ausgezeichnete Männer in seiner Mitte vereinigt.

Ich handle nach den Ueberlieferungen großer Vorfahren, wenn Ich bei Erneuerung wichtiger Teile unseres fest gefügten und sturmerprobten Staatswesens einem treuen, tapferen, tüchtigen und hochentwickelten Volk das Vertrauen entgegenbringe, das es verdient.

Ich beauftrage Sie, diesen Erlaß alsbald bekanntzugeben.

Diese Botschaft, die sogenannte Osterbotschaft, schlug in die konservativen Gefilde wie ein Blitz aus heiterem Himmel ein. Die konservative Presse erging sich, ganz unbeschadet der so oft gelobten Treue zum Kaiser und König, der diesmal nicht ihren Willen tat, in schärfster Kritik an den geplanten Maßnahmen. Aber der Stein war im Rollen und nichts konnte ihn aufhalten. Weite Kreise des Bürgertums traten nunmehr Seite an Seite mit den sozialdemokratischen Arbeitern für die sofortige Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen ein. Besonderen Eindruck machte die Erklärung, die mit den Unterschriften von Hans Delbrück, Oberbürgermeister Dominicus, Professor Emil Fischer, Ad. von Harnack, Friedrich Meinecke, Botschafter a. D. Graf Monts, Walter Nernst, Paul Rohrbach, Friedrich Thimme und Ernst Troeltsch im Juli-Heft der „Preußischen Jahrbücher“ erschien und in der es hieß: „Der große Kampf, in dem das deutsche Volk steht, ist noch nicht beendet. Die Unterzeichneten haben bisher meist der Auffassung gehuldigt, daß die Verheißungen der Kaiserlichen Osterbotschaft zur Vermeidung gar zu harter innerer Kämpfe in Vereinbarung mit den konservativen Elementen des öffentlichen Lebens durchzuführen seien. Aber der Widerstand, der von dieser Seite geleistet wird, ist so stark, daß Zweifel entstehen mußten, ob überhaupt die Osterbotschaft nach Abschluß des Friedens ihrem Geiste nach voll zur Verwirklichung gelangen

werde. Ein solcher Zweifel ist heute unerträglich. Um das deutsche Volk in dem Vertrauen zu erhalten, auf das es ein Recht hat, ist es notwendig, ohne Verzug die Hand ans Werk zu legen. Wir stehen daher nicht an, die Forderung des Tages öffentlich zu erheben: daß die Regierung dem Landtage unverweilt eine Wahlreform vorlege, die nicht nur das allgemeine, direkte und geheime, sondern auch das gleiche Stimmrecht bringt, und daß die Regierung auch sonst dem Vertrauen wirksamen und sichtbaren Ausdruck gebe, welches das deutsche Volk verdient.“

Die Hoffnung der Wahlrechtsfeinde, daß es ihrem Einfluß doch noch gelingen würde, die Einbringung der Wahlrechtsvorlage zu hintertreiben, erwies sich als eitel. Im Gegenteil, noch war der Schrecken, der ihnen durch die Osterbotschaft in die Glieder gefahren war, nicht überstanden, als unter dem 11. Juli 1917 der nachstehende neue kaiserliche Erlaß an den Ministerpräsidenten von Bethmann Hollweg erging:

Auf den Mir in Verfolgung Meines Erlasses vom 7. April d. J. gehaltenen Vortrag Meines Staatsministeriums bestimme Ich hierdurch in Ergänzung desselben, daß der dem Landtage der Monarchie zur Beschlußfassung vorzulegende Gesetzesentwurf wegen Abänderung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhouse auf der Grundlage des  
gleichen Wahlrechts

aufzustellen ist. Die Vorlage ist jedenfalls so frühzeitig einzubringen, daß die nächsten Wahlen nach dem neuen Wahlrecht stattfinden können.

Ich beauftrage Sie, das hiernach Erforderliche zu veranlassen.

Durch diesen Erlaß war, wie die Regierung offiziös verkündete, über die Frage des preußischen Wahlrechts volle Klarheit geschaffen. Die in der Osterbotschaft zunächst offen gelassene Frage, ob die Reformvorlage neben dem direkten und geheimen Wahlverfahren ein Pluralwahlrecht oder das gleiche Wahlrecht vorzusehen habe, war im letzteren Sinne entschieden. Damit war dem Staatsministerium ein bestimmter Weg für die Aufstellung der Vorlage vorgezeichnet.

Die Gegenzeichnung des Erlasses vom 11. Juli 1917 war die letzte Amtshandlung Bethmann Hollwegs; am 13. Juli reichte er

aus Gründen, die hier unerörtert bleiben können, sein Entlassungsgesuch ein. Wenige Wochen später schieden auch der Justizminister Beseler, der Kultusminister Trott zu Solz, der Finanzminister Dr. Lentze und der Minister des Innern von Loebell wegen ihres grundsätzlichen Widerstandes gegen das gleiche Wahlrecht aus ihren Aemtern.

Nicht freie Entschließung, sondern die Rücksicht auf die Kriegslage und auf die Stimmung an der Front und in der Heimat hatten den Erlaß diktiert. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß nun endlich das gleiche Wahlrecht in feierlichster Form angekündigt war. Die Vorlage selbst freilich, deren Begründung nach dem Sturze Bethmann Hollwegs und nach dem traurigen Interregnum Michaelis dem neuen Reichskanzler und Ministerpräsidenten, dem greisen Grafen Hertling, und deren parlamentarische Vertretung neben dem neuen Minister des Innern Dr. Drews dem an Stelle Breitenbachs zum Vizepräsidenten des Staatsministeriums ernannten national-liberalen Führer Dr. Friedberg, zufiel, rief auf keiner Seite volle Befriedigung hervor. Der Rechten ging sie zu weit, der Linken nicht weit genug. Zwar sah sie das gleiche, direkte Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe vor, aber nur für alle über 25 Jahre alten Männer, nicht auch für die Frauen; sie machte weiter die Wahlberechtigung abhängig von einer dreijährigen Zugehörigkeit zum preußischen Staat und von einem einjährigen Wohnsitz in der Gemeinde, und als Gegengewicht gegen die gewählte Vertretung des preußischen Volkes sollte, wenn auch auf veränderter, im wesentlichen berufsständischer Grundlage das Herrenhaus beibehalten bleiben. Das Zweikammersystem war für die Regierung eine unerläßliche Voraussetzung jeder Reform.

Im Parlament begegnete die Vorlage einer nicht gerade günstigen Aufnahme. Die Konservativen, denen im Laufe der letzten Zeit doch die Augen darüber aufgegangen waren, daß es, wie es auch kommen möge, mit ihrer Alleinherrschaft in Preußen ein für alle mal vorbei sein werde, wandten sich in erster Linie gegen die durch das gleiche Stimmrecht bedingte Demokratisierung des Staatswesens, die angeblich die Monarchie bedrohte. Sie kündigten der neuen Regierung offene Fehde an. Einer ihrer Redner, Abgeordneter von der Osten, verstieg sich sogar zu der Behauptung, die Konservative Partei erblicke in der Ueberwucherung demokratischer Gedanken im Staatsleben

die größte Gefahr für eine erfolgreiche Weiterentwicklung des preußischen Staates und der europäischen Kultur. Das Zentrum forderte angesichts der zu erwartenden Radikalisierung des Parlaments „Sicherheiten für einen entsprechenden Schutz der Interessen von Kirche und Schule“, die Nationalliberalen, soweit sie nicht auch jetzt noch grundsätzliche Gegner des gleichen Wahlrechts waren, verlangten „Sicherheiten gegen die Unterdrückung der gebildeten und besitzenden Klassen durch die Massen“, den Freikonservativen schwebte als Ziel vor Augen ein Mehrstimmenwahlrecht auf Grund der höheren Leistungen für den Staat, und zwar sollten die selbständigen Landwirte, die selbständigen Gewerbetreibenden, die Angehörigen liberaler Berufe, die höheren Steuerzahler größere Rechte erhalten als die einfachen Arbeiter.

Wie ein roter Faden zog sich durch die Reden der Wahlrechtsfeinde der Vorwurf gegen die Regierung, sie habe sich die Vorlage von der Linken abtrotzen lassen — ein völlig unberechtigter Vorwurf, den denn auch die Vertreter der Regierung mit allem Nachdruck zurückwiesen.

Als Redner der sozialdemokratischen Fraktion trat ich in der ersten Lesung unter scharfer Kritik des geltenden Wahlrechts für die Beseitigung der gegen die Arbeiter gerichteten Ausnahmebestimmungen des Entwurfs, für die Herabsetzung der Altersgrenze, für die Ausdehnung des aktiven und passiven Wahlrechts auf die Frauen, für eine gerechte Einteilung der Wahlkreise und für die Beseitigung des Herrenhauses ein. Vor allem forderte ich das Zustandekommen der Reform noch vor Ablauf der Legislaturperiode. „Wir sind uns“, so erklärte ich am Schluß, „der hohen Bedeutung der Stunde bewußt. Preußen steht vor der wichtigsten Aufgabe seit seiner Ueberführung in einen konstitutionellen Staat. Handelte es sich bei den früheren Reformversuchen um eine deutsche Angelegenheit, so steht diesmal das Ansehen des preußischen und des deutschen Volkes, das Ansehen der preußischen und der deutschen Regierung vor der Welt auf dem Spiele. Die Regierung hat sich auf das gleiche Wahlrecht festgelegt. Ein Zurück gibt es für sie nicht. Nach den Worten, mit denen die Regierung die Notwendigkeit der Einführung des gleichen Wahlrechts begründet, kann und darf sie den Faustschlag ins Gesicht, den die Ablehnung dieser Reform bedeuten würde, nicht ruhig hinnehmen. ... Scheitert die Reform, dann gibt es für die Regierung nur zwei Wege:

entweder den Weg über den Reichstag oder aber die Aufhebung der Verordnung vom 30. Mai 1849. . . Gerade die, die sich als Hüter des monarchischen Gedankens aufspielen, hätten in allererster Linie die Pflicht, die Regierung und damit die Krone vor einer Niederlage zu bewahren, denn das Ansehen der Krone wäre unwiderbringlich dahin, wenn sie auch jetzt wieder vor den preußischen Junkern und ihren Hintermännern die Waffen strecken müßte.“

Die Verhandlungen in der Kommission, der die Vorlage überwiesen wurde, zogen sich dann bis in den Herbst 1918 hin. Sie bieten ein beschämendes Schauspiel von Versuchen, an dem gleichen Wahlrecht zu feilschen und zu handeln, Versuchen, die durch allerhand Verschleppungsmanöver unterbrochen wurden. In der Kommission und im Plenum wurde das schärfste Geschütz aufgefahren. Der konservative Abgeordnete von der Osten bezeichnete es als einen verhängnisvollen Irrtum, wenn man sich dazu hinreißen lasse, den Schritt zur Einführung des gleichen Wahlrechts zu tun in dem Glauben und in der Hoffnung, daß das Volk politisch reif sei. Bei seinen politischen Freunden jedenfalls sei die Ueberzeugung dafür, daß diese Reife heute nicht vorhanden sei, unerschütterlich, sie seien daher unter keinen Umständen entschlossen, auf den Weg des gleichen Wahlrechts zu treten. Herr von Heydebrand tobte dagegen, daß man der besitzlosen, unterschiedlosen Masse die Herrschaft über das geben wolle, was dem Besitz zukomme, mit anderen Worten, daß die Besitzlosen die Steuern feststellen und die Besitzenden sie bezahlen sollten. „Das mag Ihnen so passen, aber bei uns in Preußen war es bisher anders.“ Der gleiche Widerstand zeigte sich in der freikonservativen Fraktion, aus der der Abgeordnete von Kardorff, obwohl er sich selbst als einen unbedingten Gegner des gleichen Wahlrechts bekannte, austrat, weil er, weitsichtiger als die meisten seiner Parteifreunde, dieses Wahlrecht für unabwendbar hielt. Für ihn, so führte er aus, handelte es sich nur darum, „ob das Wahlrecht mit den konservativen Parteien oder gegen sie kommt, ob es ohne Konflikte kommt oder ob es nach oder mit Konflikten kommt von einer Tragweite, die niemand übersehen kann“. Nicht viel anders wie die beiden konservativen Parteien verhielt sich die große Mehrzahl der Nationalliberalen, verhielt sich auch ein Teil des Zentrums. Das Ergebnis der Abstimmung am 14. Mai 1918 war unter diesen Umständen nicht überraschend. Das gleiche Wahlrecht

wurde mit 236 gegen 185 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmten geschlossen die Konservativen mit Ausnahme des Abgeordneten Wallbaum, die Freikonservativen mit Ausnahme der Abgeordneten Dr. Arendt, von Kardorff, Wagner-Breslau und des jetzigen Führers der Wirtschaftspartei Dr. Bredt, ferner stimmten dagegen 34 Nationalliberale und 15 Mitglieder der Zentrumsfraktion, während weitere 4 Zentrumsabgeordnete sich der Abstimmung enthielten und 5 ohne Entschuldigung fehlten. Geschlossen stimmten für das gleiche Wahlrecht nur die beiden sozialdemokratischen Fraktionen, die Fortschrittler, Polen und Dänen. Die eindringlichen Mahnungen des weiter blickenden Ministers Dr. Friedberg, das Pluralwahlrecht werde auch nicht eine Session überleben, es sei ein Irrtum, zu denken, daß mit der Ablehnung der Regierungsvorlage die Sache zu Ende sei, das sei vielmehr nur die Exposition, das eigentliche Drama folge erst noch — diese Mahnungen verfehlten völlig ihre Wirkung. Die Regierung hatte damit eine schwere Niederlage erlitten; sie zog aber nicht die Konsequenz, löste das Parlament nicht auf, sondern behielt sich die Entscheidung darüber vor für den Fall, daß die Vorlage auch im Herrenhause scheitern würde.

Diesem Schauspiel konnte die sozialdemokratische Partei nicht länger zusehen, und so entschloß sich denn der Parteivorstand unter dem 17. Mai 1918 zur Veröffentlichung eines Aufrufs, in dem es heißt:

Die Sozialdemokratische Partei hat seit vielen Jahren für das gleiche Wahlrecht in Preußen gekämpft. Die zum Himmel schreiende Ungerechtigkeit des preußischen Wahlrechts trat im Laufe des Krieges so offenkundig vor aller Welt zutage und löste einen so großen Unwillen im Volke aus, daß schließlich nicht nur der König von Preußen, sondern auch das preußische Staatsministerium sich für das gleiche Wahlrecht einsetzte und seine Durchführung feierlich ankündigte.

Trotzdem hat das Abgeordnetenhaus das gleiche Wahlrecht wiederholt abgelehnt; die Regierung hat aber die Auflösung des Landtages, die von Millionen an der Front und daheim als eine Selbstverständlichkeit erwartet wurde, nicht ausgesprochen. Diese Unentschlossenheit der Regierung muß die reaktionären Feinde jeder Erweiterung der Volksrechte in ihrem Widerstande gegen das gleiche Wahlrecht bestärken.

Der Aufruf gipfelte in der Aufforderung, überall Versammlungen abzuhalten, in denen mit aller Entschiedenheit die Auflösung des Landtages gefordert werden sollte.

Auch die vierte Lesung der Wahlrechtsvorlage, die am 11. Juni erfolgte, brachte das gleiche Wahlrecht nicht; die Mehrheitsparteien einigten sich unter konservativer Führung auf ein Kompromiß, dem die Freikonservativen fast geschlossen, die Nationalliberalen etwa zur Hälfte und das Zentrum zu einem nicht unbeträchtlichen Teil beitrug, das aber für die Regierung unannehmbar war. Sie ließ es durch die Norddeutsche Allgemeine Zeitung dahin charakterisieren, daß die konservative Partei durch geschickte Taktik ihre Interessen so weit gewahrt habe, wie es vom Standpunkt einer entschlossenen Gegnerschaft gegen das gleiche Wahlrecht möglich war, daß aber erst die Zukunft lehren werde, ob auch die vaterländischen Interessen dabei voll und ganz zur Geltung kämen. Der treibende Faktor für das Vorgehen der Antragsteller war eben, wie der sozialdemokratische Redner Abgeordneter Leinert treffend hervorhob, ödeste Wahlrechtspolitik zu dem Zwecke, sich in der Herrschaft zu erhalten, um bei einer durch Auflösung des Abgeordnetenhauses notwendig werdenden Neuwahl zu verhindern, daß das gleiche Wahlrecht im Abgeordnetenhause eine Mehrheit finde. Während draußen alle Kräfte entfesselt seien, um unsere Kultur zu sichern, mute man hier dem Volke zu, seine Zustimmung dazu zu erteilen, daß die Kultur des ostelbischen Gutsbezirks für alle Ewigkeit in Preußen vorhanden sein müsse. Die Demagogie habe wahrhaft glänzende Triumphe gefeiert, das treue, tüchtige und hochentwickelte Volk werde dreist und frech verhöhnt. Das Verhalten der Mehrheit bedeute letzten Endes die Aufforderung zur Revolution.

Noch immer schreckte die Regierung vor einer Auflösung des Abgeordnetenhauses zurück, und an dieser Haltung änderte sich auch nichts durch einen neuen Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes, der an das arbeitende Volk Preußens und Deutschlands die Aufforderung richtete, diesem unwürdigen Spiel nicht länger zuzusehen. Die Rechtsverweigerer des Preußischen Landtages hätten durch ihr unverantwortliches Treiben die Sache des um sein Dasein kämpfenden Volkes aufs allerschwerste geschädigt. Keine Rabulistik könne sie von der Anklage entlasten, in einer Stunde geschichtlicher Verantwortlichkeit ihr beschränk-

tes Standesinteresse über die Lebensnotwendigkeit des Ganzen gestellt zu haben.

Die Vorlage ging ihren Leidensweg weiter und wurde an das Herrenhaus geleitet, dessen Ausschuß am 4. September 1918 zu seiner ersten Sitzung zusammentrat. Zu einer Verabschiedung kam es nicht mehr. Erst in einer Nachtsitzung, die in den ersten Tagen des November, als sich die Wolken der Revolution schon drohend am Himmel zusammenzogen, unter dem Vorsitz von Friedberg im Reichskanzlerpalais tagte, einigten sich die Parteiführer des Abgeordnetenhauses — der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe — auf die Einbringung eines Initiativ-antrages, der die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Männer und Frauen vorsah. Zu spät! Die Revolution war im Anmarsch.

## **Annektionspolitik.**

Sich in hochtönenden Phrasen zu ergehen, hinter denen wenig oder gar nichts steckt, war von jeher Gepflogenheit der Nutznießer des Dreiklassenwahlrechts. Wie sie die Rednertribüne des Landtags benutzten, um von hier aus scharf zu machen gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, wie sie von hier aus den ihnen nicht genehmen Ministern offenen Kampf ansagten und selbst vor vernichtender Kritik an Maßnahmen der Krone nicht zurückschreckten, wenn diese nicht so wollte, wie es ihnen in den Kram paßte, wie sie Preußen gegen das Reich ausspielten und die immerhin etwas fortschrittlichere und freiheitlichere Reichspolitik in reaktionärem Sinne zu beeinflussen suchten, um zu verhindern, daß etwa über den Weg der Reichsgesetzgebung Fortschritte auch in Preußen erzielt werden könnten, so setzten sie sich auch im Kriege von Anfang an in einen gewollten Gegensatz zu der Politik der Reichsregierung und der Mehrheit des Reichstags. Der Reichskanzler hatte verkündet, daß die Regierung nicht von Eroberungswillen getrieben sei, sondern daß Deutschland um die Frucht seiner friedlichen Arbeit, um das Erbe einer großen Vergangenheit und um seine Zukunft kämpfe. Anders dachte die Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses, und dieser Ueberzeugung hat sie bei jeder Gelegenheit Ausdruck verliehen.

Zunächst sei erinnert an die Schimpfkanonade des national-liberalen Abgeordneten Fuhrmann vom 14. Juli 1915 gegen Otto Braun. Der sozialdemokratische Redner hatte von Leuten gesprochen, die sich im Kriege bereichern, und hinzugefügt, das seien auch die Annektionspolitiker. Gegen diese „schamlose Verleumdung ehrbarer Männer“, die ihre Ueberzeugung dahin aussprechen, daß wir diesen Krieg nicht ohne Vergrößerung unseres Reichsgebiets abschließen dürfen, gegen diese „schamlose Unterschiebung der niedrigsten Motive“ legte er schärfste Verwahrung ein. Der Abgeordnete Braun habe gemeint, das

deutsche Volk wolle geschlossen keine Annektionen und keine Erorberungen. Es sei eine Anmaßung der Sozialdemokraten, sich als Vertreter des deutschen Volkes auszugeben. Am 17. Januar 1916 wandte sich der Nationalliberale Dr. Friedberg gegen mein Verlangen auf Wiederherstellung von Belgiens politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit und gegen den Verzicht auf Annektionen. Diesem Verlangen könne der Reichskanzler angesichts der Tendenzen nach nationaler Ausdehnung in den feindlichen Ländern gar nicht nachkommen. In derselben Sitzung verstieg sich Freiherr von Zedlitz namens der Freikonservativen zu der Aeußerung: „Wir wollen in Einigkeit zusammenstehen bis zu einem Frieden, der uns Sicherheit und Erweiterung unserer Grenzen bringt.“ Ja selbst der Zentrumsführer Herold hielt sich von Annektionsgelüsten nicht frei. Im Anschluß an die Rede der Vertreter der Rechtsparteien forderte auch er, daß die Friedensbedingungen so gestaltet werden, daß wir in Zukunft in wirtschaftlicher und militärischer Beziehung stärker dastehen; dazu sei allerdings von der größten Bedeutung, daß eine angemessene Gebietserweiterung herbeigeführt wird. Alle Opfer, die wir bringen müssen, müßten in den Friedensbedingungen ihren Ausdruck finden.

Den Sachwaltern der Schwerindustrie war es besonders darum zu tun, die Erzbecken von Longwy-Briey in deutsche Hand zu bekommen. Auch hierfür einige Belege: Bei der zweiten Lesung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung im Februar 1917 erklärte der nationalliberale Abgeordnete Dr. Bäumer: „Natürlich werden wir nicht alle besetzten Gebiete einfach herausgeben. Wir brauchen vor allem auch neue Siedlungsgebiete im Osten, wir brauchen das Kohlenbecken von Longwy-Briey. Mindestens ein Jahrzehnt wird vergehen, bis wieder an einen Wettbewerb Belgiens und Frankreichs zu denken ist.“ Die gleiche Forderung erhob sein Parteifreund Fuhrmann, ja er ging noch weiter, er wollte auch wesentliche Erweiterungen im Osten. „Den Staatsmann, der ohne Briey-Longwy, ohne Belgien und ohne Kurland und litauischen Besitz aus diesem Kriege zurückkäme, würde die Geschichte den Totengräber deutscher Macht und deutscher Größe nennen.“ Ein anderer nationalliberaler Industriekapitän, Abgeordneter Röchling, wandte sich noch am 19. Januar 1918 aufs schärfste gegen den Gedanken eines Verzichts auf jegliche Kriegsentschädigung. „Wir haben keinen Grund, den so verbissenen Feinden gegenüber, die uns ans Leben

wollen, aus sentimentalcn Rücksichten irgendwelche Schonung walten zu lassen.

Ihre Krönung fanden die Versuche einer Einwirkung des preußischen Abgeordnetenhauses auf die Kriegspolitik der Reichsregierung in dem Beschluß der Haushaltskommission vom 9. Februar 1916: „Den Präsidenten des Abgeordnetenhauses zu ersuchen, dem Herrn Ministerpräsidenten von folgender Auffassung der Kommission Mitteilung zu machen: „Die Kommission würde es im Interesse des Landes für schädlich erachten, wenn sich aus der Stellungnahme der Reichsleitung gegenüber Amerika die Konsequenz einer Einschränkung in unserer Freiheit, einen uneingeschränkten und dadurch voll wirksamen Unterseebootkrieg zum geeigneten Zeitpunkt gegenüber England aufzunehmen, ergäbe.“

Der Beschluß wurde zunächst geheim gehalten. Nachdem aber am 10. Februar die Regierung die Denkschrift über die Behandlung bewaffneter Kauffahrteischiffe veröffentlicht hatte, beschloß die Kommission gegen den ausdrücklichen Einspruch eines Vertreters der Staatsregierung, ihn offiziell der Regierung mitzuteilen. Für wie schädlich die Reichsregierung diesen Beschluß hielt, erhellt aus ihrer in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung veröffentlichten Antwort, in der es heißt: „Es ist erklärlich, daß die Kommission das Bedürfnis empfunden hat, in so ernster Zeit die alle Deutschen bewegenden Fragen des Krieges und der auswärtigen Politik in ihrem Schoße vertraulich zu erörtern, die gegen den ausdrücklichen Einspruch eines Vertreters der königlichen Staatsregierung beschlossene Veröffentlichung indessen wird und muß den Eindruck erwecken, als habe die Kommission eine Einwirkung auf Fragen der auswärtigen Politik und die Anwendung bestimmter Kriegsmittel ausüben wollen. Diese Veröffentlichung zwingt uns, festzustellen: Die Leitung der auswärtigen Politik und der Kriegsführung ist ausschließliches verfassungsmäßiges Recht des Deutschen Kaisers. Während die oberste Heeresleitung parlamentarischen Einflüssen überhaupt nicht unterliegen kann, gehört die parlamentarische Behandlung auswärtiger Fragen vor das Forum des Reichstags. Der Reichskanzler, der heute früh aus dem Großen Hauptquartier zurückgekehrt ist, wird, wie wir hören, in seiner Antwort an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses diesen Standpunkt zur Geltung bringen.“

Auf die Haushaltskommission des Abgeordnetenhauses blieben diese Worte ebenso eindruckslos wie ein in ähnlichem Geiste gehaltenes Schreiben des Reichskanzlers an den Präsidenten des Hauses über die parlamentarische Behandlung auswärtiger Fragen durch den Landtag. Die Kommission befaßte sich am 15. März nochmals mit der Angelegenheit und nahm mit 23 gegen 5 Stimmen einen Antrag an, in dem sie erklärte, daß das Haus der Abgeordneten an seinem verfassungsmäßigen Recht festhalte, der königlichen Staatsregierung auch in auswärtigen Fragen seine Ansicht auszusprechen und um Auskunft über ihre Stellung im Bundesrat in diesen Fragen zu ersuchen. Zu einem Konflikt mit der Regierung führte diese Auseinandersetzung zwar nicht. Wohl aber ist es in höchstem Grade wahrscheinlich, daß der Entschluß, den U-Bootkrieg verstärkt zu führen, ein Beschluß, der so verhängnisvoll für Deutschland geworden ist, von der Stellung des Abgeordnetenhauses mit beeinflußt wurde.

Mit dem Abgeordnetenhause wetteiferte das Herrenhaus in annektionistischen Gelüsten. Am 15. März 1915 am Schluß der Tagung hielt der Präsident von Wedel-Piesdorf eine Rede, in der er sagte: „Wenn wir nichts weiter wollten, als diesen Angriff abzuschlagen, so glaube ich, würde es nicht allzu schwer sein, einen Frieden in kurzer Frist zu erlangen. Damit aber kann Deutschland sich nicht befriedigt erklären. Nach den ungeheuren Opfern, die wir gebracht haben an Menschen wie an Hab und Gut, müssen wir mehr fordern. Wir können das Schwert erst wieder in die Scheide stecken, wenn Deutschland eine Sicherung erlangt hat dagegen, daß in ähnlicher Weise wie diesmal die Nachbarn wieder über uns herfallen.“ Ein anderes Mitglied der Ersten Kammer, Fürst zu Salm-Horstmar, schrieb am 1. Januar 1916 in der Kreuzzeitung: „Sprechen wir nicht vom Frieden, denn solche Gespräche werden uns als Schwäche ausgelegt und verlängern nur den Krieg. Unterlassen wir es, uns in schwächlicher, undeutscher Weise gegen Gebietserweiterungen auszusprechen. Sagen wir lieber männlich, was wir wollen, was wir als Siegespreis fordern müssen und fordern werden. Handeln wir ohne Rücksicht auf das Ausland! Dann sehen unsere Gegner, daß wir stark sind, nicht schwächer, sondern stärker wie bisher, dann werden sie auch einsehen, daß ihr Spiel verloren ist.“ Auch zu dem U-Bootkrieg nahm das Herrenhaus die gleiche Stellung ein wie das Abgeordnetenhaus, ja, es ging sogar noch weiter. Am 5. März 1917 forderte Graf von und

zu Hoensbroech in einem Antrage die Regierung auf, dahin zu wirken, daß, nachdem zur Freude aller Patrioten der uneingeschränkte U-Bootkrieg eröffnet sei, nunmehr ohne Rücksicht auf irgendwelche Einbuße durch die kraftvollen Anwendungen aller Kampfmittel ein ehrenvoller, die politische und wirtschaftliche Zukunft des Vaterlandes sichernder Friede erstrebt werde, der den gebrachten Opfern entspreche. Und in der Begründung zu diesem, von einer großen Anzahl von Mitgliedern unterschriebenen Antrag heißt es: „England würde seinen Zweck erreichen und den Krieg gewinnen, wenn sich Deutschland im wesentlichen auf seine bisherigen oder nur im Osten erweiterten Grenzen beschränkte, dagegen von der Beherrschung Belgiens und der flandrischen Küste sowie von jeder kolonialen Betätigung ausschließen könnte. In diesem Sinne halten die Unterzeichner es für geboten, daß auch das Herrenhaus seine Stimme erhebt und von der königlichen Staatsregierung nachdrückliche Vertretung der zukünftigen Lebensbedingungen Deutschlands fordert, um so mehr, als sich leider seit längerer Zeit Einflüsse geltend machen, die diesen Friedensbedingungen widerstreben und darauf hinausgehen, für Deutschland im wesentlichen die früheren Zustände wiederherzustellen. Dies würde neben der Verkümmernng Deutschlands die Preisgabe von Gut und Blut bedeuten.“

Leicht erklärlich, daß Männern von solcher Einstellung die Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli 1917 ein Dorn im Auge war. Und so benutzten sie dann die erste sich bietende Gelegenheit, um ihrem gepreßten Herzen Luft zu machen. Am 6. Dezember 1917 betonte der freikonservative Abgeordnete Freiherr von Zedlitz unter heftiger Polemik gegen die starke demokratische Mehrheit im Reichstag, die eingebildete, vorgeschützte oder wirkliche Kriegsnotwendigkeiten rücksichtslos, ja skrupellos ausnutze, um ihre innerpolitischen Ziele zu verfolgen, daß, wie die Verhältnisse jetzt liegen, der Zeitpunkt gekommen sei, wo der Satz in die Tat umgesetzt werden müßte, daß unsere Feinde, wenn sie jetzt nicht mit uns Frieden machen wollten, das volle Risiko und den Schaden der Verlängerung des Krieges tragen müßten und uns volles Entgelt für alle die Opfer an Gut und Blut werden liefern müssen, die wir noch zu bringen hätten. Ähnlich der Nationalliberale Dr. Schifferer, der im Namen seiner gesamten politischen Freunde erklärte, daß sie in der Friedensresolution nicht die Gewähr für

eine befriedigende Lösung erblickten, es müsse vielmehr ein Friede geschlossen werden, der in seiner Gesamtheit die erforderlichen Sicherungen gegen die Wiederholung eines Krieges enthalte, wie der jetzige es sei, ein Friede, der unsere nationale, kulturelle und wirtschaftliche Weiterentwicklung in völliger Unabhängigkeit von anderen Staaten sicherstelle. Diese Forderung stehe durchaus nicht im Widerspruch mit der Forderung nach einem baldigen Frieden. Wir sollten, wenn wir einen baldigen Frieden wünschen, nicht so viel vom Frieden reden, denn es liege doch auf der Hand, daß dieses fortwährende Betonen unserer Friedenssehnsucht von unseren Feinden lediglich als Schwäche ausgelegt werde und daß sich bei unseren Feinden angesichts des ewigen Friedensgeredes allmählich die, natürlich gänzlich falsche Auffassung festsetze, daß es ihnen, wenn sie nur genügend lange warten, gelingen müsse, wie so oft in der deutschen Geschichte, auch diesmal die Deutschen durch die Deutschen, durch ihre innerpolitischen Schwierigkeiten selbst zu schlagen.

Die Konservativen, in deren Namen diesmal der Abgeordnete Lüdicke sprach, übten gleichfalls scharfe Kritik am Reichstag, der die Reichsregierung unter die Friedensresolution zwingen wolle, vor allem an der Sozialdemokratie, die trotz der geänderten Verhältnisse krampfhaft bestrebt sei, die Parteien, die für die Resolution gestimmt hätten, bei der Resolution zu erhalten. Deutsches Blut sei nicht geflossen, um Polen, Litauen und Kurland das Selbstbestimmungsrecht zu geben, sondern um die deutschen Interessen zu sichern. Deshalb müsse unsererseits die restlose Ausnutzung der Kriegslage im deutschen Interesse gefordert werden.

Die im Preußenparlament propagierte Kriegspolitik war von einer maßlosen, an Größenwahn grenzenden Ueberhebung, gleichzeitig aber auch von einer völligen Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse diktiert. Zur Entschuldigung können die Herren für sich höchstens das eine Moment in Anspruch nehmen, daß es auch unter den Staatsmännern Preußens eine ganze Anzahl gegeben hat, die die Verhältnisse ebensowenig überblickten und der Nichtachtung der Kräfte unserer Feinde noch urwüchsiger und kurzsichtiger Ausdruck verliehen. Welche Unfähigkeit, verbunden mit Anmaßung, um keinen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen, spricht nicht aus den Worten des Finanzministers Hergt, heute eines Führers der Deutschnationalen Volkspartei,

vom 16. Januar 1918 gelegentlich der Einbringung des Staatshaushaltsplanes. Dieser Staatsmann bekam es fertig, zu einer Zeit, wo der Krieg für Deutschland tatsächlich schon verloren war, von einer glänzenden militärischen Lage zu sprechen, zu einer Zeit, wo das deutsche Volk hungerte und fror, wo Deutschland wirtschaftlich niedergedrungen war, die wirtschaftliche Lage rot in rot zu malen. Als Charakteristikum für die Anschauungen gewisser Kreise verdienen seine Worte der Vergessenheit entrissen zu werden.

„Wie stehen wir glänzend militärisch da, dank der unvergleichlichen Ruhmestaten, die unser Heer, unsere Flotte in Ost, Süd, West, draußen auf allen Meeren vollbracht haben! Wie hat sich das Blättlein für uns gewendet, seitdem den Russen der Atem ausgegangen und das Vertrauen zu ihren Waffengefährten geschwunden ist! Und was ist es für ein Akt von weltgeschichtlicher Bedeutung, daß jetzt im Osten die Sonderfriedensverhandlungen begonnen haben, wenn sich da auch zur Zeit noch mancherlei Hindernisse herausstellen mögen! Meine Herren, der Frieden ist im Marsch und wird im Marsch bleiben, und je länger sich die Westmächte noch dagegen sträuben, um so günstiger müssen die Friedensbedingungen für uns gestaltet werden. Dazu das wirtschaftliche Bild! Anstatt daß wir wirtschaftlich am Boden liegen, wie es sich wohl noch heute unsere Gegner in eitlen Wahne vorstellen möchten, haben wir das sich selbst versorgende Wirtschaftsreich, das wir uns wie Robinson auf seiner Insel begründet haben, nur weiter ausgebaut. Deutsche Wissenschaft und Technik sind fort und fort an der Arbeit, uns durch Beschaffung von Ersatzstoffen auf eigene Füße zu stellen, unabhängig zu machen von fremder Versorgung. Die Kriegsindustrien und ihre Errungenschaften bedeuten einen wertvollen Zuwachs zu unserem Volksvermögen, der gegenüber den Verlusten, die wir gewiß an anderer Stelle erleiden, einen sehr erwünschten Ausgleich bietet, und diese Errungenschaften werden wir in die Friedenswirtschaft hinübernehmen. Und wenn es etwa den Gegnern einfallen sollte, uns einen Wirtschaftskrieg aufzuzwingen, dann werden wir, ausgerüstet mit diesen Waffen, auch in diesem Kampfe ehrenvoll bestehen.

In demselben Maße, wie es bei uns besser geht, geht es drüben schlechter. Der Mangel klopft merkbar an ihre Tür, und zu der Schiffsnot, vor der es dank der Arbeit unserer Unterseeboote kein Entrinnen gibt, tritt mehr und mehr die Kapital-

not, und das stolze Albion, das sich sonst rühmte, der Kaufmann, der Bankier der Welt zu sein, sieht mit seinen Schiffen und seinen Geldern auch sein Prestige dahinschwinden, das Prestige, das es so notwendig hatte, seine Geschäfte zu machen und um den deutschen Konkurrenten nur einigermaßen los zu werden. Jetzt führen sie uns gegenüber noch große Worte; aber wir sehen die Not, wenn sie nach der großen Armee über dem Wasser rufen. Nun, meine Herren, die große Armee über dem Wasser kann weder schwimmen noch fliegen, sie wird nicht kommen. Aber unsere Gegner werden uns kommen müssen, und wenn sie dann kommen, dann wird ihr Friedensangebot wesentlich anders lauten, als sie es jetzt in ihrer lächerlichen Ueberhebung uns geglaubt haben zumuten zu können. Die Neutralen haben eine gute Witterung dafür, wohin sich die Wagschale neigt; schon sehen wir, wie kräftig unsere Valuta angezogen hat. Der Tag liegt nicht fern, wo die deutsche Kriegsanleihe ein viel begehrtes Anlegepapier im Auslande geworden ist.“

So der Sachwalter der preußischen Finanzen zu Beginn des Jahres, dessen Ende den völligen militärischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch brachte. Wie bald sollten sich die Worte des als Nachfolger von Karl Liebknecht in das Abgeordnetenhaus gewählten Franz Mehring bewahrheiten, mit denen er Herrn Hergt abtat: „Dem Gegner seine Geringschätzung durch bloße Worte zu bezeugen, das ist eine Politik, die sich noch immer gerächt hat, doppelt schwer, wenn sich diese Geringschätzung in Worten noch mit Drohungen in bloßen Worten verknüpft.“

Fürwahr, die Taktik der früheren Machthaber Preußens hat sich schwer gerächt; aber weniger an ihr und ihrer Klasse, als an dem schuldlosen deutschen Volke, das mit in den Abgrund gerissen worden ist.

III.

## Nach dem Weltkriege



## Preussen beim Zusammenbruch.

Im Reich waren unter dem letzten kaiserlichen Reichskanzler Prinz Max von Baden wenigstens einige, wenn auch bescheidne und viel zu spät ergriffene Maßnahmen zur Demokratisierung und Parlamentarisierung durchgeführt worden. In Preußen dagegen war bis in die ersten Tage des November 1918 hinein alles beim alten geblieben. Die sogenannte Volksvertretung war zwar angeblich eine Vertretung des gesamten Volkes, in Wirklichkeit aber eine Vertretung bestimmter Kreise. Der größte Teil des preußischen Volkes war entrechtet; denn wenn auch dem Namen nach ein allgemeines Wahlrecht bestand, so konnten doch in tatsächlicher Beziehung die Stimmen der Arbeitermassen niemals zur Geltung kommen. Dafür hatte das Dreiklassenwahlssystem gesorgt, zu dessen Beseitigung sich die Regierungen des alten Preußen erst in letzter Stunde, der Not gehorchend, bereit erklärt hatten.

Der Kampf um ein freies Wahlrecht aber, der Jahrzehnte lang im Mittelpunkt der preußischen und — bei der überragenden Machtstellung des größten deutschen Bundesstaates im alten Kaiserreich — auch im Mittelpunkte der deutschen Politik gestanden hatte, war mit dem Zusammenbruch von Reich und Staat mit einem Schlage beendet. Das Dreiklassenparlament wurde von dem Unwillen des Volkes hinweggefeht. Die Tage des Herrenhauses, der Ersten Kammer, waren gezählt. Ein deutschnationaler Führer hat einmal später in der verfassunggebenden Landesversammlung gesagt, die früher herrschenden Kreise seien bereit gewesen, auch ohne Revolution die Wünsche der Sozialdemokraten in bezug auf Wahlrecht und Verfassung zu erfüllen. Das ist eine grobe Unwahrheit. Wie hat man im Gegenteil seit der Osterbotschaft von 1917, die die Beseitigung des Dreiklassenwahlsystems, aber noch keineswegs das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ankündigte, gefeilscht und gehandelt um jedes Zugeständnis an die breiten

Massen! Noch am 9. Juli 1917, in der Kronratssitzung unter dem Vorsitz Wilhelms II., bekämpften die Loebell, Schorlemer u. a. den Vorschlag des damaligen Ministerpräsidenten von Bethmann Hollweg auf Einführung des gleichen Wahlrechts auf das heftigste, und Herr Helfferich forderte als Gegengewicht gegen die demokratische Wirkung des Wahlrechts die Einführung einer Wohnsitzklausel von einem Jahre, die nach den Erfahrungen in Elsaß-Lothringen die Stimmen der Sozialdemokraten erheblich mehr mindere, als die der übrigen Parteien. Wilhelm II. aber wurde einzig und allein von der Angst getrieben, Lloyd George wolle die Hohenzollerndynastie stürzen und ihn mit seiner gesamten Familie zum Abtreten von der Weltbühne zwingen. Erinnerung man sich heute nicht mehr der heftigen Debatten im Parlament, der wütenden Reden gegen das gleiche Wahlrecht, der bis in den Spätherbst 1918 fortgesetzten Versuche, die Gleichheit des Wahlrechts durch allerhand schikanöse Bestimmungen doch noch einzuschränken? Weiß man nichts mehr von den Plänen, das Herrenhaus so umzumodeln, daß es ein starkes Gegengewicht gegen ein auf Grund des gleichen Wahlrechts zusammengesetztes Abgeordnetenhaus gebildet hätte?

Wie stand es in Wirklichkeit um die Parlamentarisierung Preußens? Im Reiche hatte man sich zu gewissen Zugeständnissen entschlossen, bekannte Parlamentarier auch aus den Reihen des Zentrums, der Fortschrittler und der Sozialdemokraten waren zu Staatssekretären ernannt. Nichts dergleichen geschah in Preußen. Zwar war Dr. Friedberg, der Führer der National-liberalen, seit etwa Jahresfrist Vizepräsident des Staatsministeriums, aber er war in dieses Amt berufen nicht als Vertrauensmann seiner Partei, sondern aus königlichem Vertrauen, um die Wahlrechtsvorlage zu einem glücklichen Ende zu bringen. Es ist sattsam bekannt, wie stark die Gegensätze zwischen ihm und einem großen Teil seiner Freunde in dieser Frage waren, und er selbst, später Führer der demokratischen Landtagsfraktion, hat in seiner programmatischen Rede, mit der er sich am 6. Dezember 1917 dem Abgeordnetenhause vorstellte, feierlich dagegen protestiert, daß man ihn als Begünstiger der Demokratie ansehe. Wer den Entwicklungsgang dieses hervorragenden Parlamentariers verfolgt hat, der wird sich trotzdem nicht wundern, daß er kaum ein Jahr später offen der Demokratisierung und Parlamentarisierung Preußens das Wort redete. War er doch in den ersten Novembertagen des Jahres 1918 einer der wenigen

preußischen Minister, der den Zusammenbruch kommen sah! In dem Bestreben, von dem alten Preußen zu retten, was noch zu retten war, entschloß er sich dann, dem Könige die Umbildung der Regierung auf parlamentarischer Basis vorzuschlagen.

Auf seine Veranlassung reichten am 8. resp. 9. November der Minister des Innern Drews, der Finanzminister Hergt, der Landwirtschaftsminister von Eisenhart-Rothe und die Minister ohne Portefeuille Graf von Roedern und von Waldow ihre Entlassung ein. Der Minister der öffentlichen Arbeiten von Breitenbach hatte schon vor Wochen seine Entlassung nachgesucht. Es waren also, als die Sozialdemokraten am 12. November die Regierung übernahmen, außer Friedberg nur noch der Kultusminister Schmidt, der Justizminister Spahn, der Handelsminister Fischbeck und der Kriegsminister Scheuch im Amte. Alle Versuche Friedbergs scheiterten, die Ereignisse überstürzten sich und die Regierungsbildung vollzog sich auf andere Weise, als sie ihm vorgeschwebt hatte.

Die später aufgestellte Behauptung Hergt's, des heutigen Führers der Deutschnationalen, er habe demissioniert, weil er die „Schweinewirtschaft“ Ebert-Scheidemann nicht mitmachen wollte, entspricht, wie an anderer Stelle nachgewiesen wird, nicht den Tatsachen. Wenigstens war bei der denkwürdigen Konferenz mit den Parteiführern, die in der Nacht vom 7. zum 8. November in der Reichskanzlei unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des Staatsministeriums stattfand und an der auch ich teilnahm, mit keiner Silbe davon die Rede. Es handelte sich vielmehr immer nur um die Frage der Einreichung der Abschiedsgesuche, um die Regierung auf parlamentarischer Grundlage neu bilden zu können.

Genehmigt waren die Abschiedsgesuche noch nicht, da der König nicht zu erreichen war. Aber mochten auch die Formalitäten nicht in Ordnung sein, tatsächlich hatte die Regierung abgedankt. Ich selbst war bereits am 9. November nicht nur von dem damaligen Reichskanzler Ebert, sondern auch von dem Innenminister Drews bevollmächtigt worden, mich „mit sämtlichen Polizei- und Kommunalbehörden Groß-Berlins zum Zwecke der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Verbindung zu setzen, die erforderlichen Maßnahmen zu vereinbaren und nötigenfalls selbst zu treffen“. Aehnliche Vollmachten waren anderen meiner Parteifreunde ausgestellt worden.

Die Uebernahme der Regierung durch die Sozialdemokratie vollzog sich am 12. November 1918 vormittags 11 Uhr. Wir — außer mir Heinrich Stroebel, Eugen Ernst, Adolf Hoffmann und Otto Braun — erklärten dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums im Auftrage des Vollzugsrats des Arbeiter- und Soldatenrats, daß wir bevollmächtigt seien, die Staatsleitung in Preußen zu übernehmen, und begegneten nicht dem leisesten Widerstande. Herr Dr. Friedberg erkannte an, daß die faktische Gewalt sich in den Händen des Vollzugsrats befinde und er sich demgemäß fügen müsse. Er halte seine Amtstätigkeit damit für beendet und ziehe sich aus dem Staatsdienste zurück.

Die Aemter wurden nun in der Weise verteilt, daß jedes Ministerium durch je einen Mehrheitssozialisten und einen Unabhängigen besetzt wurde. Die Leitung übernahmen Stroebel und ich, das Kultusministerium Konrad Haenisch und Adolf Hoffmann, das Finanzministerium Südekum und Hugo Simon, das Landwirtschaftsministerium Braun und Hofer, das Ministerium des Innern neben mir Dr. Breitscheid und Eugen Ernst, der ursprünglich zum Polizeipräsidenten ausersehen war, aber vorläufig noch Eichhorn weichen mußte. Fischbeck und Spahn — letzterer nur, bis er durch Wolfgang Heine und Rosenfeld ersetzt wurde — blieben im Amt. An die Spitze des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten trat der bewährte Fachmann Hoff, Kriegsminister wurde Oberst Reinhardt. Den bürgerlichen Ministern wurden Beiräte aus zuverlässigen Sozialdemokraten beigegeben. Das engere Kabinett, dem die Entscheidung in den eigentlichen politischen Fragen zufiel und das bis auf weiteres im Einvernehmen mit dem Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates gesetzgebende Körperschaft war, wurde nur aus Sozialdemokraten gebildet.

Die alten Machthaber waren ausgeschaltet, die bislang Rechtlosen hatten die Herrschaft angetreten. Die Rechte der Krone waren auf die Regierung übergegangen, und diese wandte sich unmittelbar nach Antritt ihrer Aemter mit folgendem Aufruf an das preußische Volk:

Preußen ist wie das Deutsche Reich und die anderen deutschen Bundesstaaten durch den Volkswillen zum freien Staat geworden.

Aufgabe der neuen preußischen Landesregierung ist, das alte, von Grund auf reaktionäre Preußen so rasch wie möglich

in einen völlig demokratischen Bestandteil der einheitlichen Volksrepublik zu verwandeln.

Ueber die zukünftigen Staatseinrichtungen Preußens, seine Beziehungen zum Reich, zu den anderen deutschen Staaten und zum Ausland wird eine verfassunggebende Versammlung entscheiden. Ihre Wahl erfolgt auf Grundlage des gleichen Wahlrechts für alle Männer und Frauen nach dem Verhältnisswahlssystem.

Bis zum Zusammentritt dieser verfassunggebenden Versammlung hat eine vorläufige Regierung, die getragen ist vom Vertrauen der Arbeiter- und Soldatenräte, die Geschäfte übernommen. Sie sieht ihre erste Aufgabe darin, im engen Zusammenhang mit der neuen Reichsleitung für die Ordnung und Sicherheit im Lande und für die Volksernährung zu sorgen. Sie ist dabei angewiesen auf das Verständnis und den guten Willen der Bevölkerung im allgemeinen und insbesondere auf die gemeinschaftliche Mitarbeit aller Beamten des Staates und der Selbstverwaltungskörperschaften. Alle Beamten, die sich der neuen Regierung zur Verfügung stellen, sind ausdrücklich in ihren Rechten bestätigt und auf ihre Pflichten hingewiesen worden.

Von den zahlreichen Aufgaben, vor die sich das neue, freie Preußen jetzt und in der Zukunft gestellt sieht, seien nur diese hervorgehoben:

Durchführung der uneingeschränkten Koalitionsfreiheit für alle Staatsarbeiter und Beamten. Gründliche Reform der Besoldungs- und Lohnverhältnisse der Arbeiter und Beamten einschließlich der Pensionäre und Altpensionäre, und bis zur endgültigen Regelung die Gewährung ausreichender Teuerungszulagen.

Ausbau aller Bildungsinstitute, insbesondere der Volksschule. Schaffung der Einheitsschule. Befreiung der Schule von jeglicher kirchlichen Bevormundung. Trennung von Staat und Kirche.

Demokratisierung aller Verwaltungskörperschaften. Beseitigung der Gutsbezirke. Völlig gleiches Wahlrecht beider Geschlechter für alle Gemeindevertretungen in Stadt und Land. Entsprechende demokratische Umgestaltung der Kreis- und Provinzialverwaltungskörper.

Raschester Ausbau und Entwicklung aller Verkehrsmittel, insbesondere der Eisenbahnen und Kanäle.

Hebung und Modernisierung von Industrie und Landwirtschaft. Vergesellschaftung der dazu geeigneten industriellen und landwirtschaftlichen Großbetriebe.

Umgestaltung der Rechtspflege und des Strafvollzuges im Geiste der Demokratie und des Sozialismus.

Reform des gesamten Steuerwesens nach den Grundsätzen strengster sozialer Gerechtigkeit.

Es ist eine ernste und schwere Zeit, in der die neue Regierung an ihre Arbeit gehen muß. Bedrückend ist die Fülle der Aufgaben, vor die sie sich gestellt sieht. In den vier Jahren des furchtbaren Krieges haben sich die menschlichen und materiellen Kräfte des Landes erschöpft. Nur durch einmütiges Zusammenstehen des gesamten Volkes kann der Untergang abgewendet werden. Nur so können wir denen, die jetzt aus dem Felde zurückkehren sollen, zwar nicht ihre Leiden und Opfer vergelten, wohl aber die Fortsetzung dieser Leiden ersparen. Nur so können wir das Gespenst des Hungers bannen, das vornehmlich unsere Frauen, Kinder und Kranken schon jetzt auf das schwerste bedroht.

Was wir alle haben wollen: Freiheit, Frieden und Brot, kann nur gesichert werden, wenn das wirtschaftliche Leben in Stadt und Land aufrechterhalten bleibt.

Darum steht zusammen, helft mit zum Wohle des Ganzen!  
Berlin, den 13. November 1919.

Die preußische Regierung:

Hirsch, Stroebel, Braun, Eugen Ernst,  
Haenisch, Adolf Hoffmann.

Am Tage vorher war seitens der neuen Regierung an sämtliche preußischen Behörden und Beamten unter Zusicherung der unverkürzten Wahrung ihrer gesetzlichen Ansprüche die Aufforderung ergangen, die amtliche Tätigkeit fortzusetzen, um ihrerseits, im Interesse des Vaterlandes, zur Erhaltung der Ordnung und Sicherheit beizutragen. In einer weiteren Bekanntmachung vom 14. November wies die Regierung darauf hin, „daß die bestehenden Gesetze und Verordnungen, soweit sie nicht ausdrücklich aufgehoben sind, in Kraft bleiben und von jedermann zu beobachten sind, wie auch jedermann in ungestörtem Genuß

der ihm dadurch gewährten Rechte verbleibe. Danach bestand vor allem für alle Staatsangehörigen die Verpflichtung zur Entrichtung der bisherigen Steuern und Abgaben unverändert fort.

Beide Anordnungen waren unbedingt notwendig, die eine, weil zahlreiche Beamte — und gerade die, die ihr Amt ernst nahmen — Gewißheit darüber verlangten, wem sie von nun an zu gehorchen hatten, die andere, weil weite Kreise des Glaubens waren, mit dem Zusammenbruch des Staates seien sie aller Pflichten ledig. Die neue Regierung durfte aber von Anfang an keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß der in der Gründung begriffene Volksstaat sich nur auf dem Boden des Rechts, nicht aber auf dem der Gewalt gedeihlich entwickeln könne und daß die Beachtung der Gesetze nach wie vor Pflicht eines jeden Staatsbürgers sei.

Wenn die Regierung Wert darauf legte, daß jeder Beamte seine amtliche Tätigkeit fortsetzte, so tat sie das ganz besonders im Interesse der schwer gefährdeten Volksernährung. Natürlich hat sie sich dadurch ihres Rechtes, besonders reaktionär oder sonstwie kompromittierte Beamte zu entlassen, nicht begeben, und sie hat von diesem Recht mit Unterstützung des Vollzugsrats des Arbeiter- und Soldatenrats auch den notwendigen Gebrauch gemacht. Freilich konnte sie nicht alle von örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten auf personellem Gebiete vorgebrachten Wünsche und Forderungen, sei es auf Entlassung alter, sei es auf Anstellung neuer Beamter, restlos erfüllen. — Letzten Endes trug sie die Verantwortung, und es ging nicht an, diese Verantwortung auf dritte Personen abzuwälzen. Man darf auch nicht übersehen, daß, wie das bei revolutionären Bewegungen von jeher der Fall war, zahlreiche Elemente, die sich bis dahin um öffentliche Angelegenheiten überhaupt nicht gekümmert hatten, nun plötzlich den Weg zu örtlichen Parteifunktionären oder örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten zu finden und diese von ihren Vorzügen so zu überzeugen verstanden, daß die Regierung dringend um ihre Verwendung im Staatsdienst ersucht wurde. Selbst bisher den Arbeitern, insbesondere der Sozialdemokratie feindlich gegenüberstehende Personen, darunter solche mit keineswegs makelloser Vergangenheit, bemühten sich um Posten in der Republik. Unter denen, die heute auf kommunistischer oder deutschnationaler Seite den Kampf gegen die Sozialdemokratie führen, ist mehr als einer, der im November 1918 für die Republik zu

kämpfen bereit war, wenn ihm als Lohn dafür eine Anstellung im Staate winkte.

Es galt also, die richtige Auswahl zu treffen, den geeigneten Mann an die rechte Stelle zu stellen, und das war keine leichte Arbeit, zumal es nicht angänglich war, immer nur auf bewährte Partei- oder Gewerkschaftsführer zurückzugreifen, wollte man nicht die Partei- und Gewerkschaftsbewegung gefährden. Selbst in den ersten Revolutionstagen, als alles durcheinander ging, hat die Regierung es an gewissenhaftester Prüfung nicht fehlen lassen. Daß ihr trotzdem einige Mißgriffe unterlaufen sind, soll nicht verschwiegen werden. Im großen und ganzen aber können wir mit Stolz und Dank auf die Männer, insbesondere auf die aus der Arbeiterklasse hervorgegangenen, blicken, die in schwerster Zeit auf verantwortungsvolle Stellen berufen wurden und es verstanden haben, alle Schwierigkeiten zu überwinden, allen persönlichen Anforderungen Trotz zu bieten, gewissenhaft ihres Amtes zu walten und sich so auch im Laufe der Zeit die Anerkennung derer zu gewinnen, die zunächst nur Spott und Hohn für sie übrig hatten.

## **Austritt der Unabhängigen aus der Regierung.**

Heinrich Stroebelei verleiht in seiner Schrift über die deutsche Revolution\*) der Ansicht Ausdruck, bei dem Umsturz sei zwar nach außen hin der Eindruck der sozialistischen Geschlossenheit geschaffen worden, in Wirklichkeit hätten aber schon vom ersten Tage an die inneren Gegensätze das politische Bündnis der beiden sozialistischen Richtungen gelockert. Dieser Auffassung kann ich nur beipflichten. Die Gegensätze waren nur äußerlich überbrückt. Die inneren Meinungsverschiedenheiten aber, die tieferen Ursachen entsprungen waren, blieben bestehen. Sie äußerten sich bei den verschiedensten Gelegenheiten, und leider nur allzu häufig regierte man nicht nebeneinander, sondern gegeneinander. Daß ein Konrad Haenisch gemeinsam mit einem Adolf Hoffmann das Bildungswesen leiten könnte, erwies sich schon in den ersten Tagen als Utopie. In den anderen Ministerien traten die Differenzen nicht so offen zutage, sie waren aber nichtsdestoweniger latent vorhanden, und das Gewitter konnte sich jeden Augenblick entladen. Das mußte naturgemäß die Stoßkraft der Regierung schwächen.

In Preußen war es besonders die Frage der Einberufung der verfassungsgebenden Landesversammlung, über die die Ansichten zwischen beiden Richtungen weit auseinandergingen. Die Unabhängigen wollten, wie auch im Reich, die Konstituante erst einberufen, nachdem die Revolution durch die Diktatur des Proletariats fest verankert war. „Freilich fordert die Demokratie nicht nur alles für das Volk, sondern auch alles durch das Volk“, schrieb Breitscheid am 16. November 1918 in der „Freiheit“, dem Organ der Unabhängigen, „und unsere Gegner

---

\*) Heinrich Stroebelei. Die deutsche Revolution. Ihr Unglück und ihre Rettung. Berlin. Firn-Verlag.

ziehen daraus den Schluß, daß wir mit unseren Umwälzungen warten müssen, bis eine Volksvertretung sie guthieße. Das wäre richtig, wenn unter der Herrschaft des Kapitalismus von einer wahren Freiheit überhaupt die Rede sein könnte. Solange die infamen Abhängigkeitsverhältnisse bestehen, die die kapitalistische Produktionsweise schafft, solange hilft die formale papierne Demokratie dem Proletarier einen Pappenstiel. Die Grundlagen dieser Abhängigkeit müssen mit Hilfe der uns durch die Revolution in die Hand gegebenen Mittel beseitigt werden. Dann erst können wir daran gehen, die Demokratie nach ihrer formalen Seite auszubilden. Dann wird die aus wirklich freien Volkswahlen hervorgegangene Nationalversammlung gewählt werden, um auf diesem Boden, den zu verändern ihr schwer werden dürfte, weiter zu bauen.“

Im Gegensatz zu den Unabhängigen forderten die Mehrheitssozialisten vom demokratischen Standpunkte aus die baldige Herbeiführung verfassungsmäßiger Zustände. Daß sie das, wie StroebeI schreibt, taten, weil sie sich in einer rein sozialistischen Regierung und unter der Last einer so außerordentlichen politischen Verantwortung nicht sehr wohl fühlten, und weil sie von Anfang an kein heißeres Verlangen hatten als sobald als möglich wieder mit den Bürgerlichen zu paktieren und einen Teil der schweren Regierungsbürde auf die Schultern ihrer ehemaligen Verbündeten abzuwälzen, ist eine leere Behauptung, eine durch nichts bewiesene Vermutung. Genau wie die Unabhängigen strebten auch die Mehrheitssozialisten nach einer rein sozialistischen Regierung. Aber über den Weg zur Erreichung dieses Zieles gingen die Ansichten auseinander. Die Geschichte hat den Mehrheitssozialisten darin recht gegeben, daß, je länger der Wahltermin hinausgeschoben wurde, desto mehr sich die Aussichten auf eine sozialdemokratische Parlamentsmehrheit verringerten. Von der Aufrichtung einer Diktatur des Proletariats aber konnte, abgesehen von grundsätzlichen Bedenken der Mehrheitssozialisten, schon deshalb nicht die Rede sein, weil das Proletariat in sich zerfallen war und weil die Kämpfe innerhalb der sozialistischen Parteien immer schärfere und abstoßendere Formen angenommen hatten.

Der Spartakusbund, der sich auf einer Konferenz um die Jahreswende als Kommunistische Partei Deutschlands konsti-

tuerte, richtete seine Waffen — weniger die des Geistes, als die der rohen Gewalt — in der Hauptsache, wenn nicht ausschließlich, gegen die eigenen Klassengenossen. Man versetze sich nur einmal zurück in die Dezembertage 1918, in die Tage der blutigen Zusammenstöße, in die Zeiten des Bürgerkrieges! Gegen wen kämpften die Spartakisten? Nicht gegen die Bourgeoisie, sondern gegen die verhaßte Sozialdemokratie. Wer heute die damaligen Aufrufe der Spartakisten durchliest, die in Massen in den Betrieben verbreitet wurden, der kann sich nicht wundern, daß die Erregung in der Arbeiterschaft zur Siedehitze stieg, und daß es letzten Endes zu Explosionen kam, unter denen die Arbeiter selbst am meisten leiden mußten.

Pflicht der Regierung war es, den Bürgerkrieg im Keime zu ersticken, die Errungenschaften der Revolution sicherzustellen, die junge Republik vor dem Zusammenbruch zu bewahren und das Wirtschaftsleben möglichst im Gang zu halten. Dazu bedurfte es aber des Zusammenfassens aller wahrhaft republikanischen Elemente und der baldigen Einberufung der verfassungsgebenden Nationalversammlung. Dem gesamten Volke mußte Gelegenheit gegeben werden, selber über sein Geschick zu entscheiden. Zutreffend bezeichnet der „Vorwärts“ in seiner Nummer vom 27. Dezember 1918 die Versuche, dem Volke sein Recht vorzuenthalten und die Wahlen zu vereiteln als kontraproduktionär und nur der äußersten Reaktion dienend. Es war das tragische Geschick der Sozialdemokratie, daß ihr, kaum zur Macht gelangt, aus den eigenen Reihen die schlimmsten Widersacher erwuchsen.

Bald nachdem die Unabhängigen aus der Reichsregierung ausgetreten waren, vollzogen sie auch den Bruch mit der preussischen Regierung. Unter dem 3. Januar 1919 ging dem „Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschlands“ folgendes Schreiben zu:

„Als die der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei angehörigen Volksbeauftragten Barth, Dittmann und Haase aus dem Rat der Volksbeauftragten austraten, weil sie erkannt hatten, daß sie mit Ebert, Landsberg und Scheidemann nicht mehr weiter zusammenarbeiten konnten, ohne die Revolution und den Sozialismus zu gefährden, entstand auch für uns, die zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ge-

hörenden Mitglieder der preußischen Regierung die Frage, ob wir noch länger im Amte bleiben können. Wir erklärten uns sofort mit den Genossen Barth, Dittmann und Haase solidarisch und verlangten eine Aussprache mit dem Zentralrat. In dieser Aussprache ergab sich, daß eine erfolgreiche Vertretung unserer Ideen in der Regierung für uns unmöglich ist, nachdem der Zentralrat infolge des Verzichtes der unabhängigen Fraktion des Rätekongresses eine rein mehrheitssozialistische Zusammensetzung erfahren hat und nachdem uns durch das Ausscheiden unserer drei Genossen aus dem Rate der Volksbeauftragten auch der notwendige Rückhalt bei der Regierung der deutschen Republik geraubt worden ist.

Die Unmöglichkeit unseres Weiterverbleibens in der preußischen Regierung stellte sich unmittelbar heraus, als gestern von uns verlangt wurde, wir sollten ohne weitere Prüfung der Ernennung des Obersten Reinhardt zum preußischen Kriegsminister zustimmen. Wir sollten uns damit begnügen, daß der Zentralrat mit dem Obersten Reinhardt verhandelt und die Ueberzeugung gewonnen habe, daß er die an den Kriegsminister der neuen Republik zu stellenden Anforderungen erfülle. Die von dem Obersten Reinhardt schriftlich abgegebene programmatische Erklärung wurde uns aber nicht im Wortlaut vorgelegt. Als wir sie forderten, lehnte der Zentralrat ab, auf die Beschaffung dieses wichtigen Dokuments hinzuwirken. Die kurze und unbestimmte Inhaltsangabe konnte uns gerade nach den Erfahrungen der letzten Wochen nicht genügen.

Denn der Zentralrat bot nach der Stellung, die er in den Verhandlungen mit den Volksbeauftragten der Unabhängigen Sozialdemokratie eingenommen hatte, nicht die genügende Garantie, daß wir auf sein Urteil allein hätten bauen können. Er hat bekanntlich schon versagt, als er sich in den entscheidenden Auseinandersetzungen mit Barth, Dittmann und Haase teils auf einen revolutionsfeindlichen Standpunkt stellte, teils die Entscheidung über die wichtigsten Fragen der Revolution verzögerte. Wie wir gestern feststellten, ist er auch bis jetzt noch nicht über die Demobilisierung des Heeres und über die von unserem revolutionären Standpunkt aus unumgängliche Umgestaltung des gesamten Verteidigungswesens zu Beschlüssen gelangt.

Mit diesem Zentralrat ist ein Zusammenarbeiten unmöglich. Deshalb erklären wir hiermit den Rücktritt aus unseren Aemtern.

gez. StroebeL.    Adolf Hoffmann.    Dr. Kurt Rosenfeld.  
Dr. Graf Arco.    Dr. Breitscheid.    Paul Hoffmann.  
Hofer.    Simon.“

In diesem Schreiben, mit dem die Unabhängigen ihren Austritt anzeigten, ist kennzeichnenderweise mit keinem Worte die Rede von dem Verlangen nach Hinausschiebung der Wahlen. Als Grund für die Unmöglichkeit, in der preußischen Regierung zu verbleiben, werden vielmehr im wesentlichen die Differenzen mit dem Zentralrat angeführt, mit dem ein Zusammenarbeiten unmöglich sei, weil er sich in den entscheidenden Auseinandersetzungen mit den unabhängigen Volksbeauftragten teils auf einen revolutionsfeindlichen Standpunkt gestellt, teils die Entscheidung über die wichtigsten Fragen der Revolution verzögert habe. Man wird wohl kaum fehlgehen, wenn man die Annahme von Eduard Bernstein\*) unterstreicht, nach der der wahre Grund in der Tatsache zu erblicken ist, daß den Unabhängigen in der eigenen Partei jeder Rückhalt für ein Zusammenarbeiten abhanden gekommen war, bei dem es nun einmal ohne gegenseitige Zugeständnisse nicht abgeht. „Die Partei war physisch, d. h. in bezug auf Anhang im Volke, zu schwach, selbst die Regierung in die Hand zu nehmen, und sie war moralisch zu schwach, die Selbstentsagung üben zu können, welche die Teilnahme an der Regierung jeder Partei auferlegt und die in einer revolutionären Situation ganz besonders erforderlich ist.“

Der Austritt der Unabhängigen aus der preußischen Regierung ist zwar der inneren Geschlossenheit der Regierung förderlich gewesen, hat aber auf der anderen Seite ihr Arbeiten wesentlich erschwert, da ihre bisherigen Mitglieder nun in offene Kampfstellung zu ihr traten. Solange sie in der Regierung saßen, mußten sie sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt sein und gegebenenfalls auch Schritte unternehmen, die sie bei den Massen unbeliebt machten. So haben noch am Tage vor ihrem Austritt aus der Regierung die Unabhängigen StroebeL, Adolf Hoffmann und Rosenfeld gemeinsam mit den Mehrheitssozialisten Hirsch, Braun und Ernst eine Verfügung gegen übertriebene

---

\*) Ed. Bernstein. Die deutsche Revolution. Berlin-Fichtenau 1921. Verlag für Gesellschaft und Erziehung.

Lohnforderungen der Arbeiter unterzeichnet, die in weiten Kreisen der Arbeiter nicht gerade Zustimmung auslöste. Die Verfügung ging davon aus, daß die Lohnbewegung unter der Arbeiterschaft in der letzten Zeit nach Art und Umfang eine Entwicklung angenommen hätte, die die schwersten Befürchtungen erwecken und weite Gebiete der Gütererzeugung zum Erliegen bringen müßte und deren beklagenswerte, aber unvermeidliche Folge nur Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend sein könnte. Es wird darauf hingewiesen, daß die Betriebe des Staates in dieser Beziehung den gleichen wirtschaftlichen Bedingungen wie die privaten unterliegen. Weder Bergbau und Eisenbahn, noch alle übrigen Staatsbetriebe könnten es längere Zeit ertragen, daß ihre Ausgaben die Einnahmen übersteigen. Diese Gefahr sei aber bereits in bedrohlichem Maße eingetreten. Es werde deshalb zur gebieterischen Pflicht der Staatsregierung, dem Anwachsen der Lohnausgaben über das Maß des Erträglichen hinaus mit Festigkeit entgegenzutreten. Die Fachminister wurden deshalb ersucht, an sie herantretende Lohnforderungen zwar mit aller Würdigung der Bedürfnisse der Arbeiterschaft, aber auch sorgfältig dahin zu prüfen, ob nicht durch die Bewilligung den in Frage kommenden Betrieben Lasten auferlegt werden, die sie nicht ertragen können, ohne zu unterliegen, und die somit die gesamte Finanzgebarung des Staates gefährden. In diesem Falle sollten die Forderungen zurückgewiesen werden.

Innerhalb der Regierung konnten die Unabhängigen sich solchen Tatsachen nicht entziehen, außerhalb aber konnten sie ohne Rücksicht auf die Interessen des Staatsganzen vor allem die Interessen ihrer Partei verfolgen. „Mit dem Austritt der Unabhängigen aus der Regierung änderte sich in dieser Frage deren Stellungnahme. Statt auf Stärkung der inneren Festigkeit in der Republik“, sagt Eduard Bernstein, „wirkten sie im Sinne einer Schädigung des Einflusses der Regierung. Dies vor allem war es, was den Austritt von Haase und Genossen aus dem Rat der Volksbeauftragten zu einem Schicksalsschlag für die junge Republik machte. Aus einer Mitarbeiterin für deren Aufbau wurde die Unabhängige Sozialdemokratie bald auf lange Zeit mehr oder weniger Helferin derer, die das Gegenteil betrieben.“

Was aber für die Reichsregierung gilt, das gilt auch für die eng mit ihr zusammenarbeitende preußische Regierung. Wer weiß, ob nicht manche Katastrophe, vor allem der Fall Eichhorn, der dem Ansehen der Arbeiterschaft so ungeheuren Schaden zu-

gefügt hat, hätte vermieden werden können, wenn beide Richtungen der Sozialdemokratie in der Regierung vertreten geblieben wären! Und wer weiß, ob es nötig gewesen wäre, Noske mit der ihm selbst am allerwenigsten angenehmen Mission zu betrauen, wenn das Proletariat im entscheidenden Augenblick sich seiner historischen Aufgabe bewußt geblieben wäre. Wahrscheinlich wäre alles anders gekommen. Es liegt, wie sich mir gegenüber einmal einer der früheren Volksbeauftragten äußerte, ein Stück Tragik darin, daß die Sozialdemokratie sich gegen die eigenen Klassengenossen auf Kreise stützen mußte, von denen sie wußte, daß sie sich zu gegebener Zeit gegen sie wenden würden. Leider hat sich dies Wort nur allzubald bewahrheitet. Sehr zum Schaden der deutschen Republik.

## **Bis zum Zusammentritt der Landes- versammlung.**

Die Aufgaben der preußischen Revolutionsregierung waren ihr zwangsläufig vorgeschrieben. Auf dem Gebiete der Gesetzgebung galt es zunächst mit den zahllosen Ueberbleibseln aus der Zeit der Reaktion aufzuräumen. Die Verordnungen, die die Regierung zu diesem Zweck mit Gesetzeskraft erlassen hat und die später von der verfassungsmäßigen Landesversammlung sanktioniert wurden, bildeten aber nur den Anfang der neuen Ordnung. Nur das Allernotwendigste konnte zunächst geschehen. Denn zu ruhiger Arbeit war die Zeit nicht angetan. Unter dem Knattern der Maschinengewehre lassen sich nicht gut Gesetze gestalten. Außerdem aber wurde die Zeit übermäßig in Anspruch genommen durch Verhandlungen über Lohnforderungen, die innerlich wohl berechtigt waren, mit Rücksicht auf das Staatsganze aber leider nicht erfüllt werden konnten. Gerade uns Sozialdemokraten mußte es schwer fallen, Forderungen der Arbeiter abzulehnen. Aber nur allzu häufig waren wir dazu gezwungen, wollten wir nicht die Wirtschaft zusammenbrechen lassen. Wir wußten, daß sich die Wut der in ihren Hoffnungen getäuschten Massen in doppelter und dreifacher Stärke gegen ihre eigenen Klassengenossen richten würde. Aber weder Drohungen noch Beschimpfungen konnten und durften uns abhalten, unsere Pflicht zu erfüllen. Jedes Buhlen um die Gunst der Massen lag uns fern. Die junge deutsche Republik vor dem Hinabsinken in das Chaos zu bewahren, war unsere geschichtliche Mission, und dieser unserer Aufgabe sind wir in harmonischem Zusammenarbeiten mit dem Zentralrat der Republik, dessen Unterstützung wir uns jederzeit zu erfreuen hatten, gerecht geworden.

Ueber die Abgrenzung der Befugnisse zwischen dem Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte auf der einen, den Volksbeauftragten im Reiche und den Ministern in Preußen auf der

anderen Seite hatten sich im Laufe der Zeit durch die Praxis bestimmte Richtlinien herausgebildet. Der Vollzugsrat hatte das Kontrollrecht, dem Rat der Volksbeauftragten und der preussischen Regierung oblag die ihnen übertragene Exekutive. Geschaffen durch die Revolution, strebten sie demselben politischen Ziele zu, dem deutschen Volke die sozialistische Republik zu sichern. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung hielten unbedingt an der durch die Revolution gegebenen Verfassung fest, sie waren darüber einig, daß diese Verfassung ohne Zustimmung des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte nicht abgeändert werden konnte. Diese Uebereinstimmung zwischen den ausschlaggebenden Faktoren, dieses vertrauensvolle Zusammenarbeiten war eine gute Gewähr für ersprießliche Tätigkeit.

Leider hatten aber nicht alle Kreise unseres Volkes, auch nicht alle Teile der Arbeiterschaft, die schwierige innere und äußere Lage unseres Vaterlandes erkannt. Noch schlimmer war, daß sie es in dieser Verkennung der Verhältnisse nicht nur an der tatkräftigen Unterstützung der Regierung fehlen ließen, sondern ihr mitunter auch gewollt oder ungewollt Schwierigkeiten bereiteten, die nicht immer leicht zu überwinden waren. Das gilt auch von einigen örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten. Im großen ganzen haben diese Arbeiter- und Soldatenräte gemeinschaftlich mit dem Vollzugsrat und der Regierung einsichtsvoll an dem Wiederaufbau des Vaterlandes gearbeitet. Hier und da aber haben sie sich Uebergriffe zuschulden kommen lassen, die weder die Regierung noch der Zentralrat dulden durfte. Reisen in die verschiedensten Teile des Landes waren erforderlich, um Ordnung zu schaffen und wilden Arbeiter- und Soldatenräten klar zu machen, daß sie durch ihre Uebergriffe Wasser auf die Mühlen der Reaktion lieferten und dem Ansehen der Republik schaden. Wo sich die Arbeiterräte aus Männern zusammensetzten, die durch die Schule der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung gegangen waren, funktionierte alles vortrefflich. Anders aber war es dort, wo sich Leute an die Spitze gestellt hatten, die sich bis zum 9. November weder um Politik noch um Gewerkschaftsbewegung gekümmert hatten. Noch nie hat sich das Wort unseres großen Dichters

Vor dem Sklaven, wenn er die Ketten bricht,

Vor dem freien Menschen erzittert nicht

so bewahrheitet, wie in den ersten Tagen der Revolution.

Besonders lebhaft in Erinnerung sind mir die Erfahrungen, die ich in dieser Hinsicht gemeinsam mit meinem Freunde Eugen Ernst in einem ostpreußischen Kreise Ende Dezember 1918 gemacht habe. Die Nachrichten, die uns von dort zugen, klangen so unglaublich, daß wir beschlossen, uns an Ort und Stelle von den Zuständen zu überzeugen und Ordnung eintreten zu lassen. Wir fuhren also hin und stellten fest, daß die Schilderungen in der Presse und die brieflichen Mitteilungen hinter dem, was wir mit eigenen Augen sahen, weit zurückblieben. Die kleine Kreisstadt war bis zur Revolution eine Hochburg des ostelbischen Junkertums, in der sozialdemokratische Stimmen nur ganz vereinzelt abgegeben waren. In den stürmischen Revolutionstagen aber hatte sich dort ein Soldatenrat der Herrschaft bemächtigt, der den gleichen Terrorismus, wie er bis dahin seitens der herrschenden Klassen getätigt war, gegen das verängstigte Bürgertum ausübte. Nur daß die Methoden, deren er sich bediente, gröber und die Mittel, zu denen er griff, noch verfehlter waren, als die seiner Lehrmeister. Keine Spur von Demokratie, vielmehr Orgien des Absolutismus in der abstoßendsten Form. Unbekümmert um die wirtschaftlichen Belange, vor allem um die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung, stellte der Soldatenrat die Verkehrsmittel in seinen Dienst. Für private Zwecke requirierte er Autos, von Eisenbahnzügen ließ er Lokomotiven abspannen, ohne Rücksicht auf das reisende Publikum, das dadurch gezwungen wurde, stundenlang unterwegs liegen zu bleiben. Abfällige Äußerungen gegen die von ihm getroffenen Maßnahmen bedrohte er mit standgerichtlicher Ahndung. Am Totensonntag begab er sich in einem in der Nähe der Kreisstadt liegenden Dorf in die Kirche, unterbrach den Gottesdienst und dirigierte alle Gläubigen einschließlich des Geistlichen in eine von ihm einberufene „aufklärende Versammlung“. Auf jedem Gutshof quartierte er Soldaten zur Kontrolle ein, die der Gutsbesitzer zu beköstigen und für die er eine bestimmte Summe in die Kasse des Soldatenrates abzuführen hatte. Kurz und gut, er arbeitete völlig nach russisch-bolschewistischem Muster. In einem Falle schreckte er sogar nicht davor zurück, einem Gutsbesitzer, den er im Verdacht der Lebensmittelschiebung hatte, kurzerhand die Verfügung über sein Gut zu entziehen und es durch Laien bewirtschaften zu lassen. Die Folge davon war, daß der auf dem Felde stehende Weißkohl, der bereits für 50 000 M. an die

Eisenbahn-Direktion Königsberg verkauft war, erfror und der Volksernährung verloren ging. So geschehen in der Zeit der schlimmsten Nahrungsmittelnot.

Daß wir solchem Treiben nicht untätig zusehen durften, versteht sich von selbst. Von dem Empfang, den uns der Soldatenrat unter der Führung eines jungen, politisch völlig unerfahrenen, aber um so dreister auftretenden Referendars bereitete, kann man sich leicht eine Vorstellung machen. Es gelang uns aber, wenigstens die Einsichtigeren zu der Erkenntnis zu bringen, daß ein solches Treiben nur der Reaktion zugute komme und die Revolution diskreditiere, so daß sie sich unseren Anordnungen fügten. Immerhin bedurfte es langwieriger Verhandlungen, die nicht immer in parlamentarischen Formen verliefen, bis die Ordnung wieder hergestellt war. Die Katzenmusik, die man uns zum Abschied darbrachte, haben wir ebenso wenig tragisch genommen, wie vorher die fortgesetzten Drohungen, uns vor die Maschinengewehre zu stellen.

Solche Vorfälle gehörten aber erfreulicherweise zu den Ausnahmen. Dagegen waren Uebergriffe anderer Art an der Tagesordnung. So mußte die Regierung unter dem 16. November 1918 mit Rücksicht auf die Anordnung eines Arbeiter- und Soldatenrates, daß ihm die Urteile der Gerichte zur Genehmigung vorzulegen sind, im Anschluß an ihre die Zuständigkeiten abgrenzende Verordnung vom 14. November ausdrücklich anordnen, daß die Unabhängigkeit der Gerichte nicht angetastet werden dürfe. Ende November sahen sich Braun und Hofer in ihrer Eigenschaft als Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten zu einem Erlaß gegen die eigenmächtigen Eingriffe in den Forstbetrieben genötigt. Örtliche Arbeiter- und Soldatenräte hatten die geregelte Jagdausübung der Forstbeamten und anderer Jagdberechtigten unterbunden, ja selbst Treibjagden unter Hinzuziehung zur Jagd unberechtigter Personen veranstaltet. Demgegenüber machten die Minister darauf aufmerksam, daß ein solches Vorgehen gegen die Verordnungen verstoße, die die Reichs- und Staatsregierung und der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates erlassen hatten. Im Interesse der Volksernährung und zur Vermeidung von Wildschäden sei bereits angeordnet worden, daß alle Forstbehörden für einen verstärkten Abschuß des Wildes in geregelter Jagd Sorge tragen. Glaubten örtliche Arbeiter- und Soldatenräte feststellen zu können, daß dieser Anordnung von örtlichen Forstbehörden

und sonstigen Jagdberechtigten nicht hinreichend entsprochen werde, dann müßten sie sich an die Regierungsbehörde ihres Bezirks oder an die Zentralbehörden wegen Abhilfe wenden.

Gegen andere Uebergriffe örtlicher Arbeiter- und Soldatenräte mußte der Zentralrat noch Ende Januar 1919 einschreiten. So rügte er in einer Verfügung an die Arbeiter- und Soldatenräte vom 23. Januar 1919, daß örtliche Arbeiter- und Soldatenräte mehrfach in die Fürsorgeerziehung eingegriffen und die Entlassung von Fürsorgezöglingen veranlaßt hätten. Solche Eingriffe seien unzulässig. Das preußische Fürsorgeerziehungsgesetz sei so lange in Kraft, bis die in Aussicht genommene Revision vorgenommen sein werde. Die Entscheidung darüber, ob Fürsorgeerziehung erforderlich sei oder nicht, stehe deshalb zur Zeit lediglich dem zuständigen Gericht zu, gegen dessen Beschluß das Rechtsmittel der Beschwerde gegeben sei. Auch über die frühere Entlassung von Fürsorgezöglingen aus der Fürsorgeerziehung habe allein der gesetzlich dazu berufene zuständige Provinzialverband zu beschließen. Ein ablehnender Beschluß könne durch Anrufen des Vormundschaftsgerichtes angefochten werden.

Wenige Tage später mußte der Zentralrat Stellung nehmen zu Eingriffen in die Preßfreiheit, die sich in letzter Zeit vermehrt hatten, und ausdrücklich daran erinnern, daß die uneingeschränkte öffentliche Preß- und Meinungsfreiheit, für die die Arbeiterschaft jahrzehntelang gekämpft habe, eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution sei, die unbedingt geschützt werden müsse. Der Zentralrat forderte daher alle A- und S.-Räte auf, jeden Eingriff in die Preßfreiheit zu unterlassen und dort, wo Gewalt und Willkür gegen sie angewendet wird, die Preß- und Meinungsfreiheit mit allen Mitteln zu verteidigen. Ausdrücklich fügte er hinzu, daß er von der Reichsregierung die Anwendung aller Mittel fordern werde, um die uneingeschränkte Preß- und Meinungsfreiheit sicherzustellen.

Solche und ähnliche Uebergriffe hätten vermieden werden können, wenn die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte sich überall an die Anordnungen der Regierung gehalten hätten. Niemand von uns wollte sie ausschalten, ja, wir wünschten sogar ein Zusammenarbeiten zwischen ihnen und den örtlichen Behörden, aber wir mußten darauf Wert legen, daß sich dieses Zusammenarbeiten in geordneten Bahnen vollzog. Von diesem Gesichtspunkt aus hatte die Regierung bereits am 14. November

den Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten einen telegraphischen Erlaß über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden mit den Arbeiter- und Soldatenräten sowie den etwa entstandenen Bauernräten übermittelt. Danach sollten die Vertreter des A.- und S.-Rates bzw. Bauernrates als Kontrollinstanz den einzelnen Verwaltungsbehörden, insbesondere also den Oberpräsidien, Regierungen, Landratsämtern zur Seite treten und bei allen wichtigeren Verhandlungen zugezogen werden. „Die Form dieser Zuziehung“, fährt der Erlaß fort, „wird sich vom Standpunkte gegenseitiger loyaler Unterstützung im einzelnen leicht finden lassen, wenn dabei das Ziel unbedingter Fernhaltung jeder Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Auge behalten wird.“

Die Grundsätze dieses Erlasses sollten auch für die kommunalen Verwaltungen in Land- und Stadtgemeinden, Kreisen und Provinzen Geltung haben. Die Gemeindeverwaltungsbehörden, insbesondere in den Städten, hatten sich auf Verlangen der Kontrolle der Arbeiter- und Soldatenräte zu unterstellen und diese bei allen wichtigeren Verhandlungen zuzuziehen. Die geeignete Form dieser Zuziehung ließ sich nach Ansicht der Regierung ebenso wie bei den staatlichen Behörden je nach den örtlichen Verhältnissen bei loyalen gegenseitigem Zusammenarbeiten unschwer finden. Eine geeignete Heranziehung interessierter und kontrollierender Persönlichkeiten zu dieser Mitarbeit war durch die Bildung gemischter Deputationen unter Beteiligung stimmbfähiger Bürger in Anlehnung an den § 59 der östlichen Städteordnung und die entsprechenden Bestimmungen der übrigen Städteordnungen möglich. Eine solche Deputation konnte, wenn sie mit den erforderlichen Vollmachten ausgestattet wurde und eine entsprechende Zahl von Mitgliedern der Arbeiter- und Soldatenräte umfaßte, die zugleich entweder den städtischen Körperschaften angehörten oder doch stimmbfähige Bürger waren, in vielen Fällen eine geeignete Form für die Zusammenarbeit bilden. Das haben die Erfahrungen in einer großen Reihe von Gemeinden bewiesen, wo sich die Arbeit reibungslos vollzog, während in anderen Gemeinden, wo diese Richtlinien nicht beachtet wurden, die kommunale Tätigkeit fast lahmgelegt war.

Weit verhängnisvoller aber als die Eingriffe in die Verwaltung waren die in das Wirtschaftsleben. Schon in normalen

Zeiten dürfen Streiks der Arbeiter der öffentlichen Betriebe, vor allem Eisenbahnerstreiks, nicht leicht genommen werden. Weit schlimmere Wirkungen lösten sie aus in einer Zeit, in der nach einem verlorenen Kriege von so langer Dauer und nach so harten Waffenstillstandsbedingungen die Wirtschaft völlig darnieder lag! Der vierjährige Krieg hatte die stärksten Ansprüche an die Eisenbahnen gestellt, das früher anerkannt erstklassige Material hatte außerordentlich gelitten und war durch schlechten Ersatz ergänzt. Ferner hatten wir durch den Waffenstillstand 5000 der besten und stärksten Lokomotiven und 150 000 Wagen verloren. Dazu kamen die Mehrleistungen der Eisenbahnverwaltung infolge der Besetzung großer Teile der Provinz Posen im Osten, der Besetzung der Rheinlande und der Unterbindung des Verkehrs in den Brückenköpfen im Westen.

Hätte sich die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Einsetzung aller Kräfte zum Wiederaufbau damals überall durchgesetzt, so wäre es vielleicht gelungen, der Schwierigkeiten in nicht allzu ferner Zeit Herr zu werden. Aber was erlebten wir statt dessen? Dauernde Unruhen im Innern und fortgesetzte Streiks, deren jeder betriebliche Störungen von erheblichem Umfange mit sich brachte.

Von einem geregelten Eisenbahnverkehr, der ersten Vorbedingung für die Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung und für die Versorgung der Betriebe mit Kohle war nicht die Rede, obwohl diese unerlässlich war, um der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken und den wirtschaftlichen Zusammenbruch zu verhindern. Danach fragten eben die radikalen Elemente, die unter Ausschaltung der gewerkschaftlichen Organisationen zur Erreichung ihrer politischen Ziele die Eisenbahner zu wilden Streiks anstifteten, ebensowenig, wie nach den sonstigen Folgen der Stilllegung des Verkehrs. Ob die Bevölkerung außerstande war, ihre Wohnungen zu beleuchten und zu beheizen und infolgedessen der Verseuchung mit Krankheiten Vorschub geleistet wurde, war den Leuten, denen der Bolschewismus in Rußland als Idealzustand vor Augen schwebte, völlig gleichgültig.

Soweit es möglich war, hat die Regierung die Lohnforderungen der Eisenbahner erfüllt. Aber wie überall, so waren uns auch hier Grenzen gezogen, die schlechterdings nicht überschritten werden konnten, wollten wir die Wirtschaft nicht dem vollen Zerfall ausliefern. Wies doch der Etat der Eisenbahnverwaltung, der 1918 noch einen Reinüberschuß von 124,3 Mil-

lionen Mark vorgesehen hatte, für 1919 einen Fehlbetrag von nicht weniger als 2,222 Millionen Mark auf. Auch bei der Berücksichtigung des gesunkenen Geldwertes eine ungeheure Verschlechterung!

Als trotzdem in einigen Landesteilen des Reiches Forderungen gestellt wurden, die eine geregelte Durchführung des Eisenbahnverkehrs gefährdeten, konnte auch der Zentralrat bei aller Würdigung der Wichtigkeit mancher der gestellten Forderungen nicht schweigen. In einem bemerkenswerten Erlaß vom 30. Januar 1919 bezeichnet er es als die zur Zeit einzige Aufgabe der Arbeiter, Angestellten und Beamten, den Verkehr und die Wiederherstellung des Eisenbahnmaterials restlos sicherzustellen. Vor allen Dingen dürfe unter keinen Umständen eine sofortige Erfüllung der Forderungen ohne Verhandlungen verlangt werden; denn die Demokratie setzte voraus, daß über alle Forderungen nach jeder Seite hin gerecht geurteilt werde. „Wir fordern deshalb alle auf, durch verstärkte Tätigkeit dem Wohle des Volkes zu dienen und alle Forderungen auf dem geordneten Wege durch die Organisationen oder die im Betriebe geschaffenen Einrichtungen der Arbeiterausschüsse, Arbeiterräte usw. den Verwaltungsbehörden zur Kenntnis zu bringen. Nur durch Organisation und Einfügen eines jeden einzelnen in das große Ganze kann das Werk vollendet werden, das im November 1918 begonnen hat.“

Der Höhepunkt der Unruhen im Innern aber war nach der Absetzung des Polizeipräsidenten Eichhorn, der zu den Spartakisten neigte und der Regierung entgegenarbeitete, der Kampf um das Berliner Polizeipräsidium. Eichhorn war gegen den Willen der preußischen Regierung, die für diesen Posten den bisherigen Leiter der Berliner Parteiorganisation Eugen Ernst als den gegebenen Mann betrachtete, auf sein Betreiben und auf Wunsch des Vollzugsrates mit der Leitung des Berliner Polizeipräsidioms betraut worden. Die Konflikte mit der Regierung blieben nicht aus. Die Mehrheitssozialisten betrachteten ihn, wie Eduard Bernstein<sup>1)</sup> zutreffend feststellt, als Schrittmacher des extremen, auf eine gewaltsame Proklamierung der revolutionären Diktatur des Proletariats hinarbeitenden Flügels der Berliner Opposition. Wenn man die

---

<sup>1)</sup> Eduard Bernstein, „Die deutsche Revolution“. Berlin-Fichtenau 1921. Verlag für Gesellschaft und Erziehung.

vielen Gerüchte, deren Nachprüfung unmöglich ist, außer acht läßt, so steht nach den durchaus objektiven Darstellungen von Eduard Bernstein und Anton Fischer<sup>2)</sup>, dem damaligen Kommandanten von Berlin, doch fest, daß Eichhorn seit dem Sommer 1918 einen Teil der Telegraphenagentur geleitet hatte, die in Berlin den Nachrichtendienst der Bolschewisten besorgte und aus bolschewistischen Mitteln gespeist wurde, ferner daß die Sicherheitspolizei unter seiner Leitung zu einem Teil von Vertrauensmännern der revolutionären Obleute geführt wurde und daß sie bei dem Matrosenaufstand Weihnachten 1918 den Dienst zugunsten der aufständischen Matrosen versagt hatte. Die ihm weiterhin zum Vorwurf gemachte Ausrüstung von Arbeitern der Schwarzkopffschen Maschinenfabrik mit Waffen zur Unterstützung der Matrosen hat er selbst bestritten.<sup>3)</sup> Tatsache aber ist, daß es zwischen Wels in seiner Eigenschaft als Kommandanten von Berlin und Eichhorn wegen der übergroßen Waffenanforderungen des letzteren zu schweren Auseinandersetzungen gekommen war. Noch nach Jahren schwebte ein Prozeß, den die Deutschen Waffen- und Munitionswerke wegen der an das Polizeipräsidium gelieferten, aber nicht bezahlten Waffen gegen die preußische Regierung angestrengt hatten. Die Waffen waren von Eichhorn ohne Auftrag, ja sogar ohne Wissen der Regierung bestellt worden. Wie Anton Fischer mitteilt, hatte sich der technische Leiter der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik in Wittenau auf der Kommandantur persönlich darüber beklagt, daß fortgesetzt Waffen und Munition vom Polizeipräsidium teils ohne Unterschrift der Regierung angefordert, teils gewaltsam während der Nacht abgeholt würden. Zum Beleg brachte er zwei Empfangsbescheinigungen mit, eine über 500 Parabellum-Pistolen, 5000 Infanteriegeschosse und 7000 Parabellumgeschosse, die zweite auf 1000 Gewehre Modell 98, 500 Parabellumpistolen, Modell 08, 5000 Schuß Gewehrmunition und 7000 Schuß Parabellum-Munition. Diese Waffen mit Munition waren in der Nacht vom 29. zum 30. Dezember durch Matrosen gewaltsam abgeholt worden.

---

<sup>2)</sup> Anton Fischer, „Die Revolutionskommandantur Berlin“. Selbstverlag des Verfassers, Berlin NW 40, Alexanderufer 3, als Manuskript gedruckt.

<sup>3)</sup> Eichhorn über die Januar-Ereignisse. Berlin. Verlag der „Freiheit“.

Auch Bernstein gibt uneingeschränkt zu, daß Eichhorn für die Regierung ein Moment der Unsicherheit darstellte. Ueber den grundsätzlichen Unterschied seiner Auffassung über die Aufgaben der Revolution von der Auffassung der Regierung sagt er: „Während diese das politisch Erreichte dadurch befestigen wollte, daß sie die wirtschaftlich-soziale Weiterentwicklung in ein ruhiges Fahrwasser zu lenken sich bemühte, gehörte er zu denen, welche die Massen in Bewegung zu halten suchten, um die Diktatur der revolutionären Arbeiter zur Wirklichkeit zu machen, was in Deutschland nur dadurch zu verwirklichen war, daß der Bürgerkrieg auf die Spitze getrieben wurde.“ Eichhorn selbst erzählt, daß er am 28. Dezember 1918 in einer Versammlung der Unabhängigen Sozialdemokratie nachdrücklich den „Anschluß nach links“ — d. h. an die Kommunisten gefordert und es für fraglich erklärt hatte, ob die Nationalversammlung überhaupt zusammentreten werde. Von anderer Seite war festgestellt worden, daß er in Versammlungen die vollzogene politische Umwälzung als „Revolution in Filzpantoffeln“ verspottet hatte.

Angesichts dieses Verhaltens erklärte die Presse der Mehrheitssozialisten das Verbleiben Eichhorns im Amte für eine Unmöglichkeit.

Zum offenen Konflikt aber kam es, als Eichhorn im Ministerium des Innern in einer von mir auf den 3. Januar 1919 zur Aussprache über die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen einberufenen Sitzung in Gegenwart von zwei Mitgliedern des Zentralrates zu erkennen gab, daß er das Ministerium als eine ihm übergeordnete Behörde nicht anerkenne. Auf die Frage des Zentralratsmitgliedes Heller, wie er sich zu der Einberufung der Nationalversammlung stelle, erwiderte er — nach seiner eigenen Darstellung — er lehne eine Antwort darauf ab, da er sich nicht verpflichtet fühle, dem Ministerium Rechenschaft über seine politische Auffassung zu geben. Ich berufe mich wieder auf Eduard Bernstein, wenn ich zum Ausdruck bringe, daß das Amt des Polizeipräsidenten der Hauptstadt ein viel zu wichtiger Posten ist, als daß eine Regierung ihn in so revolutionärer Zeit in die Hände des Anhängers einer Partei legen konnte, die auf den gewaltsamen Umsturz dieser Regierung hinarbeitete. Die Antwort, die Eichhorn auf die Frage nach seiner Stellung zur Nationalversammlung gab, machte sein Verbleiben im Amt vollends unmöglich. Denn das Amt des Polizeipräsidenten der

Hauptstadt ist — nach Bernstein — keine reine Verwaltungsstelle, sondern zugleich ein im hohen Grade politisches Amt. Es ist daher auch in allen Großstaaten dem Ministerium des Innern untergeordnet. „Wenn also dieses, nachdem die Verhandlung den tiefen Gegensatz der Auffassungen erneut zur Anschauung gebracht hatte, unter Zustimmung des Zentralrats den Beschluß faßte, daß Eichhorn in seiner Stellung nicht verbleiben könnte, so war grundsätzlich nichts dagegen einzuwenden. Hier handelte es sich nicht um die Maßregelung eines Beamten, sondern um die Lösung eines unhaltbar gewordenen Verhältnisses zwischen der Leitung von zwei wichtigen Aemtern, zumal die von Eichhorn begünstigte Fraktion Liebknecht und Genossen immer unverhüllter den Bürgerkrieg predigte.“

Der Regierung blieb einfach nichts anderes übrig, als Eichhorn unverzüglich seines Postens zu entheben. Unter dem 4. Januar 1919 ging ihm folgende von mir als Minister des Innern gezeichnete Verfügung zu:

Wir entlassen Sie hierdurch mit dem heutigen Tage bei Aushändigung dieses Erlasses aus der kommissarischen Verwaltung des Polizeipräsidiums Berlin. Herr Minister Ernst hat sich bereit erklärt, bis auf weiteres neben seinen bisherigen Funktionen die Leitung des hiesigen Polizeipräsidiums zu übernehmen und wird den Dienst noch heute antreten.

Ob wir, wie Bernstein später meinte, aus Gründen der Klugheit eine weniger verletzende Form hätten wählen sollen, bleibe dahingestellt. Die Folgen waren, wenn das Schreiben auch noch so entgegenkommend gehalten gewesen wäre, bei der Veranlagung Eichhorns und bei den seit längerer Zeit von ihm getroffenen Vorbereitungen sicherlich die gleichen gewesen. Wie diese Vorbereitungen beschaffen waren, haben die Ereignisse gezeigt. Die revolutionären Obleute Berlins, an die sich Eichhorn wandte, und in seiner Mehrheit auch der Berliner Zentralvorstand der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei beschlossen sofort, den ihnen zugänglichen Teil der Berliner Arbeiterschaft zu Protestdemonstrationen aufzufordern. Sie unterrichteten von diesem Beschluß auch die Leitung der Kommunistischen Partei, und am folgenden Tage bereits brachten die „Freiheit“ und „Die rote Fahne“ einen Aufruf, der von einem neuen niederträchtigen Anschlag gegen die revolutionäre Arbeiterschaft Groß-Berlins sprach und be-

hauptete, daß die Regierung versuche, den Polizeipräsidenten in heimtückischer Weise aus seinem Amte zu drängen. Es solle so in Berlin ein Gewaltregiment gegen die revolutionäre Arbeiterschaft aufgerichtet werden. Mit dem Schlage, der gegen das Berliner Polizeipräsidium geführt werde, solle das ganze deutsche Proletariat, die ganze deutsche Revolution getroffen werden. Weiter heißt es dann:

Arbeiter! Parteigenossen! Das könnt, das dürft Ihr nicht dulden! Heraus darum zu wuchtigen Massendemonstrationen. Zeigt den Gewalthabern von heute Eure Macht; zeigt, daß der revolutionäre Geist der Novembertage in Euch nicht erloschen ist.

Marschier in Massen auf! Es gilt Eure Freiheit, es gilt Eure Zukunft, es gilt das Schicksal der Revolution! Nieder mit der Gewaltherrschaft der Ebert-Scheidemann-Hirsch und Ernst! — Es lebe der revolutionäre internationale Sozialismus.

Der Aufruf verfehlte seine Wirkung nicht. Als Eugen Ernst sich in Begleitung des Stadtkommandanten Fischer am 5. Januar auf das Polizeipräsidium begab, um sein neues Amt anzutreten, war alles „vorbereitet“. Die Mitglieder des Sicherheitsdienstes hatten sich für eine „vollkommen neutrale selbständige unpolitische Polizeitruppe“ erklärt, und lehnten es ab, für die Regierung einzutreten. Die Bitte von Ernst, keine Schwierigkeiten zu machen, den Befehl der vorgesetzten Behörde zu achten, und ihm die Geschäfte zu übergeben, lehnte Eichhorn schroff ab. Er erklärte, er lasse sich weder von der Regierung noch vom Zentralrat, sondern nur vom Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte absetzen.<sup>1)</sup> Auch die Ankündigungen Fischers, daß im Notfalle Gewalt gegen Gewalt angewendet werden müßte, veranlaßte ihn nicht, seinen Standpunkt aufzugeben. Ernst und Fischer mußten schließlich angesichts der drohenden Haltung der Sicherheitsmannschaften, der Soldaten und der Demonstranten das Feld räumen. Dafür kamen radikale Führer wie Karl Liebknecht, Georg Ledebour, Däumig, Pieck u. a. in das Polizeipräsidium und hielten vom Balkon aus Ansprachen an

---

<sup>1)</sup> Einen Tag später hat übrigens auch der Vollzugsrat mit allen gegen die Stimmen von Däumig und Richard Müller entschieden, daß Eichhorn zu Recht entlassen sei und erklärt, daß niemand mehr seinen Befehlen folgen dürfe; dies wäre Auflehnung gegen Regierung, Zentralrat und Vollzugsrat.

die Massen. Der Widerstand gegen die Beseitigung Eichhorns wurde proklamiert, die Regierung Ebert-Scheidemann sollte gestürzt werden. Zur Leitung der Bewegung wurde ein „provisorischer Revolutionsausschuß“ mit Ledebour, Liebknecht und Paul Scholze an der Spitze bestellt. Dieser sollte solange in Funktion bleiben, bis ein wiederum provisorisch gewählter Arbeiter- und Soldatenrat eine neue Regierung einsetzen würde. Der Ausschuß übernahm seine Tätigkeit mit der Erklärung, daß die Regierung Ebert-Scheidemann abgesetzt sei und daß er an ihrer Stelle die Geschäfte übernommen habe. Treffend führt dazu Bernstein aus, daß sich also Liebknecht, Ledebour und Genossen herausgenommen hätten, gestützt auf fanatische Teile der Arbeiterschaft Berlins, eine Regierung abzusetzen, die erst von den Vertrauensmännern der erdrückenden Mehrheit der Arbeiterschaft Deutschlands ihr Mandat bestätigt erhalten hatte. „Das war“, schreibt er, „keine Revolution, sondern der Versuch eines Gewaltakts, den, soweit nötig, mit Gewaltmitteln niederzuschlagen nicht nur Recht, sondern auch die Pflicht der Regierung war. Denn sein Erfolg in Berlin hätte Deutschland in den Zustand verheerender Anarchie versetzt. Niemals hätte sich die Mehrheit des deutschen Volkes dem unter solchen Umständen ergehenden Gebot Berlins gefügt. Daß Liebknecht und Genossen sich das nicht selbst sagten, kennzeichnet vor allem ihre politische Verranntheit und Kurzsichtigkeit.“

Der Bürgerkrieg war also entbrannt. Er endete nach ungewöhnlich harten Straßenkämpfen am 12. Januar mit der vollständigen Niederlage Eichhorns und seiner Getreuen. Unermeßlich groß aber ist der Schaden, den der republikanische Gedanke durch die Ereignisse des Januar 1919 erlitten hat. Man ist heute nur allzusehr geneigt, über den reaktionären Geist in der Reichswehr zu schreien und Noske dafür verantwortlich zu machen. Aber wer die Dinge, die sich damals abgespielt haben, ohne Voreingenommenheit an seinen Augen vorüberziehen läßt, der muß zu der Erkenntnis kommen, daß die Schuld hieran letzten Endes die Putschisten von Januar 1919 tragen. Gustav Noske, der vom Rat der Volksbeauftragten mit der Befreiung Berlins von den Spartakisten und mit der Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ruhe beauftragt war, und der dazu in wenigen Tagen eine zuverlässige Truppe aufstellen mußte, war auf die alten Offiziere angewiesen. Er selbst erzählt in



Ministerpräsident Hirsch spricht bei der Beisetzung der Revolutionsopfer



seinen Erinnerungen,<sup>5)</sup> daß die in Kiel aufgestellte und von ihm nach Berlin beordnete Brigade, die bis auf wenige Kapitulanten aus Unteroffizieren und Deckoffizieren bestand, damals Offiziere von ihm gefordert habe, da sie nur in erfahrenen Führern einen Schutz vor unnötigen Verlusten sah. Damals war, abgesehen von den Putschisten, alles mit Noske einverstanden. Man jubelte ihm zu, man pries ihn als Retter Berlins; ein Jahr später schickte man ihn als Sündenbock in die Wüste, seine Verdienste waren vergessen.

Schwere Wochen lagen hinter uns. Zeitweise schien es, als ob der Sieg sich auf die Seite der Gegner der Regierung neigen würde. Weder die Volksbeauftragten im Reich, noch die Mitglieder der preußischen Regierung waren ihres Lebens sicher. Viele von uns mußten Nacht für Nacht einen neuen Zufluchtsort aufsuchen. Eugen Ernst und ich weilten die ganze Zeit über im Staatsministerium, von wo aus wir, soweit das überhaupt möglich war, die laufenden Geschäfte führten und wo wir auch die Nächte zubrachten. Nachrichten von draußen erhielten wir durch treue Freunde, die es verstanden, sich durch den Kugelregen den Weg zu uns zu bahnen.

Eichhorn hatte übrigens keineswegs die gesamte Unabhängige sozialdemokratische Partei hinter sich. Das geht aus einer ganzen Reihe kritischer Zeitungsartikel jener Tage hervor. Besonders charakteristisch ist die Absage, die ihm Rudolf Breitscheid in der „Erfurter Tribüne“ erteilte, und mit der dieser Führer der Unabhängigen zugleich von der Putschtaktik seiner Freunde abrückte. Darin wird ausgeführt, daß die Entlassung Eichhorns sicher nicht der tiefere Grund für die Bewegung gewesen sei; aber man benutzte sie als Ausgangspunkt. Die Position des Berliner Polizeipräsidenten sei wichtig, aber nicht wichtig genug, um ihretwegen einen Bürgerkrieg zu entfachen. Die Wiedereinsetzung des entlassenen Parteigenossen konnte nicht letztes Ziel sein, auch nicht die Beseitigung der Regierung Ebert-Scheidemann. „Aber“, heißt es weiter, „über das positive Programm bestand Unklarheit. Kein Mensch wußte, was Liebknecht und seine Anhänger wollten, wenn der Coup gelungen wäre, wahrscheinlich wußten sie es selbst nicht. Es schwebte

---

<sup>5)</sup> Gustav Noske „Von Kiel bis Kapp“ zur Geschichte der deutschen Revolution. 1920. Otto Stollberg Verlag G. m. b. H., Berlin SW 68.

und schwebt ihnen unklar die der Demokratie zuwiderlaufende Diktatur des Proletariats vor Augen, von ihren Einzelheiten aber fehlte ihnen die Vorstellung.“

Wenn es auch nicht immer zu so furchtbaren Entladungen kam wie aus Anlaß der Absetzung Eichhorns, gewitterschwül war die Luft die ganzen ersten Monate, ja das ganze Jahr hindurch. Und in einer solchen Zeit, wo alles darüber und darunter ging, wo wir des Abends nicht wußten, ob wir den nächsten Tag noch erleben würden, da hieß es nicht nur: Kopf oben, Ruhe bewahren, Ordnung aufrechterhalten, sondern auch die laufenden Regierungsgeschäfte erledigen und wichtige Gesetze zu verabschieden. Dazu kamen die von außen drohenden Gefahren, vor allem die Bestrebungen, ganze Landesteile von Preußen loszulösen. Solche Strömungen traten nicht nur in der Provinz Posen und in Oberschlesien sowie in der Nordmark, sondern auch in Ostpreußen, in der Provinz Schlesien und im Rheinland zutage. Ihnen entgegenzuarbeiten und Preußen vor dem Auseinanderfallen zu bewahren, betrachtete die Regierung als ihre Hauptaufgabe.

Bereits am 10. Dezember wies sie in einer Bekanntmachung darauf hin, daß solche Bestrebungen das Gemeinwohl gefährdeten und deshalb mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft werden mußten. Das gelte insbesondere auch für diejenigen gemischtsprachlichen Landesteile Preußens, über deren staatliche Zugehörigkeit erst durch den Friedensvertrag Bestimmung getroffen werde. Im übrigen werde über die künftige staatsrechtliche Gestaltung Preußens durch die Nationalversammlung entschieden werden. Sämtliche preußischen Behörden wurden angewiesen, sich nach diesen Vorschriften unweigerlich zu richten.

Aber mit bloßen Erlassen war es nicht getan. Die Mitglieder der Regierung begaben sich vielmehr auch persönlich in die gefährdeten Landesteile, um durch Verhandlungen mit führenden Persönlichkeiten der Gefahren Herr zu werden. Es ist selbstverständlich, daß es dabei nicht ohne Zugeständnisse abging.

Separatistische Bestrebungen machten sich, abgesehen von der Rheinprovinz, wo wir vorläufig wenigstens nicht persönlich eingreifen konnten, weil wir es für würdelos hielten, die Besatzungsbehörden um eine Einreiseerlaubnis zu bitten, besonders in Schlesien bemerkbar, und zwar nicht nur in Oberschlesien,

sondern in der ganzen Provinz. Die Grenzbevölkerung fürchtete, daß Polen und Tschechen unter Verletzung des Waffenstillstandes deutsches Gebiet angreifen würden, um noch vor den Friedensverhandlungen vollendete Tatsachen zu schaffen. Soweit die Tschechen in Frage kommen, war die Befürchtung unbegründet. Die Regierung verfügte über genügende Machtmittel, um etwaigen Angriffen auf deutsches Gebiet entgegenzutreten. Anders lag es, soweit die von den Polen drohende Gefahr in Frage kam. Die Ueberzeugung, daß durch die Bildung eines selbständigen polnischen Staates aus der Provinz Posen, Teilen von Westpreußen und Oberschlesien sich die Loslösung Oberschlesiens nicht nur von Preußen, sondern auch vom Reiche vermeiden lasse, hatte in weiten Teilen der Bevölkerung, auch in den Köpfen einer großen Reihe von Beamten des alten Regimes und von sonstigen leitenden Persönlichkeiten, Wurzel gefaßt.

Am 30. Dezember beriet der Volksausschuß für Schlesien unter meinem Vorsitze im Breslauer Rathause in Gegenwart des Volksbeauftragten Landsberg als Vertreter der Reichsregierung, des Oberpräsidenten Dr. von Günther und der übrigen Behörden, was gegenüber den separatistischen Bestrebungen zu geschehen habe. Fast einstimmig nahm die Konferenz, auf der alle politischen Parteien, der Zentralsoldatenrat, die Militärbehörden sowie die oberschlesischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vertreten waren, eine Entschließung an, in der gefordert wurde:

1. Alsbaldige Besetzung leitender Stellen und politischer Beamtenstellen mit Männern, die Verständnis für die Besonderheiten der Verhältnisse Oberschlesiens haben und Vertrauen bei der Bevölkerung genießen, unter weitestgehender Heranziehung katholischer, polnisch sprechender Männer, wird zugesagt.
2. Das Verhältnis von Kirche und Staat in religiöser, politischer und wirtschaftlicher Beziehung kann nur unter Wahrung aller berechtigten Wünsche Oberschlesiens auf gesetzlichem Wege und nach Benehmen mit den Kirchenbehörden geändert werden. Die Erteilung des Religionsunterrichts in öffentlichen und privaten Schulen darf gleichfalls nur unter Wahrung aller berechtigten Wünsche Oberschlesiens auf gesetzlichem Wege geregelt werden. Dabei wird die Regierung mit aller Macht eintreten für die Freiheit der Religionsausübung, für den Religionsunter-

richt in der Muttersprache in der Schule und für die Unversehrtheit des kirchlichen Vermögens.

3. Eine eigene Delegatur des fürstbischöflichen Stuhls für Oberschlesien mit dem Sitz im Industriebezirk wird bei den kirchlichen Stellen erbeten werden.
4. Vor dem Erlaß von Anordnungen, die wichtige ober-schlesische Interessen berühren, hat die Zentralregierung mit den zuständigen schlesischen Behörden Fühlung zu nehmen.
5. Ein besonderer Kommissar für Oberschlesien wird beim Oberpräsidenten und dem Zentralrat für Schlesien zur ständigen Vertretung der Wünsche Oberschlesiens gestellt werden.

Am Schlusse dieser denkwürdigen Sitzung, die den separatistischen Bestrebungen in Schlesien ein für allemal ein Ende bereitet hatte, konnte ich — ich zitiere nach dem von der Pressestelle des Volksrates in Breslau herausgegebenen Bericht — die Stellung der Regierung dahin zusammenfassen, daß sie bereit sei, alles was in ihren Kräften steht, zu tun, um der Provinz Schlesien den erforderlichen Schutz angedeihen zu lassen. Die in den Anträgen erhobenen Forderungen würden dem Kabinett in Berlin mit allem Ernste zur schleunigsten Beschlußfassung unterbreitet werden. Ich persönlich würde innerhalb der preußischen Staatsregierung dafür eintreten, daß einstweilen der Provinz Schlesien ein gewisses Selbstbestimmungsrecht, insbesondere zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung gewährt werde.

Ähnliche Befürchtungen wie in Schlesien bestanden in Ostpreußen. Auch hier gelang es, durch Verhandlungen mit den Provinzialbehörden, den Arbeiter- und Soldatenräten und den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Verständigung zu erzielen, deren Inhalt sich aus der unter dem 17. Januar 1919 von der preußischen Regierung mit Gesetzeskraft erlassenen Verordnung über die Bildung einer vorläufigen Provinzialversammlung für die Provinz Ostpreußen ergibt. Diese hatte die Aufgabe, im Einklang mit den Anordnungen der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung die Interessen der Provinz wahrzunehmen und den Nationalversammlungen die Wünsche der Provinz hinsichtlich der Regelung ihrer Verhältnisse vorzulegen. Sie setzte sich zusammen aus den Vertretern der Provinz in der deutschen Nationalversammlung und

der preußischen Landesversammlung. Zwei Tage nach Feststellung des Wahlergebnisses zur deutschen Nationalversammlung sollten deren in der Provinz gewählte Mitglieder in der Provinzialhauptstadt zusammentreten, das Büro der Provinzialversammlung wählen und dessen Geschäftsordnung selbständig festsetzen. Nach Hinzutritt der in der Provinz gewählten Mitglieder der preußischen Landesversammlung sollte dann die Provinzialversammlung einen ständigen Ausschuß aus 5 bis 9 Mitgliedern bestellen, der die laufenden Geschäfte zu besorgen hatte. Der Oberpräsident der Provinz war staatlicher Kommissar im Sinne der Provinzialordnung. Er sollte die Provinzialversammlung nach vorheriger Zustimmung der Regierung berufen, so oft die Geschäfte es erfordern.

Für Westpreußen bedurfte es einer ähnlichen Regelung nicht. Hier hatte sich zur Abwehr der polnischen Bewegung der deutsche Volksrat in Danzig gebildet, dessen Grundsatz: „Deutsches Land soll deutsch bleiben“ der weitgehendsten Unterstützung der Regierungen des Reiches und Preußens sicher war.

In der Provinz Posen war nach einigen wilden Aktionen zunächst wieder Ruhe eingetreten. Die Polen beschränkten ihre Forderungen ursprünglich auf Zugeständnisse in der Sprachenfrage, in der Frage des polnischen Religionsunterrichts und in der Außerkraftsetzung einer Reihe von Ausnahmebestimmungen. Im übrigen erklärten sie ihr Einverständnis damit, daß die künftigen Grenzregulierungen zwischen Polen und Deutschland durch die Friedenskonferenz erfolgen sollen. Der weitere Verlauf der Ereignisse ist in einem besonderen Abschnitt geschildert.

Für die bedrohte Nordmark hatte die Regierung den späteren Reichsinnenminister, jetzigen Gesandten Dr. Köster zum Reichs- und Staatskommissar ernannt mit der Aufgabe, die Interessen des Deutschtums wahrzunehmen. Sein Verdienst ist es in der Hauptsache, wenn die durch den Versailler Vertrag vorgeschriebene Abstimmung für Deutschland verhältnismäßig günstige Resultate gezeitigt hat.<sup>1)</sup>

Die Regierung hatte also in der ersten Zeit nach dem Zusammenbruch ein vollgerütteltes Maß Arbeit. Das lehrt auch ein Blick in die Preußische Gesetzessammlung. Das Verzeichnis

---

<sup>1)</sup> „Der Kampf um Schleswig“ von Adolf Köster. — Otto Stollberg Verlag, Berlin SW 68.

der von der preußischen Staatsregierung seit dem 9. November 1918 erlassenen und verkündeten Gesetze und Verordnungen, die später auf Grund des Gesetzes zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen vom 20. 3. 1919 der verfassunggebenden Landesversammlung unterbreitet werden mußten, weist nicht weniger als 37 Gesetze auf, darunter solche von weittragender grundlegender Bedeutung.

Die Auflösung des alten Dreiklassenparlaments und die Beseitigung des Herrenhauses, die in Uebereinstimmung mit einem Beschluß des Vollzugsrats des Arbeiter- und Soldatenrats durch Verordnung vom 15. 11. 1918 erfolgte, war eine Selbstverständlichkeit. Ueber den seitens des Vizepräsidenten Dr. Porsch gegen die Auflösung des Abgeordnetenhauses eingelegten Protest gingen wir zur Tagesordnung über.

Als eine ihrer ersten Aufgaben betrachtete die preußische Regierung ferner den Ersatz der auf Grund pluto-kratischer Wahlgesetze gebildeten Gemeindevertretungen, die nicht als Repräsentanten des Willens der Einwohner angesehen werden konnten, durch neue aus allgemeinen und gleichen Wahlen hervorgegangene Vertretungen. Nachdem sie zunächst durch Anordnung vom 18. November 1918 bestimmt hatte, daß Ergänzungs- und Ersatzwahlen zu den Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen (Bürgervorsteherkollegien), Kreistagen (Amtsversammlungen), Provinziallandtagen und Vertretungen der Zweckverbände bis zu der bevorstehenden gesetzlichen Regelung des kommunalen Wahlrechts nicht stattfinden dürfen und daß die Wahlzeit für diejenigen Vertreter, für die eine Ergänzungswahl nötig gewesen wäre, bis zu der nach der neuen gesetzlichen Regelung erfolgten Wahl verlängert wird, erging eine weitere Verordnung vom 23. November 1918, betr. die Bestellung weiblicher Personen zu Mitgliedern gemischter städtischer Verwaltungsdeputationen. Nach dieser Verordnung können zu Mitgliedern gemischter städtischer Verwaltungsdeputationen „auch weibliche Personen bestellt werden, wenn sie die Voraussetzungen erfüllen, unter denen nach den geltenden Gesetzen männlichen Personen das Bürgerrecht zusteht. Insoweit nach den bestehenden Bestimmungen der Besitz des Bürgerrechts für männliche Personen an Haus- und Grundbesitz, Einkommen oder

Steuerzahlung geknüpft ist, sind bei verheirateten weiblichen Personen diese Voraussetzungen auch dann als vorliegend anzusehen, wenn sie bei dem Ehemann erfüllt sind. Im übrigen sind Steuerzahlungen, Einkommen, Haus- und Grundbesitz der minderjährigen oder in elterlicher Gewalt befindlichen Kinder der Mutter anzurechnen.“

Von grundlegender Bedeutung ist auch die Verordnung über die anderweite Regelung des Gemeindevahlrechts vom 24. Januar 1919 in Verbindung mit der Nachtragsverordnung vom 31. Januar 1919, die das allgemeine, gleiche, unmittelbare geheime Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Einwohner der Gemeinde ohne Unterschied des Geschlechts auf der Grundlage des Verhältniswahlsystems einführt und neben dem Pluralwahlrecht auch das Hausbesitzerprivileg, die Öffentlichkeit der Stimmabgabe, die Entrechtung der Frauen, den Ausschluß bestimmter Beamtengruppen vom passiven Wahlrecht, das Wahlrecht der Forensen und juristischen Personen und das Erfordernis der preußischen Staatsangehörigkeit als Vorbedingung für die Ausübung des Wahlrechts beseitigte. An seine Stelle trat die deutsche Reichsangehörigkeit.

Durch die Verordnung wurden gleichzeitig alle Gemeindevertretungen aufgelöst und Neuwahlen bis zum 2. März 1919 vorgeschrieben. Einer Hinausschiebung der Regelung des Gemeindevahlrechts bis zum Zusammentritt der verfassunggebenden Landesversammlung, wie sie selbst von demokratischer Seite befürwortet wurde, hätten sich die entrechteten Massen ganz selbstverständlich aufs heftigste widersetzt. Andererseits zeigten sie volles Verständnis dafür, daß, nachdem die Gemeindevertretungen auf breitester Grundlage gewählt waren, für die Beteiligung der Arbeiterräte innerhalb der Gemeindeverwaltungen kein Platz mehr war. So faßten unmittelbar nach den Neuwahlen die mehrheitssozialistischen Arbeiterräte für Groß-Berlin folgende, der Sachlage Rechnung tragende Entschliebung:

„Die kommunalen Arbeiterräte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für Groß-Berlin erklären, daß, nachdem die Stadt- und Gemeindevertretungswahlen auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts erfolgt und die Verwaltungen in Tätigkeit getreten sind, ein Weiterbestehen dieser Räte nicht mehr erforderlich ist. Sollen die sozialistischen Aufgaben innerhalb der Stadt- und Landgemeinden erfüllt werden, so ist es von dringender Not-

wendigkeit, daß die Erfüllung lediglich in die Hände der gewählten Vertreter gelegt wird, da sonst das Selbstverwaltungsrecht der betreffenden Gemeinden schwer gefährdet, wenn nicht unterbunden wird. Das Kontrollrecht kann lediglich in die Hände der am Orte befindlichen politischen Organisationen gelegt werden. Betreffend die Einwirkung auf die Stadt- und Gemeindevorstände kann diese lediglich von den gewählten Stadt- und Gemeindeverordneten ausgeübt werden. Aus all diesen Gründen erachtet die Konferenz es für zweckmäßig, daß nach den oben bezeichneten und vollzogenen Tatsachen die kommunalen Arbeiterräte zurücktreten und kommunale Fragen nicht mehr als Aufgaben des Vollzugsrats erachtet werden.“

Wie die Städteordnungen und die Landgemeindeordnungen, so bedeuteten auch die alten preußischen Kreisordnungen eine Entrechtung der Arbeiterklasse. Durch Verordnung vom 18. Februar 1919, betreffend die Zusammensetzung der Kreistage und einige weitere Änderungen der Kreisordnungen wurden die Vorschriften über den Wahlverband der größeren Grundbesitzer und die einschränkenden Bestimmungen für die städtischen Stimmen im Kreistage beseitigt und als einzige Wahlverbände die der Städte und der Landgemeinden festgelegt. Auf sie wurden die Kreistagsabgeordneten nach dem Verhältnis der städtischen zur ländlichen Bevölkerung verteilt. In den Städten erfolgte die Wahl der Kreistagsabgeordneten durch die Stadtverordnetenversammlungen, in denjenigen Landgemeinden, auf die mindestens ein Kreistagsabgeordneter entfiel, durch die Gemeindevertretungen. In den kleineren Landgemeinden und in den Gutsbezirken wurden die Kreistagsabgeordneten direkt durch die Einwohnerschaft nach Wahlbezirken gewählt. Sowohl für die indirekte als für die direkte Wahl wurde das Verhältniswahlssystem vorgeschrieben. Nach der Verordnung waren die Kreistage bis zum 4. Mai 1919 neu zu wählen. Die neu gewählten Kreistage hatten ihrerseits die Kreisausschüsse und die Kreiskommissionen gleichfalls nach dem Verhältniswahlssystem neu zu wählen. Für die Ernennung der Landräte beließ es die Verordnung zwar bei dem Vorschlagsrecht der Kreistage, indessen fielen die besonderen Qualifikationsvoraussetzungen für das Amt des Landrats fort.

Eine heftige Auseinandersetzung in der sozialdemokratischen Presse, in Versammlungen und auch auf dem sozialdemokra-

tischen Parteitag in Kiel 1927 hat sich an die Bekanntmachungen, betreffend die Beschlagnahme des preußischen Kronfideikommißvermögens geknüpft. Durch die erste Verordnung vom 13. November 1918 wurden sämtliche zum preußischen Kronfideikommißvermögen gehörenden Gegenstände mit Beschlag belegt, die Verwaltung wurde dem preußischen Finanzministerium übertragen. Das nicht zum Kronfideikommiß gehörige, im Sondereigentum des Königs und der königlichen Familie stehende Vermögen wurde davon nicht berührt. Die zweite Verordnung vom 30. November ergänzte die erste mit Rücksicht darauf, daß die Zugehörigkeit der einzelnen Vermögensgegenstände zum Kronfideikommißvermögen und zum Sondervermögen des Preußischen Königshauses zweifelhaft erschien, dahin, daß auch sämtliche Gegenstände, die zum Sondervermögen — sowohl zum Privateigentum wie zum Fideikommißbesitz — des vormaligen Königs von Preußen, des königlichen Hauses und seiner Mitglieder gehörten und in Preußen befindlich waren, vorläufig mit Beschlag belegt wurden. Der damalige Justizminister Rosenfeld, der zwar nicht an der ersten, wohl aber an der zweiten Verordnung mitgewirkt hat, ist später mit der Behauptung hervorgetreten, er habe einen Antrag auf Enteignung der Hohenzollern gestellt, der jedoch von den Mehrheitssozialisten abgelehnt worden sei. Tatsächlich hat Rosenfeld einen solchen Antrag nicht gestellt; erst nachdem er längst aus dem Amte geschieden war, hat er als Mitglied der verfassungsgebenden Landesversammlung zu dem Gesetzentwurf über die vorläufige Ordnung der Staatsgewalt einen Antrag der Unabhängigen Sozialdemokratie begründet, wonach in die vorläufige Verfassung die Bestimmung aufgenommen werden sollte: „Die Familiengüter des Hauses Hohenzollern sind Eigentum der preußischen Republik“. Zur Begründung dieses Antrags hat er in der dritten Sitzung der Landesversammlung vom 15. März 1919 wörtlich ausgeführt: „Wir haben in der preußischen Regierung dafür gestimmt, daß die Familiengüter des Hauses Hohenzollern beschlagnahmt wurden. Wir wünschen, daß man jetzt noch einen Schritt weiter geht, und wir rechtfertigen das damit, daß das Haus Hohenzollern sich auf Kosten des Volkes bereichert hat, nicht zuletzt infolge der Agrarzölle, die auf Kosten des Volkes erhoben worden sind.“

In seiner ganzen Rede findet sich also nicht die leiseste Andeutung, daß er bereits als Justizminister denselben Antrag gestellt hat. Ebenso wenig hat er in der 60. Sitzung vom 7. Oktober 1919, als der Antrag des Ausschusses auf Genehmigung der Beschlagnahmeverordnungen in der Landesversammlung zur Beratung stand, ein Wort davon gesagt, daß er bereits früher die Enteignung gefordert habe. Wer sich des damaligen gespannten Verhältnisses zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien erinnert, wird mir zugeben, daß gerade Rosenfeld sich diese günstige Gelegenheit, gegen die Mehrheitssozialdemokratie zu polemisieren, nicht hätte entgehen lassen. Der Vollständigkeit wegen sei hinzugefügt, daß der oben erwähnte Antrag zur vorläufigen Verfassung von den Rednern der Mehrheitssozialdemokratie nicht bekämpft worden ist.

Zum Beweis für die Richtigkeit meiner Auffassung kann ich mich auch auf den jetzigen Ministerpräsidenten Otto Braun stützen, der von Anfang an dem Kabinett angehört hat. Er hat auf dem Kieler Parteitag ausdrücklich erklärt, daß nach seiner Erinnerung Rosenfeld niemals einen Antrag auf Enteignung in einer Kabinettsitzung gestellt hat. Insbesondere enthalte aber auch das Protokoll der Kabinettsitzung vom 30. November 1918 nichts von einem Antrage Rosenfelds auf Enteignung. Vielmehr habe er (Braun) den Vorschlag gemacht, wenn auch keinen formalen Antrag gestellt, den Hohenzollern vielleicht 10 Millionen zu geben und das ganze Vermögen zum Staatseigentum zu erklären. Gerade die Genossen der Unabhängigen Sozialistischen Partei aber hatten erklärt, das könnten wir in jener stürmischen Zeit dem Volk nicht zumuten.<sup>1)</sup> Meine Erinnerungen decken sich vollinhaltlich mit der von Braun gegebenen Darstellung.

Heftigen Angriffen war die Regierung weiterhin ausgesetzt wegen eines Erlasses des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Konrad Haenisch an die Provinzialschulkollegien und die Regierungen vom 29. November 1919 über die Stellung der Religion in der Schule.<sup>2)</sup> Dieser Erlass hat vor seiner Veröffentlichung dem Kabinett nicht vorgelegen. Obwohl vom Standpunkte der Sozialdemokratie aus sachlich

---

<sup>1)</sup> Protokoll über die Verhandlungen des sozialdemokratischen Parteitages in Kiel 1927, Seite 99.

<sup>2)</sup> Siehe Seite 230.

nichts dagegen einzuwenden war, hat Haenisch ihn nach Rücksprache mit seinen Kollegen in der Regierung aus taktischen Gründen zwar nicht zurückgezogen, aber doch angeordnet, daß seine Durchführung überall dort, wo sie auf ernste Schwierigkeiten stieß, bis zur Entscheidung durch die preußische Nationalversammlung unterbleiben sollte.

Von sonstigen Verordnungen seien noch hervorgehoben die Verordnung betreffend ein vereinfachtes Enteignungsverfahren zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit vom 11. Dezember 1918, das Gesetz, betreffend die Erleichterung des Austritts aus der Kirche und aus den jüdischen Synagogengemeinden, vom 13. Dezember 1918, die Bekanntmachung, betreffend Orden und Titel vom 14. Dezember 1918, die schon vor Inkrafttreten der Reichsverfassung mit der Verleihung von Orden und Titeln aufräumte, die Verordnung, betreffend das gesetzliche Vorkaufsrecht an land- und forstwirtschaftlichen Besitzungen vom 23. Dezember 1918, die im Interesse der Förderung der inneren Kolonisation die Veräußerung von land- und forstwirtschaftlichen Besitzungen beschränkte, die Verordnung über die Gewährung von Straffreiheit und Strafmilderung in disziplinaren Sachen vom 16. Februar 1919, die alle bis zum Inkrafttreten dieser Verordnung von den Dienstvorgesetzten verhängten, oder von den entscheidenden Disziplinarbehörden oder Disziplinargerichten rechtskräftig erkannten Ordnungsstrafen wegen vor dem 9. November 1918 begangener Dienstvergehen einschließlich der Kosten des Verfahrens erließ, die Verordnung, betreffend die einstweilige Versetzung der unmittelbaren Staatsbeamten in den Ruhestand vom 26. Februar 1919, die der Regierung u. a. das Recht gab, politische Beamte jederzeit einstweilig in den Ruhestand zu versetzen, die Verordnung über Familiengüter vom 10. März 1919, die die Auflösung der Familiengüter anordnete und die Errichtung neuer Familiengüter sowie die Vergrößerung von Familiengütern durch unentgeltliche Zuwendungen untersagte, und endlich die Verordnung vom 12. März 1919 wegen Aenderung des Gesetzes, betreffend die Beförderung deutscher Ansiedlungen in den Provinzen Westpreußen und Posen vom 26. April 1886 in der Fassung des Gesetzes über

Maßnahmen zur Förderung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen vom 20. März 1908, die die gegen die Polen gerichteten Ausnahmebestimmungen dieses Gesetzes aufhob.

Bereits Ende Dezember 1918 hatte die Regierung im Verein mit dem Zentralrat die Verordnung über die Wahlen zur verfassungsgebenden preußischen Landesversammlung erlassen und dadurch auch nach außen bekundet, daß sobald als möglich das Volk selbst sein Geschick in die Hand nehmen solle.

Wie wir durch unsere Maßnahmen den Bruch mit dem Geiste der Gesetzgebung im alten Preußen vollzogen haben, so haben wir auch der politischen Gesinnungskriecherei und den Eingriffen in die Wahlfreiheit ein Ende gemacht. Durch eine Bekanntmachung vom 10. Januar 1919 wurden die Beamten mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ihnen außerhalb des Dienstes „jede ihrer Ueberzeugung entsprechende politische Betätigung freisteht; indessen haben sie dabei die Grenzen innezuhalten, die ihnen die Rücksicht auf die Unparteilichkeit ihrer Amtsführung auferlegt. Unzulässig ist selbstverständlich jede Verquickung amtlicher und politischer Tätigkeit. Insbesondere darf das Vorgesetzten-Verhältnis niemals zu einer Einwirkung auf die politische Gesinnung und Betätigung dienstlich unterstellter Personen mißbraucht werden.

Ebenso selbstverständlich wie die Wahrung der Wahlfreiheit der Beamten ist, daß kein Beamter die in seiner Hand befindliche amtliche oder soziale Macht zur Einwirkung auf die Abstimmung der Wähler benutzen darf.“

Eine Fülle von Arbeit war es, die wir mitten im Bürgerkrieg vollbracht hatten. Guten Gewissens und in dem Gefühl treuer Pflichterfüllung konnten wir vor die Landesversammlung treten und das Mandat, das wir von der Revolution empfangen hatten, in die Hände der in freier Wahl gewählten Vertreter des preußischen Volkes legen.

## **Zusammentritt der verfassungsgebenden Landesversammlung.**

„Das alte Preußen ist für immer dahin. Ein neues Preußen ist im Werden.“ Diese Worte befinden sich in der Rede, mit der ich am 13. März 1919, mehr als vier Monate nach dem Zusammenbruch Deutschlands die verfassungsgebende preußische Landesversammlung eröffnete. Sie kennzeichnete ebenso wie der äußere Anblick des neuen Preußenparlaments die ungeheure Umwälzung, die sich vollzogen hatte.<sup>1)</sup>

Am Ministertisch Männer, die unter dem alten Regime geächtet, die als Vertreter der Entrechteten und Enterbten im alten Dreiklassenhause eine hoffnungslose Minderheit bildeten und infolgedessen zu unfruchtbarer Tätigkeit verurteilt waren. Jetzt waren sie an die höchsten Stellen der Republik berufen. Die Sozialdemokratie, noch vor wenigen Monaten als lästiger Eindringling in das Preußenparlament widerwillig geduldet, war nunmehr die stärkste Partei. Die Deutschnationalen aber, einst allmächtig, die Nutznießer des Staates, gegen deren Willen bis in die letzten Kriegsmonate hinein kein Minister regieren konnte, waren zu einem kleinen, bedeutungslosen Häuflein zusammengeschmolzen. In den Reihen aller Parteien von rechts bis links manch kluges Frauengesicht, als Wahrzeichen der neuen Ära, die keine politische Bevorzugung des Besitzes oder des Geschlechts mehr gelten läßt.

Die bisherige Vertretung des preußischen Volkes war in Wirklichkeit eine Vertretung bestimmter Klassen gewesen. So zählte das aus den Wahlen des Jahres 1913, den letzten Wahlen vor dem Kriege, hervorgegangene Abgeordnetenhaus unter seinen 443 Mitgliedern neben 7 Kleingewerbetreibenden oder Handwerkern und 2 Arbeitern nicht weniger als 27 aktive Landräte, 12 sonstige höhere Beamte, 40 höhere Justizbeamte, 21 Geistliche, 112 Großgrundbesitzer, 20 Industrielle und 24 Rentner. Ein ganz anderes Antlitz wies die verfassungsgebende

---

<sup>1)</sup> Siehe Anlage Seite 225 ff.

Landesversammlung auf; in ihr waren der Großgrundbesitz, die Industrie und die Bürokratie stark zurückgedrängt zugunsten der werktätigen Schichten des Volkes; die Zahl der Landräte war auf 2, die der sonstigen höheren Verwaltungsbeamten auf 7, die der höheren Justizbeamten auf 13, die der Großgrundbesitzer auf 7, die der Industriellen auf 4 gesunken. Dagegen war die Zahl der Volksschullehrer von 7 auf 28, die der Arbeiter von 2 auf 20 gestiegen, wozu noch 120 Privatbeamte und solche Angestellte kamen, die der Angestelltenversicherung unterliegen.

Innerhalb der einzelnen Parteien, insbesondere auch der Rechtsparteien, hatten sich bemerkenswerte Wandlungen vollzogen. Sogar die Deutschnationale Volkspartei, die die alte Deutsche Konservative Partei abgelöst hatte, mußte dem Geiste der Zeit Rechnung tragen, und, so schwer es ihr auch gefallen sein mag, eine Anzahl von Sitzen an Arbeiter und Angestellte abtreten. Dazu hatte sie die meisten der auf ihrem Boden stehenden Landräte zum Verzicht auf die ihnen lieb gewordene parlamentarische Tätigkeit veranlassen müssen.

Verhältnismäßig klein war die Zahl der Abgeordneten, die bereits dem alten Preußenparlament angehört hatten. Wiedergewählt waren die Sozialdemokraten bis auf Stroebe, der mit Erfolg zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung kandidiert hatte, und Hofer, der sich nicht wieder aufstellen ließ; ferner von bekannten Führern der bürgerlichen Parteien Dr. Porsch, Herold und Gronowski vom Zentrum, Dr. Friedberg, der ehemalige nationalliberale Führer, der sich ebenso wie der frühere Fortschrittler Fischbeck der Deutsch-Demokratischen Volkspartei angeschlossen hatte, während ihre ehemaligen Parteifreunde Dr. Krause und Dr. Wiemer Anschluß nach rechts bei der Deutschen Volkspartei fanden. Viel besprochen wurde der Uebertritt des Freikonservativen von Kardorff zu den Deutschnationalen, deren Führer im alten Preußen Dr. von Heydebrand und der Lasa nicht mehr in das Parlament einzog. An seiner Stelle betraute die äußerste Rechte den letzten königlich-preussischen Finanzminister Dr. Hergt mit der Leitung ihrer Fraktion.

Zu einer absoluten Mehrheit hatten die Wahlen keiner Partei verholfen. Am weitaus besten hatte die Sozialdemokratie abgeschnitten, die es auf 145 Mandate brachte. Dann kamen das Zentrum mit 88, die Demokraten mit 65, die Deutschnationalen mit 50, die Unabhängigen Sozialdemokraten mit 24, die Volks-

parteilicher mit 21 Mandaten. Außerdem waren 7 Deutsch-Hannoveraner und 1 Vertreter der Schleswig-Holsteinischen Volkspartei, im ganzen also 401 Abgeordnete gewählt.

Nach dem Wahlergebnis war es klar, daß eine rein sozialdemokratische Regierung ein Ding der Unmöglichkeit war. Die Bemühungen, die Unabhängigen Sozialdemokraten zum Eintritt in die Regierung zu bewegen, scheiterten gleich zu Beginn der Verhandlungen. Denn auf die Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion, ob die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten bereit sei, in ein Ministerium einzutreten, verlangten diese im voraus die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und die sofortige Freilassung aller politischen Inhaftierten. Außerdem forderten sie die Einordnung des Räteystems in die Verfassung, entscheidende Mitwirkung der Räte bei der Gesetzgebung, Staats- und Gemeindeverwaltung und in den Betrieben; ferner völlige Auflösung des alten Heeres und des durch Freiwilligenkorps gebildeten Söldnerheeres, Entwaffnung des Bürgertums, Errichtung einer Volkswehr aus den Reihen der klassenbewußten Arbeiterschaft, Selbstverwaltung der Volkswehr und Wahl der Führer durch die Mannschaft, Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit; weiter Trennung von Staat und Kirche, Verweltlichung der Schule, sofortige Einführung der Einheitsschule; ferner Vermeidung aller Maßnahmen, die das kapitalistische Wirtschaftssystem stützen, sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung. „Die Ueberführung der gesamten kapitalistischen Wirtschaft“, so heißt es in ihren Forderungen; „in die sozialistische muß unmittelbar in Angriff genommen werden, die wichtigsten Produktionsmittel in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr, der Grund und Boden, sowie die Bodenschätze sind als Volkseigentum zu erklären und unter gesellschaftliche Kontrolle zu stellen, die Produktion ist planmäßig nach sozialistischen Grundsätzen aufzubauen, die Verteilung der Gebrauchsgüter nach sozialistischen Grundsätzen zu regeln“. Endlich wurde nachdrückliche Vertretung dieser Forderungen bei der Reichsregierung sowie schärfster Widerstand gegen alle Maßnahmen der Reichsregierung, welche ihre Verwirklichung verhinderten, verlangt.

Diese Forderungen waren zum Teil deshalb, weil sie mit dem Wesen der Demokratie unvereinbar waren, für die Sozialdemokratie nicht diskutabel, zum anderen Teil konnten sie angesichts der Mehrheitsverhältnisse überhaupt nicht durchgeführt

werden. Es blieb deshalb nichts weiter übrig, als ähnlich wie im Reich, so auch in Preußen eine Koalitionsregierung aus Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum zu bilden. Nach langwierigen Verhandlungen glückte es auch, diese Koalition, die sogenannte Weimarer Koalition, die annähernd über eine  $\frac{2}{3}$ -Mehrheit verfügte, zustande zu bringen, selbstverständlich nicht ohne Zugeständnisse auf allen Seiten. Die drei Parteien hatten sich, wie der Demokrat Dr. Friedberg später einmal in der Abwehr deutschnationaler Angriffe erklärte, zusammengetan, „im Interesse des Vaterlandes, um das Ziel zu erreichen oder wenigstens den Versuch zu machen, unser armes geplagtes Vaterland wieder aufzurichten. Und das Opfer an der Ueberzeugung, das wir dabei bringen müssen, dessen sind wir uns alle bewußt, das bringen wir nicht unseren politischen Idealen, sondern das bringen wir unserem Vaterlande, und das beruhigt uns einigermaßen über das Fehlerhafte und die Schwäche, die einer solchen Koalitionsregierung anhaftet“.<sup>1)</sup>

Um auch seinerseits die Bahn für die Bildung der Regierung zu ebnen, richtete der Zentralrat der deutschen Republik unmittelbar nach ihrem Zusammentritt folgende Kundgebung an die verfassunggebende Landesversammlung:

„Der erste Rätekongreß hat dem Zentralrat auch die Kontrolle der preußischen Regierung bis zur anderweitigen Regelung durch die preußische Landesnationalversammlung übertragen. Die preußische Landesversammlung ist nunmehr zusammengetreten, und es liegt ihr ob, die Regierung zu bestellen und Maßnahmen zu ihrer Kontrolle zu treffen. Daher legt der Zentralrat die ihm übertragene Gewalt in die Hände der preußischen Nationalversammlung und wird die hier in Betracht kommenden Befugnisse nur noch solange ausüben, bis die Nationalversammlung die anderweitige Regelung getroffen hat.

Seine Stellung als oberste Instanz der bestehenden Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte bleibt davon unberührt; eine Entscheidung hierüber kann nur der bevorstehende zweite Rätekongreß fällen.“

Nach dem Zusammentritt der verfassunggebenden Landesversammlung blieb die Revolutionsregierung nur so lange im Amte, bis das Gesetz zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt

---

<sup>1)</sup> Abg. Dr. Friedberg in der 55. Sitzung der verfassunggebenden Landesversammlung vom 26. September 1919.



Das erste Preußische Kabinett nach der Umwälzung 1918

Von links nach rechts: Am Zehnhoff, Südekum, Fischbeck, Göhre, Heine, Hirsch, Stegerwald, Braun, Oeser



in Preußen vom 20. März 1919 unter Dach und Fach gebracht war. Die Verabschiedung dieses Gesetzes, wodurch die Landesversammlung Inhaberin der gesetzgeberischen und vollziehenden Staatsgewalt mit der Aufgabe wurde, die Verfassung festzustellen und dringende Gesetze zu erlassen, vollzog sich nicht ohne Schwierigkeiten. Auf der einen Seite forderten die Unabhängigen Sozialdemokraten, daß die Landesversammlung ihr Gesetzgebungsrecht nur in Uebereinstimmung mit der Vertretung der Arbeiter- und Soldatenräte ausüben dürfe und daß das Räte-system in der Verfassung verankert werden sollte. Auf der anderen Seite verlangten die Deutschnationalen die Uebertragung der vollziehenden Staatsgewalt an einen Staatspräsidenten, der von der Landesversammlung zu wählen ist und das Staatsministerium zu berufen hat. Unter Ablehnung dieser Anträge einigte sich die Mehrheit schließlich dahin, daß die Staatsregierung nach den Grundsätzen des parlamentarischen Systems mit einem Ministerpräsidenten als Vorsitzendem von dem Präsidenten der Landesversammlung berufen werden sollte. Die Rechte des früheren Königs übte bis auf weiteres die Staatsregierung aus, die des landesherrlichen Kirchenregiments gingen auf drei Staatsminister evangelischen Glaubens über.

Nach Erlaß des Gesetzes zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt legte die provisorische Regierung mit Rücksicht darauf, daß die Landesversammlung nunmehr in den Stand gesetzt war, eine verfassungsmäßige auf dem geordneten Ausdruck des Volkswillens beruhende Regierung zu bilden, die Mandate, die sie von der Revolution empfangen hatte, in die Hände der gesetzlichen Vertretung des preußischen Volkes zurück, führte aber auf Wunsch des Präsidenten bis zur Bildung der neuen Regierung die Geschäfte fort.

Unmittelbar darauf vollzog sich die Regierungsbildung auf der Grundlage der Weimarer Koalition. Die Sozialdemokraten stellten den Ministerpräsidenten (Hirsch), den Finanzminister (Südekum), den Minister des Innern (Heine), den Landwirtschaftsminister (Braun), den Minister für Unterricht, Kunst und Wissenschaft (Haenisch); das Zentrum besetzte das Justizministerium (Am Zehnhoff) und das Ministerium für Volkswohlfahrt, dessen Errichtung in Aussicht genommen war (Stegerwald); die Demokraten das Ministerium für Handel und Gewerbe (Fischbeck) und das Ministerium für öffentliche Arbeiten (Oeser). Das Programm der ersten, auf der Grundlage der

Weimarer Koalition gebildeten Regierung ist in meiner Rede vom 25. März 1919 wiedergegeben.<sup>1)</sup>

Daß die am 26. Januar gewählte Versammlung erst im März zusammengetreten ist, war nicht Schuld der Revolutionsregierung. Im Gegenteil, in ihrer Absicht lag es, sobald wie möglich verfassungsmäßige Zustände herbeizuführen und ihre Mandate in die Hand der Vertretung des Volkes zu geben. Aber sie konnte angesichts der Unruhen in Berlin und angesichts der Drohungen linksstehender Elemente, den Zusammentritt des Parlaments mit Gewalt zu verhindern, zunächst für die Sicherheit der Abgeordneten und für ein ruhiges Arbeiten keine Gewähr übernehmen und mußte deshalb den Termin der Eröffnung solange hinausschieben, bis die Ordnung wenigstens einigermaßen wiederhergestellt war. Der naheliegende Gedanke, einen anderen Ort wie Berlin als Tagungsort zu bestimmen, wurde von allen Seiten abgelehnt.

Einer der häufigsten Vorwürfe, der der Revolutionsregierung später von bürgerlicher Seite, auch aus den Reihen der Koalitionsparteien, gemacht worden ist, ist der, daß sie den Termin des Zusammentritts absichtlich hinausgezogen hätte, um noch möglichst viel Gesetze im Verordnungswege zu erlassen. Nichts ist falscher als das. Die Regierung befand sich vielmehr einfach in einer Zwangslage; sie konnte die Versammlung auch beim besten Willen nicht früher berufen. Andererseits aber duldeten die von ihr erlassenen Verordnungen, insbesondere die über die Gemeindewahlen und über die Wahlen zu den Kreistagen, keinen Aufschub. Es war schlechterdings nicht zu ertragen, daß drei Monate nach der Revolution noch immer auf Grund plutokratischer Wahlsysteme gewählte Gemeindeparlamente in Tätigkeit waren. An mehr als einem Orte hatten sich die Arbeiter- und Soldatenräte bereits aus eigener Machtvollkommenheit der Verwaltungen bemächtigt und die Magistrate abgesetzt, an anderen schickten sie in die Sitzungen der städtischen Körperschaften Kontrollorgane, wieder an anderen war die ordnungsmäßige Abhaltung von Sitzungen überhaupt nicht mehr möglich, kurz und gut, es bestand ein buntes Durcheinander, die Gesetze wurden nicht mehr beachtet, es herrschten fast anarchistische Zustände. Abhilfe mußte geschaffen werden. Sie konnte aber nur durch die sofortige Ausschreibung von Wahlen auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts erfolgen.

---

<sup>1)</sup> Siehe Anlage Seite 232 ff.

## Die Opposition in der Landesversammlung.

Die Opposition gegen die neu gebildete Regierung äußerte sich von links zunächst in weit schärferer Form als von rechts. Das ist psychologisch auch durchaus erklärlich. Der Kampf, der sich außerhalb des Parlaments in der Hauptsache zwischen den sozialistischen Parteien abspielte, mußte in der Landesversammlung selbst sein Echo finden. Daß in einer der ersten Sitzungen der Wortführer der Unabhängigen Sozialdemokratie, der heute Mitglied der Vereinigten sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist, die Mehrheitssozialisten als Helfershelfer der Bourgeoisie bezeichnete, daß er in seiner Rede über das Programm der neuen Regierung am 26. März 1919 die Regierung das größte Hindernis für den Aufstieg der Arbeiterklasse nannte und hinzufügte, daß es darum für seine Freunde nur heißen könne „Nieder mit der Regierung“, ist eben nur begreiflich, wenn man sich die damaligen Zeiten in allen ihren Zusammenhängen in die Erinnerung ruft.

Die tiefen Gegensätze, die zwischen den beiden Richtungen der Sozialdemokraten bestanden, brachte besonders deutlich der Unabhängigen-Führer Dr. Rosenfeld am 28. März 1919 in einer Erklärung zum Ausdruck, in der es hieß, daß die Preußische Republik nach wie vor ein Klassenstaat sei, beruhend auf der Klassenherrschaft, und mit der Tendenz, die bestehende Eigentumsordnung und die Ausbeutung der Arbeiterschaft aufrechtzuerhalten. Trotz der in Aussicht gestellten Verstaatlichung, die mit Sozialismus nichts zu tun habe, sei die Struktur des Staates dieselbe geblieben. Der Staat befinde sich trotz der sogenannten Demokratie noch in den Händen der besitzenden Klassen als Mittel zur Niederhaltung der besitzlosen Volksklassen. Einem solchen Staat bewillige seine Fraktion, deren Aufgabe die Eroberung der Staatsgewalt durch die Arbeiterklasse sei, nicht einen Pfennig.

Heute, wo die Streitaxt zwischen den beiden sozialdemokratischen Fraktionen begraben ist, wo man kühleren Blutes an die Betrachtung der Dinge herangeht, wird auch die Opposition von damals der Regierung Gerechtigkeit widerfahren lassen und ihr das Zeugnis ausstellen müssen, daß die von ihr getroffenen Maßnahmen zwangsläufige gewesen sind. Sie konnte gar nicht anders handeln; wenn wirklich einmal ein Mißgriff vorgekommen ist, so hat sie sich doch stets von dem Bestreben leiten lassen, der Arbeiterklasse zu nützen und die Errungenschaften der Revolution zu sichern.

Im Gegensatz zu der Opposition von links befeißigte sich die von rechts in der Landesversammlung zunächst einer gewissen Zurückhaltung. Nicht etwa, weil sie der Regierung eine Schonzeit gewähren wollte, sondern weil sie in der Angst vor neuen blutigen Zusammenstößen ein Interesse an einer Regierung hatte, die die Gewähr für Aufrechterhaltung der Ordnung bot. Diese Gewähr aber bot, wenn die Opposition das auch nicht offen zugeben wollte, einzig und allein die Koalitionsregierung. Die Deutschnationalen waren daher ungewöhnlich kleinlaut. Sie brauchten auch noch keine Rücksicht zu nehmen auf die Demagogen in ihren eigenen Reihen, vor allem nicht auf die Deutschvölkischen; denn wenn auch ein großer Teil von ihnen deutschvölkisch und antisemitisch eingestellt war, so wagte sich doch diese Richtung vorläufig nicht an die Öffentlichkeit. Diese Helden, denen von jeher die Vorsicht als der bessere Teil der Tapferkeit gegolten hatte, wußten sehr wohl, daß sie damals bei etwaigen Kämpfen den kürzeren gezogen hätten.

Man vergleiche nur einmal die Reden, die der deutsch-nationale Abgeordnete Hergt im ersten Sitzungsabschnitt der Landesversammlung gehalten hat, mit seinen späteren Reden im Reichstage und auf den Tagungen seiner Partei! „Fern liegt mir der Gedanke an Gegenrevolution oder Wiederherstellungskämpfe; denn wir sind nicht gewissenlos genug, das Land in einen Bürgerkrieg zu stürzen.“ So sagte er am 15. März 1919 unter Zustimmung der gesamten Rechten. Ähnlich am 27. März 1919 in einer Rede, in der er sich und seine Freunde gegen meinen Vorwurf verteidigte, die Worte des deutschnationalen Vorredners seien ein Signal zur Gegenrevolution. „Ich habe“, führte er damals aus, „namens meiner Fraktion die Erklärung abgegeben, daß wir nicht gewissenlos genug sind, das Land in einen Bürgerkrieg zu stürzen. Das Land will keine Revolution

mehr — keine neue von der linken Seite, aber auch keine Gegenrevolution von der rechten; das Land will Ruhe und Ordnung und Wiederaufbau und weiter nichts! Wir haben hier erklärt, daß wir dazu beitragen wollen, daß diese Anforderungen erfüllt werden, und wir haben der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß wir auf diesem Gebiete alle einmütig arbeiten wollen. . . . In letzter Beziehung — und das ist doch ein ungeheuer wichtiger Punkt — hat der Herr Abgeordnete von Kardorff wiederholt darauf hingewiesen, daß wir uns vollkommen auf den Boden des parlamentarischen Systems gestellt haben, daß wir durchaus beabsichtigen, positive Arbeit mit Ihnen zusammen zu leisten, daß wir nicht ausgeschaltet beiseite stehen wollen, und er hat sogar den Ausdruck gebraucht, daß wir hinter der neuen Regierung ständen, immer unter der Voraussetzung, daß sie für Ruhe und Ordnung einträte. . . . Ich betone aber, auch wir haben auf unser Programm — das ist bereits von unserem Redner hier erklärt worden — gestellt, daß wir uns sehr wohl mit einer gewissen Sozialisierung einverstanden erklären können, nämlich wenn dringende Notwendigkeiten die Sozialisierung bedingen“.

Namens der deutschnationalen Fraktion stellt sich Hergt in dieser Rede also vollkommen auf den Boden des parlamentarischen Systems, erklärt er sich bereit, mit der stark sozialdemokratischen Regierung zusammen positive Arbeit zu leisten und ist selbst mit einer gewissen Sozialisierung einverstanden. Kurz, die Deutschnationalen waren in ihren Kundgebungen bereit, Hand in Hand mit der Sozialdemokratie zu gehen und dem „Marxismus“ wirtschaftlich die weitestgehenden Zugeständnisse zu machen.

Ja, wenige Wochen vorher, am 13. März 1919, hatte Herr Hergt mir sogar öffentlich Dank und Anerkennung ausgesprochen:

„Meine Damen und Herren! Der Herr Ministerpräsident hat uns in seinen kraftvollen Worten, die wir wegen ihrer Entschlossenheit mit Dank begrüßt haben, alle zur Einigkeit ermahnt. Ich kann ihm namens der sämtlichen Anhänger, die draußen im Lande hinter unserer Partei stehen, die Antwort geben, daß wir diesem Rufe geschlossen und einmütig Folge leisten werden. Wir sind der Ueberzeugung, daß uns heute aus all dem ~~da~~ eine Politik der Sammlung retten kann, eine Sammlung von rechts und links, soweit nach links nur irgend möglich.“

Die historische Wahrheit erfordert es, festzustellen, daß Hergt sich bis spät in das Jahr 1919 hinein wenigstens formal zu der gleichen Auffassung bekannte. Es sei nur erinnert an das von ihm entworfene sogenannte Ordnungsprogramm vom 26. September 1919, ein Programm, das im wesentlichen Forderungen enthält, die früher, als sie von sozialdemokratischer Seite erhoben wurden, gerade auf seiten der alten Konservativen den heftigsten Widerspruch hervorgerufen hatten. Ein Parteigenosse des Herrn Hergt hatte einst unter Zustimmung seiner Freunde im preußischen Herrenhause die Erwerbslosenunterstützung als Prämie auf die Faulheit bezeichnet. Unter Zustimmung derselben Partei, die nur ein anderes Aushängeschild ausgehängt hatte, verlangte jetzt ihr Führer als unbedingtes Erfordernis der Zeit die Einführung einer geregelten Erwerbslosenfürsorge. Ja, er ging noch weiter, trat ein für Tarifverträge als das Mittel, Beruhigung in unsere Wirtschaftsproduktion hineinzubringen, und sprach sich sogar für eine Gewinnbeteiligung der Arbeiter aus. Wird man da nicht zu der Frage veranlaßt, ob es Herrn Hergt mit seinem Programm ernst war? Diese Besorgnis war um so begründeter, als die Rede, in der der Führer der Deutschnationalen sein Ordnungsprogramm auseinandersetzte, eine Wahlrede war, der positive politische Mitarbeit nicht folgte. Zwar hatte sich Hergt, wie ihm der sozialdemokratische Abgeordnete Heilmann damals treffend erwiderte, ein urdemokratisches Programm zu eigen zu machen versucht, aber als Grundlage für seine Wahlpropaganda. Und auch darin hat Heilmann zweifellos Recht, daß das Programm aus wahltaktischen Gründen nach außen hin die Bereitwilligkeit ausdrücken sollte, die monarchistische Restaurationsidee aufzugeben. —

Ehrlicher und deshalb auch klüger als Hergt, dessen Reden nur zu sehr von agitatorischen Gesichtspunkten diktiert waren, zeigte sich sein damaliger Fraktionsgenosse von Kardorff. Dieser frühere königlich preußische Landrat, der sich schon als Mitglied der freikonservativen Fraktion des alten Abgeordnetenhauses durch seine Stellung zum Wahlrecht rühmlich vor seinen kurzsichtigen Freunden hervorgehoben hatte, stellte sich am 11. März 1919 „vorbehaltslos und rückhaltslos“ auf den Boden des parlamentarischen Systems. Zur Begründung seiner Haltung führte er aus: „Wir wissen, daß, wenn ein Land sich zum parlamentarischen System entwickelt hat, es dann ein Zurück nicht mehr gibt. Der Zeiger der Uhr kann in diesem Punkt nicht

mehr zurückgestellt werden, und der Versuch, ihn zurückzustellen, könnte nur unter den allerschwersten Erschütterungen vorgenommen werden und würde nach meinem Dafürhalten immer zum Scheitern verurteilt sein.“

So Herr von Kardorff als Mitglied der deutschnationalen Fraktion der preußischen verfassungsgebenden Landesversammlung. Wie viel besser wäre es um uns bestellt, hätten seine früheren Freunde dieses Programm beherzigt! Wahrlich, das Ansehen Deutschlands im Ausland, unsere Position in der Welt wäre eine weit günstigere, wenn die Taten der Partei sich mit diesen Worten deckten!

Wenn ich auf die Reden Hergt's näher eingegangen bin, so geschah dies nicht, weil ich ihnen sachlich besondere Bedeutung beimesse, sondern nur um zu zeigen, wie die Deutschnationalen sich im Laufe der Zeit von einer Partei, die angeblich bereit war, an der Wiederherstellung der Ordnung mitzuarbeiten und den sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterklasse entgegenzukommen, zu demagogischen Phrasenhelden entwickelt haben. Bewußt oder unbewußt haben sie dadurch den Bürgerkrieg verlängert.

Um die Taktik der Deutschnationalen vom Jahre 1919 richtig würdigen zu können, muß man sich aber auch ins Gedächtnis zurückrufen, daß sie ihr Sehnen schon damals auf Anteilnahme an der preußischen Regierung gerichtet hatten. Um an die „Futterkrippe“ heranzukommen, waren sie bereit, ihre Grundsätze über Bord zu werfen, genau so, wie sie es später im Reiche getan haben. Damals trat Hergt, für den die Sozialdemokratie heute absolut bündnisunfähig ist, in aller Form an den preußischen Finanzminister Dr. Südekum mit dem Vorschlag heran, eine Grundlage für eine gemeinsame Politik aufzustellen. Auf Ersuchen meines Freundes Südekum, eine so wichtige Sache nicht allein mit ihm, sondern auch mit dem Ministerpräsidenten zu besprechen, unterbreitete Hergt dann uns beiden seine Vorschläge. Wir merkten die Absicht, wurden aber nicht verstimmt, sondern hatten unsere Freude an der Art, wie der Führer einer Oppositionspartei uns einfangen zu können glaubte.

Dies Verhalten Hergt's deckt sich übrigens völlig mit seinem Verhalten nach dem Zusammenbruch im November 1919. Damals war er, wie eine dem alten Regime sehr nahestehende Seite, ohne daß Herr Hergt der Darstellung widersprochen hätte, später im „Berliner Tageblatt“ veröffentlichte, bereit, unter ge-

wissen Voraussetzungen auch unter der neuen „Schweinewirtschaft“ als preußischer Finanzminister mitzuarbeiten. Als Beweis führt der Gewährsmann, der selbst bzw. dessen nächste Freunde alle entscheidenden Phasen der damaligen Tage mit erlebt hatten, an, daß Dr. Hergt, der heute in der Parlamentarisierung Deutschlands das größte Unglück erblickt, damals kein Hehl daraus machte, daß er hoffe, die Sozialdemokratie werde sich mit einer Parlamentarisierung begnügen, und daß er bereit sei, daran mitzuarbeiten. Insbesondere wollte er auch zur Erleichterung dieser Situation, also zur Herbeiführung der Parlamentarisierung, seine Demission eingeben. Weiter heißt es in dem Artikel: „Dr. Hergt hat erklärt, daß er die neue „Schweinewirtschaft“ nicht mitmachen wollte. Gegenüber dieser unrichtigen Darstellung sei hier festgestellt, daß Dr. Hergt noch am 11. November, das heißt bereits zwei Tage nach der amtlichen Bekanntmachung des Reichskanzlers Prinzen Max von Baden über den Thronverzicht des Kaisers und Königs der Ansicht war, daß die preußischen Ressortminister ihre Geschäfte weiterführen sollten, selbst unter der Voraussetzung, daß die neuen Machthaber sich ein gewisses Aufsichts- und Einspruchsrecht sichern würden. Ja, Dr. Hergt hätte an diesen Tagen sogar noch, wie mir positiv bekannt ist, einen Unterstaatssekretär akzeptiert, den ihm die neuen Männer gestellt hätten! Das heißt mit anderen Worten, Dr. Hergt wäre, wenn man ihn im Amt belassen hätte, etwa mit einem parlamentarischen Staatssekretär, zum mindesten zunächst durchaus bereit gewesen, ungeachtet seiner am 8. November gegebenen Demission, die neue „Schweinewirtschaft“ mitzumachen.“

Es war ein Glück für die Republik, daß die neuen Machthaber im November 1918 und daß später die Regierungsparteien den Lockungen des deutschnationalen Rattenfängers widerstanden, unbekümmert darum, daß nun die Opposition von rechts schärfere Töne anschlug, um schließlich aus der Defensive zur Offensive überzugehen. Die Bildung einer Regierung mit denen um Hergt hätte es unmöglich gemacht, die Verwaltung auch nur im bescheidensten Maße zu demokratisieren.

Ebensowenig aber wie die Deutschnationalen kamen damals die Volksparteier für eine Regierungsbildung in Frage. Auch sie befanden sich in der Opposition, vielleicht in einer etwas gemäßigteren Opposition, aber sie machten aus ihrer monarchistischen Einstellung und ihrer Gegnerschaft gegen die

Republik kein Hehl. Die Zeit für die große Koalition war weder im Reich noch in Preußen gekommen, die Regierung mußte sich frei halten von Elementen, die ihre Ziele nur durchkreuzt hätten. Das war für die Landesversammlung die einzige Möglichkeit, trotz aller äußeren und inneren Schwierigkeiten, einigermaßen ersprießliche Arbeit in republikanischem und demokratischem Sinne zu leisten. Wie ich die politische Lage gegen Ende des Jahres 1919 beurteilt habe, zeigt meine im Anhang abgedruckte Rede vom 15. November 1919, worin ich mich scharf gegen Reaktion und Terror ausspreche und für Republik und Demokratie eintrete.<sup>2)</sup>

Welcher Wandel sich später vollzogen hat, nachdem die Landesversammlung ihre Tätigkeit vollendet hatte und der preußische Landtag an ihre Stelle getreten war, dafür ist symptomatisch, daß Herr von Richter, der im September 1920 wegen seiner politischen Haltung seines Postens als Oberpräsident der Provinz Hannover enthoben war, nach knapp zwei Jahren als Vertreter der Volkspartei Leiter der preußischen Finanzen wurde. Für den Außenstehenden ist das schwer verständlich, die Erklärung liegt eben in der politischen Situation, wie sie sich im Laufe der Zeit gestaltet hatte. Der republikanische Gedanke hatte zur Zeit der Tagung der Landesversammlung noch nicht so kräftige Wurzeln gefaßt, die Demokratie war noch nicht so verankert, die Fundamente des neuen Staates waren noch nicht so gefestigt, daß Versuche zugelassen werden konnten, die das Werk in seinen Anfängen hätten gefährden können. Ja, es wäre besser gewesen, die Landesversammlung wäre damals noch einige Monate beisammen geblieben, um die längst entworfenen grundlegenden Gesetze über die Reform der gesamten preußischen Verwaltung zu verabschieden. Daß sie es — entgegen dem Wunsche der sozialdemokratischen Partei — nicht getan hat, hat sich in der Zukunft bitter gerächt. Denn bis zum heutigen Tage ist die Reform nicht abgeschlossen. Wenn sie aber einmal das Licht der Welt erblicken wird, so in wesentlich anderer, weniger demokratischer Gestalt, als wenn die Landesversammlung ihr schon Form und Inhalt gegeben hätte.

---

<sup>2)</sup> Siehe Anlage Seite 237.

## Beamtenpolitik.

Die junge Republik befand sich in einer eigenartigen Lage. Sie wollte mit ehrlichem Bemühen demokratisch sein und den berechtigten Wünschen nach einer modernen, in jeder Hinsicht freiheitlichen Gestaltung des staatlichen Lebens entgegenkommen. Sie wollte Verstaubtes und Veraltetes ausmerzen, den alten Obrigkeitsstaat nicht nur dem Namen nach, sondern auch durch tatkräftige Reformen durch ein Staatsgebilde ersetzen, in dem der Mehrheitswille eines freien und vorwärtsschauenden Volkes sich selbst die Formen seiner staatlichen Betätigung bildet.

In gewissem Gegensatz zu diesem Wollen stand aber zunächst noch das Können. Nicht Unverstand oder Unfähigkeit waren es, die diese Unstimmigkeit zwischen dem Erstrebten und dem vorderhand Erreichbaren schufen. Die Ursachen liegen tiefer. Die preußische Beamtenschaft, der tragfähigste Balken im deutschen Verwaltungsapparat, war bis zum Ausbruch der Revolution durchweg aus Männern zusammengesetzt gewesen, die ihrer Erziehung, Familientradition und Weltanschauung nach den konservativen Gedankenkreisen nahestanden. Waren Ausnahmen von der Regel vorhanden, so waren solche Beamte im Interesse ihrer Existenz gezwungen gewesen, sich nicht durch äußeres Hervorkehren ihrer Ansichten unliebsamen Maßregelungen auszusetzen.

Als die Revolution ausbrach und die Sozialdemokratie das Steuer des führerlos gewordenen Staatsschiffes in die Hand nahm, konnte sie wohl eine Anzahl von Ministern, Unterstaatssekretären, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräten aus ihrer Mitte stellen, aber sie konnte nicht entsprechend diesem Oberbau auch den ganzen großen und breiten Mittel- und Unterbau der Reichs- und Staatsbeamten über Nacht durch Männer ihrer Denkart ersetzen. Das war unmöglich. Solange der preußische Staat bestand, hatte sich eben im großen und ganzen

seine höhere Beamtenschaft aus den alten regierungstreuen und konservativen Familien zusammengesetzt, ein Kreis, der allmählich erweitert wurde durch die Söhne des jungen Briefadels, die sich, um ihre Herkunft möglichst bald vergessen zu machen, zumeist noch konservativer und exklusiver gaben, als manche unter dem Einfluß Gustav Schmollers und Adolf Wagners schon häufig von modernen sozialpolitischen Ideen befruchteten alt-preußischen Beamtenkreise. Lediglich in dem kommunalen Dienst der großen Städte mit überwiegend liberal gerichteten Verwaltungskörperschaften hatte sich so etwas wie ein freiheitlich gefärbter Beamtenstand herangebildet. Ueberall aber, in Reich, Staat und Gemeinde rekrutierte sich die Klasse der mittleren und unteren Beamten zum guten Teil aus der großen Zahl der durch langjährigen Kasernendienst und überaus einseitige Ausbildung politisch vollkommen im Regierungssinne erzogenen Militäranwärter. So gut wie nirgends hatte eine Gelegenheit bestanden, Männer sozialistischer oder demokratischer Denkart in der üblichen Karriere, die mit dem Regierungsreferendar und -assessor beginnt, zum in den verschiedensten Materien geschulten höheren Staatsbeamten auszubilden.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß zum Funktionieren des gesamten Verwaltungsapparates der höhere und auch zum Teil der mittlere Beamte einen so erheblichen Anteil beiträgt, daß allein der gute Wille der Minister nicht genügt, um eine Gewähr für die Durchführung eines bestimmten, ihnen vorschwebenden Regierungsprogrammes bis in alle Details geben zu können. Die Arbeitsfülle, die in den Tagen nach dem Zusammenbruch, wo alles in Fluß war und die Schwierigkeiten der Materie sich als ungleich größer erwiesen als in Friedenszeiten, auf die Minister eindrang, das Maß dessen, was ihrer Entscheidung harrte, war so gewaltig, daß sie für sehr viele Dinge, zu denen eine lückenlose Kenntnis der Spezialmaterie und ein sehr mühsames und eingehendes Aktenstudium gehört, völlig oder doch überwiegend auf die vorbereitete Arbeit und die Vorträge ihrer Räte angewiesen waren. Diese zumeist im Staatsdienst ergrauten höheren Beamten, die alle Stufen des Staatsdienstes durchlaufen und sich später neben der allgemeinen politischen und verwaltungstechnischen Ausbildung noch als Referenten ein Spezialwissen von einem oder mehreren abgegrenzten Gebieten erworben hatten, waren fast überall noch im Amt. Sie ausnahmslos zu pensionieren, ohne Rücksicht auf ihre Fähigkeiten, bestand kein

Anlaß, da man auf die Kenntnisse dieser Männer einfach nicht verzichten konnte, wenn man die komplizierte und vielrädrige Staatsmaschine fortarbeiten lassen wollte. Es hätte theoretisch die Möglichkeit bestanden, einen Teil von ihnen sofort zu entlassen, wenn man über die genügende Zahl von Ersatzmännern verfügt hätte. In Preußen war aber infolge des bis zur Revolution bestehenden Monopols der Verwaltungskarriere für gewisse Kreise der Bevölkerung ein hinreichend geschulter und zum sofortigen Einspringen in die Lücken befähigter Nachwuchs aus anderen Kreisen nicht in ausreichendem Maße vorhanden. Praktisch war man also auch weiter auf das Zusammenarbeiten mit der höheren Beamtschaft des ancien régime angewiesen.

Bei aller Anerkennung der Tüchtigkeit und Gewissenhaftigkeit sehr vieler alter Beamter mußte aber doch versucht werden, allmählich auch den sozialistischen und demokratischen Elementen Eingang, insbesondere in die politischen Referate, in einem Maße zu verschaffen, wie es den neuen Verhältnissen und den berechtigten Wünschen der früher von der aktiven Teilnahme an der Staatsverwaltung so gut wie ausgeschlossenen Bevölkerungskreise entsprach. Dieses Postulat aufstellen hieß aber auch die Forderung nach Ausarbeitung eines Programms erheben, das es ermöglichte, die Struktur der höheren und mittleren Beamtschaft allmählich umzuformen, damit der neue demokratische Staat nicht auf die Dauer an der Divergenz krankte, die zwischen seiner Verfassung und Gesetzgebung einerseits und dem Geist und der Amtsführung vieler seiner politischen Beamten andererseits bestand. In beiden Richtungen war die Regierung nach Kräften tätig. Aber es ist klar, daß diese ganze Entwicklung nur organisch und verhältnismäßig langsam vor sich gehen konnte, denn eine Generation von modernen und hinreichend geschulten Verwaltungsbeamten konnte nun einmal nicht aus dem Boden gestampft werden.

Dazu kam noch ein weiteres. Hätte die Regierung sofort sämtliche als reaktionär verschriene Landräte abgesetzt, so wären die Städte verhungert; denn auf dem Vertrauen, das der Landrat genoß, und auf den Beziehungen, die er zu den Besitzern hatte, beruhte in der Zeit der Nahrungsmittelknappheit häufig die Ablieferung von Lebensmitteln durch den Kreis. Als der Minister des Innern, Wolfgang Heine, im Februar 1919 einen Landrat, einen politischen Heißsporn, kurzer Hand absetzte, stockte fast in demselben Augenblick beinahe vollständig die Ab-

lieferung von Kartoffeln und Getreide. Gewiß war es nicht scharf genug zu verurteilen, wenn die Gutsbesitzer und Bauern daraus das Recht herleiteten, die Lieferungen einzustellen, aber das änderte nichts an der Tatsache, daß höchste Vorsicht geboten war, zumal da dem Staate nicht die Machtmittel zur Verfügung standen, um widerspenstige Landwirte zur Erfüllung ihrer Pflicht zu zwingen.

Trotz dieser Schwierigkeiten war es möglich, gleich in den ersten Tagen der Uebernahme der Regierungsgeschäfte eine Reihe von Landratsämtern teils endgültig, teils kommissarisch durch Sozialdemokraten oder andere zuverlässige Republikaner zu besetzen und erprobte Männer aus der Arbeiterklasse an die Spitze dieses oder jenes Regierungsbezirks zu berufen. Wir ließen uns dabei von dem Grundsatz leiten, daß der politische Beamte zugleich das Vertrauen seines Bezirks als auch das der Regierung haben muß. Wer sich mit seiner politischen Anschauung und Betätigung in Widerspruch zu der Auffassung der von ihm vertretenen Kreise setzte oder wer sich mit der neuen Staatsform nicht abfinden konnte, erschien von vornherein ungeeignet, auch wenn er sonst noch so gute Qualitäten mitbrachte. Andererseits aber wurde eine ungeeignete Person nicht dadurch zum Landrat geeignet, daß ihre politische Gesinnung der der Mehrheit des Kreises entsprach.

Die Personalpolitik des Ministeriums des Innern wurde im Parlament von zwei Seiten angegriffen, von links, weil noch immer eine große Anzahl von Verwaltungsbeamten im Dienst war, die ihr Amt im Geiste des alten Regime führten, von rechts, weil zu viele Beamte ihrer Stellung enthoben würden und weil angeblich im Gegensatz zu früher, wo die Auswahl der Beamten lediglich nach der Tüchtigkeit erfolgt sei, jetzt eine parteimäßige Auswahl stattfinde, welche die Verwaltung in ihrer Leistungsfähigkeit herabzudrücken geeignet sei. Richtig ist es, daß wir uns eine gewisse Zurückhaltung auferlegten, nicht nur aus den bereits geschilderten Gründen, sondern auch, weil der Minister des Innern, wie er bei der Beratung seines Haushalts für das Jahr 1919 im Ausschuß erklärte, den demokratisch gewählten Kreistagen die Möglichkeit der Meinungsäußerung geben wollte. Wenn der Landrat, wie es Absicht war, zum Vertrauensmann des Kreises gemacht werden sollte, so mußte darauf Bedacht genommen werden, daß auf Landratsposten nur Männer berufen werden, die, soweit es sich übersehen ließ, das Vertrauen der

Kreiseingesessenen besaßen. Deshalb zögerte Heine noch mit der endgültigen Ernennung. Er wollte erst warten, bis die neu-gewählten Kreistage Stellung genommen hätten. Daher kam es, daß von den 486 Landratsstellen in Preußen im Frühjahr 1919 über 100 nur kommissarisch oder vertretungsweise besetzt waren. Die definitive Ernennung vollzog sich dann allerdings sehr bald.

Mit der Bestellung von nicht aus der Verwaltung hervorgegangenen Anhängern der Sozialdemokratie zu Landräten fanden sich die Gegner schließlich ab. Auch die alten Geheimräte aus den Ministerien sahen ein, daß sie diese Entwicklung nicht aufhalten konnten und ließen ihren Widerspruch, der sich ursprünglich in jedem einzelnen Falle mehr oder weniger deutlich bemerkbar machte, allmählich fallen. Weniger Verständnis hatten sie für die Ernennung von Regierungspräsidenten aus der Arbeiterklasse, und ganz unverständlich war es ihnen, daß Angehörige der Arbeiterklasse auch als Oberpräsidenten an die Spitze von Provinzen berufen wurden. Selbst ein so weitblickender Mann wie der verstorbene Staatssekretär Dr. Freund war geradezu entsetzt, als ich im Einverständnis mit dem Zentralrat zwei sozialdemokratische Parteisekretäre — Philipp für Schlesien und Kürbis für Schleswig-Holstein — zu Oberpräsidenten ernannte.

Die Regierung hat sich trotz des Widerspruchs, den ihr Vorgehen bei den Rechtsparteien und zunächst auch bei einigen Mitgliedern der Parteien der späteren Weimarer Koalition selbst fand, von ihrem Weg nicht abdrängen lassen. Sie arbeitete systematisch darauf hin, daß an der Spitze der Provinzen nur Männer ihres Vertrauens standen. In knapp einem Jahr war dies Ziel erreicht. Auf Schleswig-Holstein und Schlesien folgten Brandenburg, Pommern, Ostpreußen und kurz hernach auch die übrigen Provinzen. Die Tatsache, daß von den 1919 berufenen Oberpräsidenten heute nach mehr als 10 Jahren noch eine ganze Anzahl im Amte sind, beweist, wie vorsichtig wir in der Auswahl der Personen waren. Gerade über sie sind Klagen so gut wie überhaupt nicht laut geworden, und ich bin überzeugt, der größte Teil der Bevölkerung würde diese Männer, die es verstanden haben, sich ihr Vertrauen zu erwerben und die ihr Amt niemals parteipolitisch ausgenutzt, sondern ihre ganze Kraft in den Dienst der Republik gestellt haben, nur ungern scheiden sehen.

## Preussen und der Friedensvertrag.

Ueber die Stellung Preußens zum Friedensvertrag herrschte in der Landesversammlung im großen und ganzen Uebereinstimmung. Mit Ausnahme der Unabhängigen Sozialdemokraten hatte sie am 11. April 1919 auf Antrag aller Parteien an die Staatsregierung das Ersuchen gerichtet, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß keinem Friedensvertrage zugestimmt wird, der nicht die Sicherheit dafür bietet,

1. daß er ein wahrer Frieden der Verständigung ist,
2. daß gegenüber den 14 Wilson'schen Bedingungen keinerlei Verschärfung eintritt, insbesondere kein deutsches Gebiet abgetreten wird,
3. daß die Blockade sofort aufgehoben,
4. die schleunigste Rückführung der Gefangenen nach Deutschland festgesetzt und
5. die unverzügliche Räumung der besetzten Gebiete angeordnet wird.

Die Annahme dieses Antrages erfolgte einmütig, die Unabhängigen enthielten sich der Abstimmung. Sachlich hatten sie gegen den Antrag nichts einzuwenden; sie erklärten vielmehr ausdrücklich, daß auch sie gegen jede Verschärfung der Wilson'schen Bedingungen, insbesondere gegen jede Abtretung deutschen Gebiets sind und daß auch sie sofortige Aufhebung der Blockade und die schleunigste Rückkehr der deutschen Gefangenen sowie die Räumung der besetzten Gebiete verlangen. Aber sie lehnten es ab, durch Annahme des Antrages einen Appell an die bürgerlichen Regierungen der kapitalistischen Welt zu richten, und erhoben Einspruch dagegen, daß in der deutschen Republik „die Friedensverhandlungen Männern anvertraut waren, die während des ganzen Krieges die Gewaltpolitik der imperialistischen Regierung unterstützt und gefördert hatten.“

Die Regierung hatte sich bereits am Tage vorher mit dem Antrage beschäftigt und war im Sinne der darin erhobenen For-

derungen an die Reichsregierung herangetreten. Zu diesen Forderungen standen die unerhörten Friedensbedingungen der Entente im schärfsten Gegensatz. Empörung und Entrüstung ergriff das deutsche Volk, als es erfuhr, daß es dem Feinde nicht um einen Frieden der Verständigung und der Gerechtigkeit, sondern um einen Machtfrieden zu tun war. Am 8. Mai 1919 erschienen in der Presse die ersten Nachrichten über die Absichten der Entente. Noch an demselben Tage nahm die Landesversammlung dazu Stellung. Unter lebhafter Zustimmung führte ich damals aus, daß aus diesem Machtfrieden, sollte er je zustande kommen, für unser Vaterland eine kaum verhüllte Sklaverei, für ganz Europa keine Ruhe, sondern nur eine neue Flut von Blut und Tränen entstehen würde. Ebenso lebhaft war der Beifall, der den Worten folgte, mit denen ich mich namens der Regierung an die Vertretung des preußischen Volkes wandte: „In diesem ernstesten Augenblicke der preußischen und deutschen Geschichte heißt es vor allem, den Dingen kalten Blutes ins Auge sehen.... Geschlossen muß sich jetzt das ganze Volk hinter die Reichs- und Staatsregierung stellen, damit diese ihre Aufgabe erfüllen können, alles zu tun, um den geplanten Gewaltfrieden in einen wirklichen Frieden der Gerechtigkeit umzuwandeln. Das ist nur möglich, wenn das gesamte Volk, dem die Entente das Schlimmste zumutet, was je einem Volke angesonnen wurde, nämlich sein eigenes Todesurteil zu unterschreiben, hinter der Regierung steht. Dieser trübste Tag der deutschen Geschichte muß ein starkes Geschlecht finden.“

Den gleichen Geist atmete die Erklärung, die der Vizepräsident Dr. Frentzel im Auftrage der Mehrheitsparteien der Landesversammlung abgab und in der es heißt: „Wir legen den schärfsten Widerspruch ein gegen ein Vorgehen, das auf nichts anderes abzielt, als das deutsche Volk und insbesondere das preußische Volk nicht nur für jetzt und die nächsten Zeiten, sondern auf immer und ewig aus den Reihen der an den Bestimmungen der Welt mitwirkenden Völker zu streichen. Wir legen schärfsten Protest ein gegen die Bedingungen, die es uns unmöglich machen würden, die Kulturaufgaben zu erfüllen, die wir erfüllen müssen, wenn wir leben wollen, die wir erfüllen müssen, wenn wir im Zusammenhang mit den übrigen, nach Leben, Freiheit und Kultur ringenden Nationen auch das unsrige tun wollen. Wir legen aber auch insbesondere den schärfsten Widerspruch gegen diese Bedingungen deswegen

ein, weil sie gegen Treu und Glauben, gegen das Recht verstoßen. Sie verstoßen deswegen gegen die erste Forderung, die jeder gesittete Mensch erheben darf, weil sie in gröblichster und unerhörtester Weise von dem abweichen, was wir selbst als Grundlage eines Waffenstillstandes und eines demnächst kommenden Friedens ansahen und ansehen durften, gegen das verstoßen, was uns als eine solche Grundlage von dem Wortführer der feindlichen Mächte als unbedingt bindend und fest zugesagt worden ist. Dadurch werden sie zum Rechtsbruch.“

Auch die Unabhängigen Sozialdemokraten fanden Worte der allerschärfsten Verurteilung des Gewaltfriedens, den die Entente dem deutschen Volk auferlegen wollte. Aber auch diesmal schwächten sie ihren Protest ab durch die Aufrollung der Schuldfrage und durch die Erklärung, die Parteien hätten kein Recht, sich über den Gewaltfrieden von Versailles zu entrüsten, zumal die Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Auslande, insbesondere die Zusammensetzung der Friedensdelegation wenig geeignet gewesen sei, günstigere Bedingungen zu erzielen.

In einem Augenblick, wo Schmach und Empörung über die Zumutung der feindlichen Regierungen uns alle ergriffen hatte, wo es klar war, daß die Vernichtung Preußens und Deutschlands ihnen als Ziel vor Augen schwebte, die Schuldfrage an dem Ausgang des Krieges aufzuwerfen, zeugte von völliger Verständnislosigkeit der politischen Situation. Wenn überhaupt noch Aussicht bestanden hätte, die ungewöhnlich harten Friedensbedingungen wesentlich zu mildern, so wäre die erste Voraussetzung dafür die völlige Einigkeit und Geschlossenheit der Nation gewesen. Wie ein Mann hätte sich das Volk erheben und vor aller Oeffentlichkeit den unerbittlichen Feind brandmarken und ihm die moralische Schuld aufbürden müssen. Statt dessen an den Maßnahmen der deutschen Regierung Kritik zu üben und zum soundsovielten Male die soziale Weltrevolution an die Wand zu malen, wie es der unabhängige Redner im Verlauf seiner weiteren Ausführungen getan hatte, war zum mindestens nicht angebracht. Ein schwerer politischer Fehler vollends war es, daß der Wortführer der Unabhängigen Sozialdemokraten trotz schärfster Verurteilung des Gewaltfriedens, den er einen Halsabschneidervertrag nannte, und trotz seines Verlangens nach einer wesentlichen Milderung der Bedingungen rund heraus erklärt hatte, daß seine Freunde die Verantwortung für die Ablehnung des Vertrages auch dann nicht übernehmen könnten,

wenn er nicht wesentlich gemildert würde. Zu einer Stärkung unserer Position bei den späteren Verhandlungen hat dies Zugeständnis nicht beigetragen.

Ich hatte jedenfalls die überwältigende Mehrheit des preußischen und des deutschen Volkes hinter mir, als ich in der denkwürdigen Sitzung der Nationalversammlung in der Aula der Berliner Universität am 12. Mai namens der Vertreter aller deutschen Parteien die Erklärung abgab, die als geschichtliches Dokument hier abgedruckt werden möge:

In allen Gauen Deutschlands lodert in diesen dunkelsten Tagen unseres Volkes die Erbitterung auf über den Friedensvorschlag unserer Feinde. Sie haben uns im Herbst vorigen Jahres feierlich einen Rechtsfrieden versprochen. Auf dieses Versprechen hin legten wir die Waffen nieder. Nun bieten sie den Wehrlosen einen Frieden der Gewalt. Nie war Zorn berechtigter als heute. Heute ist klar, was die Feinde mit uns vorhaben: sie wollen uns für alle Zeit aus der Reihe der Kulturstaaten der Welt streichen und wieder wie einst zu völliger Ohnmacht herabdrücken. Sie wollen das arbeitsfreudige deutsche Volk zu einem Knechtvolk erniedrigen.

Demgegenüber erklären wir, die Vertreter aller deutschen Freistaaten, vor der Welt: Lieber tot als Sklav! (Lebhafter Beifall.) Die Bedingungen, die dieser Frieden uns auferlegen will, sind selbst von dem entsagungsbereitesten Volke nicht zu ertragen. Ihre Ausführung ist eine Unmöglichkeit. Darum ist dieser Friedensvertrag unannehmbar. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Wir sind in diesem Urteil einig mit der Reichsregierung. (Bravo!) Wir stehen einig und geschlossen hinter ihr. (Bravo!) Wir sprechen ihr in dieser Stunde unser volles Vertrauen aus. (Bravo!) Wir bestärken sie durch unsere Zustimmung in ihrem Entschluß, diesem Friedensentwurf der Gewalt einen solchen des Rechts, der Wiedergutmachung und der Völkerversöhnung entgegenzustellen. (Lebhafter Beifall.)

Unsere Feinde mögen sich hüten, auf irgendeine Uneinigkeit der deutschen Stämme zu rechnen. (Bravo!) In der tiefsten und furchtbarsten Not, die unser Volk je heimgesucht hat, stehen wir alle in unerschütterlicher Treue zum großen deutschen Vaterlande. (Lebhafter Beifall.)

Das Deutschland von 1919 ist ein anderes als das von 1914. Es ist ein neues, freies, demokratisches Deutschland.

(Bravo!) Das freie Volk wird auch aus diesem Unglück einen Aufstieg finden und dabei alle unterdrückten Völker und Klassen der Erde mit sich emporführen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Die Bemühungen der Regierungen des Reichs und der Länder, eine wesentliche Milderung der Friedensbedingungen herbeizuführen, hatten so gut wie keinen Erfolg. Die Alliierten und Assoziierten Regierungen schwächten die Bedingungen nur in ganz wenigen Punkten ab, so in den Bestimmungen über Oberschlesien, das ursprünglich ohne Abstimmung an Polen fallen sollte, während der endgültige Friedensvertrag wenigstens in einem Teil von Oberschlesien eine Volksabstimmung vorsieht. Die Vertreter der deutschen Republik waren gezwungen, diesen Vertrag zu unterzeichnen. Für Preußen war das besonders hart; denn von allen deutschen Ländern ist Preußen durch das Versailler Diktat am meisten geschädigt worden. Rein deutsche Landesteile sind von Preußen losgelöst, die Provinz Ostpreußen ist wirtschaftlich ruiniert, der Westen ist auf lange Zeit vom Feinde besetzt worden. Für den Verlust Preußens an idealen Gütern einen Abschätzungsmaßstab zu finden, ist nicht möglich. Wohl aber läßt sich der materielle Schaden ziemlich genau berechnen. Nach der im Jahre 1920 von dem Reichsfinanzminister angefertigten „Zusammenstellung der vom Deutschen Reich bisher getätigten Lieferungen und Leistungen aus dem Friedensvertrag und dessen Vorverträgen, die Deutschland auf seine Wiederherstellungsverpflichtungen anzurechnen sind“, beträgt der Wert der Saargruben 1057 Millionen Reichsmark, davon der Wert der betriebenen Bergwerke 449 und der jährliche Reingewinn daraus 26 Millionen Reichsmark, der Wert des sonstigen Staatseigentums (Landratsämter, Polizeidienstgebäude, höhere Lehranstalten, Lehrerseminare, Kirchen, Landeskultur- und Meliorations-Verwaltungen, Domänen und Forsten) 1618 Millionen Reichsmark, der Wert der verlorenen Landgestüte, Regierungsgebäude, Gerichtsgebäude, Finanzgebäude usw. 773 Millionen Reichsmark. Ohne Berücksichtigung des Wertes des in Oberschlesien verlorenen Staatseigentums — Oberschlesien war im Jahre 1920 noch nicht abgetreten — beliefen sich die Schäden Preußens auf rund 3½ Milliarden Goldmark.

Unter diesen Umständen betrachtete die preußische Regierung es als eine selbstverständliche Pflicht, in der Sitzung des Reichskabinetts, die am 3. und 4. Juni 1919 in Weimar stattfand und

sich eingehend mit der Erzberger'schen Denkschrift über die Folgen der Annahme und der Ablehnung der Friedensbedingungen befaßte, gegen die Unterzeichnung des Versailler Diktats zu stimmen, nicht nur aus innerer Ueberzeugung, sondern auch, weil sie an den Beschluß der Landesversammlung vom 11. April gebunden war, zu dem die Friedensbedingungen in schärfstem Widerspruch standen.

Diese Stellungnahme war für die Unabhängigen Sozialdemokraten Anlaß, die preußische Regierung darüber zu interpellieren, wie sie ihre für das Wohl des preußischen Volkes verhängnisvolle Stellungnahme rechtfertige, wie sie es weiter rechtfertige, daß sie in dieser so bedeutungsvollen Frage nicht mit der preußischen Landesversammlung Fühlung suchte, bevor sie im Staatenausschuß Stellung nahm, weiter, woher sie das Recht genommen habe, im Gegensatz zur Landesversammlung den Friedensvertrag abzulehnen, welche Folgerungen sie daraus zu ziehen gedenke und endlich, ob es ihr bekannt sei, daß die Mehrheit der preußischen Landesversammlung ohne Zweifel im entscheidenden Augenblick für die Annahme des Friedensvertrages war.

Die Vermutung, die Mehrheit der preußischen Landesversammlung würde im entscheidenden Augenblick sich für die Unterzeichnung des Vertrages ausgesprochen haben, war durch nichts begründet. Gewiß hätten wir vor der Entscheidung der Nationalversammlung gern noch einmal den Willen der preußischen Volksvertretung erkundet. Aber da wir durch dringende Staatsgeschäfte in Weimar festgehalten waren und infolge Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs zwischen Weimar und Berlin wegen eines Eisenbahnerstreiks nicht rechtzeitig genug in Berlin sein konnten, war das schlechterdings unmöglich. Es war aber auch nicht unbedingt nötig; denn wir hatten uns durch persönliche Rücksprache davon überzeugt, daß die große Mehrheit der preußischen Landesversammlung nach wie vor zu ihrem Beschluß vom 11. April stand.

So konnte ich denn mit gutem Gewissen und in dem Gefühl, der Stimmung des weitaus größten Teils der preußischen Staatsbürger Rechnung getragen zu haben, am 25. Juni in der Landesversammlung Rede und Antwort stehen. Wie bereits vorher bei den Besprechungen in Weimar, gab ich mir auch jetzt Mühe, denen, die im Gegensatz zu uns für die Unterzeichnung des Friedensvertrages eingetreten waren, Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Ich mußte ihre Beweggründe um so mehr würdigen, als

ich mir in zahlreichen Unterredungen ein Bild davon gemacht hatte, welche schweren inneren Konflikte sie bestehen mußten, bevor sie sich zu ihrer Haltung durchgerungen hatten. Welche Gefahr die Verweigerung der Unterschrift bedeutete, darüber waren sich die Mitglieder der preußischen Regierung ohne Ausnahme klar. Aber wir haben uns nicht davon überzeugen können, daß durch die Leistung der Unterschrift die Gefahr vermindert worden wäre. In dem einen wie in dem andern Falle, sagten wir uns, hat das deutsche Volk so Ungeheures zu erdulden, wie es noch niemals einem Volke der Welt zugemutet worden ist. Als Vertreter Preußens konnten wir unmöglich unsere Zustimmung dazu geben, daß kerndeutsches Land fremden Nationen ausgeliefert, daß Preußen und damit Deutschland seiner Kornkammern und seiner Kohlenschätze beraubt wird, daß weite Teile Preußens auf Jahre hinaus vom Feinde besetzt werden und daß die Bevölkerung aller Unbill einer feindlichen Besetzung ausgeliefert wird. Wären wir für die Unterzeichnung eingetreten, so hätten wir uns in Widerspruch gesetzt nicht nur zu uns selbst, sondern auch zu allen unseren öffentlichen Kundgebungen und zu allen Versprechungen an die Bevölkerung der östlichen Landesteile. Dann hätte man uns mit Recht den Vorwurf des Wortbruchs machen können.

Die Annahme der Interpellanten erwies sich dann auch als völlig abwegig. Die große Mehrheit der Landesversammlung erklärte sich mit dem ganzen Volk einig in der schärfsten Verurteilung des uns aufgezwungenen, allem Rechtsgefühl Hohn sprechenden Friedens, der unser Volk in schlimmster Weise vergewaltigt, und sprach der Staatsregierung dafür, daß sie diesen Standpunkt gleichfalls zum Ausdruck gebracht hatte, ihr Vertrauen aus. Irgendwelche Folgerungen brauchte die Regierung aus ihrem Verhalten nicht zu ziehen, die Aussprache in der Landesversammlung war für sie ein parlamentarischer Sieg, ich und mit mir der Minister des Innern Heine gaben unsere Rücktrittsabsichten, mit denen wir uns vor Einbringung der Interpellation der Unabhängigen zeitweise getragen hatten, auf.

## Preussen und das Reich.

Der ursprüngliche Entwurf der Reichsverfassung von Hugo Preuß sah bekanntlich in § 11 die Errichtung neuer deutscher Freistaaten innerhalb des Reiches ohne Rücksicht auf die bisherigen Landesgrenzen vor, soweit die Stammesart der Bevölkerung, die wirtschaftlichen Verhältnisse und die geschichtlichen Beziehungen die Bildung solcher Staaten nahelegten. Die Vereinigung mehrerer Gliedstaaten zu einem neuen Freistaat sollte durch Staatsvertrag zwischen ihnen erfolgen, der der Zustimmung der Volksvertretungen und der Reichsregierung bedurfte. Zur Loslösung der Bevölkerung eines Landesteiles aus dem bisherigen Staatsverbände zwecks Vereinigung mit einem oder mehreren anderen deutschen Freistaaten oder zwecks Bildung eines selbständigen Freistaates innerhalb des Reiches sollte es einer Volksabstimmung bedürfen, die auf Antrag der zuständigen Landesregierungen oder der Vertretung eines oder mehrerer Selbstverwaltungskörper von der Reichsregierung angeordnet und von den zuständigen Landesbehörden durchgeführt werden sollte.

Daß sich diese Bestimmungen gegen den ungeteilten Fortbestand des preußischen Staates richteten, unterlag keinem Zweifel, und Preuß selbst hat daraus niemals ein Hehl gemacht. In seiner Denkschrift zum Verfassungsentwurf bezeichnet er das „harte und gewalttätige, aber feste und tatkräftige preußische Staatswesen“, das einst für die Stellung Deutschlands nach außen und für einen gewissen, freilich unvollkommenen inneren Zusammenhalt unentbehrlich sein mochte, heute, nachdem es sich überlebt hat, unter völlig gewandelten Umständen als ein unerträgliches Hemmnis nach außen wie im Innern und forderte das Verschwinden der preußischen Hegemonie in Deutschland, das ohne Verschwinden des preußischen Einheitsstaates unmöglich sei. Der natürlichen deutschen Einheit solle

die künstliche dynastische preußische Einheit weichen. Für die einzelnen nach Stammesart, kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnissen zusammenhängenden Landschaften Preußens sei die unmittelbare Unterstellung unter das Reich in jeder Beziehung förderlicher und besser, als ihre Mediatisierung durch den dazwischen geschobenen preußischen Einheitsstaat; „nur durch dessen Ausschaltung erhalten sie die ihnen gebührende Gleichstellung mit den süddeutschen Gliedstaaten; nur durch die Auflösung Preußens können sich mittel- und norddeutsche Kleinstaaten zu lebensfähigen Gemeinwesen zusammenschließen.“ An einer anderen Stelle gibt er der Ansicht Ausdruck, daß die Widernatürlichkeit und der politische Widersinn des Nebeneinanderbestehens der unvollkommenen staatlichen Einigung von 40 Millionen Deutscher neben der vollkommenen staatlichen Einigung der 70 Millionen sich symptomatisch in dem drohenden Nebeneinander einer deutschen und einer preußischen Nationalversammlung zeige. Die Bedenklichkeit der einzelstaatlichen Versammlungen werde zur schlimmsten Gefahr, wenn es sich um das Nebeneinander der Vertretung der ganzen deutschen Nation und der Vertretung einer fingierten „preußischen Nation“ handele, die  $\frac{1}{7}$  jener umfaßt.

Die Landesregierungen konnten Hugo Preuß auf seinem Wege nicht folgen. Bei einer Konferenz des Rates der Volksbeauftragten am 25. Januar 1919 in Berlin, auf der sämtliche Landesregierungen vertreten waren, begegnete der Entwurf lebhaftem Widerspruch. Es wurde ein aus Vertretern der Reichsregierung und der Landesregierungen zusammengesetzter Ausschuß gebildet, der den Entwurf einer gründlichen Umarbeitung unterzog. Aber auch der abgeänderte Entwurf war in dem Teil, der die Beziehungen zwischen Reich und Ländern behandelte und der den deutschen Gliedstaaten das Recht gab, sich zum Zwecke der Bildung größerer leistungsfähigerer Gliedstaaten im ganzen oder in Teilen zusammenzuschließen, den Landesregierungen nicht genehm. Die Bestimmung, wonach im Falle des Scheiterns der Verhandlungen zwischen den Beteiligten und der erfolglosen Anrufung der Reichsregierung die Regelung durch ein verfassungsänderndes Gesetz erfolgen sollte, wurde von Preußen und den meisten übrigen Ländern abgelehnt. Preußen hat bei der Beratung der Verfassung konsequent den Einheitsgedanken vertreten und vor der Ueberspannung von Sonderwünschen gewarnt, es hat sich bereit erklärt, sein Heer zum

Reichsheer, seine Eisenbahnen zu Reichsbahnen auszugestalten, es hat weitgehende Zugeständnisse auf finanzpolitischem Gebiete gemacht, sich aber mit aller Schärfe gegen den Plan einer Zerstückelung des preußischen Staates gewandt, nicht aus preußischem Partikularismus, sondern gerade im Interesse der Reichseinheit. „Phantastische Pläne, die nicht aus dem Bedürfnis des ganzen preußischen Volkes hervorgehen und die darauf hinauslaufen, Preußen zu zerstückeln, weil dieser oder jener Teil es bequemer findet, seine eigenen Wege zu gehen, können wir nicht verantworten. Nicht verantworten nicht nur vor Preußen, sondern vor allen Dingen vor der Idee des einheitlichen Deutschen Reiches. Das Reich, das aufgebaut würde auf dem zerstückelten, zerschlagenen und damit geschwächten Preußen, wäre selbst geschwächt nicht nur an materiellen, sondern vor allen Dingen auch an moralischen Kräften.“<sup>1)</sup>

Es würde zu weit führen, die Entstehungsgeschichte des Kompromisses zu Artikel 18 der Regierungsvorlage zu schildern, das nach langen Bemühungen endlich zustande gekommen ist. Es genüge der Hinweis darauf, daß sich für dieses Kompromiß auch die Vertreter der preußischen Regierung ins Zeug gelegt haben. Preußen hat es aber nicht bei einer schönen Geste bewenden lassen, sondern in verschiedenen Verhandlungen mit Vertretern anderer deutscher Länder, vor allem mit Thüringen und Hamburg, immer und immer wieder seine Bereitwilligkeit erklärt, wenn es zum Zwecke einer Vereinheitlichung der Arbeit notwendig und wünschenswert sei, auch preußische Gebietsteile dazu herzugeben.

Ja noch mehr. Bevor die preußische Landesversammlung die Beratung der Verfassung für Preußen in Angriff nahm, hat sie am 17. Dezember 1919 auf Antrag der Koalitionsparteien folgenden Beschluß gefaßt, den noch 8 Jahre später der Ministerialdirektor Nobis<sup>2)</sup> zutreffend darin charakterisierte, daß es als ein Ruhmesblatt für Preußen bezeichnet werden könne, daß es bisher das einzige deutsche Land ist, das sich zu einem derartigen Entschluß durchgerungen habe, dessen Fassung übrigens klinge, als ob sie für die heutigen Verhältnisse bestimmt sei.

---

<sup>1)</sup> Minister Heine in der Sitzung der Nationalversammlung vom 3. März 1919.

<sup>2)</sup> Dr. E. Nobis, Preußen im Reich, Deutsche Wirtschaftszeitung vom 22. Dezember 1927.

Durch die Reichsverfassung sind die Grundlagen für den deutschen Einheitsstaat derart geschaffen worden, daß seine Errichtung nur eine Frage der Zeit, der langsameren oder schnelleren Entwicklung ist. Die ungeheure Not, in der sich das deutsche Volk befindet, die trostlose finanzielle und wirtschaftliche Lage des Reichs wie der Länder und Gemeinden, die ständig wachsenden Schwierigkeiten und Hemmnisse, die das Nebeneinander von Reichsregierung und zahlreichen Landesregierungen zur Folge hat, lassen den Versuch geboten erscheinen, die Zusammenfassung aller Volkskräfte in einem Einheitsstaat sobald als möglich herbeizuführen. In allen Schichten unseres Volkes, unabhängig von der Parteizugehörigkeit, schlägt dieser Gedanke immer tiefer Wurzel, offenbart sich immer stärker die Sehnsucht nach einer Vereinigung aller deutschen Stämme in einem einzigen großen deutschen Volksstaat, in dem den einzelnen Stämmen weitestgehende Selbstverwaltung gesichert wird.

Wiederholt hat Preußen durch seine Staatsregierung und Volksvertretung zum Ausdruck gebracht, daß es bereit sei, im deutschen Einheitsstaate aufzugehen, wenn dieselbe Bereitwilligkeit auch bei den anderen Ländern bestehe. Preußen ist im Begriff, sich eine Verfassung zu geben. Als das größte der deutschen Länder erblickt Preußen seine Pflicht darin, zunächst den Versuch zu machen, ob sich nicht bereits jetzt die Schaffung des deutschen Einheitsstaates erreichen läßt.

Aus diesen Erwägungen heraus ersucht die Landesversammlung die Staatsregierung, sofort und noch vor Einbringung der endgültigen Verfassung die Reichsregierung zu veranlassen, mit den Regierungen aller deutschen Länder über die Errichtung des deutschen Einheitsstaates in Verhandlungen einzutreten.

Der Beschluß vom 17. Dezember 1919 ist in den süddeutschen Ländern auf wenig Gegenliebe gestoßen. Besonders heftig machte sich, wie nicht anders zu erwarten war, der Widerstand in Bayern geltend, wo in der Sitzung des Landtages vom 19. Dezember sämtliche Fraktionen sich mehr oder minder scharf dagegen wandten. Die Bayerische Volkspartei lehnte alle auf die Unitarisierung des Reichs abzielenden Bestrebungen ab und kündigte gegen die Errichtung eines förmlichen und völligen Einheitsstaates den schärfsten Widerstand an. Der Bayerische Bauernbund lehnte kurz und entschieden ab und verlangte den

Volksentscheid. Auch die Mittelparteien lehnten es ab, das noch verbleibende Erbe einer großen Vergangenheit preiszugeben, solange nicht zwingende Gründe dafür vorlägen. Die Demokraten erblickten in dem überstürzten Versuch der unbedingten Reichseinheit eine ernstliche Gefährdung der durch die Verfassung geschaffenen Ordnung. Ja sogar die Sozialdemokraten, die dem Plan an sich sympathisch gegenüber standen, machten den Vorbehalt, daß Preußen völlig im Reiche aufzugehen habe und daß die einzelnen Gebiete des Einheitsstaates weitestgehende Selbstverwaltung erhalten müßten. Ihre glatte Zustimmung erklärten nur die Unabhängigen Sozialdemokraten.

Aber nicht nur in Bayern, sondern auch in anderen deutschen Ländern machten sich Widerstände bemerkbar. Bezeichnet doch selbst der hessische Staatspräsident Ulrich, ein über jeden Verdacht des Partikularismus erhabener Politiker, den preußischen Antrag als einen schweren Fehler. Preußen habe wieder einmal, allerdings in bester Absicht, die Sache verkehrt angefangen und weit über das Ziel hinausgeschossen. Mit dem Antrage sei ganz das Gegenteil von dem erreicht worden, was er bezweckte. Die partikularistischen Strömungen erheben von neuem ihr Haupt. Obwohl Preußen ausdrücklich gesagt habe, daß es bereit sei, vollständig in der Reichseinheit aufzugehen, sei der Antrag ungeschickt und unzeitgemäß gewesen, weil man kaum nach Vollendung der Reichsverfassung daran gehen müßte, sie umzugestalten.

Von verschiedenen Seiten ist der Antrag als taktisches Manöver bezeichnet worden. Die Vossische Zeitung verstieg sich in einem Artikel sogar zu der Behauptung, Berliner sozialdemokratische Kreise unter Führung des Ministerpräsidenten hätten von vornherein mit dem Antrage auf Verwirklichung der Reichseinheit keine ernsthaften politischen Absichten verbunden, sondern vor allem den Zweck verfolgt, der Welt die eigene Opferfreudigkeit zu demonstrieren, und auch der Führer der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Abg. Heilmann, damals Leiter der Sozialdemokratischen Korrespondenz, habe lediglich den taktischen Zweck verfolgt, die eigene Unschuld nachzuweisen und die Süddeutschen, „die nicht wollen“, mit der Verantwortung dafür zu belasten, daß der Einheitsdrang der deutschen Nation unerfüllt bleiben solle. Dabei hatte die Sozialdemokratische Korrespondenz lediglich die Tatsache konstatiert, daß der Versuch Preußens an dem Widerstand der süddeutschen

Länder gescheitert war und hinzugefügt, daß es den Antragstellern darauf ankomme, den Belehrbaren zu zeigen, daß Preußen niemals der Reichseinheit widerstrebt habe oder widerstreben werde. Und was die Behauptung betrifft, daß es dem preußischen Ministerpräsidenten mit dem Antrage nicht ernst gewesen sei, so habe ich allerdings ebenso wie mein Kollege Heine in der Debatte zur Vorsicht geraten und den Zeitpunkt der Einbringung des Antrages einen ungünstigen genannt, weil eben erst unter schweren Kämpfen die Reichsverfassung zustande gekommen war, die die Gliederung des Reiches in Länder mit eigener Gesetzgebung, wenn auch mit gewissen Einschränkungen, beibehalten hatte, und ich habe weiter in einem Artikel im „Vorwärts“ der Ansicht Ausdruck gegeben, daß zwar von Vernunftgründen aus gesehen alles für, nichts gegen den Einheitsstaat spreche, daß aber gerade in dieser Frage neben der Vernunft das Gefühl eine große Rolle spiele: „Weite Kreise vermögen sich nur schwer an den Gedanken zu gewöhnen, daß sie, auch ohne ihre Stammesart aufzugeben, Deutsche und nichts als Deutsche sein können. Dazu kommt die immer noch nicht überwundene Abneigung gegen Preußen, man fürchtet, in einem Einheitsstaat von Preußen verschlungen zu werden, obwohl kein vernünftiger Mensch in Preußen daran denkt, man macht keinen Unterschied zwischen dem alten und dem neuen Preußen, man übersieht, daß die Reichsverfassung die preußische Vorherrschaft in Deutschland endgültig beseitigt hat und daß Preußen heute keinerlei Sonderrechte mehr besitzt. . . . Dieser Aberglaube, in dem die übrigen deutschen Länder aufgewachsen sind, hat seine Macht über sie noch nicht verloren, und deshalb müssen wir bei kühler Erwägung aller Momente zu der Erkenntnis gelangen, daß der Weg, den die Preußische Landesversammlung gewiesen hat, vorläufig leider noch nicht zum Ziele führen wird. Aber nur vorläufig. Die Zeit arbeitet für die Freunde des Einheitsstaates, und es wird der Tag kommen, an dem alle Widerstände überwunden sind. Bahnt die Reichsregierung dem Wunsche Preußens entsprechend die Verhandlungen mit den Regierungen aller deutschen Länder an, so ist, auch wenn der positive Erfolg zunächst noch ausbleibt, der erste Schritt getan. Weitere werden ihm folgen. Die Entwicklung wird allen Widerständen zum Trotz schließlich doch zum Einheitsstaat führen. Preußen, das viel verkannte und viel verschmähte, wird es an tatkräftiger Förderung nicht fehlen lassen.“

Wie man aus diesen Worten herauslesen konnte, daß der Antrag nur ein taktisches Manöver bedeutete, ist mir unverständlich. Als praktischer Politiker habe ich mich auf den Standpunkt gestellt, daß, wie alle Gedanken, so auch der des Einheitsstaates erst bis zu einer gewissen Reife gediehen sein muß, ehe er verwirklicht werden kann und daß es kein Gewinn für die Sache wäre, wenn gegen eine starke Minderheit durch Mehrheitsbeschluß der föderalistische Charakter des Reichs beseitigt und der Unitarismus dekretiert würde, denn dann hätten wir den Einheitsstaat zwar auf dem Papier, aber nur auf dem Papier und über diese künstlich herbeigeführte Einheit würde das Reich selbst zerfallen. Wie ich mir die Verwirklichung des Einheitsstaates denke, habe ich später wiederholt im Parlament und in der Presse ausgeführt, insbesondere habe ich den Gedanken, Preußen zu zerschlagen und auf seinen Trümmern künstlich den deutschen Einheitsstaat zu errichten, immer und immer wieder zurückgewiesen und statt dessen angeregt, die Regierungen der einzelnen Länder sollten sich zunächst über die Grundzüge einer Verwaltungsreform zu verständigen suchen und hierbei vor allem auf eine wirkliche Selbstverwaltung der zukünftigen deutschen Provinzen und auf eine Schonung der Eigenart der Bevölkerung Bedacht nehmen. Es ist eine nicht zu bestreitende Tatsache, daß Preußen in allen Stadien der Vorberatung der Reichsverfassung die partikularistischen Strömungen bekämpft hat, von welcher Seite sie auch immer kamen. Preußen hat dem deutschen Einheitsstaat zuliebe auf alle Sonderrechte verzichtet und sich stetig als Förderer der deutschen Einheit erwiesen. Auch jetzt noch bin ich mehr als je davon überzeugt, daß der Einheitsdrang des deutschen Volkes allen Widerständen zum Trotz sich durchsetzen wird.

Daran, daß die von der Landesregierung beantragten Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Regierungen aller deutschen Länder nicht zustande gekommen sind, trifft Preußen keine Schuld. Die preußische Regierung setzte sich sofort mit der Reichsregierung in Verbindung, aber die Verhandlungen sind nur bis zu einem Schriftwechsel mit dem damaligen Reichsinnenminister Koch gediehen, dessen Anregungen heute, wo die Frage des Einheitsstaates wieder im Vordergrund des öffentlichen Interesses steht, der Vergangenheit entrissen zu werden verdienen. Der demokratische Führer vertrat den Standpunkt, daß es einer Abänderung der Reichsverfassung zur Er-

läuterung der sachlichen Zuständigkeit des Reiches nicht bedürfe, er warnte davor, anläßlich des preußischen Antrages Zuständigkeitsfragen mit den Ländern zu verhandeln, um nicht von vornherein einen Zankapfel zwischen Föderalisten und Unitaristen zu werfen. Einen Uebelstand erblickte er darin, daß der Charakter der Länder als Staaten durch die Form der Reichsverfassung und ihrer eigenen Verfassungen noch zu sehr betont sei. Daß sie ihre leitenden Beamten als Minister bezeichneten und ihre obersten Verwaltungsbehörden als Regierungen, halte er für nebensächlich, daß ihre Vertretungskörper als Landtag bezeichnet werden, für ganz unbedenklich. Anstoß nehme er daran, daß sie den ganzen großen politischen Apparat eines jederzeit vom Vertrauen der Volksvertretung abhängigen Ministeriums mit sich herumschleppten und dadurch bei den in Deutschland auf unabsehbare Zeit hinaus bestehenden Verhältnissen genötigt seien, mit Koalitionsregierungen zu arbeiten, die auch bei der Ausübung kleiner Verwaltungsbefugnisse und bei Besetzung von Beamtenstellen in einem Maße vom Parlament abhängig seien, das zwar an der obersten Reichsstelle im Interesse einer klaren politischen Orientierung liege, aber in die kleinen Verhältnisse der Länder gar nicht hinein paßte. Eine Umwandlung dieser politischen Gebilde in Selbstverwaltungskörper mit einer Verfassung, wie wir sie in unseren Großstädten haben, bedeute für ihn eine wesentliche Verbesserung. Aber so erwünscht ihm auch eine Entstaatlichung der Länder sei, so wenig könne er anerkennen, daß sich aus dem gegenwärtigen Zustande unerträgliche Schwierigkeiten ergeben, die es unmöglich machten, eine ruhige Entwicklung abzuwarten. Koch empfahl daher dringend, anläßlich des preußischen Antrages diese Fragen, die eben erst durch die Reichsverfassung geregelt waren, nicht anzurühren; sie seien besonders kritisch und den Lärm nicht wert. Dagegen hielt er es für nötig, auf Preußen dahin einzuwirken, daß es seine Gesandtschaften einziehe und den andern Ländern bedeute, daß es die Beibehaltung ihrer Gesandten bei Preußen als nicht mehr vereinbar mit den heutigen Verhältnissen halte. Wenn es Preußen mit seinen unitaristischen Anschauungen ernst sei, könne es sich in dieser Frage nicht hinter bundesfreundliche Rücksichten verschanzen. Das Reichsinteresse gehe vor.

Obwohl Koch die Schwierigkeiten nicht verkannte, die sich daraus ergaben, daß bei der Größe Preußens eine wirkliche De-

zentralisation vom Reich nach Preußen überhaupt nicht möglich war, bezeichnete er es doch als verhängnisvoll, auf den Weg einer Zerschlagung Preußens heute schon zurückzukommen. Solange die Entwicklung zum Einheitsstaat noch nicht weiter fortgeschritten sei, bedeute die Zerschlagung Preußens die Aufrichtung neuer Mittelstaaten, die erst allmählich auf die Stellung von Reichsprovinzen herabgedrückt werden könnten. Diese neuen Mittelstaaten würden sich dieser Entwicklung aber voraussichtlich noch viel kräftiger entgegenstemmen, als dies ein wohlgeleitetes Preußen tun würde. Worauf es ankomme, sei vor allem, daß Preußen seine Verwaltungsaufgaben nach Kräften dezentralisiert. Hebe man auf diesem Wege die preußischen Provinzen und drücke man auf der andern Seite die Länder, so gleichen sie sich von selbst an. Man gelange also auf diesem Wege unverkennbar zu der Einsicht, daß innerhalb des deutschen Einheitsstaates für eine zentrale preußische Regierung kein Raum mehr ist. Was in den süddeutschen Ländern sich ganz von selbst entwickeln werde, werde mit einiger Nachhilfe sich auch in Preußen ergeben.

Um aber für die nächste Zeit Reibungen zwischen Preußen und dem Reich zu vermeiden, regte Koch an, das Amt des Reichskanzlers wieder mit dem Amt des preußischen Ministerpräsidenten zu verbinden, mindestens aber ein gemeinsames Ministerium des Innern oder doch ein gemeinsames Reichs- und Staatsministerium für das besetzte Gebiet zu schaffen, und wenn auch das auf Schwierigkeiten stoßen sollte, den am meisten interessierten Fachministern des Reichs Sitz und Stimme im preußischen Kabinett zu geben. Zusammenfassend äußerte sich der Reichsminister des Innern zu dem preußischen Antrage dahin, daß er es für richtig halte, die Verhandlungen auf Preußen zu beschränken, da man aus politischen Gründen die süddeutschen Staaten und namentlich Bayern möglichst bald nach der Richtung beruhigen müsse, daß man nicht beabsichtige, jetzt auf einmal durch Aenderung der eben erst beschlossenen Reichsverfassung oder durch andere plötzliche Maßnahmen zum Einheitsstaat zu gelangen.

Die durch den Antrag gebotene Gelegenheit aber völlig unbenutzt verstreichen zu lassen, wäre für alle Freunde des Einheitsstaates ein Fehler. Es läge weder im Interesse der preußischen Staatsregierung, noch im Interesse der Reichsregierung, daß man ihnen nachsagen könnte, sie wüßten mit

dem Antrage nichts anzufangen. Preußen gegenüber ist deshalb zu erstreben:

1. Preußen wird in seiner Verfassung und in seiner Gesetzgebung auf eine weitgehende Dezentralisation seiner Provinzen hinarbeiten. Es wird sich einem gleichen Vorgehen der Reichsgesetzgebung nicht widersetzen.
2. Zur Aufrechterhaltung der Einheitlichkeit mit der Reichsregierung nimmt Preußen in Aussicht, verfassungsmäßig oder gewohnheitsgemäß Mitglieder des Reichskabinetts in seine Regierung aufzunehmen.
3. Die preußischen Gesandtschaften bei den übrigen Ländern werden beseitigt und den übrigen Ländern bedeutet, daß Preußen Gesandtschaften der Länder bei Preußen nicht erwünscht sind.

Eine weitgehende Dezentralisation hatte die preußische Regierung schon vorher aus eigenem Antriebe angestrebt, und ebenso hat sie im Laufe der Zeit die Gesandtschaften bei den übrigen deutschen Ländern, mit Ausnahme von Bayern, aufgehoben. Dagegen hat sie sich zur Aufnahme von Vertretern der Reichsregierung nicht entschließen können, obwohl dadurch vielleicht manche Reibungen vermieden worden wären. Und an Reibungen oder Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reich und Preußen hat es wahrlich nicht gefehlt.

Bereits vor der Beschlußfassung der Landesversammlung vom 17. Dezember 1919, zu einer Zeit, wo das neue Reich sich noch in den Anfängen seines Aufbaues befand, mußte ich in einem Schreiben vom 11. September 1919 bei der Reichsregierung gegen die Neigung vorstellig werden, einzelnen Ländern bei Ueberführung bisheriger Landeseinrichtungen in solche des Reiches eine bevorzugte Behandlung zuzugestehen, um ihnen den Verzicht zu erleichtern. Hiergegen müßte Preußen, das für sich selbst keinerlei bevorzugte Behandlung beansprucht, aber die gleichen Opfer bringt wie alle anderen, grundsätzlich Einspruch erheben. Abgesehen davon, daß bei einem solchen Verfahren der Zweck der Verreichlichung, nämlich die Einheitlichkeit im ganzen Reich, zu wesentlichem Teil vereitelt wird, würde es dazu führen, daß schließlich die Durchführung der Maßnahmen, so wie sie ursprünglich gedacht waren, nur in Preußen und den norddeutschen Kleinstaaten erfolgt, während einzelnen Mittelstaaten Zugeständnisse gemacht werden, die Preußen nicht erhält. Preußen sei grundsätzlich für einheitliche Behandlung aller

Länder des Reichs. Halte aber die Reichsregierung solche Zugeständnisse mit der Sache vereinbar, dann müßten sie durchgängig gemacht werden. Würden sie jedoch nur einzelnen Ländern gemacht, dann allerdings erhebe Preußen als größtes Land Anspruch auf Behandlung nach dem Rechte der Meistbegünstigung.

Später, nach meinem Austritt aus der Regierung, ist mein Nachfolger auf dieses Schreiben zurückgekommen und hat hinzugefügt: „Der preußischen Regierung liegt jede Kritik des Verhaltens der Reichsregierung fern, sie ist auch von dem lebhaften Wunsche beseelt, in der jetzigen ernsten Zeit die Schwierigkeiten für die Reichsregierung nicht noch zu vermehren. Allein die fortgesetzte Einräumung von Sonderrechten wird für die übrigen deutschen Länder und insbesondere Preußen geradezu unerträglich, denn dadurch werden sie zu Ländern minderen Ranges degradiert.“

Meinungsverschiedenheiten zwischen Reich und Preußen herrschten zu meiner Zeit und herrschen heute noch im wesentlichen über drei Punkte:

1. die Frage des Ersatzes des dem preußischen Staate durch den vom Reich geschlossenen Friedensvertrag entstandenen Verlustes an Staatseigentum;
2. die Frage der Anwendung des Gesetzes vom 25. Mai 1873 über die Rechtsverhältnisse der zum dienstlichen Gebrauch einer Reichsverwaltung bestimmten Gegenstände und
3. die Frage der Aufwertung der Forderung Preußens für Ueberlassung seiner Staatsbahn an das Reich.

Ueber diese Fragen haben jahrelange Verhandlungen stattgefunden. Die verschiedensten Reichskanzler und Minister haben eine baldige Regelung in Aussicht gestellt, immer aber ist sie an gewissen Hemmungen, die sich innerhalb der Ministerien geltend machten, bisher gescheitert.

Was insbesondere die Frage der Kriegsschäden betrifft, so hatte ich bereits am 26. Juli 1919 in einem Schreiben an die Reichsregierung darauf hingewiesen, daß durch den Friedensvertrag alle Einzelstaaten des Reichs in ihrer Eigenschaft als Glieder desselben im Verhältnis ihrer Größe gleichmäßig betroffen sind, darüber hinaus aber diejenigen Staaten noch besonders, die infolge ihrer geographischen Lage oder aus sonstigen Gründen durch Einzelabmachungen des Vertrages berührt werden. Hierzu gehöre neben Bayern, Baden, Hessen und Oldenburg, ganz be-

sonders Preußen. Durch den Friedensvertrag, den die preußische Regierung für unannehmbar erklärt habe, verliere der preußische Staat einen großen Teil seines Staatsvermögens an Bahnanlagen, Forsten, Bergwerksbesitz und dergleichen, abgesehen von der Minderung der Staatseinnahmen, die die langjährige Besetzung des linksrheinischen Staatsgebietes, das als Pfand für die Erfüllung des Friedensvertrages durch das Reich haften soll, zur Folge haben müsse. Nach Ansicht des preußischen Staatsministeriums müsse das Reich für alle Folgen des von ihm geschlossenen Vertrages, insbesondere für die daraus einem Dritten entstehenden Schäden, aufkommen, um so mehr, als der Wert des dem betroffenen Einzelstaat entstehenden Schadens dem Reich in weitem Umfange auf die Wiedergutmachungsschuld gutgeschrieben wird. Ich habe demgemäß bei der Reichsregierung für den preußischen Staat den Anspruch auf Ersatz aller dieser aus dem Friedensvertrage erwachsenden Vermögensschäden grundsätzlich angemeldet. Daß Preußen als Glied des Reiches naturgemäß auch an der Deckung dieses ihm erwachsenen Sonderschadens mitbeteiligt bleibt, habe ich bedingungslos zugegeben, aber betont, daß das nur im Verhältnis seiner Größe zur Größe des Reichs, d. h. zu etwa 50 bis 60, nicht aber zu 100 v. H. geschehen könne.

Die Reichsregierung hat in ihrer Antwort vom 26. September 1919 die Verpflichtung des Reichs zur Entschädigung der Kriegsschäden unzweideutig anerkannt. Trotzdem und trotz jahrelanger Verhandlungen ist es zu einer Verständigung zwischen Preußen und dem Reich bis heute noch nicht gekommen, und ebenso unfruchtbar sind die Verhandlungen über andere Streitfragen geblieben. Man wird es daher der heutigen preußischen Regierung nachfühlen können, wenn sie in ihrer Denkschrift an den Landtag vom 17. Mai 1927 über die hauptsächlichsten zur Zeit bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Reich und Preußen zu dem Ergebnis kommt: „Die preußische Regierung glaubt für sich in Anspruch nehmen zu können, daß sie in den schwierigsten Zeiten und unter der verschiedensten Zusammensetzung beider Regierungen dem Reiche stets treu zur Seite gestanden hat, und daß Preußen die stärkste Stütze des Reiches war und bleiben wird. Wenn schon für alle Länder der Grundsatz maßgebend sein muß, letzten Endes das Reich über alles zu stellen, so gilt das besonders für das Land, das für sich allein mehr als die Hälfte des ganzen Reiches darstellt. Im Sinne dieses

Grundsatzes hat die preußische Regierung sogar in Fällen, wo eine einseitige Vertretung rein preußischer Interessen vielleicht eine andere Stellung hätte geboten erscheinen lassen, das Reich unterstützt. Aber eine derartige Haltung ist auf die Dauer nur durchführbar, wenn sie auf Gegenseitigkeit beruht. In dieser Hinsicht ist nach Ansicht der preußischen Regierung in der Vergangenheit seitens des Reichs nicht immer mit der Großzügigkeit vorgegangen worden, mit der allein Fragen der vorstehend erörterten Art zu lösen sind, und die nach ihrer ganzen Haltung die preußische Regierung zu erwarten berechtigt war.“

Wenn man von diesen rein sachlichen Meinungsverschiedenheiten und von gelegentlichen unvermeidlichen persönlichen Differenzen absieht, die vielleicht aus einer übernerösen Stimmung heraus erklärlich sind, so hat sich im großen ganzen das Zusammenarbeiten zwischen den beiden Regierungen bis zum Kapp - Putsch glatt vollzogen, da beide bestrebt waren, dem Vaterlande zu dienen, gleichviel, ob Preußen oder Deutschland. Nur ein einziges Mal mußte ich gegenüber der Äußerung eines Reichsministers in der Nationalversammlung die Flucht in die Öffentlichkeit ergreifen. Aber auch diese Austragung von Streitigkeiten zwischen leitenden Staatsmännern von der Parlamentstribüne herab, erscheint mir heute rückblickend höchst überflüssig gewesen zu sein. Der Reichsfinanzminister Erzberger hatte in der 120. Sitzung der Nationalversammlung vom 27. November 1919 gelegentlich der dritten Lesung des Entwurfs einer Reichsabgabenordnung unter anderm heftige Angriffe gegen das alte Preußen gerichtet, das den Wünschen der einzelnen Länder keine Rechnung getragen habe, sondern durch Gewalt und durch Nichtachtung der berechtigten Empfindungen die Bestrebungen der einzelnen Landesgaue brutal unterdrücken wollte. Die preußische Regierung, deren Mitglieder in der Nationalversammlung nicht zugegen sein konnten, da ihre Anwesenheit in der Landesversammlung notwendig war, fühlten sich dadurch verletzt, daß Erzberger mit keinem Wort angedeutet hatte, daß die neue preußische Regierung einen völligen Bruch mit dem alten System vollzogen hat und hatten mich deshalb beauftragt, in der Sitzung der Landesversammlung vom 28. November 1919 eine Erklärung abzugeben, die zur Charakterisierung der damaligen Stimmung im Wortlaut folgen möge:

„In der gestrigen Verhandlung der Nationalversammlung ist es zu einer Auseinandersetzung gekommen, zu der die preußische

Regierung nicht schweigen darf. Die heutige preußische Regierung kennt die Fehler, die das alte Regiment in der Behandlung des Volkes, insbesondere auch beim Kulturkampf und in der Behandlung nationaler Minderheiten gemacht hat. Die leitenden Männer der heutigen Regierung haben oft genug diese verfehlte Politik der alten Regierung bekämpft. Sie halten es aber für außerordentlich einseitig, wenn in der gegenwärtigen Lage Deutschlands bei solchen Erörterungen nur diese Fehler der Vergangenheit betont und wenn nicht auch erwähnt wird, daß sich das neue Preußen mit aller Entschiedenheit und in Konsequenz der Grundsätze der drei Mehrheitsparteien von diesen Methoden der Unfreiheit abgewendet hat. Die preußische Regierung steht auf dem Boden der weitestgehenden Demokratie und Selbstverwaltung, namentlich auch der Gemeinden und Provinzen, so daß schon hierdurch jede Unterdrückung religiöser und völkischer Rechte ausgeschlossen ist.

Dieser Politik der Gegenwart gegenüber können die Versuche der Zersplitterung Preußens keine Rechtfertigung in den Fehlern der Vergangenheit beanspruchen. Die öffentliche Meinung in den Abstimmungsgebieten zeigt uns, daß die dortige Bevölkerung sehr wohl den Unterschied zwischen der alten überwundenen Politik und dem neuen Grundsatz der Freiheit zu machen versteht. Außerdem aber darf bei solchen Erwägungen nicht vergessen werden, daß die Idee des einigen Deutschlands vor allem in Preußen ihre Förderung, durch Preußen ihre Verwirklichung gefunden hat, und daß Preußen für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft seit der Gründung des Zollvereins geradezu Entscheidendes getan hat. Wir betrachten diese Aufgabe Preußens nicht als beendet, sondern werden, was an uns liegt, mitwirken, um den Geist der Einheit in Kultur, Arbeit und Staatspolitik zur Geltung zu bringen.“

Einen Stachel hat diese Polemik weder bei der Reichsregierung noch bei der preußischen Regierung hinterlassen. Gegenseitige Achtung, guter Wille auf beiden Seiten, die Liebe zur Republik und zum deutschen Volk, der eiserne Wille, das zusammengebrochene Deutsche Reich in neuer Blüte erstehen zu lassen, haben die Gegensätze überbrückt.

## Die polnische Bewegung.

Die verkehrte Polenpolitik des alten Preußen, die die Polen als Staatsbürger minderen Rechts betrachtet und sie unter Ausnahmegesetz gestellt hatte, hat das Gegenteil von dem bewirkt, was ihre Urheber beabsichtigt hatten. Von Anfang an war die Polenpolitik ratlos gewesen, und nach hundertjähriger Germanisierungsarbeit war die preußische Staatspolitik, kurz vor dem Weltkriege, zu den Methoden zurückgekehrt, mit denen sie ihre Herrschaft über die Polen begonnen hatte: zur Konfiskation polnischer Güter. Man hatte in der Zwischenzeit alle Mittel im tollen Durcheinander angewandt, man hatte mit Lockmitteln und mit Brutalitäten germanisiert, man hatte gehätschelt und schikaniert, man hatte das Polentum niederzuschlagen und auszukaufen versucht, man hatte ihm zwangsweise die deutsche Sprache eingegossen und war bemüht gewesen, die Polen durch höfische Gunst zu gewinnen. Einmal wollte man das Polentum ausrotten, dann es geistig annähern, gestern suchte man die Polen mit Millionen Gold, mit Stockprügeln und Justizschrecken zu bändigen, um sie morgen durch deutsche Theater, Fürstenreisen und „germanische“ Büchersammlungen zum Preußentum zu verführen. Als Ergebnis aller dieser Verfolgungen und Verlockungen entwickelte sich aus dem zertrümmerten nationalen Staat und den Mißhandlungen der annektierten Nation ein Volkstum von solcher Kraft, daß die Slawisierung der „Ostmark“ unaufhaltsam fortschritt. Je hartnäckiger und verstockter die herrschende Politik dem Phantom des Germanisierens nachjagte, anstatt den Polen ihre nationalen Eigentümlichkeiten zu schützen und sie gerade dadurch dem Staat, zu dem sie gehörten, innerlich zu gewinnen, desto mehr entfremdete man sie Preußen.

Unter der Reichskanzlerschaft Capravis wurde 1890 ziemlich unvermittelt eine höchst versöhnliche Polenpolitik eingeschlagen. Es war die Zeit, da Herr von Koscielski — wegen seines Flotten-eifers Admiralski genannt — Liebling am preußischen Hofe war.

Man bedurfte damals der Polen im Reichstag gegen das Zentrum, das den Militär- und Marinevorlagen opponierte. Die Stimmen der Polen entschieden die Mehrheitsbildung. Als Gegenleistung setzten sie 1891 eine Veränderung der Ausweisungspraxis durch, erhielten für die polnischen Genossenschaften Geldunterstützungen durch die Generalkommission und bekamen einen Polen, den Herrn von Stablewski, zum Erzbischof. Für die Entwicklung der polnischen Genossenschaften war wichtig, daß ihnen 1892 der preußische Handelsminister das Recht gewährte, mit eigenen Revisoren zu arbeiten, und sie dadurch unabhängig von der behördlichen Kontrolle machte. Damals wurde nicht nur der Religionsunterricht polnisch erteilt, wurde nicht nur gestattet, daß in den Schulräumen polnischer Privatunterricht gegeben wurde, sondern man war auch damit einverstanden, daß deutsche Kinder an diesem polnischen Privatunterricht teilnahmen. Ueber diese „Polonisierung Deutscher“ mit Hilfe der Schule, wurde Caprivi am 27. November 1891 im Reichstag zur Rede gestellt. Er erwiderte sehr verständig, kein Mensch finde etwas dabei, wenn ein eingewanderter Deutscher in Metz seine Kinder am französischen Unterricht teilnehmen lasse, und es sei nicht einzusehen, warum der Fall wesentlich anders liegen solle, wenn ein Deutscher, der seinen Erwerb in der Provinz Posen findet, glaube, daß seine Kinder besser durch das Leben kommen werden, wenn sie auch polnisch verstehen.

Nach den Reichstagswahlen von 1893 legte, wie ein polnisches Blatt schrieb, Gott das Schicksal Deutschlands in die Hand der Polen. Stimmten die Polen für die Militärvorlage, so war die Opposition geschlagen. Die Hofpolen setzten die Zustimmung auch durch. Nachdem jedoch die Polen so ihre Schuldigkeit getan hatten, trat der Umschwung ein. Die Gründe sind nie aufgeklärt worden. Nur eine äußerliche Ursache war es jedenfalls, daß in einer Kommissionssitzung Koscielski die Zustimmung zu einer Regierungsforderung erklärt hatte, bei der Abstimmung im Plenum aber dann von einem großen Teil der Fraktionsmitglieder im Stich gelassen wurde. Vermutlich lag ein ganz persönlicher Anlaß dem Konflikt zwischen dem Führer der Polen und dem Träger der Krone zugrunde. Dazu kam die Furcht vor der wachsenden demokratischen Opposition der Polen gegen die Hofpartei. Im März 1894 legte der Führer der letzteren, Herr von Koscielski, sein Mandat nieder, und am 22. September desselben Jahres grollte Wilhelm II. in Thorn,

„es ist zu meiner Kenntnis gekommen, daß leider die polnischen Mitbürger hierselbst sich nicht so verhalten, wie man es erwarten und wünschen sollte. Die mögen es sich gesagt sein lassen, daß sie nur dann auf meine Gunst und Teilnahme in demselben Maße wie die Preußen rechnen dürfen, wenn sie sich unbedingt als preußische Untertanen fühlen.“

Auch die Minister wurden nun unverzüglich polenfressende Germanisatoren. Das Polentum wurde unter Ausnahmegesetz gestellt, es begann eine gewaltsame Entnationalisierung und jede Gleichberechtigung wurde verweigert. Aus Staatsmitteln wurde zunächst fast eine halbe Milliarde zum Auskauf des Polentums geopfert. Den Kindern ließ man den Herrgott, den Heiland und die Religion der Nächstenliebe mit dem Prügel einbleuen und führte Krieg gegen „hochverräterische“ Gymnasiasten. Das deutsche Beamtentum wurde auf eine widerliche Gesinnungskriecherei verpflichtet, auf gesetzwidrige Wahlbeeinflussungen und nationale Parteilichkeiten jeder Art. Dadurch erreichte man glücklich ein Erstarken der großpolnischen Bewegung, und selbst in Oberschlesien und Westpreußen steigerte sich der Einfluß des Polentums.

Diese Kritik der Polenpolitik stammt nicht etwa erst aus der Nachkriegszeit; sie findet sich wörtlich bereits in der 1913 erschienenen dritten Auflage des von mir bearbeiteten Handbuches für sozialdemokratische Landtagswähler.<sup>1)</sup> Die Polen waren in Preußen tatsächlich unter Ausnahmegesetze gestellt, und diese Ausnahmegesetze wurden, abgesehen von der Sprachenbeschränkung im Reichsvereinsgesetz, auch während des Krieges nicht aufgehoben. Daß eine so verkehrte Gewaltpolitik mit dem Zusammenbruch des preußischen Staates zusammenbrechen mußte, darüber waren sich alle Einsichtigen klar. Wer nicht in politischen Vorurteilen befangen ist, wird rückhaltlos unterschreiben können, was Erzberger in der 21. Sitzung der Nationalversammlung vom 5. März 1919 ausführte:

„Ich hätte gewünscht — und habe dem früher schon im Parlament Ausdruck gegeben — daß die preußische Polenpolitik schon früher gerecht gewesen wäre, und den elementaren Grundsätzen des Naturrechts eines jeden Volkes schon

---

<sup>1)</sup> Der preußische Landtag. Handbuch für sozialdemokratische Landtagswähler. 3. Aufl. Berlin 1913. Verlag Buchhandlung Vorwärts.

früher Rechnung getragen hätte. Die Situation im Osten wäre heute viel günstiger für uns. Es ist sehr leicht von Ihnen, jetzt, nachdem der Krug zerschlagen ist, zu klagen und diejenigen anzuklagen, die die Liquidationsmasse zu bereinigen haben, aber nicht zu fragen, wer dazu beigetragen hat, daß sich im Osten unhaltbare Zustände entwickelt haben ... Durch nichts hat man doch gewissen Ansprüchen der Polen und der Alliierten mehr Vorschub geleistet, als durch die ungerechte Polenpolitik, die Jahrzehnte lang in Deutschland getrieben worden ist.“

Daß die Erkenntnis von der Verkehrtheit der preußischen Polenpolitik allmählich auch den Vertretern der früheren Regierung gekommen war, dafür legen Zeugnis ab die Worte, die Dr. Drews, der letzte, turmhoch über seinen Vorgängern stehende Innenminister des zusammengebrochenen Staates, am 10. April 1918 im Herrenhause gesprochen hatte:

„Die Polenpolitik, die wir treiben, muß dahin gehen, daß wir diese Polen, die den ernsten Willen zum preußischen Staate haben, die gesonnen sind, als Bürger des preußischen Staates dasjenige, was wir an preußischen Kulturzielen in Sprache, Schule, Wirtschaft usw. bieten, zu verwirklichen, daß wir diesen Teil der Polen nach Möglichkeit stärken. Das können wir aber nur dann, wenn wir eine Politik treiben, die unbeschadet aller Notwendigkeiten, die sich aus dem Charakter Preußens als eines einheitlichen Nationalstaates ergeben, auch polnischen Wünschen, soweit es innerhalb dieser Grenzen möglich ist, entgegenkommt und dieses Entgegenkommen praktisch betätigt. Tun wir das nicht, dann müssen wir uns ganz klar darüber sein, daß dann in der Ostmark der Kampf bis aufs Messer anfangen wird und daß dabei diejenigen wenigen Polen, die jetzt den ernsten Willen zum preußischen Staate haben, noch im Laufe der Zeit ganz verschwinden werden. Wir dürfen diese Gelegenheit, wo durch den Weltkrieg das Volk in allen Schichten aufs Tiefste erschüttert wird, wo so viele anders denken gelernt haben, nicht vorübergehen lassen, ohne ehrlich den Versuch zu machen, auch auf diesem Gebiete zu besseren Verhältnissen zu kommen.“

Leider hatte die Regierung die Gelegenheit nur allzuoft verpaßt. Es war wieder einmal zu spät.

Durch die Zwei-Kaiserproklamation vom November 1916 war den Kongreßpolen eine gewisse Selbständigkeit in Aussicht gestellt worden. Kein Wunder, daß mit dem für Deutschland unglücklichen Ende des Weltkrieges die Polen, um mit Hellmut von Gerlach<sup>2)</sup> zu reden, „auf ihre Weise auszubauen versuchten, was ihnen im November 1916 zugesagt war, daß sie versuchten, aus den ihnen in Aussicht gestellten Rumpf- und Vasallenstaat ein wirklich selbständiges und geschlossenes Reich Polen zu machen. Ganz selbstverständlich war es, daß in dem Augenblick, wo der Zusammenbruch der Mittelmächte erfolgte, die Polen in Preußen und Galizien sich sagten: jetzt schließen wir uns an unsere Brüder in Kongreßpolen an. Mit elementarer Gewalt setzte sich das in Deutschland durch: wie wir die soziale Revolution erlebten, erlebten die Polen die nationale Revolution, gerichtet auf den Zusammenschluß aller bis dahin in drei Reichen getrennten Polen zu einem gemeinsamen Staat.“

Es ist Herrn von Gerlach, der in den ersten Monaten nach der Revolution als Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern die polnische Frage bearbeitete, wiederholt der Vorwurf gemacht worden, er habe durch sein Entgegenkommen bei den Verhandlungen den polnischen Bestrebungen Vorschub geleistet. Nichts ist falscher als das. Gerlach ist in amtlicher Eigenschaft überhaupt nur zweimal in Polen gewesen, am 20. November 1918 mit dem Auftrage, sich über die Lage und über die Wünsche der polnischen Bevölkerung zu unterrichten, und Mitte Dezember zusammen mit mir und Eugen Ernst zu wirtschaftlichen Zwecken. Irgendwelche Zugeständnisse hat er nicht gemacht und konnte er nicht machen; das war Sache der Regierungen des Reiches und Preußens. Man darf aber nicht vergessen, daß sich unter den von Deutschland angenommenen 14 Punkten Wilsons auch die Forderung der Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates befindet, der alle Länder, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind, umfassen und einen freien sicheren Zugang zur See erhalten soll. Mit der Anerkennung der Wilsonschen Punkte durch die Regierung des alten Deutschland war auch die Schaffung eines selbständigen Polen anerkannt, und die Polen verstanden es, diesen Vorsprung in geschickter Weise auszunutzen.

---

<sup>2)</sup> Hellmut von Gerlach: „Der Zusammenbruch der deutschen Polenpolitik.“ Verlag Neues Vaterland. E. Berger & Co., Berlin W.

Die preußische Regierung hatte nach der Revolution von Anfang an keinen Zweifel darüber gelassen und hat das auch wiederholt betont, daß für sie Ausnahmegesetze gegen die Polen nicht mehr bestehen. Ausdrücklich aufgehoben wurde freilich zunächst nur der Beschluß des Staatsministeriums vom 7. Februar 1886, nach dem Personen, deren Muttersprache die polnische ist, grundsätzlich nicht als Beamte innerhalb der Provinzen Westpreußen und Posen sowie des Regierungsbezirks Oppeln angestellt oder in diese Landesteile versetzt werden sollten.

So ungerecht auch die gegen Herrn von Gerlach gerichteten Angriffe wegen seiner Polenpolitik sind, so kann ich auf der anderen Seite ihm nicht beipflichten, wenn er behauptet, die Regierung habe nach dem Ausscheiden der Unabhängigen ganz den Verständigungsgedanken aufgegeben und die alte Gewaltpolitik fortgesetzt. Die Dinge haben sich damals zwangsläufig entwickelt. Es mag sein, daß in den ersten Tagen nach dem Zusammenbruch Deutsche und Polen in der Provinz Posen friedlich nebeneinander gearbeitet haben. Im Laufe der Zeit aber hatten sich die Gegensätze immer mehr zugespitzt und bald war es zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Die Polen machen hierfür die Deutschen verantwortlich, die die Provinz durch den Heimatschutz militärisch besetzt und die polnische Bevölkerung zur Verzweiflung getrieben hätten. In Wirklichkeit war der Heimatschutz im November 1918 lediglich aufgestellt worden, um die durch den Bolschewismus bedrohte Grenze zu schützen und zu verhindern, daß die Hoffnung der Sowjetregierung, den russischen Bolschewismus über Deutschland nach Westeuropa zu verpflanzen, sich erfülle. Erst einige Wochen später, als die Gegensätze zwischen Deutschland und Polen sich zugespitzt, als die Polen national-polnische Wehren zur Unterstützung ihrer Bestrebungen gebildet hatten und als wir von den Deutschen in der Provinz Posen mit Bitten um scharfes Eingreifen bestürmt wurden, haben wir uns nach eingehenden Besprechungen mit den Zivil- und Militärbehörden der Provinz und mit Vertretern des polnischen und des deutschen Volksrats mit einem Grenzschutz zur Uebernahme des Ostheeres und zur Verhinderung der Ausfuhr von Lebensmitteln einverstanden erklärt.

Jedenfalls lag für die Deutschen, wie ihre Regierung in Erwiderung der falschen Meldungen des obersten polnischen Volksrats an die Alliierten über die Vorfälle in der Provinz Posen

durch die Waffenstillstandskommission in Spa den verbündeten Regierungen mitteilen ließ, kein Anlaß vor, die polnischen Einwohner vor dem Friedensschluß schlecht zu behandeln, da die bedrohten Provinzen bis dahin zweifellos zu Deutschland gehörten; deutscherseits mußte vielmehr Wert darauf gelegt werden, sich dort für die Entscheidung eine möglichst gute Stimmung zu verschaffen. Dies lag aber nicht im Interesse der Polen; sie brachen daher den Streit vom Zaun und versuchten vor aller Welt unter Entstellung der Tatsachen, die Deutschen ins Unrecht zu setzen. Die deutsche Regierung stellte in ihrer Erwiderung ausdrücklich fest, daß die bedauerlichen Vorgänge in Posen einzig durch die Polen, und zwar durch die Ankunft Paderewskis, veranlaßt worden waren. Paderewski hatte sich, obwohl ihm lediglich freies Geleit über Thorn nach Warschau zugesagt war, nach Posen begeben und dort am 26. Dezember 1918 durch Ansprachen die polnische Volksmenge gegen die deutsche Regierung aufzureizen versucht, indem er ihr die baldige Erfüllung der polnischen Wünsche in Aussicht stellte. In Wirklichkeit waren die polnischen Führer über die Mitteilungen, die ihnen Paderewski im vertrauten Kreise machte, nicht sonderlich erfreut, da er keinerlei Zusicherungen über die künftige Gestaltung des polnischen Staates geben konnte. Infolgedessen entschlossen sie sich, die Ankunft Paderewskis zu benutzen, um sich mit Gewalt in den Besitz der Stadt und Provinz Posen zu setzen, wozu bereits Vorbereitungen von langer Hand getroffen waren. Am nächsten Tage, dem 27. Dezember, wurde eine Ovation polnischer Schulkinder für Paderewski inszeniert. Der in Begleitung Paderewskis eingetroffene englische Oberst Wade sprach die ihm von Frau Paderewski polnisch vorgesprochenen Worte „Es lebe Polen“ polnisch nach und rief dadurch in der Menge den Eindruck hervor, daß er, der als Vertreter der englischen Regierung Paderewski begleitete, mit diesem Ruf nicht nur seine eigene Ansicht, sondern auch die der britischen Regierung zum Ausdruck bringe. Am Nachmittag desselben Tages lockten die Polen deutsche Soldaten aus den Kasernen auf die Straßen, in denen man französische und italienische Fahnen herausgehängt hatte. Die deutschen Soldaten verlangten naturgemäß die Entfernung der Fahnen der feindlichen Länder; als diesem Verlangen nicht stattgegeben wurde, und sie daraufhin die Fahnen selbst entfernten, fielen auf der Wilhelmstraße, wo sich das Hotel „Der Bazar“, in dem

Paderewski wohnte, befand, Schüsse, die, wie einwandfrei festgestellt, von polnischer Seite abgegeben waren. Diese Schüsse waren das Zeichen zum Beginn einer allgemeinen Schießerei, an der sich auf polnischer Seite viele 14- bis 15jährige Burschen beteiligten, die von den polnischen Führern bereits vorher mit Waffen versehen waren. Bei den hierauf folgenden Schießereien in einzelnen Teilen der Stadt haben sich die Deutschen darauf beschränkt, Angriffe seitens der Polen abzuwehren, und sind nirgends irgendwo selbst gegen die Polen vorgegangen. In der Nacht folgten Verhandlungen. Die Polen gaben das Versprechen, nichts geschehen zu lassen, was die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährden würde, hielten aber ihr Wort nicht, sondern besetzten am Vormittag des 28. Dezember alle öffentlichen Gebäude und militärischen Depots im Werte von Hunderten von Millionen. Sie verteilten die dort entnommenen Waffen an die polnische Bevölkerung, begannen ein allgemeines Rauben und Plündern und machten jeden nieder, der sich ihnen widersetzte; außerdem öffneten sie die Gefängnisse und ließen sogar Mörder frei. Wie nach den zahlreichen Judenpogromen, die sie in anderen Städten, z. B. in Lemberg und Przemyśl, vornahmen, zu erwarten stand, begannen die Polen auch hier ihre Raufust an den Juden auszulassen und beschossen die Synagoge, in der gerade Gottesdienst abgehalten wurde, mit Maschinengewehren. So haben nach der Schilderung der deutschen Regierung die Ereignisse sich abgespielt, die dann auch auf andere Plätze der Provinz übergriffen.

Daß die Polen sich durch den Heimatschutz, den späteren Grenzschutz, provoziert fühlten, ist möglich. Aber in viel stärkerem Maße wurden die Deutschen durch das Auftreten der Polen gereizt, die die Provinzen Posen, Oberschlesien und Westpreußen schon als nicht mehr zum Deutschen Reich gehörig betrachteten und ihr Verhalten entsprechend einrichteten.

Im Januar 1919 erließ der Oberste polnische Volksrat folgende Bekanntmachung:

„Die Vorgänge der letzten Wochen haben fast gänzlich die Fäden zerrissen, welche das Wirtschaftsleben unserer Landesteile mit Berlin vereinigt haben. Wir halten es deshalb für unsere Pflicht, das Wirtschaftsleben möglichst ungestört aufrechtzuerhalten und schon jetzt alle diejenigen Vorkehrungen zu treffen, welche die Bevölkerung vor wirtschaftlichen und sozialen Erschütterungen bewahren können. Zu diesem Zweck

übernehmen wir die öffentlichen Finanzen unserer Landesteile in unsere Verwaltung. Denn nur auf diese Weise kann der Ausfuhr von Zahlungsmitteln aus ihnen wirksam gesteuert werden. Es wird ein besonderes Schatzamt ins Leben gerufen, zu dessen Leiter hiermit Dr. Marjan Glowacki ernannt wird.“

In einer Bekanntmachung des neu errichteten Schatzamts wurde dann mit der Begründung, daß die Posener Reichsbankhauptstelle infolge der Abtrennung der Zufuhr von Zahlungsmitteln aus der Berliner Zentrale ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen könne, bis zur Schaffung einer besonderen Geldüberweisungszentrale für die von den polnischen Truppen besetzten Landesteile verfügt, daß sämtliche Reichs-, Land- und Kommunalkassen sowie andere öffentlich-rechtlichen Verbände und Einrichtungen, welche bisher ihre Gelder bei der Reichsbank abgeführt hatten, sie bei dem Schatzamt des Obersten polnischen Volksrats einzuzahlen hätten. Sämtliche Zahlungen sowie die Ausfuhr von Wertpapieren und Edelmetall über die von den polnischen Truppen besetzten Grenzen wurden verboten. Ferner beschloß der Oberste polnische Volksrat, eine innere Anleihe bis zur Höhe von 50 Millionen Mark in fünfprozentigen am 1. November 1919 fälligen Anweisungen aufzunehmen. Die durch das Darlehen erzielten Beträge sollten für die militärischen und Verwaltungszwecke in den polnischen Landesteilen Deutschlands verwendet werden. Zur Sicherung des Darlehens diene das Vermögen der polnischen Landesteile in Deutschland und deren sämtliche Einkünfte.

Die Bekanntmachung des Obersten polnischen Volksrats in Verbindung mit der Verfügung des neu errichteten Schatzamts bedeutete die offene Kriegserklärung gegen ein militärisch und wirtschaftlich zusammengebrochenes Volk. Kann man es angesichts dieser Tatsachen dem Zentralrat der Deutschen Republik verdenken, wenn er als Antwort darauf im Verein mit dem inzwischen zum Oberbefehlshaber der Regierungstruppen in Berlin ernannten Volksbeauftragten Noske alle deutschen Männer aufforderte, sich bei den Freiwilligenverbänden zu melden, die die Regierung zum Schutze der Grenzen und zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung im Innern aufgestellt hatte?

„Von Tag zu Tag“, so heißt es in dem Aufruf des Zentralrats, „nimmt die unserer Heimat von Osten drohende furchtbare Gefahr zu. Russen, Polen und Tschechen greifen nach deutschem Besitz. Schon stehen die Armeen der Bolschewiki vor den Toren

Ostpreußens und die Polen weit im altdeutschen Gebiet. Auch im Innern unseres Staatskörpers macht die bolschewistische Bewegung weitere Fortschritte. Ungeachtet des namenlosen Elends, das der Bolschewismus über das russische Volk heraufbeschworen hat, bereiten gewissenlose Elemente von neuem den blutigen Kampf gegen die Regierung und gegen die kommende Nationalversammlung vor.“

„Wehe Euch, wenn es einer terroristischen Minderheit gelingt, die Macht an sich zu reißen! Statt der verheißenen Freiheit wird, wie in Rußland, Hunger, Knechtschaft, Erwerbs- und Rechtlosigkeit das Los unseres Volkes sein.“

„Wehe Euch, wenn Heere fremder Völker über die östlichen Grenzen hereinbrechen!“

„Euch allen, die Ihr vier Jahre lang die deutsche Heimat heldenhaft geschützt habt, gilt in erster Linie dieser Mahnruf. Helft auch jetzt mit, die bitterste Not abzuwenden.“

„Meldet Euch bei den Freiwilligenverbänden, die die Regierung zum Schutze der Grenzen und zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung im Innern aufgestellt hat.“

Trotz der kriegerischen Manipulationen gingen die Verhandlungen über wirtschaftliche Fragen zwischen Polen und Deutschen weiter. Die Preußische Regierung ließ hierbei im Einverständnis mit der Reichsregierung keinen Zweifel darüber, daß die durch die jüngste Entwicklung in der Provinz Posen entstandene Lage in keiner Weise den Entscheidungen des Friedensschlusses vorzugreifen vermöge, daß gemäß dem Waffenstillstandsvertrag im Osten die Reichsgrenzen vom August 1914 anzuerkennen seien, und daß innerhalb dieser Grenzen die staatliche Souveränität beim Deutschen Reiche bzw. beim preußischen Staate liege. In Konsequenz dieser Rechtslage hielt die preußische Regierung das Vorhandensein einer polnischen Armee unter polnischer Befehlsgewalt innerhalb der deutschen Reichsgrenzen für unmöglich und forderte ihre Auflösung. Ferner forderte sie die Wiedereinsetzung der preußischen Behörden, soweit sie an der Ausübung ihrer Amtstätigkeit durch die Polen behindert waren, und erklärte, nur solche Behörden als zuständig ansehen zu können, die von der preußischen Regierung eingesetzt sind oder anerkannt werden. Die Bevollmächtigten des polnischen Obersten Volksrats erkannten zwar den Rechtsstandpunkt der Preußischen Regierung nach der formalen Seite hin an, erklärten aber, die daraus preußischerseits hergeleiteten

Forderungen angesichts der tatsächlichen durch die entstandene Bewegung eingetretenen Verhältnisse nicht erfüllen zu können. Insbesondere lehnten sie die verlangte sofortige Waffenniederlegung ab. Statt dessen schlugen sie vor, die Verhandlungen auf 2 Wochen zu vertagen und während dieser Zeit beiderseits die Kampfhandlungen einzustellen. Die preußische Regierung hat darauf im Einverständnis mit der Reichsleitung dem polnischen Obersten Volksrat mitgeteilt, daß die Einstellung der Kampfhandlungen nur unter der Bedingung bewilligt werden könne, daß keine polnischen bewaffneten Formationen innerhalb der deutschen Reichsgrenzen verbleiben.

Die Antwort des Obersten polnischen Volksrates aber ließ selbst das geringste Entgegenkommen vermissen. Sie war auch ein wahres Muster von Entstellungskunst. „Unsere Bewegung“, heißt es darin, „war elementarer Protest des Volkes gegen jahrzehntelange Unterdrückung, gegen Nichtaufhebung von Ausnahmevorschriften und Nichtabberufung von hakatistischen Beamten, gegen Greuel demoralisierter Grenzschutzbanden. Während unserer Berliner Verhandlung bewiesen Sie volle Geneigtheit zum Abschluß von Waffenstillstand und weiterer Verhandlungen. Entgegen getroffenen Vereinbarungen machen Sie Abschluß von Waffenruhe abhängig von Auflösung unserer bewaffneten Formationen. Wir lehnen diese Forderung kategorisch ab. Unsere Formationen sind ein Schutz unserer Heimat gegen disziplinlosen Grenz- und Heimatschutz und eventuelle Kampftruppen gegen russischen Bolschewismus. Weisen Ihnen alle Verantwortlichkeit für ferneres Blutvergießen zu und rufen gesamte männliche Bevölkerung zur Verteidigung von Weib und Kind, Haus und Herd auf.“

In der Tat haben dann auch die Polen, obwohl die inzwischen mit der Entente angebahnten Verhandlungen dazu geführt hatten, daß am 17. Februar 1919 die Befehle zur Einstellung der Feindseligkeiten gegeben werden konnten und die Kämpfe am Tage darauf aufhören mußten, im Gegensatz zu den Deutschen, die sich streng an die Abmachung hielten, ihre Angriffe gegen deutsche Ortschaften fortgesetzt. Noch am 19. und 20. Februar sind deutsche Dörfer in der Provinz Posen von den Polen genommen worden.

Am 16. Februar war das Waffenstillstandsabkommen geschlossen worden, das den Schutz der Deutschen östlich der Demarkationslinie der Interalliierten Kommission in Warschau

übertrag, die hierüber mit der Waffenstillstandskommission verhandeln sollte. Bezeichnend für die Lage sind die Grundsätze, die die französische Regierung für ihren Vertreter bei den Verhandlungen damals aufstellte. Danach blieb die gesamte Provinz Posen nach dem Abkommen vom 16. Februar ein Bestandteil des Deutschen Reichs und Preußens. Als zuständige Behörden könnten daher nur diejenigen gelten, die von der Reichsregierung oder der preußischen Regierung eingesetzt sind oder anerkannt werden. Dies gelte insbesondere auch für die Eisenbahnbehörden, die öffentlichen Kassen des Reichs und Preußens. Beamte und Lehrer dürften in der Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit nicht behindert werden. Die Zollgrenze an der vormals deutsch-russischen Grenze müsse aufrechterhalten werden. Für alle Schäden, die dem Reich und dem Staate, den Gemeinden oder Privaten durch die polnische Bewegung erwachsen sind, sei voller Ersatz zu gewähren. Dem Reich, dem Staate, den Gemeinden oder Privaten entzogenes Eigentum sei zurückzuerstatten. Die Behörden und Privatpersonen dürften in dem Verkehr mit den übrigen Teilen des Deutschen Reichs und Preußens nicht behindert werden, insbesondere müsse der Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverkehr unbehindert aufrechterhalten werden. Endlich dürfe es den Deutschen in den besetzten Gebieten nicht verwehrt werden, auf friedlichem Wege im Rahmen der Gesetze, für die auf Grund der Friedensverhandlungen demnächst etwa stattfindende Volksabstimmung im deutschen Sinne zu agitieren und zu dem Zwecke auch freiwillige Geldbeiträge zu sammeln.

Aus dieser nüchternen Aneinanderreihung geht hervor, was die preußische Regierung, die in der ganzen Polenfrage stets in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung handelte, damals erreicht hat. Für die endgültige Entwicklung trifft die Schuld nicht sie, sondern in erster Linie die Träger der Polenpolitik in der Vorkriegszeit und die Regierungen der Entente, die den 13. Punkt des Wilson'schen Programms in sinnwidriger Weise ausgelegt und dem besiegten Deutschland einen den Interessen des deutschen Volkes zuwiderlaufenden Frieden diktiert haben.

## **Gegen die rheinische Republik.**

Die Gefahren, die Preußen unmittelbar nach dem Zusammenbruch durch die Bestrebungen der Loslösung ganzer Landesteile drohten, und die von der Regierung dagegen ergriffenen Maßnahmen sind bereits auf Seite 138 bis 141 kurz gestreift. Ganz besonders traten diese Störungen im Westen hervor. Hier lassen sich die Anfänge der Bewegung bis in das letzte Drittel des Oktober 1918 zurückverfolgen. Die Gründe waren sehr verschiedener Art. Neben dem Wunsche, von Preußen, insbesondere von Berlin loszukommen und neben kulturpolitischen Motiven spielte der Glaube mit, es sei möglich, Frankreich durch Gründung einer westdeutschen Republik zum Verzicht auf seine annektionistischen Gelüste im Westen zu bewegen. Daß diese Annahme irrig war, hat die Zukunft gelehrt.

Seit mehr als 100 Jahren gehörten die Rheinlande zu Preußen. Daß die Rheinprovinz ebenso wie die übrigen Provinzen in diesem Jahrhundert einen ungeahnten wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung genommen hat, läßt sich nicht bestreiten. Aber ebensowenig ist die Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß die alte preußische Regierung der Eigenart der rheinischen Bevölkerung nicht immer genügend Rechnung getragen, daß sie mehr als einen berechtigten Wunsch unberücksichtigt gelassen, daß ostelbischer Einfluß sich allzu bemerkbar gemacht hat. Darauf ist es letzten Endes zurückzuführen, daß die Agitation zur Gründung einer besonderen westdeutschen Republik zeitweise auf so fruchtbaren Boden gefallen ist. Niemand hat diesem Gedanken so klar Ausdruck verliehen, wie der frühere Reichsfinanzminister Erzberger, als er in der 120. Sitzung der verfassungsgebenden Nationalversammlung vom 27. November 1919 die Ansicht, daß durch Schaffung des deutschen Einheitsstaates den berechtigten Wünschen der einzelnen deutschen Gaue und Länder nicht hinreichend Rechnung getragen wird, als eine Verkehrung der wirklichen Verhältnisse bezeichnete und im Anschluß daran unter heftiger Polemik gegen die Rechte ausrief: „Woraus kommen die Separationsbestrebungen, die wir verurteilen und aufs schärfste bekämpfen,



Eröffnung der Preußischen Landesversammlung am 13. März 1919



die sich in den verschiedenen Teilen des alten Preußen und sonst nirgends geltend machen? Wo sind in Süddeutschland diese Separationsbestrebungen vom Reiche hervorgetreten? Nur im alten Preußen! Warum? Weil Sie durch Gewalt und durch Nichtachtung der berechtigten Empfindungen die Bestrebungen der einzelnen Landesgaue brutal unterdrücken wollten. Wen haben Sie jahrhundertlang nach dem Rheinland geschickt? Wen haben Sie jahrhundertlang nach Schlesien geschickt? Fremde! Fremde, die fremd in den Gegenden waren, die fremd in den Gegenden geblieben sind. Wenn Sie heute noch fragen: was ist denn der Untergrund dieser Bestrebungen, jener unberechtigten Separationsbestrebungen, was wird von Leuten ausgenutzt, die es nicht mit der Einheit des deutschen Volkes gut meinen? — o es ist die verkehrte Gewaltpolitik, die Preußen über ein Jahrhundert gegenüber den ihm angegliederten Landesteilen getrieben hat.“

Gewiß, die Regierung des alten Preußen hatte manche Fehler gemacht, sie hatte vieles unterlassen. Und auch die Regierung des neuen Preußen konnte nicht sofort alles Versäumte nachholen, noch nicht alles gutmachen, noch nicht alle Forderungen erfüllen, auf deren Erfüllung die rheinische Bevölkerung Anspruch hatte. Aber war das ein Grund, noch dazu in der Zeit größter Not des Vaterlandes, feige abzufallen? Mußte das nicht den Eindruck erwecken, daß man nur auf den gegebenen Moment gelauert hatte, sich von der Gesamtheit loszusagen, den anderen die Folgen zu überlassen und sich selbst in Sicherheit zu bringen?

Zugegeben, die Träger des Gedankens hatten ursprünglich nicht die Absicht, sich vom Reiche, sondern nur von Preußen zu trennen. Aber der Appetit wäre beim Essen gekommen. Mit dem Abfall von Preußen wäre die abschüssige Bahn betreten, auf der es keinen Halt mehr gegeben hätte. Der Abfall vom Reich wäre dann nur noch eine Frage der Zeit gewesen. Dem Rheinland wäre Hannover gefolgt, die Zerschlagung Preußens hätte begonnen und die Zerschlagung Deutschlands wäre auf dem Fuße gefolgt. Das Deutsche Reich wäre gesprengt worden, die Aera der Kleinstaaterei wäre wieder hereingebrochen.

Das war für die preußische Regierung mit ein Anlaß dafür, sich gegen die später beseitigte Fassung des § 15 der Reichsverfassung, wie er sich nach dem Beschluß erster Lesung gestaltet hatte, aufs schärfste auszusprechen. Hiernach sollte die

Neubildung von Ländern oder die Aenderung eines Gebietes durch Vereinigung oder Abtrennung von Gebieten durch einfaches Reichsgesetz erfolgen können, wenn sie durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird oder ein überwiegendes allgemeines Interesse es erheischt. Nicht preußischer Partikularismus leitete uns bei unserer ablehnenden Haltung, sondern das wohlverstandene Interesse des Deutschen Reiches. Die Befürworter des § 15 hatten offenbar immer noch das alte Preußen im Auge, sie konnten sich von überlebten Vorurteilen nicht freimachen, sie übersahen, daß am 9. November 1918 ein neues Preußen entstanden war, ein Preußen, das seine Ehre darin erblickte, bahnbrechend in politischer, sozialer und kultureller Beziehung voranzugehen und das keine Vorherrschaft in Deutschland anstrebte. Unser Protest richtete sich nicht nur gegen eine westdeutsche Republik außerhalb des Rahmens des Deutschen Reiches, sondern auch gegen jeden Abtrennungsversuch von Preußen. Preußen war durch den Versailler Friedensvertrag wahrlich schon so geschwächt, daß es, wenn zu den Auflösungstendenzen von außen noch die von innen Erfolg gehabt hätten, außerstande gesetzt wäre, auch nur die bescheidensten Kulturaufgaben zu lösen. Im Osten seiner Kornkammern, in Schlesien seiner Kohlengruben beraubt, wäre es zum ärmsten aller deutschen Länder geworden, wenn auch noch die blühende und steuerkräftige Rheinprovinz ihm entrissen worden wäre. Aber auch zu den vitalsten Lebensinteressen der deutschen Republik würde eine Republik Rheinland im schärfsten Widerspruche stehen.

Und die Gefahr war wahrlich nicht gering. Am 4. Dezember 1918 hatte eine stark besuchte Versammlung in der Bürgergesellschaft in Köln, an der hervorragende Zentrumsführer teilnahmen, die Proklamierung einer rheinisch-westfälischen Republik gefordert, die dem Deutschen Reiche als selbständiges Staatswesen angehören sollte. Die dort beschlossene Resolution lautet:

„In Anbetracht der tiefgreifenden politischen Umwälzungen im Deutschen Reich, in der Erkenntnis der völligen Unmöglichkeit, in Berlin eine geordnete Regierung zu schaffen, in der Ueberzeugung, daß die Länder am Rhein nebst Westfalen politisch, kulturell und wirtschaftlich ausreichend staatsbildende Kräfte besitzen, gibt die Versammlung ihrem festen Willen Ausdruck, die Einheitlichkeit des Reiches zu wahren

und den Wiederaufbau eines neuen deutschen Staatswesens von den Ländern am Rhein und in Westfalen aufzunehmen. Die Versammlung fordert deshalb die anerkannten Vertreter des Volkswillens aller Parteien in Rheinland und Westfalen und in den anderen Ländern am Rhein auf, baldigst die Proklamierung einer dem Deutschen Reich angehörigen selbständigen Rheinisch-Westfälischen Republik in die Wege zu leiten.“

Ob der „Vorwärts“ mit seiner Ansicht, daß es dem Zentrum vor allem darauf ankam, sich eine Privatdomäne klerikaler Rückständigkeit zu schaffen, in welche die Schulreform keinen Eingang findet, Recht hat, soll an dieser Stelle nicht untersucht werden. Tatsache ist jedenfalls, daß die Bestrebungen auf Lockerung des preußischen Staatsverbandes in gewissen Kreisen des Rheinlandes ein lebhaftes Echo gefunden und in den nächsten Monaten immer weiter um sich gegriffen haben. Es kam so weit, daß einige Zentrumsführer, darunter der Landtagsabgeordnete Kastert, ohne Wissen der Fraktion und ohne sich vorher des Einverständnisses der Reichsregierung versichert zu haben, am 16. und 17. Mai Besprechungen mit französischen Offizieren in Mainz über die Regelung der Rheinlandfrage gepflogen und dadurch bewußt oder unbewußt die französische Politik in ihrer Einflußnahme auf das besetzte Rheinland stärkten. Die Zentrumsfraktion der Landesversammlung hat Herrn Kastert und seine Gesinnungsgenossen offen desavouiert und damit zu erkennen gegeben, daß sie ebenso wie die übrigen Parteien und die Regierung die Ablösungstendenzen verurteilt.

Immer und immer wieder hat die Regierung vor allen Bestrebungen auf Lockerung des preußischen Staatsverbandes gewarnt und gefordert, daß man sofort und entschlossen davon abrücken solle. Wiederholt haben wir auf die Wirkung solcher Unternehmungen auf das Ausland hingewiesen und betont, daß solche Schritte gerade in der größten Not unseres Staates als außerordentlich gefährlich angesehen werden müssen. Auch die Reichsregierung hatte erklärt, daß Sonderbildungen nicht gestattet werden dürfen, weil die Gegner nur auf die Verwirklichung derartiger Bestrebungen warten. Wir haben darauf aufmerksam gemacht, daß die Feinde die Ablösungsbestrebungen als Beweis dafür ins Feld führen, daß sie keine Annektionspolitik treiben, daß die Völker vielmehr selbst sich zu ihnen hingezogen fühlen.

Leider war, wie das Vorgehen des Herrn Kastert und Genossen beweist, unsere nachdrückliche Mahnung nicht überall beachtet worden. Die Verhandlungen in Mainz am 16. und 17. Mai waren keineswegs so harmlos, wie gewisse Kreise es darzustellen suchten. Im Gegenteil, man hatte sich mit Mangin und anderen französischen Generalen bereits über die Grundzüge des neuen Freistaates verständigt. Die rheinische Republik sollte neutral werden und dem Völkerbund unterstehen, Deutschland sollte nur ein Mitbestimmungsrecht haben. Kein Zweifel, die deutschen Teilnehmer an den Verhandlungen hatten Hochverrat begangen, sie hatten sich eine schwere Schuld am ganzen deutschen Volke aufgeladen, sie hatten die Bestrebungen der Franzosen, den deutschen Machtbereich auf das rechtsrheinische Ufer zu beschränken, begünstigt.

Wie planmäßig die Franzosen noch nach Inkrafttreten des Friedensvertrages die Französisierung der Rheinlande betrieben haben, ist bekannt. Zwar hatten die Verbandsmächte auf die deutsche Denkschrift vom 11. Juli 1919 am 28. Juli geantwortet, daß unbedenklich anerkannt werden könne, daß mit einigen Vorbehalten, die sich lediglich darauf beziehen, daß die Tätigkeit der militärischen Stellen der Besatzungsarmee nicht gehindert werden könnte, der Bevölkerung freie Ausübung ihrer persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte gesichert werden soll, daß sie die Freiheit der Presse, der Wahlen und der Versammlungen genießen wird, und daß die politischen, administrativen und wirtschaftlichen Beziehungen der besetzten Gebiete mit dem unbesetzten Deutschland nicht gehemmt sein werden, ebenso wenig wie die Verkehrsfreiheit zwischen den besetzten und unbesetzten Gebieten Deutschlands.

Aber im krassen Widerspruch hierzu unterstützte Frankreich den Versuch landesverräterischer Elemente, eine eigene Republik zu gründen, und da dieses Ziel nicht erreicht werden konnte, versuchte es auf anderem Wege zu demselben Erfolg zu gelangen, indem es die preußische Verwaltung in seine Hände zu bekommen strebte. Deutschland und Preußen wurden gehindert, frei gewordene Verwaltungsstellen nach eigenem Ermessen zu besetzen, über mißliebige Deutsche, darunter eine ganze Anzahl von Abgeordneten, wurde das Redeverbot in Versammlungen verhängt, deutsche republikanische Zeitungen wie die „Frankfurter Zeitung“ und die „Frankfurter Volksstimme“ wurden verboten, der französische Unterricht sollte zwangsweise in den

Volksschulen eingeführt werden. Ein ungeheurer Druck lastete auf der rheinischen Bevölkerung. Insbesondere der neue Vorsitzende der interalliierten Kommission in den besetzten Gebieten, Tirard, versuchte in durchaus unzuverlässiger Weise die Rheinländer zu bevormunden und deutsche Stammesangehörige mit französischem Geiste zu durchdringen.

Gegen Ende des Jahres 1919 war die Beunruhigung aufs höchste gestiegen. Hilfesuchend blickte das rheinische Volk auf die Regierung und forderte Hilfe im Kampfe für seine politischen und persönlichen Rechte, im Kampfe gegen französische Vergewaltigung. Die denkwürdige Sitzung der Landesversammlung vom 18. November 1919, die sich mit der Anfrage von fünf Parteien über die geistige Durchdringung der besetzten Gebiete im französischen Sinne befaßte, gestaltete sich zu einer wuchtigen Kundgebung gegen die Machinationen der fremden Machthaber.

Alle Parteien ohne Unterschied verurteilten das Vorgehen der Franzosen, die von dem Tage, wo sie in die Rheinlande eingerückt waren, zielbewußt alles zu erstreben suchten, was ihnen der Wortlaut des Friedensvertrages vorenthalten hatte. Alle Parteien hatten das feste Vertrauen zu der rheinischen Bevölkerung, daß sie selbstbewußt genug sei, das Geschenk des Eroberers, der ihnen die Freiheit versprochen hatte, innerhalb Deutschlands zu ihrem Recht zu gelangen, zurückweisen würde, klug genug, die französischen Interessen nicht für die ihrigen zu halten, einsichtsvoll genug, um zu erkennen, daß auf dem Wege eines von französischen Bajonetten beschirmten rheinischen Partikularismus nie eine Abschwächung des französischen Druckes zu erhoffen sein würde, sondern im Gegenteil folgerichtig nur eine Vermehrung dieses Druckes, bis er zu dem klar vor Augen liegenden Ziele geführt haben würde, das den Rheinländern genau so widerwärtig ist, wie allen anderen Deutschen. Man vertraute fest darauf, daß die Rheinländer sich nicht einfangen lassen durch das Schlagwort „Los von Preußen“, weil sie wußten, daß Frankreich Preußen sagt, aber Deutschland meint. Unter allseitiger Zustimmung konnte ich namens der Regierung das Versprechen abgeben, daß wir nach wie vor bei unseren Gegnern vorstellig werden und unsere organisatorischen Fürsorgemaßnahmen weiter ausbauen würden, um die Verhältnisse am Rhein erträglich zu gestalten. Alles was die Re-

gierung tun kann, erklärte ich am Schlusse, sei wenig gegenüber dem, was aus dem Rheinland selbst kommen wird. Je weiter, je rücksichtsloser, je glatter und unverhehlter die Bestrebungen der Franzosen am Rhein werden, um so fester, inniger und schneller würden die gesamten deutschen Länder und mit ihnen die Länder am Rhein sich zusammenschließen zu der Reichseinheit, die uns allein dauernde und glückverheißende Zustände nach Jahrhunderten der Zerreißung und Zersplitterung, der Schwächung und Fremdtümelei verschaffen könne. Frankreich frage mit seinem Vorgehen, was stärker sei, die Neigung der deutschen Länder, auseinanderzustreben, oder die Neigung, zusammenzuwachsen. Es werde eine Antwort erhalten. Wo Frankreich das Reich schwächen wolle, da werde es selbst das Reich stärken helfen müssen. Den Weg des Ausbaues der Reichseinheit habe die preußische Staatsregierung mit gewiesen, und auf den Weg rufe sie die bedrängten Länder am Rhein. Ihr helfe dabei die Erinnerung an die Folgen nationaler Zerklüftung; mit ihr sei dabei der Stolz des fränkischen Stammes; mit ihr sei die Gesellschaft aller anständigen Menschen am Rhein, die die Kreaturen der Fremdherrschaft, die sie verführen wollen, verachten. Mit ihr sei insbesondere auch das werktätige Volk aller Parteirichtungen; mit ihr sei das klare deutsche Recht.

Um die Wirkung der Worte des Präsidenten Leinert, der die Anfrage im Auftrage aller Parteien begründet hatte, und meiner Antwort nicht abzuschwächen, ließ man außer dem Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokraten, die die Anfrage nicht mit unterzeichnet hatten, niemanden mehr sprechen. So glaubte man am besten der Geschlossenheit des Volkes nach außen hin Ausdruck verleihen zu können.

Ihre längst gehegte Absicht, der rheinischen Bevölkerung auch persönlich ihre Sympathien auszudrücken, ihre Wünsche an Ort und Stelle entgegenzunehmen und ihr soweit als möglich Hilfe in ihrer Not zu bringen, konnte die Regierung, da sie es unter ihrer Würde hielt, die fremden Machthaber um die Erlaubnis der Einreise in preußische Gebiete zu bitten, erst Anfang Februar 1920 verwirklichen. Von welchen Gedanken wir uns leiten ließen und welche Ziele wir uns gesteckt hatten, geht aus der zwischen den Ministern vereinbarten Antwort hervor, die ich am 3. Februar an Oberbürgermeister Adenauer in Köln auf seine Begrüßungsworte erteilte und die ihrer programmatischen Bedeutung wegen hier im Wortlaut folgen möge:

„Schon lange hegte die Staatsregierung den Wunsch, dem Rheinlande einen Besuch abzustatten, dem Lande, dessen Los infolge des unglückseligen Ausgangs des Krieges schwerer ist als das irgendeines anderen deutschen Landes. Während der ganzen Dauer der Besetzungszeit ist das Rheinland Gegenstand unserer besonderen Fürsorge gewesen, deren Grenzen nie durch einen Mangel an Verständnis oder den selbstverständlichen guten Willen bestimmt worden sind, sondern leider nur allzu oft lediglich durch die Uebermacht der entgegenstehenden Verhältnisse bestimmt bleiben mußten. Unsere Mitarbeiter haben sich in unserem Auftrage die Erforschung der Bedürfnisse der rheinischen Bevölkerung, der sie selbst in nicht geringer Zahl angehören, meist unter ganz besonders schwierigen Begleitumständen angelegen sein lassen. Die Regierung ist daher stets über die rheinischen Verhältnisse, Bedürfnisse, Strömungen und Stimmungen unterrichtet geblieben. Jetzt ergreifen wir die erste den Leitern des preußischen Staates sich bietende Gelegenheit, persönlich in engere Fühlung mit dem Rheinlande zu treten. Wir tun dies um so lieber, als wir dadurch gleichzeitig auch die Möglichkeit haben, uns von den schweren Schädigungen, die das rheinische Land durch die Gewalt der Elemente erlitten hat, an Ort und Stelle selbst zu überzeugen und so die von uns sofort eingeleitete Hilfsaktion nach Kräften zu beschleunigen. Sie können sicher sein, daß wir, was in unseren Kräften steht, tun werden, um den vom Unglück Heimgesuchten schnell und ausreichend zu helfen.

Der Druck, der durch die Besatzung seelisch und auch wirtschaftlich auf diesem einst so frohen und glücklichen Lande lastet, wird von uns ebenso als eine gemeinsame schwere Not empfunden, wie wir einst gemeinsam zusammenstanden, um unserem Vaterland sein Schicksal zu ersparen. Was von uns zur Erleichterung der wirtschaftlichen Lasten geschehen kann, wird geschehen. Wir geben Ihnen das Gelöbniß, daß unsere Versuche zur Milderung der dem Rheinland aufgezwungenen Verwaltungsmaßnahmen nicht erlahmen werden, bis die Verhältnisse sich erträglich gestaltet haben werden. Genau wie die Reichsregierung in ihrer Note gegen die Ordonnanzen, wird auch die preußische Staatsregierung weithin Einspruch erheben gegen Maßnahmen, die mit dem Friedensvertrag nicht vereinbar sind. Wir erwarten, daß das Gefühl der Völkerzusammengehörigkeit, dessen Pflege ein besonders edles Gut der Menschheit ist, und dessen Tag wir

kommen sehen, auch den Sieger auf Ketten verzichten lassen wird, die er jetzt diesem Lande schmiedet. Ein nicht Geringes wird hinzutun der Geist des rheinischen Volkes selbst, der sich um so mehr sammeln und stärken wird, je mehr man versucht, ihn aus seinem deutschen Heimatboden zu entwurzeln.

Nicht ausdrücklich genug kann die Staatsregierung warnen vor all jenen Versuchen, die darauf hinauslaufen, die Rheinlande loszutrennen aus ihrer staatlichen Zugehörigkeit, in der Hoffnung, durch die Trennung von Preußen Ziele zu erreichen, die letzten Endes doch nur durch eine Trennung vom Reiche verwirklicht werden könnten. Soweit aus diesen Bestrebungen am Rhein Gefahren erwachsen können, ist es unsere Aufgabe, ihnen klar in die Augen zu sehen und sie gemeinsam mit Ihnen zu bannen.

Soweit kulturpolitische Sorgen sie mitbestimmt haben sollten, wird die Entwicklung der preußischen Politik, die allen Parteien des Rheinlandes den ihnen gebührenden entscheidenden Einfluß sichert, für den ruhig Denkenden diese Sorgen gebannt haben müssen. Ich unterlasse es hier, zu erörtern, inwieweit wirtschaftliche Erwägungen mitsprechen sollten, denn ich weiß, daß das gesamte deutsche Volk und mit ihm das Volk am Rhein, das so viele Opfer dem Vaterlande gebracht hat, niemals verkennen wird, daß man auch dem schwer getroffenen Vaterlande die Opfer bringen muß, die in seiner Lage notwendig sind.

Gewiß ist jetzt des deutschen Volkes Winter, aber töricht würde es sein, die Kraft des Baumes am entlaubten Stamme abzuschätzen und zu vergessen, daß die Ströme des Wirtschaftslebens, die jetzt das Eis deckt, einst wieder die Schiffe tragen werden.

Soweit allein staatspolitische Erörterungen mitspielen, bedarf es einer besonders klaren Aussprache. Es ist nicht richtig, daß ein Bedürfnis nach staatlichen Umformungen am Rhein begründeter wäre als irgendwo sonst. Andererseits kann darüber kein Zweifel bestehen, daß eine staatliche Umformung, wie sie im werdenden Staatsrecht des ganzen Deutschen Reiches sich zu gestalten beginnt, nie den Versuch machen würde, den Ländern dasjenige an kultureller Eigenart zu nehmen, das sie mit Recht für sich fordern dürfen. Das gilt für jeden deutschen Gau gleichmäßig. Das gilt gleichmäßig für das gesamte preußische Volk und für seine Führer, zu deren politischen Aufgaben es in erster Linie gehört, alle mit dem Staatsganzen verträglichen

Freiheiten zu schirmen und zu fördern. Bei dieser Sachlage wäre es ebensowenig würdig, angeblich gestützt auf loyale Erklärungen loyaler Parteien, staatspolitische Begriffe zu verschieben und so zu einer Wendung vom „Föderativen Einheitsstaat“ zu gelangen, wie es auch nicht ehrlich wäre, für eine landsmannschaftliche Eigenart zu kämpfen, die gar nicht gefährdet ist. Bei den hier in Rede stehenden Fragen ist der Kern der, entweder eine Stärkung oder eine Schwächung des Ganzen zu wollen. Das ist das Zentralproblem in der ganzen deutschen Geschichte gewesen, das auf unsere Weise, unter den gegenwärtigen Verhältnissen lösen zu helfen, unsere besondere Aufgabe sein wird. Die Art, in der der Geisteskampf in beiden Lagern geführt wird, zeigt jetzt schon, wessen Sache besser ist.

Bei den trennenden Kräften drängt es mich, von noch andern Gedankengängen zu sprechen, in denen es der eine dem andern gegenüber noch etwas an dem brüderlichen Verständnis hat fehlen lassen, das das edelste Kennzeichen einer Gemeinschaft ist, die die Würde des im Staate zusammengeschlossenen Volkes darstellt. Wenn Sie sich in Ihrem Herzen und in Ihrem Geiste das dunkle Los breiter Schichten des Volkes im Kriege und nach der Niederlage vergegenwärtigen, so werden Sie eher geneigt sein, manchen Ueberschwang dieser Schichten bei ihrem Streben zum Aufstieg milder zu beurteilen. Glauben Sie es dem ernstesten Geiste des deutschen Volkes und glauben Sie es dem werktätigen Volke, daß sein Streben nach Mitbestimmung nicht einem verantwortungslosen Machthunger entspringt, sondern daß es sich seiner Pflicht der Mitverantwortung voll bewußt ist.

Wenn Sie von dieser weiten, des Geistes Ihrer Väter, die in diesem Saale Rat pflogen, würdigen Warte aus Ihre Augen auf die Gebiete, auf die ich sie lenken durfte, richten werden, sei es auf die Besetzungsverhältnisse, sei es auf die staatspolitischen Neugestaltungsbestrebungen, sei es auf die wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen, so werden Sie nirgends etwas erblicken, was uns dauernd trennt, aber überall das, was uns allen hier und dort und immerdar gemeinsam am Herzen liegen wird: ein freies Volk im freien Land zu sein.

Diesem Gedanken bei unserem ersten Zusammentreffen im Namen der preußischen Staatsregierung Ausdruck zu verleihen, ist mir Herzensbedürfnis. Mögen die Tage, die wir hier verbringen und die nicht der Erholung, sondern ernster Arbeit gewidmet sind, das Gefühl der Zusammengehörigkeit stärken.

Mögen Sie, wenn wir nach Hause zurückkehren, die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die Regierung sich ihrer Pflicht dem Rheinlande gegenüber voll bewußt ist. Möge Ihnen bewußt werden, daß auch für uns, so wie ich es gestern morgen in einem offenen Aufsätze, der zu unserer Ankunft in Köln geschrieben worden ist, las, mit dem Rheinlande ganz Deutschland besetzt ist, daß auch für uns im Rheinlande ganz Deutschland lebt und fühlt und hofft.

Die preußische Regierung hat es nicht bei Worten bewenden lassen, sondern sie hat unmittelbar nach der Rückkehr von ihrer Reise, die sie in die verschiedensten Teile des besetzten Gebietes führte, eine umfassende Denkschrift ausgearbeitet, die die Einrichtung einer Zentralstelle für Rheinlandfragen vorsah, und weiter u. a. in Aussicht stellte die Vereinheitlichung in der Auszahlung des Ersatzes für Besetzungsschäden in allen Besatzungszonen, die Unterbringung der ausgewiesenen Beamten öffentlicher Körperschaften, Zurückführung ausgewiesener Beamter, Besetzung vakanter Stellen, Ersatz der Hochwasserschäden, Einwirkung auf das Reich, Wohnungen für Besatzungsangehörige zu bauen und die Bevölkerung für Hergabe ihrer Einrichtungsgegenstände voll zu entschädigen, Entschädigung für Beschlagnahme von Heeresgut, Rücksicht auf die besondere Schädigung der Landwirtschaft, Schadloshaltung von Personen, die in Wahrung berechtigter Interessen bestraft worden sind, Regelung der Ein- und Ausfuhr, Beseitigung besonderer Aufschläge auf Lieferungen für das besetzte Gebiet, Besserung in der Kohlenzuweisung, Einrichtung internationaler Schiedsgerichte in wirtschaftlichen Streitfragen, bessere Gestaltung der wirtschaftlichen Lage durch Verhandlungen mit der Entente, Unterstützung deutscher Theater, Teuerungsvorschüsse für Lehrkräfte, Wahlrecht der Domkapitel.

Nicht alles was wir uns vorgenommen hatten, konnten wir verwirklichen, aber so weit die ungemein schwierigen Verhältnisse es gestatteten, sind wir den Rheinländern entgegengekommen und haben so mit dazu beigetragen, daß der Ruf „Los von Preußen“ verstummte und die Rheinprovinz Preußen und dem Reich erhalten geblieben ist. Das Hauptverdienst freilich gebührt der Bevölkerung der Rheinlande, die in ihrer überwiegenden Mehrheit in der Zeit der Not der preußischen und der deutschen Republik die Treue gehalten haben.

## Verfassungsfragen.

Die Deutsche Nationalversammlung hat das Grundgesetz für die deutsche Republik in verhältnismäßig kurzer Zeit geschaffen. Am 6. Februar 1919 hat sich das Parlament zu seiner ersten Sitzung versammelt, und nur wenige Monate später, am 11. August 1919, ist die Reichsverfassung in Kraft getreten.

Die preußische Verfassung dagegen ist erst am 30. November 1920 Gesetz geworden. Bis dahin galt das Gesetz zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen vom 20. März 1919, das die verfassungsgebende Landesversammlung in knapp einer Woche ohne besonders große Kämpfe verabschiedet hatte. Ueber die Forderung der Unabhängigen Sozialdemokraten, den Arbeiter- und Soldatenräten in Form einer mit dem Landtage gleichberechtigten Arbeiterkammer das Recht auf Mitwirkung in Gesetzgebung und Verwaltung einzuräumen, ging die Mehrheit ebenso zur Tagesordnung über wie über die Forderung der Rechtsparteien, die neben dem Reichspräsidenten einen besonderen preußischen Staatspräsidenten verlangten.

Daß die Republik Preußen erst mehr als zwei Jahre nach dem Zusammenbruch eine Verfassung erhalten hat, ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Zunächst mußte Preußen bei seiner besonderen Stellung innerhalb des Reichs erst die Gestaltung der Reichsverfassung abwarten, bevor es an die Schaffung einer eigenen Verfassung gehen konnte. Ferner bestanden über eine Reihe von grundsätzlichen Fragen zwischen den Koalitionsparteien Meinungsverschiedenheiten, deren Klärung längere Zeit in Anspruch nahm, und endlich erfuhr die Beratung des Verfassungsentwurfs, der am 24. Februar 1920 vom Staatsministerium beschlossen und am Tage darauf der Landesversammlung unterbreitet wurde, durch den Kapp-Putsch eine unliebsame Verzögerung. Die erste Lesung fand erst Ende April statt, und die Beratungen im Ausschuß zogen sich bis in den Oktober hinein.

Die Verfassung vom 30. November 1920 unterscheidet sich in wesentlichen Punkten von dem noch unter meinem Präsidium im Ministerium des Innern ausgearbeiteten Entwurf. Hiernach sollte die Berufung der Minister ebenso wie nach dem Gesetz zur vorläufigen Regelung der Staatsgewalt durch den Präsidenten des Landtags erfolgen, dem dadurch eine überragende Stellung eingeräumt wurde. Eine Mitwirkung des Volkes an der Gesetzgebung durch direkte Abstimmung war nicht vorgesehen. Die Frage, ob ähnlich wie die Reichsverfassung im Reichsrat ein Organ zur Mitwirkung an der Gesetzgebung vorsieht, auch in Preußen eine Art Staatsrat geschaffen werden solle, hatte die Regierung verneint und lediglich einen neben dem Landtag stehenden sogenannten Finanzrat vorgesehen, der bei Gesetzen von finanzieller Bedeutung mit zur Entscheidung berufen sein sollte. Seine Befugnisse waren äußerst beschränkt, auf seine Zusammensetzung sollte der Landtag einen weitgehenden Einfluß ausüben, und außerdem sollten ihm die nach Artikel 63 der Reichsverfassung von den Provinzialverwaltungen bestellten preußischen Mitglieder des Reichsrats angehören. Den Provinzen sollte also bis zu einem gewissen Grade ein Mitbestimmungsrecht gegeben werden. Eine Uebereinstimmung zwischen Finanzrat und Landtag zur Verabschiedung von Gesetzen war nach dem Entwurf nicht erforderlich. Das letzte Wort war vielmehr auch in Finanzfragen immer der Volksvertretung eingeräumt, bei deren Beschlüssen es sein Bewenden haben sollte, es sei denn, daß die Staatsregierung von dem Recht der Auflösung Gebrauch machte.

Der Entwurf wollte ferner den politischen Gemeinden und Gemeindeverbänden ausdrücklich das Recht der Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten durch die gesetzlich geregelte Aufsicht des Staates gewährleisten und die Selbstverwaltung durch besonderes Gesetz ausbauen. In wesentlichen Punkten, wie in der Frage der Einsetzung von Untersuchungsausschüssen und der Frage der Ministeranklage schloß er sich an die Reichsverfassung an.

Die Landesversammlung hat den Regierungsentwurf grundlegend abgeändert. Ausgehend von dem Gedanken, daß das Volk als der alleinige Träger der Staatsgewalt nicht vier Jahre lang durch den Landtag völlig ausgeschaltet werden darf, sondern daß es die Möglichkeit haben muß, auch während der Wahlperiode in besonders wichtigen Fragen selber die Entscheidung zu treffen und unter Umständen auch die Auflösung eines Par-

laments, das sich mit dem Volkswillen nicht mehr im Einklang befindet, herbeizuführen, hat sie das Volksbegehren und den Volksentscheid in die Verfassung eingefügt, gleichzeitig aber das Recht der unmittelbaren Volksentscheidung fest umgrenzt, um eine mißbräuchliche Anwendung dieses wichtigsten Volksrechts zu verhindern.

Gegenstand eingehender Erörterungen im Ausschuß war die Frage, ob neben dem Landtag noch ein zweiter selbständiger politischer Faktor zu schaffen sei; als solcher war ein Staatspräsident, eine Erste Kammer oder ein Staatsrat angeregt. Der Ausschuß hat sowohl einen Staatspräsidenten als auch eine Erste Kammer abgelehnt und sich für die Bildung eines Staatsrats entschieden. Ein preußischer Staatspräsident neben dem Reichspräsidenten wäre eine politische Unmöglichkeit, fortgesetzte Reibungen und unter Umständen gefährliche politische Gegensätze wären unvermeidbar und außerdem würde bei der beschränkten Zuständigkeit des preußischen Staates für einen Staatspräsidenten überhaupt kein ausreichendes Tätigkeitsfeld vorhanden sein. Eine Erste Kammer, welche nach den im Ausschuß gemachten Vorschlägen kommunalständisch und berufsständisch zusammengesetzt sein sollte, würde sich nach Ansicht der Mehrheit entweder zu einer neuen Auflage des alten Herrenhauses oder zu einem Räteparlament entwickeln. Der Ausschuß hat also die Funktionen des im Regierungsentwurf auf das finanzielle Gebiet beschränkten Finanzrates auf das gesamte Gebiet staatlicher Tätigkeit erweitert, seine Zusammensetzung anders geregelt und statt seiner einen Staatsrat geschaffen. Der Staatsrat soll nicht etwa eine Art Erste Kammer sein, sondern eine Vertretung der Provinzen bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Staates. Dem Verlangen der Provinzen nach einer stärkeren Mitwirkung bei der Lösung der staatlichen Aufgaben ist Rechnung getragen, die Provinzen sind, abgesehen davon, daß ihre Selbstverwaltungsbefugnisse wesentlich erweitert wurden, auch an der Zentralleitung des Staates beteiligt. Dem Staatsrat selbst stehen ähnliche, wenn auch beschränktere Befugnisse zu, wie dem Reichsrat im Reiche. Auf dem Gebiete der Gesetzgebung hat er ein aufschiebendes Veto in Gestalt des Einspruchs gegen die vom Landtag beschlossenen Gesetze. Der Einspruch hat zur Folge, daß das Gesetz dem Landtag zur nochmaligen Beschlußfassung vorgelegt werden muß. Findet es im Landtag eine Zweidrittelmehrheit, so gilt der Einspruch als erledigt. Ergibt sich

nur eine einfache Mehrheit, so gilt der Einspruch des Staatsrats, doch hat in diesem Falle der Landtag das Recht, einen Volksentscheid herbeizuführen. Der Staatsrat hat weiter das Recht der Gesetzesinitiative. Die Provinzen haben dadurch die Möglichkeit, ihrerseits mit Gesetzesvorschlägen an den Landtag heranzutreten. Vor Einbringung von Gesetzesvorlagen durch das Staatsministerium ist dem Staatsrat Gelegenheit zur gutachtlichen Äußerung zu geben. Auf dem Gebiete der Verwaltung hat er insofern ein Mitwirkungsrecht, als das Staatsministerium ihn über die Führung der Staatsgeschäfte auf dem laufenden zu erhalten sowie vor Erlaß von Ausführungsvorschriften zu Reichs- und Staatsgesetzen und vor Erlaß allgemeiner organisatorischer Anordnungen zu hören hat.

Die Auflösung des Landtages sollte nach dem Regierungsentwurf durch das Staatsministerium erfolgen. Nur wenn der Landtag einen Beschluß auf Entziehung des Vertrauens gefaßt hatte, sollte dem Ministerium dieses Recht nicht mehr zustehen. In der endgültigen Verfassung ist das Auflösungsrecht des Staatsministeriums als unvereinbar mit dem Rechte des Landtages, dem Staatsministerium jederzeit das Vertrauen zu entziehen, beseitigt. Die Auflösung des Landtags erfolgt durch eigenen Beschluß oder durch den Beschluß eines aus dem Ministerpräsidenten, dem Präsidenten des Landtags und dem Präsidenten des Staatsrats bestehenden Ausschusses oder durch Volksentscheid. Die Auflösung durch eigenen Beschluß bedarf der Zustimmung von mehr als der Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl. Die strittige Frage, ob auch dem Staatsrat das Recht, den Landtag aufzulösen, gegeben werden sollte, wurde verneint, da er dadurch über den Landtag gestellt worden wäre. Dagegen hat der Staatsrat das Recht erhalten, einen Volksentscheid über eine Landtagsauflösung herbeizuführen.

Lebhafte Erörterung rief die Frage hervor, wer den Ministerpräsidenten und auf dessen Vorschlag die übrigen Staatsminister zu ernennen habe. Ein Antrag des Unterausschusses, die Kabinettsbildung dem Präsidenten des Staatsrats zu übertragen, jedoch mit der Maßgabe, daß dieser von einer Körperschaft zu wählen sei, der außer den Mitgliedern des Staatsrats die gleiche Anzahl von Mitgliedern des Landtags angehört, die von den politischen Parteien des Landtags nach Verhältnis ihrer Stärke abgeordnet werden, lehnte der Vollausschuß mit der Begründung ab, daß dadurch der Staatspräsident höher gestellt

würde als der Landtagspräsident und übertrug entsprechend dem Regierungsentwurf die Kabinettbildung dem Landtagspräsidenten, dem eine ähnliche Stellung gegeben werden sollte, wie sie der englische Sprecher besitzt. Er sollte sich keiner Fraktion anschließen und an den Abstimmungen des Hauses und seiner Ausschüsse nicht teilnehmen dürfen. Die endgültige Verfassung hat auch diese Regelung verworfen. Der Landtag wählt ohne Aussprache den Ministerpräsidenten, und dieser ernannt die übrigen Staatsminister.

Eine große Rolle in den Beratungen über den Verfassungsentwurf spielte die Frage der Selbstverwaltung der Provinzen. Mit Mühe einigte man sich nach langwierigen Verhandlungen auf ein Kompromiß, das den Provinzen weitgehende Rechte einräumt, ohne das feste Gefüge des Staates zu zerstören. Die Provinzen verwalten nach Maßgabe des Gesetzes durch ihre eigenen Organe selbständig die ihnen gesetzlich obliegenden oder freiwillig von ihnen übernommenen eigenen Angelegenheiten (Selbstverwaltungsangelegenheiten) und als ausführende Organe des Staates die ihnen übertragenen staatlichen Angelegenheiten (Auftragsangelegenheiten).

Gleichzeitig sieht die Verfassung eine Erweiterung des Kreises der den Provinzen überwiesenen Aufgaben durch Gesetz vor und legt die Grundsätze für die Wahlen zu den Provinzial-, Kreis- und Gemeindevertretungen fest.

In dieser Form ist die preußische Verfassung gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien und der äußersten Linken Gesetz geworden. Im großen ganzen hat sie sich durchaus bewährt. Abänderungswünsche sind, wenn man von der sozialdemokratischen Forderung auf Beseitigung des Staatsrats absieht, so gut wie nicht laut geworden. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Republik Preußen es verstanden hat, auf Grund der Verfassung vom 30. November 1920 ihre eigenen Interessen zu wahren, ohne die des Reiches zu gefährden.

## Der Kapp-Putsch.

Ob es jemals möglich sein wird, eine aktenmäßige Darstellung des Kapp-Putsches zu geben, ist im höchsten Grade zweifelhaft. Die darüber in die Öffentlichkeit gelangten Mitteilungen sind so widersprechend, die Erbitterung in den Reihen der Republikaner und weit darüber hinaus über das verbrecherische Treiben einer gewissenlosen Clique hatte einen Grad angenommen, der jede Objektivität vermissen ließ. In völliger Unkenntnis der wirklichen Zusammenhänge wurden die heftigsten Angriffe auch gegen solche Männer gerichtet, die in den kritischen Tagen unbekümmert um die ihnen persönlich drohenden Gefahren mit im Vordertreffen des Kampfes gegen die Staatsstreichler gestanden haben.

Zu einer einigermaßen zutreffenden Beurteilung wird man kommen, wenn man sich zurückversetzt in jene Zeit der Gärung, wo die Regierung fortwährend heute von links, morgen von rechts an der ordnungsmäßigen Erledigung ihrer Aufgaben gehindert wurde. Was Noske<sup>1)</sup> von sich schreibt, daß er während der ganzen 1½ Jahre seit Ausbruch der Revolution fast täglich wie auf einer Granate gesessen hatte, die jeden Augenblick losgehen konnte, das trifft, wenn auch nicht in gleicher Schärfe, auf alle Mitglieder der Reichs- und Landesregierungen zu. Daß man ihn, Wolfgang Heine, Eugen Ernst und andere als Sündenböcke in die Wüste schickte, verurteile ich auch heute noch, aber der rasende See wollte seine Opfer haben, obwohl die Opfer, wenn von Schuld überhaupt die Rede sein kann, nicht mehr Schuld auf sich geladen hatten, als die übrigen Regierungsmitglieder.

Aus einem Bericht des Kommandos der Sicherheitspolizei (von Oldenburg) vom 22. März 1920 geht zweifelsfrei hervor, daß

---

<sup>1)</sup> Von Kiel bis Kapp, Berlin, Otto Stollberg-Verlag.



Polizeipräsident Ernst bei der Sicherheitspolizei



bei der Sicherheitspolizei und bei dem Reichswehr-Gruppenkommando I die Absicht des Generals von Lüttwitz, die Regierung in den nächsten Tagen gewaltsam zu stürzen, seit dem 2. März bekannt war, daß aber kein militärischer Führer und kein Führer der Rechtsparteien es für nötig befunden hatte, den Reichswehrminister oder den preußischen Minister des Innern rechtzeitig persönlich zu warnen, obwohl sie nach ihren eigenen Angaben über die Absicht des Herrn von Lüttwitz wenig erfreut waren und ihn von seinem Vorhaben abzubringen suchten. Man kann weiter als feststehend annehmen, daß die Reichsregierung mindestens seit dem Scheitern der Unterredung zwischen General von Lüttwitz und dem Reichspräsidenten am Abend des 10. März, in der von Lüttwitz aufs neue die von der Nationalversammlung abgelehnte Forderung auf frühere Anberaumung des Termins der Reichstagswahlen vertrat, von der Absicht eines militärischen Staatsstreichs unterrichtet war. Aber auch sie unterließ es, die preußische Regierung in Kenntnis zu setzen. Angesichts des Ernstes der Sachlage hätte sie, wie der frühere Minister Heine in einem Bericht vom 26. März mit Recht betont, sofort die Minister der beiden Kabinette versammeln und mit ihnen gemeinsam eine Einwirkung auf die Reichswehr und die Sicherheitspolizei versuchen müssen. Ob eine solche Einwirkung erfolgreich gewesen wäre, wage ich nicht zu entscheiden, aber der Versuch hätte jedenfalls unternommen werden müssen. Selbst am 12. März vormittags, als militärische Beratungen über einen etwaigen Widerstand stattfanden, hat das Reichswehrministerium und die übrigen Stellen der Reichsregierung die preußische Regierung noch nicht ins Vertrauen gezogen.

Dieses fehlende Hand in Hand arbeiten der beiden Regierungen hat sich als verhängnisvoll erwiesen. Wenn der Reichsminister des Innern, Dr. Koch, in einer Sitzung des Demokratischen Klubs vom 27. März 1920 die Ereignisse des 13. März auf das völlige Versagen des preußischen Ministeriums des Innern zurückführt, so hat er damit weit über das Ziel hinausgeschossen und ein durchaus einseitiges Urteil abgegeben. Gewiß hätten die Regierungen des Reichs und des Landes besser zusammenarbeiten müssen, aber die Schuld an der Unterlassungssünde trifft die preußische Regierung nicht. Sie war wohl über die der Republik von rechts drohende Gefahr im großen und ganzen unterrichtet, wichtige Einzelheiten jedoch waren ihr vorenthalten worden.

Noske erzählt, wie in der Nacht vom 12. zum 13. März seiner Aufforderung, zu den Truppen zu gehen und sie zum Kampfe zu führen, nur General Reinhard und Major Gilsa entsprechen wollten, während die übrigen Herren der Meinung waren, daß der Kampf zu einem fürchterlichen Blutbad führen und mit einer unvermeidlichen Niederlage der zu schwachen Berliner Truppen enden würde, und wie er daraufhin mit einem Gefühl tiefsten Ekels die Verhandlungen abgebrochen, dem Reichskanzler und den Reichspräsidenten angerufen und vorgeschlagen habe, das Kabinett zur Entscheidung zusammenzuberufen.

An dieser denkwürdigen Kabinettsitzung in der Nacht vom 12. zum 13. März haben auch die Mitglieder der preußischen Regierung teilgenommen. Mit Rücksicht auf die Ansichten der Militärs, daß die Aufnahme des Kampfes zweckloses Blutvergießen bedeute, da der Erfolg der Rebellen sicher sei, erhielt General Reinhard den Befehl, die Truppen zu entlassen. Der größte Teil der Mitglieder der Reichsregierung beschloß, um einer Verhaftung zu entgehen, die die Regierung aktionsunfähig gemacht hätte, Berlin zu verlassen. Ihnen schloß sich auf Drängen der Minister auch der Reichspräsident Ebert an, obwohl er für seine Person Wert darauf legte, in Berlin zu bleiben und diesen Standpunkt mit Nachdruck vertreten hatte. Von den preußischen Ministern folgte Otto Braun, aber auch er gegen seinen eigenen Wunsch, in der Hauptsache auf mein Drängen, weil ich zu zuverlässig darüber unterrichtet war, daß die Putschisten es in erster Linie auf ihn abgesehen hatten, der ihnen wegen seiner als Landwirtschaftsminister betriebenen Politik besonders verhaßt war.

Die übrigen Mitglieder der preußischen Regierung waren in Berlin zurückgeblieben. Noch in der gleichen Nacht fand unter meinem Vorsitz eine Sitzung im Staatsministerium statt, morgens 5½ Uhr wurden wir von den einrückenden Truppen vorläufig als verhaftet erklärt und durch Militär am Verlassen des Gebäudes verhindert. Nur der Finanzminister Dr. Südekum entging durch einen Zufall der Verhaftung, er benutzte diesen glücklichen Umstand, um sofort im Verein mit dem parlamentarischen Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern, Dr. Oskar Meyer, den Widerstand gegen die von Kapp proklamierte Absetzung der preußischen Regierung und die Auflösung der preußischen Landesversammlung zu organisieren.

Noch während wir in Haft saßen, beschlossen wir nachstehende Erklärung:

„Die Mitglieder der preußischen Regierung sind in ihr Amt berufen durch den Willen der Volksvertretung auf Grund der vorläufigen Verfassung. Nur durch Beschluß der Landesversammlung können sie von ihren Pflichten entbunden werden. Solange ein solcher Beschluß nicht vorliegt, sind sie die gesetzliche Regierung Preußens, auch wenn sie durch militärische Gewaltakte an der Ausübung des Amtes verhindert werden.“

Diese Erklärung wurde nicht nur zu den Akten des Staatsministeriums gegeben, sondern auch dem „diensttuenden Chef der Reichskanzlei“ übermittelt und durch den Pressedienst der verfassungsmäßigen Staatsregierung mit allen damals zur Verfügung stehenden Mitteln durch Aushang in Berlin und telegraphisch nach außerhalb verbreitet.

Wesentlich unterstützt wurden wir in unserem Widerstand durch die einstimmige Erklärung der preußischen Unterstaatssekretäre, daß sie die neuen Machthaber nicht anerkennen und nicht mit ihnen arbeiten würden. Da auch die Unterstaatssekretäre des Reichs sich dieser Erklärung anschlossen, war ein Funktionieren des Kapp'schen Regierungsapparates unmöglich gemacht worden.

Erst am Nachmittag des 14. März wurde die über uns verhängte Haft aufgehoben. Besonders streng war sie nicht. Vorübergehend schien man im Kapp'schen Lager unsere Existenz überhaupt vergessen zu haben. Man kümmerte sich so wenig um uns und ging so sorglos vor, daß man zwar die Telefonapparate im Staatsministerium militärisch besetzte, um uns von dem Verkehr mit der Außenwelt abzuschließen, aber einen Apparat übersah, so daß es mir möglich war, von dort aus die Verbindung mit dem Reichspräsidenten aufrechtzuerhalten und ihn von den Vorgängen in Berlin dauernd in Kenntnis zu setzen. Auch der Präsident der Landesversammlung, Robert Leinert, der sich in Hannover aufhielt, rief mich eines Tages an. Er war freudig überrascht, als er meine Stimme am Apparat vernahm, da er mich bereits tot geglaubt hatte. So unsinnige Gerüchte waren in der Provinz verbreitet.

Kennzeichnend für das absolut irre und haltlose politische Arbeiten der Kapp-Regierung ist die Tatsache, daß sie durch einen Mittelsmann den Minister Heine, während er noch in

Schutzhaft saß, bitten ließ, in das neu zu bildende Ministerium einzutreten. Daß Heine sich auf keinerlei derartige Verhandlungen einließ, bedarf keiner besonderen Betonung. Nach unserer Freilassung bat uns der General von Lüttwitz zu sich. Die meisten von uns leisteten der Aufforderung keine Folge, und diejenigen, die hingingen, taten es nur, um zu erklären, daß sie auf keinerlei Verhandlungen eingehen würden. Wiederholte direkte und indirekte Versuche, Mitglieder der preußischen Regierung zum Eintritt in ein neues Ministerium Kapp zu bewegen, begegneten schroffster Ablehnung. Die gelegentlich aufgestellte Behauptung, wir hätten mit der Kapp-Regierung verhandelt, ist absolut falsch. Ich persönlich habe überhaupt an keinen Verhandlungen teilgenommen und Südekum, dem besonders der Vorwurf gemacht wurde, mit den Kappisten verhandelt zu haben, ist im Verein mit dem Eisenbahnminister Oeser und dem demokratischen Abgeordneten Dominikus lediglich als Wortführer der großen Eisenbahnerverbände am 14. März bei Kapp und Lüttwitz gewesen, aber nicht um zu verhandeln, sondern um ihnen vor Augen zu führen, daß die Eisenbahner durch einen Generalstreik den Rücktritt der neuen Machthaber zu erzwingen entschlossen seien.

Unsere Tätigkeit in den Kapptagen erstreckte sich in der Hauptsache auf die Verhandlungen mit den Führern der Koalitionsparteien und mit den Gewerkschaften. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände hatten bereits am 13. März in einem Flugblatt alle Arbeiter, Angestellten und Beamten aufgefordert, zum einmütigen Protest gegen die Gewaltherrschaft überall sofort in den Generalstreik einzutreten. Dieser Parole wurde freudig Folge geleistet. Das Volk war entschlossen, die Rechte und Freiheiten, die es sich erkämpft hatte, bis zum äußersten zu verteidigen. Tatsächlich ist dann auch an dem geschlossenen Widerstand der Arbeiter der Anschlag der Reaktion gescheitert. Bereits am 17. März konnten wir folgende amtliche Nachricht über den Zusammenbruch der Militärdiktatur verbreiten:

„Mit dem heutigen Tage ist die Militärherrschaft, die eine kleine Schar in Berlin aufzurichten versucht hat, zusammengebrochen. Kapp und General von Lüttwitz sind von ihren angemaßten Aemtern zurückgetreten. Den Oberbefehl über die in Berlin stationierten Truppen hat auf Anordnung der Reichsregierung der General von Seeckt übernommen. Die

Sicherung der Reichshauptstadt übernehmen die der Regierung treugebliebenen Bestandteile der Sicherheitswehr. Die unter General von Lüttwitz einmarschierten Truppen werden schleunigst, und zwar spätestens bis Donnerstag abend aus Berlin herausgeführt. Alle Zeitungsbesetzungen, Telefenzensur und die sonstigen von der Militärdiktatur angeordneten Maßnahmen werden sofort aufgehoben.

An der einmütigen entschiedenen Abwehr von Arbeiterschaft und Bürgertum ist die Militärdiktatur zerschellt. Unser Volk wird die neu erkämpfte Freiheit für alle Zeit zu wahren wissen.“

Der Generalstreik war damit aber noch nicht beendet. Die drei Gruppen der wirtschaftlichen Arbeitnehmerverbände traten nun ihrerseits mit Forderungen hervor, von deren Bewilligung sie die Wiederaufnahme der Arbeit abhängig machten. Sie verlangten 1. einen entscheidenden Einfluß auf die Umgestaltung der Regierungen im Reich und den Ländern, sowie auf die Neuregelung der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzgebung; 2. die sofortige Entwaffnung und Bestrafung aller am Putsch beteiligten Truppen und Bestrafung aller Personen, die am Sturz der legalen Regierung beteiligt waren oder sich als Beamte des Reichs, der Länder oder Gemeinden ungesetzlichen Regierungen zur Verfügung gestellt hatten; 3. den sofortigen Rücktritt des Reichswehrministers Noske sowie der preußischen Minister Heine und Oeser; 4. gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltungen und Betriebsverwaltungen von allen reaktionären Persönlichkeiten, besonders solchen in leitenden Stellen, und deren Ersatz durch zuverlässige Kräfte, sowie Wiedereinstellung aller in öffentlichen Diensten gemäßregelten Organisationsvertreter; 5. schnellste Durchführung der Demokratisierung der Verwaltungen unter Zuziehung und Mitbestimmung der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten; 6. den sofortigen Ausbau der bestehenden und die Schaffung neuer Sozialgesetze, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten volle soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung gewährleisten, schleunige Einführung eines freiheitlichen Beamtenrechts; 7. die sofortige Sozialisierung des Bergbaus und der Kraftgewinnung, die Uebernahme des Kohlen- und Kalisyndikats durch das Reich; 8. die sofortige Vorlegung eines Enteignungsgesetzes gegen Grundbesitzer, die die verfügbaren Lebensmittel nicht abführen oder ihren Betrieb nicht im Interesse des Volks-

ganzen bewirtschaften, damit die produktiven Kräfte zur Gewinnung von Nahrungsmitteln restlos ausgenutzt werden; 9. die Auflösung aller konterrevolutionären militärischen Formationen und die Uebernahme des Sicherheitsdienstes durch die organisierte Arbeitnehmerschaft.

Die Verhandlungen, die die mit der Vertretung dieser Forderungen gewählte Kommission im preußischen Staatsministerium mit den Ministern und den Mitgliedern des interfraktionellen Ausschusses der Nationalversammlung am 18. März führte, kamen zu keinem Ergebnis. Es wurden verfassungsrechtliche und andere politische Bedenken gegen ihre Annahme geltend gemacht. Indes blieb der ernste Hinweis, daß die Anerkennung dieser Forderungen der einzige Weg sei, den Bürgerkrieg zu vermeiden, nicht ohne tiefen Eindruck. Die Sitzung wurde vertagt; in der neuen Verhandlung, die die ganze Nacht vom 19. zum 20. März von 7 Uhr abends bis morgens 5 Uhr dauerte, wurde schließlich eine Verständigung auf der Grundlage folgender Vereinbarungen erzielt:

1. Die anwesenden Vertreter der Regierungsparteien werden bei ihren Fraktionen dafür eintreten, daß bei der bevorstehenden Neubildung der Regierungen im Reich und in Preußen die Personenfrage von den Parteien nach Verständigung mit den am Generalstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gelöst und daß diesen Organisationen ein entscheidender Einfluß auf die Neuregelung der Wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetze eingeräumt wird, unter Wahrung der Rechte der Volksvertretung.

2. Sofortige Entwaffnung und Bestrafung aller am Putsch oder am Sturz der verfassungsmäßigen Regierungen Schuldigen sowie der Beamten, die sich ungesetzlichen Regierungen zur Verfügung gestellt haben.

3. Gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltungen und Betriebsverwaltungen von gegenrevolutionären Persönlichkeiten, besonders solchen in leitenden Stellen und ihren Ersatz durch zuverlässige Kräfte. Wiedereinstellung aller in öffentlichen Diensten aus politischen und gewerkschaftlichen Gründen gemäßregelten Organisationsvertreter.

4. Schnellste Durchführung der Verwaltungsreform auf demokratischer Grundlage unter Mitbestimmung auch der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

5. Sofortiger Ausbau der bestehenden und Schaffung neuer Sozialgesetze, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten volle soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung gewährleisten. Schleunige Einführung eines freiheitlichen Beamtenrechts.

6. Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Sozialisierungskommission, zu der Vertreter der Berufsverbände hinzuzuziehen sind. Die Einberufung der Sozialisierungskommission erfolgt sofort. Uebernahme des Kohlen- und des Kalisyndikats durch das Reich.

7. Auflösung aller der Verfassung nicht treugebliebenen konterrevolutionären militärischen Formationen und ihre Ersetzung durch Formationen aus den Kreisen der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten, ohne Zurücksetzung irgendeines Standes. Bei dieser Reorganisation bleiben erworbene Rechtsansprüche treugebliebener Truppen und Sicherheitswehren unangetastet.

8. Wirksame Erfassung, gegebenenfalls Enteignung der verfügbaren Lebensmittel und verstärkte Bekämpfung des Wuchers und Schiebertums in Stadt und Land. Sicherung der Erfüllung der Ablieferungsverpflichtung durch Gründung von Lieferungsverbänden und Verhängung fühlbarer Strafen bei böswilliger Verletzung der Verpflichtung.

Ferner erklärten sich die Vertreter der Regierungsparteien bereit, in ihren Fraktionen auf unverzügliche Aufhebung der über eine Reihe von Personen verhängten Schutzhaft zu dringen. Die übrigens völlig unbegründete Forderung des Rücktritts von Oeser wurde nicht wieder erhoben. Noske und Heine waren inzwischen freiwillig zurückgetreten.

Zu diesen Ergebnissen nahm eine Vertreterkonferenz der den Generalstreik führenden Verbände noch in frühester Morgenstunde des 20. März Stellung. Sie beschloß einstimmig:

Die Vertreterkonferenz der am Generalstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten erklärt, daß sie von den durch ihren Verhandlungsausschuß mit den Fraktionsvertretern der Regierungsparteien erzielten Vereinbarungen zwar nicht restlos befriedigt ist, ihnen aber gleichwohl zustimmt und hiermit den Generalstreik mit dem heutigen Tage als beendet erklärt.

Die anwesenden Vertreter des Zentralkomitees der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei erklärten sich zur Unterzeichnung dieses Beschlusses noch nicht für befugt. Darauf wurde der Beschluß nur mit den Unterschriften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände und des Deutschen Beamtenbundes bekanntgegeben. Versuche verantwortungsloser Elemente, den Generalstreik fortzuführen, waren damit von vornherein zum Scheitern verurteilt.

In vollem Umfange sind die Forderungen der Gewerkschaften auch heute noch nicht erfüllt. Man hatte eben ein Programm aufgestellt, ohne sich über seine Durchführbarkeit bis in alle seine Einzelheiten klar zu werden. Ein Zeichen, wie gespannt die Situation immer noch war.

Ich für meine Person hatte gleich bei Ausbruch des Kapp-Putsches den festen Entschluß gefaßt, von der Regierung zurückzutreten. Am 24. März machte ich diesen Vorsatz wahr. Ich schrieb dem Präsidenten der Landesversammlung, daß durch die Ereignisse des 13. März mit ihren Folgen die politischen Verhältnisse sich völlig geändert haben, daß damit auch die Voraussetzungen hinfällig geworden sind, unter denen ich mit der Leitung des preußischen Staatsministeriums betraut worden bin und daß ich, um ihm bei der Neubildung der Regierung freie Hand zu lassen, mein Amt in seine Hände zurücklege. Den gleichen Schritt taten die übrigen Mitglieder der Regierung. Damit war der Weg frei für die Bildung einer neuen Regierung, an deren Spitze der bisherige Landwirtschaftsminister Otto Braun trat und in der Lüdemann, als Nachfolger von Südekum das Finanzministerium, Severing als Nachfolger von Heine das Ministerium des Innern übernahm.

# Anlagen.

## **Rede des Ministerpräsidenten Hirsch zur Eröffnung der verfassungsgebenden Preussischen Landesversammlung, Donnerstag, den 13. März 1919.**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In ernster Zeit haben Sie sich zu schwerer Arbeit im Dienst unseres geliebten Vaterlandes und unseres schwergeprüften Volkes zusammengefunden. Namens der vorläufigen Regierung heiße ich Sie bei Beginn Ihrer Tätigkeit herzlich willkommen.

Schon allein durch Ihr bloßes Dasein und durch Ihre Zusammensetzung ist die verfassungsgebende Landesversammlung ein Sinnbild der ungeheuren politischen Umwälzung, die sich seit der letzten Tagung eines Preußenparlaments wie im Reich so auch in Preußen vollzogen hat. An die Stelle des Dreiklassenwahlrechts, das Jahrzehnte hindurch einigen bevorrechtigten Klassen die Herrschaft ausgeliefert hat, ist das demokratischste aller Wahlrechte getreten. Die politische Gleichheit, die eine verblendete und die Zeichen der Zeit nicht erkennende Schicht noch vor wenigen Monaten dem Volke vorenthalten zu können wähnte, ist zur Tatsache geworden, und keine Macht der Welt wird je imstande sein, die großen demokratischen Errungenschaften der Revolution zunichte zu machen.

Mit dem Dreiklassenwahlrecht ist zusammengebrochen der Klassenstaat und die Klassenherrschaft, zusammengebrochen, nicht um an Stelle der Herrschaft der einen Klasse die einer anderen zu setzen, (Na, na! rechts) sondern um Platz zu machen der Demokratie (Unruhe rechts), der Herrschaft des Volkes in des Wortes weitestem Sinne (Widerspruch rechts), des Volkes, das seine Ketten gesprengt hat und entschlossen ist, sein Geschick selbst in die Hand zu nehmen. (Große Unruhe und Zurufe.) Das alte Preußen ist für immer dahin. (Unruhe und Zurufe.) Ein neues Preußen ist im Werden. Und wie mancher auch wehmütig der Vergangenheit nachtrauert, das preußische Volk in seiner übergroßen Mehrheit bejaht die neue preussische Republik. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Das

preußische Volk will den Ausbau des Volksstaates, seines Staates. Diesen Wunsch und Auftrag des Volkes zu erfüllen, sind Sie hier versammelt.

Die vorläufige Regierung hat Ihnen nach besten Kräften vorgearbeitet und das Selbstbestimmungsrecht aller Staatsangehörigen hingebend und nachdrücklich geschützt. Ihnen, meine Damen und Herren, die Sie in Ihrer Zusammensetzung das oberste Organ des Selbstbestimmungsrechts aller Staatsangehörigen repräsentieren, steht die gewaltige Aufgabe bevor, aus den Trümmern des alten Junkerpreußen das neue Volkspreußen zu erbauen. Mögen Einsicht und Tatkraft Sie leiten, um Ihrer hohen Mission gerecht zu werden und im Einklang mit dem Willen des Volkes die neue Ordnung aufzurichten. Mögen Sie, getragen vom Vertrauen des Volkes, unbeirrt durch verbrecherischen Terror auf der einen, durch reaktionäre Gelüste auf der andern Seite, (Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Noske!) den richtigen Weg finden.

Die vorläufige Regierung, welche die Bildung einer verfassungsmäßigen, auf dem geordneten Ausdruck des Volkswillens beruhenden neuen Regierung in Ihre Hand legen wird, sobald Sie sich dazu in den Stand gesetzt haben werden, unterwirft sich nach vier schweren Monaten der Amtsführung mit ruhigem Gewissen dem Urteil des Volkes. (Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Aus Pflichtgefühl, nicht aus persönlichem Ehrgeiz haben wir bei dem allgemeinen Zusammenbruch die Staatsgeschäfte in die Hand genommen. Diesen Zusammenbruch haben nicht zuletzt die alten Machthaber Preußens mitverschuldet (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), die sich hartnäckig an längst überlebte, unhaltbare Vorrechte geklammert haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Worte der Osterbotschaft des Jahres 1917 waren bis zum 9. November 1918 noch immer nicht zur Tat geworden; noch immer bestand das elendeste aller Wahlsysteme, die schamloseste Herausforderung der schaffenden und leidenden Massen des Volkes, als die Novemberstürme mit einem Schlage das ganze rückschrittliche Regime, seine Träger und seine Nutznießer hinweglegten. Anderthalb Jahre lang hatte man gefeilscht und gemarktet, wieviel man dem Volke zurückgeben dürfe von dem Rechte, das mit ihm geboren ist. Längst hatten die breiten Massen den Glauben verloren, bei den alten Machthabern Preußens Gerechtigkeit zu finden. Wieder und wieder hatten wir Sozialdemokraten, und mit uns einsichtige Elemente des Bürgertums, sie vor der Katastrophe gewarnt, welche aus der Verhöhnung des Volkswillens mit Notwendigkeit erwachsen mußte. Alle Bitten, alle Mahnungen, alle Drohungen waren leider in den Wind gesprochen. Selbst als Preußens vorletzter Ministerpräsident Graf Hertling das alte Preußenparlament beschwor, es gehe um Thron und Dynastie, ließ es sich die notwendigsten Fortschritte nicht abringen. Vergeblich waren alle legalen Mittel versucht, und nun trat das ein, was der Dichter prophetisch vorausgesagt hat:

Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden,  
Wenn unerträglich wird die Last, greift er  
Hinauf getrosteten Mutes in den Himmel  
Und holt herunter seine ew'gen Rechte,  
Die droben hangen unveräußerlich  
Und unzerbrechlich wie die Sterne selbst.  
(Abgeordneter Adolf Hoffmann: Das merkt Euch!)

Jetzt stehen wir auf dem Boden der Novemberrevolution, einer Revolution, auf die wie auf keine andere das Wort des hervorragendsten Führers der Sozialdemokratie, August Bebel, zutrifft, daß nicht die Revolutionäre, sondern zu aller und jeder Zeit die Reaktionen die Revolution machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Den kraftlosen Händen der alten Machthaber entglitt das Staatssteuer. Der militärische Zusammenbruch hatte ihnen die moralische Kraft zum Widerstand genommen. So nahmen wir die herrenlose Staatsgewalt an uns, um das Chaos, die völlige Auflösung von Staat und Gesellschaft zu verhüten. (Zurufe rechts: Und jetzt?! ) Mit verzweifelter Kraftanstrengung haben wir gerungen, aus der Tiefe des Zusammenbruchs unser Volk wieder heranzuarbeiten an den Eingang zu einem neuen Aufstieg. (Zuruf rechts: Wer hat's dahin gebracht?! — Lebhaftes Zurufe links: Sie, Sie!) Durch die Klippen und Brandungen des sturmgepeitschten Revolutionsmeeres haben wir das Staatsschiff in das sichere Fahrwasser demokratischer Gesetzmäßigkeit zurückzusteuern versucht. (Lachen und Zurufe auf der äußersten Linken.) Ungeheuer schwer war die Aufgabe: das Staatsschiff trieb mit zerbrochenen Masten, beschädigtem Steuer und aussetzender Maschine im Wirbel der erregten Zeit. Der Feind stand tief im preußischen Lande. Nur auf kurze Fristen und unter immer härteren Bedingungen wurde der Waffenstillstand gewährt. Tag für Tag drohte neuer Einbruch der alliierten Heere auch in das rechtsrheinische Gebiet. Im Osten erhoben sich neue Gefahren: Polen, Tschechen und russische Bolschewistenhorden (Lachen und Hu, hu! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) bedrohten aufs schwerste unsere Ostprovinzen, die Kornkammern des Deutschen Reiches. Unter dem Druck des siegreichen Feindes wurden wir gezwungen, weite preußische Gebiete, darunter kerndeutsches Land der Provinz Posen, den Polen preiszugeben. Vergebens waren alle unsere Bemühungen, das Los unserer schwergeprüften Landsleute in Ost und West zu erleichtern.

Erhebliche Teile unseres Eisenbahnmaterials waren an den Feind abzuliefern. Der Mangel an Wagen und Lokomotiven brachte die Versorgung der Bevölkerung mit Kohlen und Lebensmitteln zum Stocken. Und im Innern, meine Damen und Herren: wilde Streikbewegungen unterbrachen fast ohne Aufhören den Fortgang und Wiederaufbau des wirtschaftlichen Lebens. (Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Viel zu wenig! — Stürmisches Hört, hört! und Pfui-rufe.) Eine gewalttätige, eine verbrecherische Minderheit bedrohte die Sicherheit des Staates

(lebhaft Zustimmung) und seiner Organe bald in Berlin, bald im Ruhrrevier, bald in Schlesien, bald in Ostpreußen, bald in Mitteldeutschland und erzeugte immer aufs Neue die Gefahr sofortiger Hungersnot, allgemeinen Massenelends. (Lebhaft Zustimmung.) Verwaltung, Rechtspflege, Schulwesen gerieten in Verwirrung. Wir sind dicht an den Abgrund restlosen wirtschaftlichen Zusammenbruchs gedrängt. Rettungslos stürzen wir in diesen Abgrund, wenn unser Volk sich nicht endlich auf seine Pflicht zur Arbeit besinnt. (Stürmische Zustimmung. — Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Und die Regierung auf den Sozialismus!) Und hat denn unser Volk vergessen, daß es bis zum Ausbruch des Krieges das arbeitsamste, das tüchtigste, das leistungsfähigste der Welt gewesen ist? (Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Bescheidenste!) Die Arbeiter- und Soldatenräte, die mit der Revolution geborenen Organe des Volkes, haben uns vielfache wertvolle Hilfe geleistet und in Tagen, da alles auseinanderzubrechen drohte, Ordnung gehalten und den Fortlauf des öffentlichen Lebens gesichert. Aber ihre Zusammenarbeit mit den alten Organen des Staates schuf unzählige Reibungen aller Art, und wir haben unser Bestes getan, diese neuen Gebilde wenigstens einigermaßen organisch in unser öffentliches Leben einzufügen.

Sie wissen, meine Damen und Herren, daß die Revolutionsregierung selbst im Anfang in ihrer Tatkraft dadurch gelähmt war, daß sie sich zu gleichen Teilen aus Anhängern beider sozialdemokratischer Parteien zusammensetzte, die verschiedenen nahen Zielen auf verschiedenen Wegen nachgingen.

Unter diesen Umständen, meine Damen und Herren, war die Lage der Revolutionsregierung wahrhaft niemals leicht. Nur Pflichtgefühl hielt uns im Dienste des Volkes an unserem Platz. In beispielloser schwerer Zeit haben wir nach bestem Wissen und Gewissen dem Wohle des Landes und des Volkes gedient. Ganz selbstverständlich mußte der ungeheure Zusammenbruch und Umsturz sich mit Schäden und Opfern vollziehen. In klarer Erkenntnis dessen, was wir dem Lande und dem Volke schuldig geblieben sind, sagen wir mit festem Selbstbewußtsein: wir waren es, die in dieser unglücklichen, kampfgedurchwühlten Zeit den vollständigen Zusammenbruch der staatlichen Ordnung und der wirtschaftlichen Existenzen verhindern konnten, und wir haben die schwere Last der Verantwortung getragen, die nicht unser Wille, sondern die Verhältnisse uns aufgebürdet hatten.

Mit Genugtuung begrüßen wir den Tag, da diese Verantwortung von uns auf Sie, auf die freigewählte Vertretung des ganzen Volkes, übergegangen ist. An Ihnen ist es nun, dem freien Preußen die neue dauernde Staatsform zu geben. Sie sollen Preußen aus einem der politisch rückständigsten zum freiheitlichsten und fortgeschrittensten Staat der Welt machen; Sie sollen die Abneigung gegen Preußen überwinden.

Große Aufgaben stehen Ihnen bevor. Sie haben aufzuräumen mit der Reaktion in der inneren Verwaltung. Sie haben

das Verkehrswesen und das Steuerwesen neu zu ordnen, die gewaltigen Probleme der Wohnungsfürsorge und der öffentlichen Gesundheitspflege zu lösen, unser ganzes Unterrichts- und Erziehungswesen auf moderne Grundlagen zu stellen. Die Wege zu den höchsten Stellen im staatlichen, im wirtschaftlichen, im kulturellen Leben waren bisher nur einer kleinen Zahl Bevorzugter offen. Das muß im neuen Preußen anders werden. Jeder geistigen Kraft, jedem Talent wird der Staat den Weg ebnen, um durch Fleiß und Leistungen zur vollen Auswirkung seiner Kräfte zu gelangen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Aufgabe, meine Damen und Herren, ist um so größer und schwerer, als auch wir noch mit Ungewißheiten zu rechnen haben; noch wissen wir nicht, wo Preußens künftige Grenzen laufen. Meine Damen und Herren, wir kennen keinen preußischen Partikularismus. Preußen ist bereit, aufzugehen im Reich, (Bravo! bei den Sozialdemokraten) in der Republik der politisch geeinten Nation, im deutschen Einheitsstaat. (Wiederholter Beifall.) Hörten die Gliedstaaten auf, dann könnte das ganze Reich nach Zweckmäßigkeit in neue Verwaltungsbezirke eingeteilt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten, im Zentrum und rechts.) Aber der denkbar ungeeignetste Weg zum deutschen Einheitsstaat wäre die Zerschlagung Preußens in leistungs- und lebensunfähige Zwerggebilde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten, im Zentrum und rechts.) Diese Aufteilung wäre für unsere Wirtschaft, unseren Verkehr und unsere Kulturpflege gleich verhängnisvoll. (Wiederholte Zustimmung.) Solange die süddeutschen Staaten und Deutsch-Oesterreich, dem wir zu seinem bevorstehenden Eintritt in die groß-deutsche Republik unseren herzlichsten Brudergruß zurufen, (Bravo!) selbständige Gliedstaaten bilden, solange muß auch Preußen als einheitlicher Gliedstaat bestehen bleiben. (Sehr richtig! und Bravo!) Der Fortschritt der deutschen Einheit liegt nicht in der Vermehrung der Einzelstaaten. Ein freies Preußen ist nicht mehr das Schreckgespenst aus vergangenen Tagen, dem man mit dem alten Schlagwort von dem gefährlichen Uebergewicht Preußens über Deutschland zu Leibe ging; gefährlich war für Deutschland nur das alte Preußen des Junkertums und der Reaktion. (Sehr richtig!) Das neue Preußen des freien Volkes soll ein Segen werden für das gesamte deutsche Vaterland. (Lebhafter Beifall.)

Noch wissen wir nicht, welche Befugnisse in Zukunft die einzelnen Gliedstaaten erhalten werden. Gern und freudig bringen wir jedes Opfer im Interesse der Reichseinheit.

Die verfassungsgebende Landesversammlung wird nicht all die großen und schweren Aufgaben lösen können; wohl aber wird sie die Methoden zu ihrer Lösung festzulegen haben. Große und schwere Arbeit harret Ihrer. Preußens beste Eigenschaften, Arbeitsamkeit und Pflichttreue, braucht auch das neue Deutschland zum Wiederaufbau. Die Kräfte müssen sich neu entfalten, nachdem die alten Fesseln

einengender Unfreiheit gefallen sind. Je freier und vollständiger der neue Preußenstaat alle wirkenden Kräfte des Preußenvolkes umfaßt und darstellt, desto gesicherter wird er gegen Losreißungs- und Absonderungsgelüste sein, desto fester jetzt gegründet werden wirklich auf die Liebe des freien Mannes. Preußens Aufgaben sind noch nicht erfüllt. Mit Gewalt hat es einst das Reich zusammengeschmiedet. Die Gewalt ist zusammengebrochen; mit dem Geist der Freiheit, der Ordnung und Arbeit soll es noch einmal der deutschen Nation und ihrer künftigen friedlichen Größe dienen. Das alte Preußen ist tot, es lebe das neue Preußen! (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen) In den Dienst des jungen preußischen Volksstaates wollen Sie Ihre ganze Kraft stellen. Zu diesem Werke wünscht Ihnen die preußische Regierung Glück und vollen Erfolg. (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.)

---

### **Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.**

Die Stellung der Religion in der Schule hat zu einer Reihe fast allgemein anerkannter Mißstände geführt, deren Beseitigung längst fällig und eine Ehrenpflicht eines freien und sozialistischen Staatswesens ist. Wir bemerken aber ausdrücklich, daß wir, indem wir die größten Uebel nunmehr ausrotten, dies nicht im Namen der Trennung von Kirche und Staat tun, deren Durchführung vielmehr noch zu treffender Entscheidung vorbehalten bleibt. Was wir heute bestimmen, ist noch kein Akt jener Trennung, sondern der einfachen Pflicht zur Redlichkeit und Sauberkeit und des selbstverständlichen Rechts jedes Menschen auf die Freiheit seiner Ueberzeugung und seines religiösen Bekenntnisses. Um jede Glaubens- und Gewissensvergewaltigung aus der Schule zu entfernen, ist es nötig, jeden Zwang zu religiösen Uebungen und Aeußerungen, auch zur stillschweigenden Beteiligung an ihnen, zu beseitigen.

Nur böser Wille könnte einen solchen im Namen der Religions- und Gewissensfreiheit geschehenden Schritt zu einer Beeinträchtigung der Religionsfreiheit umdeuten. Die unbedingte Freiheit der religiösen Ueberzeugung und Aeußerung ist uns ein heiliges Recht jedes Bürgers, auch des minderjährigen. Ebensowenig denken wir daran, die Freiheit des religiösen Bekenntnisses oder Kultus der verschiedenen Religionsgemeinschaften anzutasten. Nie aber dürfen von ihnen Zwangsmittel des Staates, also auch nicht die Schulpflicht der Kinder und das Dienstverhältnis der Lehrer in ihren Dienst gestellt werden. Die Schule gehört allen Bürgern in gleicher Weise, einerlei, welches Bekenntnisses sie sind oder ob sie jedes Bekenntnis ablehnen.

Die Folgen des bisherigen, innerlich unwahren und widerrechtlichen Zustandes reden für jeden Unbefangenen eine deutliche Sprache. Auf der einen Seite schwere Gewissenskonflikte vieler Lehrer, die sich verurteilt sehen, eine ihrem Gefühl und ihrer Erkennt-

nis widersprechende Lehre — obendrein eine, die dem wirklichen Fassungsvermögen der Kinder oft in keiner Weise entsprach — Tag für Tag an die Jugend heranzubringen; auf der andern Seite Gleichgültigkeit gegenüber einem durch die zwangsweise und äußerliche Behandlung entwerteten, an sich z. T. edlen Stoff. Wer es ehrlich mit der Religion meint, wer Vertrauen hat zu ihrer inneren Kraft, wem sie nicht bloß ein politisches Machtmittel ist, der mag sich empören gegen die ihr durch die zwangsweise Eintrichterung ange-tane Erniedrigung und uns Dank wissen, wenn wir im Bereich der Schule diesem Zustand ein Ende machen. Schon längst fordert das öffentliche Gewissen die Beseitigung dieses Restes eines vergangenen Zeitalters der Ketzerverfolgungen und Religionskriege, des Zeitalters, wo die Staatsgewalt, die heilige Freiheit der Seele mißachtend, mit äußeren Mitteln glaubte einen Glauben erzwingen, erhalten und verbreiten zu können und zu sollen. Für uns ist die Religion heilige und unanfaßbare Angelegenheit jedes einzelnen Herzens und derer, die sich in freier Geistesgemeinschaft zusammenfinden. Und wir glauben nicht, daß jemand, dem die Religion ein solches innerstes Erlebnis in der eigenen Seele und in der gleichgesinnten Gemein-schaft ist, das Bedürfnis hat, seinen Glauben durch irgendeinen Zwang anderen nahezubringen oder Gleichgültige und Widerwillige zum äußerlichen Mitmachen der ihm heiligen Gebräuche zu nötigen.

In diesem Sinne verordnen wir für sämtliche uns unterstellten Lehranstalten der Republik Preußen:

1. Das Schulgebet vor und nach dem Unterricht wird, wo es bisher noch üblich war, aufgehoben.
2. Eine Verpflichtung der Schüler seitens der Schule zum Besuch von Gottesdiensten oder anderen religiösen Veranstaltungen ist unzulässig. Auch hat die Schule keine gemeinsamen religiösen Feiern (z. B. Abendmahlsbesuche) zu veranstalten. Schulfeste dürfen keinen religiösen Charakter tragen.
3. Religionslehre ist kein Prüfungsfach.
4. Kein Lehrer ist zur Erteilung von Religionsunterricht oder zu irgendwelchen kirchlichen Verrichtungen verpflichtet, auch nicht zur Beaufsichtigung der Kinder beim Gottesdienst.
5. Kein Schüler ist zum Besuch des Religionsunterrichts ge-zwungen. Für Schüler unter 14 Jahre entscheiden die Er-ziehungsberechtigten, ob sie einen Religionsunterricht besuchen sollen, für Schüler über 14 Jahre gelten die allgemeinen Be-stimmungen über Religionsmündigkeit.
6. Es ist unzulässig, im Religionsunterricht der Schule häusliche Schularbeiten, insonderheit das Auswendiglernen von Katechis-musstücken, Bibelsprüchen, Geschichten und Kirchenliedern aufzugeben.

Zu Nr. 4 bemerken wir: Wenn durch die Weigerung eines Lehrers, den Religionsunterricht zu erteilen, Religionsstunden frei werden, so sind diese zunächst durch andere Verteilung des Unterrichts von einem anderen Lehrer zu übernehmen. Wenn dies unmöglich ist, steht es den Geistlichen des betreffenden Bekenntnisses frei, den Unterricht zu erteilen. Wo auch dies nicht geschieht, sind die frei-

werdenden Stunden mit geschichtlichem, erdkundlichem, naturkundlichem Unterricht oder mit Turnspielen auszufüllen.

Im übrigen betonen wir nochmals, daß unsere Verfügung nur den Schulunterricht betrifft, und daß dem kirchlichen Unterricht mit freiwilliger Beteiligung keine Beschränkungen auferlegt werden.

Die Provinzialschulkollegien und Regierungen werden angewiesen, diesen Erlaß ungesäumt sämtlichen ihnen unterstellten Lehranstalten mitzuteilen und erforderlichenfalls das Geeignete zu veranlassen.

Berlin, den 29. November 1918.

Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Konrad Haenisch.

An die Provinzialschulkollegien und Regierungen.

---

### **Programmatische Erklärung der auf Grund des Gesetzes zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preussen vom 20. März 1919 berufenen Regierung.**

(Verfassungsgebende Preußische Landesversammlung, 10. Sitzung  
vom 25. März 1919.)

Hirsch, Ministerpräsident: Meine Damen und Herren, vor wenigen Tagen hat die vorläufige Regierung, die durch die Revolution emporgetragen worden war, ihr Mandat in die Hände der verfassungsgebenden Landesversammlung gelegt. Nach den Grundsätzen der von Ihnen geschaffenen einstweiligen Verfassung ist nunmehr die neue Regierung gebildet worden.

Die Hauptaufgabe dieser ersten verfassungsmäßigen Regierung der Republik Preußen ist, (Zuruf von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei: Amnestie!) mit Ihrer Hilfe das Land auf dem Boden der Demokratie neuen, gesicherten Verhältnissen entgegenzuführen. Freiheit und Ordnung, das sind die Grundpfeiler, auf denen sich das neue Preußen aufzubauen hat. Aus dem alten Preußen, das für alle Zeiten dahin ist, wollen wir in die Zukunft das hinübernehmen, was gut an ihm war: den schlechten Geist ernster Pflichterfüllung und den Geist nüchterner Sachlichkeit.

Durch eine schwere Zeit muß unser Land hindurch. Das neue Preußen wird sich genau wie das alte wieder großtun müssen. Dazu kann es manche jener Eigenschaften nicht entbehren, die das alte Preußen groß gemacht haben: (hört, hört! rechts) andere jedoch, die mit dem Preußen der Vergangenheit verknüpft waren, staatliche Bevormundung, enges Kastenwesen und blinder Autoritätsglaube, haben in dem neuen Preußen keine Stätte. (Bravo! links).

Unabsehbar ist die Fülle der Aufgaben, die Ihrer und unserer harren. Sie zu bewältigen, muß die Regierung der treuen Mithilfe des ganzen Volkes gewiß sein. Aus der weltgeschichtlichen Tat-

sache der Revolution sind nunmehr die Folgerungen zu ziehen. Meine Damen und Herren, Sie werden von uns nicht erwarten, daß wir in dieser Stunde dem Hause das umfassende Reformprogramm, das wir uns gesetzt haben, im einzelnen darlegen; nur das, was uns als Forderung des Augenblicks vor Augen schwebt, mag Ihnen hier in Kürze dargelegt werden.

Mit den Organen des Reiches ist die preußische Regierung bestrebt, die Grenzen unseres Landes nach außen zu sichern und dem Lande im Innern den Frieden wiederzugeben. Wir sind für die Aufrechterhaltung des freien und unteilbaren Preußens, bis der deutsche Einheitsgedanke auf der ganzen Linie siegt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Vorarbeiten für eine demokratische Verwaltungsreform zugleich mit dem Ziele größerer Einheitlichkeit und Einfachheit sind in Angriff genommen. Der Landrat soll nicht mehr wie bisher vielfach der Beherrscher des Kreises und Vertreter einer Minderheit sein, er soll zum Freunde und Vertrauensmann der gesamten Einwohnerschaft werden (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Die Selbstverwaltung ist auszubauen. In die Verwaltung von Staat, Provinz und Gemeinde sollen die Tüchtigsten und Geeignetsten des ganzen Volkes Eingang finden ohne Rücksicht auf Herkunft und Glaube. In der Gemeinde, im Kreise und in der Provinz haben die gleichen demokratischen Grundrechte zu gelten, wie im Staat und Reich. (Bravo! links.) Willkürliche Schranken, die bisher einer gesunden Entwicklung mancher Großstädte entgegenstanden, müssen fallen. Das Ziel ist die Ablösung des Polizeistaates durch den freien Volksstaat. (Bravo! links.) Damit wird jener Geist der schroffen Kasteneinteilung schwinden, der bisher unsere Beamtschaft, wie überhaupt unsere Gesellschaft zerklüftete.

Die Bestrebungen der Selbstverwaltungskörper zur Kommunalisierung solcher Betriebe, die hierfür reif sind, insbesondere der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke sowie der Verkehrsunternehmungen werden von der Regierung gefördert werden.

Die Rechtspflege muß unter Aufrechterhaltung eines unabhängigen Richterstandes volkstümlich gestaltet werden.

Ein besonders wichtiges und ernstes Kapitel bilden unsere Finanzen. Der Krieg mit seinen wirtschaftlichen und politischen Folgen hat nicht nur die Staatsverwaltungsausgaben außerordentlich gesteigert, sondern die finanzielle Lage der Eisenbahnen und anderer wirtschaftlicher Staatsbetriebe in einem Maße verschlechtert, daß trotz der notwendig werdenden weiteren Erhöhung der Personen- und Gütertarife mit Ueberschüssen der Verkehrsverwaltungen in den nächsten Jahren nicht gerechnet werden kann. (Hört, hört! rechts und im Zentrum.) Die Deckung des Mehraufwandes der allgemeinen Verwaltung ist daher für das Jahr 1919 nur möglich mittels namhafter Erhöhungen der staatlichen Zuschläge zur Einkommen- und Vermögenssteuer. Damit wird die geplante und bereits in Vorbereitung befindliche organische Neuordnung dieser Steuern unter gerechterer und sozialerer Verteilung des Steuerdrucks noch

dringlicher als bisher. Mit ihr soll eine Loslösung der direkten Steuerverwaltung von der allgemeinen Verwaltung, zunächst in der Kreisinstanz, zur besseren Veranlagung sowie eine Verschärfung der Strafvorschriften zur Hebung der sinkenden Steuermoral verbunden werden.

Während mit der Einrichtung besonderer Steuerämter in den Kreisen schon jetzt im Verwaltungswege begonnen worden ist, kann die endgültige Regelung des materiellen Steuerrechts erst erfolgen, sobald sich übersehen läßt, in welchem Umfange einerseits das Reich eine Mitbeteiligung an den Staatssteuern beansprucht, und in welchem Maße es andererseits möglich ist, die Steuerverhältnisse der Gemeinden zu regeln und damit zugleich die großen Verschiedenheiten in der Höhe der Gemeindesteuern einigermaßen auszugleichen, sei es unter Erschließung neuer Einnahmen für die Gemeinden, sei es durch Uebernahme gewisser Gemeindelasten auf den Staat. Ohne solchen Ausgleich ist eine volle Ausnutzung der wichtigsten Steuerquellen für den Staat nicht möglich.

Den Beamten und Lehrern bleiben ihre Rechte gesichert. Das bewährte Berufsbeamtentum findet auch im neuen Staate seinen Platz und seine Anerkennung. Die leitenden politischen Beamten haben die Pflicht, die politischen Ziele der Staatsregierung zu unterstützen. Eine zeitgemäße Neuordnung der Bezüge der Beamten wird in Angriff genommen, sobald ein abschließender Ueberblick über die Finanzlage des Staates möglich ist. Bis dahin wird mit auskömmlichen Teuerungszulagen zu helfen sein.

Meine Damen und Herren, in dem verarmten Staate, der wir auf absehbare Zeit sein werden, gilt unsere Hauptsorge dem Nachwuchs, der es einmal besser haben soll. (Sehr gut!)

Schwere Wunden hat der Krieg, hat vor allem die Hungerblockade dem Volkskörper geschlagen. Hier Heilung zu bringen, die physische und sittliche Kraft des Volkes zu heben, bisher vernachlässigte Gebiete auszubauen, betrachtet die Regierung als eine so ernste Aufgabe, daß sie alle der Wohlfahrtspflege, insbesondere der Wohnungsreform und der öffentlichen Gesundheit dienenden Einrichtungen in einem neu zu begründenden Wohlfahrtsministerium zusammenfassen will. (Bravo!) Eine Vorlage hierüber wird der Landesversammlung alsbald zugehen.

Die Einrichtung des gesamten Schulwesens soll das Recht jedes Kindes ohne Unterschied des Geschlechts auf Bildung und Erziehung nach Maßgabe seiner Fähigkeiten und seines Bildungswillens ohne Rücksicht auf Vermögen, Stand und Glauben der Eltern gewährleisten. (Bravo!) Auf die gemeinsame Grundschule soll sich die weiterführende Schule aufbauen. Mit dem Abbau der Vorschule ist unverzüglich zu beginnen. Das Ziel ist die Einheitschule. (Bravo!) Die einleitenden Maßnahmen zu ihrer Verwirklichung werden alsbald getroffen werden.

Bis zur endgültigen Regelung durch ein Schulgesetz ist durch sofortige Abänderung des Schulunterhaltungsgesetzes den Ge-

meinden das uneingeschränkte Recht zu gewähren, Simultanschulen mit wahlfreiem konfessionellem Religionsunterricht einzuführen. (Bravo!)

Mit dem Einjährig-Freiwilligenvorrecht ist sofort aufzuräumen. (Bravo!)

Die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lernmittel ist alsbald durchzuführen. Besonders Begabten, soweit sie mittellos sind, ist für den Besuch höherer Lehranstalten jede mögliche Erleichterung zu gewähren.

Die öffentliche staatliche Schule steht über den politischen Parteien und religiösen Bekenntnissen. (Bravo!) In allen Schulen ist Lehrern und Schülern der Grundsatz unbedingter politischer und religiöser Duldsamkeit gewährleistet. (Bravo!)

Bis zur endgültigen Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche sowie die Stellung von Schule und Kirche zueinander ist der Religionsunterricht in allen Schulen für Lehrer und Schüler wahlfrei. Die Entscheidung über die Teilnahme an ihm haben bis zum Eintritt des religionsmündigen Alters die Eltern zu treffen, danach die Schüler selbst. Lehrer und Schüler dürfen außerhalb des Religionsunterrichts zu keinerlei Religionsübungen gezwungen werden. (Bravo!) Das bestehende Recht des Staates, allein das Recht der Schulaufsicht auszuüben, wird aufrechterhalten und restlos durchgeführt. (Bravo!) Die Schulaufsicht ist durch Fachleute auszuüben. Die Ortsschulaufsicht ist in jeder Form sofort zu beseitigen und die Schulleitung kollegial auszugestalten. (Bravo!)

Eine Reform der Lehrerbildung mit dem Ziel der Hochschulbildung wird in Aussicht gestellt. Bis zur endgültigen Regelung wird allen Lehrern die Universität geöffnet. (Bravo!)

Hand in Hand mit dem systematisch auszubauenden Fortbildungs- und Fachschulwesen auf den Gebieten der Landwirtschaft, des Handwerks, des Handels und des Gewerbes muß gehen die Ausweitung des geistigen Horizontes und Stärkung der Gemüts- und Verstandeskkräfte breiterer Volksschichten durch das Volkshochschulwesen, dessen Hebung sich die Regierung ganz besonders angelegen sein lassen wird. (Bravo!)

Auf unseren Hochschulen sollen auch solche Richtungen und Personen zur Geltung kommen, die bisher in den Schatten gebannt waren. (Bravo!) Wissenschaftliche Tüchtigkeit soll künftig allein entscheiden. (Bravo!) Das staatsrechtliche und finanzielle Verhältnis zwischen Staat und Kirche soll auf dem Wege der Vereinbarung und unter Vermeidung öffentlicher und persönlicher Schädigungen mit dem Endziel beiderseitiger Selbständigkeit neu geordnet werden. (Bravo!)

Die durch den Krieg herbeigeführten Veränderungen unseres Wirtschaftslebens und die Notwendigkeit, die Volksernährung dauernd zu sichern, verleihen der Landwirtschaft eine erhöhte Bedeutung für das Staatsganze. (Sehr richtig! recht.) Sie ist berufen, bei dem Wiederaufbau der Volkswirtschaft eine entscheidende Rolle zu spielen. (Sehr richtig! rechts.) Demnach ist es Aufgabe der Staatsregierung, die erforderlichen Maßnahmen zur Er-

zielung der größtmöglichen Mengen im Inland erzeugter Nahrungsmittel in die Wege zu leiten. (Sehr richtig!) Umfassende Bodenverbesserungen durch Meliorationen und Bodenkulturarbeiten aller Art, sowie Aufschließung aller zur landwirtschaftlichen Nutzung geeigneten Moor- und Oedlandflächen müssen schneller und umfassender als bisher durchgeführt werden.

Dringend geboten ist die Umgestaltung der Besitz- und Betriebsverhältnisse zur Schaffung von Wirtschaftseinheiten, die den höchsten Ertrag gewährleisten, erforderlichenfalls durch Anwendung des Vorkaufsrechts, der Enteignung und Aufteilung.

Die Privatforsten müssen grundsätzlich der Staatsaufsicht unterstellt werden. (Sehr richtig!)

Die systematische Siedelung zur Besserung der Wohnungs- und Wirtschaftsverhältnisse der Bauern und Arbeiter muß fortgesetzt und erheblich verstärkt werden. (Sehr richtig!)

Der sozialen Lage der Landbevölkerung muß mehr Aufmerksamkeit als bisher zugewendet werden, mit dem Ziel, auch ihr ihren Anteil an den Kulturgütern zu ermöglichen. (Bravo!)

Die Verkehrspolitik der Regierung wird von dem Grundsatz geleitet sein, daß die Vorteile moderner Ausgestaltung der Verkehrseinrichtungen dem werktätigen Volke zuzuwenden sind. (Sehr richtig!)

Das Eisenbahnwesen soll den Lebensbedürfnissen von Industrie und Landwirtschaft, von Handel und Gewerbe dienen, nicht minder den Lebensnotwendigkeiten der in diesen Erwerbszweigen tätigen Bevölkerung. (Sehr richtig!)

Für die Sorgen und Nöte der Eisenbahner hat die Volksregierung volles Verständnis, sie rechnet aber auch auf ihre Pflichttreue und Hingabe an den öffentlichen Dienst.

Den Wiederaufbau unserer Industrie wird die Regierung nach besten Kräften fördern. Er ist nicht denkbar ohne das Verbleiben der Bodenschätze des Saargebiets und Oberschlesiens im Staatsverband! (Lebhafter Beifall.)

Gewissenhaft wird die Staatsregierung bei der Durchführung der Sozialisierungsgesetze des Reiches mitwirken entsprechend den Befugnissen, die von diesem den Einzelstaaten zugewiesen werden.

Die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze ist durch sorgfältige Ueberwachung der gewerblichen Betriebe durch die Gewerbeaufsichtsbeamten unter Mitwirkung der Arbeiterorganisationen und der Arbeiterräte nach Maßgabe der Reichsgesetze sicherzustellen.

Die Gewerbeinspektion ist systematisch auszubauen.

Die Arbeitsvermittlung ist auszugestalten mit dem Ziele einer immer umfassenderen Beherrschung des Arbeitsmarktes.

Der Berufsberatung läßt die Regierung besondere Förderung zuteil werden.

Das schwer darniederliegende Handwerk soll durch Versorgung mit Rohstoffen, billigem Kredit und Aufträgen wieder aufgerichtet und ebenso wie der Kleinhandel durch Förderung seines genossenschaftlichen Zusammenschlusses gekräftigt werden. (Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, Vorbedingung für die Durchführung unseres Programms, für den freiheitlichen Ausbau unseres Staatswesens und die Erneuerung unserer Wirtschaft, sowie für jede soziale Reform sind: Arbeit, Ordnung, Achtung vor den vom Volke selbst gegebenen Gesetzen der demokratischen Republik! (Bravo!) Die Regierung wird deshalb mit allen Mitteln jeden Bruch der öffentlichen Ordnung verhindern, woher er auch kommen mag. (Bravo!) Sie rechnet hierbei auf die tatkräftige Unterstützung der Volksgenossen.

Unsere wärmste Fürsorge gilt allen, die unter der Aufrechterhaltung der Hungerblockade durch die Entente leiden, insbesondere den aufs schwerste geprüften Frauen und Kindern.

Möge bald der heißersehnte Friede das Ende dieser Leiden bringen, möge dieser Friede in Wahrheit ein Friede der Gerechtigkeit werden, ein dauernder Friede und nicht ein Waffenstillstand, der den Keim zu neuem Völkermorden in sich trägt! (Bravo!)

Die Regierung bittet die Landesversammlung um ihre tatkräftige und vertrauensvolle Mitarbeit. (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen — Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Amnestie!)

---

### **Aus der Etatsrede in der 82. Sitzung der verfassungsgebenden Landesversammlung vom 15. November 1919.**

... Die Arbeit der Regierung ist nach wie vor dadurch stark erschwert, daß von rechts und links gegen sie Sturm gelaufen wird. Gestatten Sie mir, daß ich mich zunächst über die Taktik und Politik der äußersten Rechten äußere und daß ich da folgendes vorausschicke.

Vor einigen Wochen hat der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei an dieser Stelle ein großzügig angelegtes Programm entworfen, das ihm geeignet schien, die Wiederherstellung der Ordnung in Preußen zu beschleunigen. Es mußte den Anschein erwecken, als ob die Darlegung dieses Programms ein Zeichen dafür sein soll, daß die Deutschnationalen aus ihrem Schmollwinkel, aus unfruchtbarer Opposition herausgehen und sich der Regierung zur Mitarbeit zur Verfügung stellen wollen. Ich glaube auch, daß Herrn Hergt, der sehr wohl einsieht, daß wir uns in dieser Situation nicht den Luxus zweier Oppositionsparteien rechts neben denen von links erlauben können, eine solche Absicht nicht vollkommen ferngelegen hat. Aber das Echo, das seine Rede in der konservativen Presse und auf den Tagungen der verschiedenen Verbände der Partei fand, zeigte,

wie irrig die von den bürgerlichen Zeitungen geäußerte Ansicht war, daß ein Einlenken der Deutschnationalen in eine Aera positiver Mitarbeit bevorstände. Herr Hergt wurde auf dem Berliner Parteitage in brüsker Weise desavouiert, in einer Weise, die nur zu deutlich an die Abkanzlung des greisen Adolf Wagner erinnerte, der sich auch einmal erlaubt hatte, anderer Meinung als die Masse der konservativen Partei zu sein, weil er ihr an staatsmännisches Denken und an Erkenntnis politischer Notwendigkeiten wie stets auch damals turmhoch überlegen war. Man darf allerdings nicht verkennen, daß es auch in der Deutschnationalen Volkspartei zwei voneinander ziemlich stark abweichende Strömungen gibt. Vorderhand hat die laute und energische Agitation der Kreise, die das Abrücken von dem Hergtschen Ordnungsprogramm durchgesetzt haben, die Oberhand. (Heiterkeit rechts.) Sie scheinen die Verhandlungen Ihrer eigenen Parteitage nicht zu kennen, (Erneute Heiterkeit rechts) und Sie scheinen Ihre eigene Parteipresse nicht zu lesen. Aber es ist doch wohl eine beträchtliche Anzahl von Männern innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei vorhanden, die durchaus einsieht, daß die jetzige offizielle Politik der Deutschnationalen dem Volke und dem Staate viele dringend benötigten Kräfte entzieht. Es würde durchaus gegen das Gebot politischer Gerechtigkeit verstoßen, wollte ich leugnen, daß in den Kreisen um die Deutschnationale Volkspartei herum und in ihr viele Männer stehen, die kraft ihrer Vorbildung, verwaltungstechnischen Schulung und ihres starken Staatsgefühls bei der für den Aufbau des neuen Preußens zu vollbringenden Arbeit wertvolle Arbeit leisten können. Der größte Teil der alten Beamten, der ja vielfach politisch der äußersten Rechten nahesteht, arbeitet trotz der veränderten politischen Verhältnisse weiter, weil er einsieht, daß positive Arbeit zu leisten heute die erste Pflicht eines jeden Staatsbürgers ist, (sehr richtig! rechts) und daß jeder sie dort zu vollbringen hat, wohin ihn Vorbildung und Befähigung gestellt haben.

Das gleiche gilt auch von demjenigen Teil des Offizierkorps, der sich zur Verfügung gestellt hat, um zusammen mit verdienstvollen neuen Offizieren, die aus dem Mannschaftsstande hervorgegangen sind, den Unterbau unserer Reichswehr und unserer Sicherheitspolizei abzugeben. Das Vorbild dieser Männer sollte den sich in der Rolle einer lärmenden Opposition gefallenden Wortführern des radikalen Flügels der Deutschnationalen zeigen, wie man heute vaterländische Arbeit leisten kann, ohne doch Verrat an seiner politischen Ueberzeugung zu begehen. (Sehr wahr! bei der Sozialdemokratischen Partei.) Es war spaßhaft zu sehen, wie die Deutsche Tageszeitung, die zuerst in einem auffällig vernünftigen Artikel durchblicken ließ, daß ihre Partei zu einer die „Oppositionsaufgaben zeitweilig zurückstellenden Mitarbeit bei der Wiederherstellung von Arbeit und Ordnung in Deutschland bereit sein wolle, wenn eine geeignete Grundlage dafür geschaffen würde“, ein paar Tage später schon, als die Deutschnationale Volkspartei Herrn Hergt die kalte Schulter zeigte, schleunigst Angst vor ihrer eigenen Courage bekam und sich zu erklären beeilte, daß das, was sie vorher

gesagt hätte, nur auf eine „akademische Erörterung“ hinaus gekommen sei. (Hört, hört! bei der Sozialdemokratischen Partei.) Wenn man sich erinnert, wie übereinstimmend ihr erster Artikel, überdies im Zusammenhang mit der Hergtschen Rede, als ballon d'essay für die Anbahnung von engeren Beziehungen zur Regierung in der übrigen Presse gedeutet worden ist, so muß die Schnelligkeit des Rückzuges doppelt grotesk wirken. (Sehr wahr! bei der Sozialdemokratischen Partei.)

Die rechtsstehende Presse hat in der Zeit vor dem Kriege ständig in schärfster Form darauf hingewiesen, wie schädlich und gefährlich die sozialdemokratische Partei schon deshalb sei, weil sie grundsätzlich in der Opposition stehe und alle Kräfte, die in ihr und hinter ihr ständen, der Mitarbeit an Reich und Staat entzöge. Und doch hatte damals diese Opposition ihre Berechtigung, (Zuruf von der Deutschnationalen Volkspartei: Heute nicht?) — heute nicht! — damals, in einer Zeit, wo das persönliche Regiment bekämpft werden mußte und wo eine konkrete Mitarbeit an Gesetzgebung und Verwaltung schon deshalb für die Sozialdemokratie so erschwert war, weil alle Stellen im Verwaltungsdienst vom ersten Diplomaten herunter bis zum letzten Kanzleidiener nach Möglichkeit nur mit Leuten besetzt wurden, die nicht im Verdacht standen, sich den Luxus einer freiheitlichen eigenen Meinung zu leisten. (Sehr wahr! bei der Sozialdemokratischen Partei.) Heute liegen die Dinge wesentlich anders. Wir sind ein nach fünfjähriger übermenschlicher Kraftanstrengung in schmerzhafter Nervenreaktion zusammengebrochenes Volk, dessen wirtschaftliche und politische Lage so schwierig ist, daß auf die Mitarbeit keiner Klasse, keiner Berufsgruppe, keiner Partei verzichtet werden kann, wenn der Wiederaufbau gelingen soll.

Was tun aber unsere Deutschnationalen? Genau dasselbe was sie früher der Sozialdemokratie vorwarfen. (Sehr wahr! bei der Sozialdemokratischen Partei.) Die „Deutsche Zeitung“, der Haupt-rufer im Kampfe gegen eine Mitarbeit, schrieb im Anschluß an die Rede des Abgeordneten Hergt und an den ersten verhältnismäßig versöhnlich gehaltenen Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit:

„Wir möchten dazu grundsätzlich erklären: Die Deutschnationale Volkspartei hat in dem Augenblick ihre Daseinsberechtigung verloren, in dem sie durch Mitarbeit das jetzige System zu halten versucht.“

(Hört, hört! bei der Sozialdemokratischen Partei.) Meine Damen und Herren, in logischer Konsequenz dieses Satzes kann ich nur sagen, daß dann die Deutschnationale Volkspartei schon jetzt ihre Daseinsberechtigung verloren hat. (Sehr gut! bei der Sozialdemokratischen Partei.) Das jetzige System, die Vereinigung der drei größten Parteien, stellt die überwiegende Mehrheit des preußischen und des deutschen Volkes dar. Eine grundlegend andere Konstellation ist nicht denkbar. Ein jeder Versuch der äußersten Linken, die Herrschaft an sich zu reißen, würde schon an der Unfähigkeit ihrer Führer zu jeder Realpolitik, (Heiterkeit) selbst wenn

er äußerlich gelingen sollte, nach kurzer Zeit innerlich scheitern, und gegen das Beginnen, uns wieder ein reaktionäres, ein monarchisches Regime aufzuzwingen, würde sich die gewaltige Masse des Volkes mit einer Leidenschaft und einer Erbitterung wehren, die angesichts der Erfahrungen der letzten Jahre und Jahrzehnte nur zu erklärlich ist, (sehr wahr! bei der Sozialdemokratischen Partei — Zurufe von der Deutschnationalen Volkspartei) mit einer Leidenschaft und Erbitterung, die die Herren auf der äußersten Rechten in ihrer mangelnden Kenntnis der Volksseele wohl noch unterschätzen, sonst würden sie sich heute schon darüber klar sein, daß ihre unentwegten und von der Regierung selbstverständlich mit größter Aufmerksamkeit beobachteten Versuche, durch emsige Wühlarbeit einen Umsturz in ihrem Sinne vorzubereiten, von vornherein zum Scheitern verurteilt sind.

Eine Partei, die grundsätzlich einer Regierung, die die Mehrheit des Volkes hinter sich hat, und die daher allein imstande ist, das Volk wieder aufwärtsweisenden Straßen zu führen, jede Mitarbeit verweigert, besitzt eben in unserer Zeit keine Daseinsberechtigung. Wenn sie andauernd in der schärfsten Weise kritisiert, sich aber nicht bereit erklärt, an Stelle der zersetzenden und fruchtlosen Kritik wirklich einmal gangbare Vorschläge dafür zu geben, wie man es besser machen soll, wenn sie, wo wirklich einmal ein Ansatz zu solchen Vorschlägen aus ihrer Mitte gemacht wird, sofort mit Entrüstungsgeschrei von dem Urheber abbrückt, so muß ich sagen, daß sie kein Recht zu solcher Kritik besitzt. (Sehr richtig! links.) Nur wer mitarbeitet, nur wer selbst sich müht und schafft, um die furchtbare Last dieser Zeit für unser Volk zu mindern, nur der hat auch das gute Recht, Kritik da anzulegen, wo seiner Meinung nach falsche Mittel angewendet werden.

Diese Mitarbeit hat uns die Deutschnationale Volkspartei bisher verweigert und wird sie uns in nächster Zukunft, wie uns mit aller Deutlichkeit gesagt wird, auch weiterhin nicht leisten. Statt dessen setzt sie ihre ganze Tätigkeit für eine nicht nur negative, sondern im höchsten Grade schädliche staats- und volksfeindliche Politik ein. (Sehr richtig! links.)

Deutschnationale Volksparteiler sind es, die insbesondere auf dem flachen Lande in emsiger Arbeit die Landwirte und Bauern zur Obstruktion und zum Widerstande gegen die zur Sicherung der elementarsten Lebensbedürfnisse des Volkes erlassenen Bestimmungen aufzureizen suchen. (Sehr richtig! bei der Sozialdemokratischen Partei.)

Deutschnationale Volksparteiler sind es, die in die Reichswehr die monarchistische Propaganda hineinragen, (sehr wahr!) die die politischen Gegensätze innerhalb der Studentenschaft auf das Unerträglichste verschärfen (sehr richtig! bei der Deutschen Demokratischen Partei) und daran schuld sind, wenn heute an vielen unserer Universitäten, Hochschulen und höheren Lehranstalten, nicht nur bei einem großen Teil der Lehrerschaft, sondern auch schon bei einem

erheblichen Teil der akademischen Jugend und der Schuljugend ein künstlich erzeugter reaktionärer Geist herrscht, der auf das Schärfste mit dem wahren Wesen einer gesunden Jugend kontrastiert, der widernatürlich ist, und der für die Zukunft zu den schwersten Befürchtungen Anlaß gibt. (Sehr richtig! links — Lachen rechts.)

Und ein weiteres, meine Damen und Herren! Früher, als die sozialdemokratische Presse im schärfsten Gegensatz zur absolutistischen Politik des letzten Hohenzollernkaisers stand, als zeitweilig der Kampf der politischen Meinungen ungemein scharf und stürmisch war, hat doch immer die regierungsfeindliche Presse in ihrer Polemik sich eines Tones bedient, wie ihn das Ansehen der deutschen Presse in der Welt erforderte. (Zuruf rechts: Donnerwetter! — Lachen rechts. — Zuruf rechts: Das ist aber neu!) — Jawohl, meine Herren von der Rechten! Mit wenigen Ausnahmen war das der Fall. Aber was damals die Ausnahme war, ist heute die Regel geworden. (Sehr wahr! links.) Die Polemik der rechtsstehenden Presse gegen die Regierung ist heute auf einen Ton eingestellt, von dem hier einmal offen und deutlich gesagt werden muß, daß er der deutschen Presse unwürdig ist. (Sehr wahr! links. — Heiterkeit rechts.) Auch früher bekämpfte man den Gegner scharf, aber man befandete in ihm die Weltanschauung, die er vertrat, und war sich darüber klar, daß auch im anderen Lager ehrliche Männer ständen. Heute scheinen die Artikelschreiber in der deutschnationalen Presse sich überhaupt nicht mehr an den Gedanken gewöhnen zu können, daß der Gegner, den sie zur Strecke bringen wollen, auch etwas anderes als ein Schurke sein könnte. Wo finden wir in den täglich haßerfüllter werdenden Angriffen der „Deutschen Zeitung“ und der ihr geistesverwandten Presse, in den Wochenschriften und in den sogenannten Witzblättern nach dem Muster des zur Unterstützung der Politik der Rechten gegründeten „Phosphor“, in denen ein unglaublich rüder Ton und die denkbar geschmacklosesten Karikaturen den Mangel an Geist und Witz nur kümmerlich verdecken können, auch nur den Versuch zum Verstehenwollen der Motive des politischen Gegners und insbesondere der Regierungshandlungen? (Sehr richtig! bei der Sozialdemokratischen Partei.) Stets wird mit dem Knüttel dreingeschlagen, alle Handlungen der Regierung, mögen sie bezwecken, was sie wollen, mag ihre Notwendigkeit noch so klar zutage liegen, werden lediglich auf Unfähigkeit, Dummheit oder Schurkerei zurückgeführt. Den Minister, meine Damen und Herren, möchte ich sehen, der nicht schon als Lügner, Volksbetrüger in den Blättern beschimpft ist, dem nicht diese oder jene erfundenen Details aus seinem Privatleben vorgeworfen sind! Und ich muß es hier sagen, daß, wenn dieser widerwärtige Kampf, der das Ansehen Deutschlands im höchsten Grade schädigt, in dieser Weise weitergeht, die politischen Instinkte des Volkes unheilbar verrohen. (Sehr wahr! bei der Sozialdemokratischen Partei — Zurufe rechts.) Außerdem aber muß, wenn jede Achtung vor dem Gegner dahinschwindet und ein Teil des Volkes den andern fortwährend als Lügner und Lump bezeichnet, die Kluft zwischen

den einzelnen Gruppen der Bevölkerung so groß werden, daß sie in Generationen nicht mehr zu überbrücken ist. (Sehr richtig! bei der Sozialdemokratischen Partei und der Deutschen Demokratischen Partei.)

Ich weiß wohl, daß nicht nur innerhalb der Mauern der Rechten gesündigt wird. (Aha! rechts.) Oft genug ist es ja von Mitgliedern der Regierung und von der bürgerlichen und der mehrheitssozialistischen Presse festgenagelt worden, wie überaus anfechtbar die journalistische Arbeit und wie abschreckend roh die Sprache eines großen Teils der Presse der linksradikalen Partei ist. Aber wenn ich der Wahrheit die Ehre geben soll, so muß ich doch bekennen, daß heute eine ganze Anzahl von Blättern, die sich mit Stolz „National“ nennen, sich in bezug auf journalistische Geschmacklosigkeit von Blättern wie der „Freiheit“ und der „Leipziger Volkszeitung“ auch nicht um einen Deut unterscheiden. (Sehr richtig! bei der Sozialdemokratischen Partei. — Lachen bei der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.) Man kann hoffen, daß endlich einmal auch das robusteste Leserpublikum es überdrüssig wird, sich in einer Zeit, wo Wichtigeres zu tun ist, mit phrasenhaftem Schimpfen und Verleumdungen der politisch anders denkenden Volkskreise tagaus tagein füttern zu lassen, und daß die im Volke sich allmählich durchsetzende Erkenntnis von der Notwendigkeit einer versöhnlicheren inneren Politik jene Blätter schließlich wider ihren Willen zu einer Aenderung ihrer Taktik zwingen wird. Eine ruhige Aufwärtsentwicklung ist jedenfalls nur in einem Volke möglich, dessen politische Publizistik es nicht verlernt hat, auch in dem Gegner den ehrlich Überzeugten und das Beste des Volkes wollenden Mann zu erblicken.

Meine Damen und Herren, in engster organischer Verbindung mit der monarchistischen und gegenrevolutionären Propaganda der Rechten steht die antisemitische Hetze, (Aha! rechts) die heute einen Umfang erreicht hat, daß keine Regierung, stehe sie an sich zur Judenfrage innerlich, wie sie wolle, ihr gegenüber — (Zuruf — Große Heiterkeit rechts) — Sie werden nicht erwarten, daß ich auf solche geschmacklosen Zwischenrufe antworte. Ich weiß nicht, von wem der Zwischenruf ausgeht. Der Herr wollte aber damit offenbar sagen, daß er zu denjenigen Männern gehört, die ich vorhin als Schädiger des Vaterlandes charakterisiert habe. (Sehr gut! bei der Sozialdemokratischen Partei. — Abgeordneter v. Kardorff: Der Zuruf kam von der Regierungspartei.) — Wenn er von Herrn Heß kam, dann gilt das, was ich eben gesagt habe, für Herrn Heß. (Pfuirufe und lebhaftes Unruhe.)

Präsident Leinert (den Redner unterbrechend): Ich bitte um Ruhe.

Hirsch, Ministerpräsident (fortfahrend): Ich bin aber überzeugt, daß seine Fraktion sein Verhalten nicht billigt. (Zurufe: Na, na! Abwarten!) Ich sage also, daß die antisemitische Hetze heute einen Umfang erreicht hat, daß keine Regierung, stehe sie innerlich zur Judenfrage, wie sie wolle, ihr gegenüber sich untätig verhalten darf, vorausgesetzt, daß sie die Aufrechterhaltung der öffentlichen

Ruhe und Ordnung gewährleisten will. Ich brauche Ihnen diese enge, organische Verbindung nicht erst damit zu belegen, daß an vielen Orten — ich nenne nur die Namen des Herrn Dr. Silber in Frankfurt am Main und des Herrn Rittmeisters v. Rammin — die leitenden Persönlichkeiten der Deutschnationalen Volkspartei zugleich auch Vorstandsmitglieder oder Ortsgruppenvorsitzende des Ausschusses für Volksaufklärung oder des Deutschen Schutz- und Trutzbundes sind. Niemand, der die rechtsstehende Presse verfolgt, kann es verborgen bleiben, daß man gerade hier in der denkbar schärfsten und aufreizendsten Weise tagein, tagaus die Gegensätze zwischen den jüdischen und den nichtjüdischen Staatsbürgern zu verschärfen sucht....

Ich verlasse damit das, was ich über die Herren auf der Rechten und die Antisemiten zu sagen habe und wende mich der äußersten Linken zu.

Genau so, wie bei der rechtsstehenden Presse war bisher die ganze Taktik und Politik auch der linksradikalen Gruppen in äußerster Konsequenz darauf eingestellt, die Autorität der Regierung zu erschüttern und die Arbeitermassen glauben zu machen, daß die Männer, die in der Regierung sitzen, und die selbst aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen sind, ihre sozialistischen Ideale verraten haben (sehr richtig! bei der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. — Widerspruch bei der Sozialdemokratischen Partei) und heute sogar die berechtigten Bestrebungen des Proletariats, sich durch legale wirtschaftliche Kämpfe bessere Lebensbedingungen zu erringen, befehden. Ich glaube, ich brauche es an dieser Stelle nicht erst noch einmal mit aller Entschiedenheit zu betonen, daß wir sozialdemokratischen Minister, und ich darf wohl sagen, darüber hinaus auch die übrigen Mitglieder der Staatsregierung das wirtschaftliche Streikrecht der Arbeiterschaft nicht antasten lassen werden. (Zustimmung bei der Sozialdemokratischen Partei.) Es kann keinen Zweifel mehr darüber geben, daß, solange der Arbeitnehmer, der Mensch, der nichts als seine „Arbeitskraft“ besitzt, als der wirtschaftlich Schwächere dem Unternehmer gegenüber steht, ihm das Recht verbleiben muß, durch Zusammenschluß und gemeinsames Handeln die Schwäche seiner Position gegenüber dem Arbeitgeber auszugleichen, und zwar insbesondere da, wo ihm freiwillig nicht die Entlohnung und die sonstigen Arbeitsbedingungen zugestanden werden, die wir in einem Zeitalter für notwendig halten, wo der Arbeiter nicht mehr Lohnsklave sein soll, nicht mehr ein durch staatliche Zurücksetzung und behördliche Bevormundung verbitterter Gegner der gegenwärtigen Staatsform, sondern ein an ihrem freien Ausbau freudig mitschaffender Vollbürger.

Mit derselben Entschiedenheit, mit der die Regierung das wirtschaftliche Streikrecht der Arbeiter wahren wird, muß sie aber auch gegen die Streikpropaganda ankämpfen, die bestrebt ist, jeden Funken einer Lohnstreitigkeit zur hellen Flamme anzufachen und alle von der besonnenen Masse der Arbeiterschaft rein wirt-

schaftlich gedachten Bewegungen ins politische Fahrwasser zu leiten. (Sehr richtig!)

Was ist denn politischer Generalstreik? Letzten Endes doch nichts weiter als der zähe und erbitterte Kampf mit dem Endziel des Sturzes der Verfassung und der in ihr wurzelnden Regierung! Und was soll an deren Stelle treten? Sehen Sie sich den täglich wirrer und tragikomischer anmutenden Zwiespalt der Programme und der Meinungen zur Taktik im radikalen Lager an! (Sehr richtig!) Sehen Sie sich dieses gärende Chaos von unklaren Weltbeglückungsideen (sehr richtig) und niedrigen brutalen Instinkten an, um schaudernd zu erkennen, was uns erwarten würde, wenn es diesen Kreisen gelänge, auch nur für kurze Zeit die Oberhand zu gewinnen. (Sehr richtig!) Unsere bis aufs äußerste erschöpfte Volkswirtschaft, die seelische Zerrüttung und körperliche Schwächung unseres Volkes wäre nicht imstande zu ertragen, daß auch nur wenige Tage oder Wochen jene unklaren Köpfe, die nicht einsehen wollen, daß das revolutionäre Proletariat der übrigen Länder ihrer Parole nicht folgen wird, unser unglückliches Land zum Gegenstande ihrer Verwaltungsexperimente machen. (Sehr richtig!)

Denn, meine Damen und Herren, das ist ja allen Strömungen in der äußersten Linken, mögen sie aus dem Lager der Idealisten oder aus den Gruppen der Ehrgeizigen, Herrschsüchtigen oder der in krankhafter Verirrung nur auf Vernichtung sinnenden in das breite Bett des Kommunismus und seiner Anhängsel rechts und links münden, gemeinsam, daß die Männer, die sich von ihnen haben zur Oberfläche emportragen lassen, völlig unfähig im realpolitischen Sinne sind, (sehr richtig!) daß sie entweder nicht imstande sind, es zu verstehen, oder es in verblendeter Hartnäckigkeit nicht einsehen wollen, daß das durch den Krieg vernichtete Lebensglück unserer Generation nur allmählich und mühsam wieder aufgebaut werden kann, und auch nur, wenn es uns gelingt, unser Land mit einem beispiellosen Energieaufwand, mit der pflichtgetreuesten Arbeitsleistung des Bauern, des Unternehmers, des Technikers, des kaufmännischen und gewerblichen Angestellten und aller anderen Berufe wieder in die Maschen der Weltwirtschaft einzuflechten. Jede von politischem Fanatismus und Unfähigkeit zur Erkenntnis der politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge diktierte Handlung, die das langsam wiederkehrende Vertrauen des Auslandes zu unserer wirtschaftlichen Kraft, zu der Zuverlässigkeit der Arbeitsleistung unserer Industrie vernichtet, schleudert uns nicht nur um viele Jahrzehnte in der wirtschaftlichen und zweifellos auch in der kulturellen Entwicklung zurück, sondern raubt auch allen ehrlich zur Arbeit entschlossenen Kreisen unseres Volkes für sich und für die nächsten kommenden Generationen jede Möglichkeit aus einem unerträglich freudlosen und gedrückten Dasein wieder zu einer einigermaßen menschenwürdigen Existenz aufzusteigen. (Sehr wahr! Sehr richtig!)

Einer der beiden großen Nationaldichter, deren in Weimar so oft gedacht wurde, Schiller, hat den heutigen Typ der Männer auf

der äußersten Linken des deutschen Volkes einmal in seinen philosophischen Abhandlungen treffend gekennzeichnet als Menschen, die, um einmal in weltenferner Zeit das Paradies auf Erden errichten zu können, kaltblütig das Lebensglück vieler lebender Generationen vernichten. (Zuruf des Abgeordneten Adolf Hoffmann.) Unser Volk ist für diese Art der Menschenbeglückung nicht zu haben. Es ist nicht länger gesonnen, sich den Phantastereien verrannter Ideologen, hinter denen die Massen der dunklen und zu allem entschlossenen Elemente zusammengeballt stehen, zum Opfer bringen zu lassen, denn es weiß, daß, wenn überhaupt jemals ein paradiesischer Zustand auf Erden geschaffen werden kann, dies nur möglich ist durch stille und opferbereite Arbeit für die Allgemeinheit, für Haus und Familie und an jedem einzelnen.

Der politische Generalstreik will, wie ich sagte, den Sturz der Verfassung und der in ihr wurzelnden Regierung. Und ich deutete Ihnen an, was er an diese Stelle setzen will. Meine Damen und Herren, wir haben zu unseren Aemtern das Mandat von der überwältigenden Masse des deutschen Volkes, und wir können das Vertrauen nur dadurch lohnen, daß wir unser Land davor bewahren, ein Tollhaus nach russischem Muster zu werden, (lebhafter Beifall bei der Sozialdemokratischen Partei) ein Land, dessen zerschlagene Wirtschaftsfundamente es aus der Reihe der Nationen ausscheiden lassen müßten, die sich am friedlichen Kampfe um die Weltmärkte beteiligen. Wir verdienten, vom Volke mit Schimpf und Schande davongejagt zu werden, wenn wir nicht mit einer Festigkeit, die nur der Unverstand und die Kurzsichtigkeit brutal nennen kann, dort zu packten, wo man den vernichtenden Schlag gegen das Volk führen will. (Sehr richtig! bei der Sozialdemokratischen Partei.) Wir haben gerade jetzt schwere und ernste Tage hinter uns. Seit Monaten hatte die planmäßige Hetze der Kommunisten und des Flügels der Unabhängigen, den die Herren Däumig, Richard Müller und Dr. Geyer allmählich ins kommunistische Lager hinüberzuführen suchen — eine Hetze, für die uns zahllose exakte Beweise aus ziemlich allen Gegenden des Landes vorliegen, — darauf hingearbeitet, die Wiederkehr des Revolutionstages zum Signal des Beginnes des großen politischen Kampfes zu machen, der das Staatsruder in ihre Hand bringen soll. Ueberall wurde dafür agitiert, am 7. November den Generalstreik zu entfesseln, von dem aus sich dann die Bewegung weiter nach genau vorgezeichneten Plänen entwickeln sollte. Zuerst sollte der Metallarbeiterstreik den willkommenen äußeren Anlaß bieten. Dann, als zur großen Enttäuschung der treibenden Kräfte hier die Einigung in allen wirtschaftlichen Fragen zustande kam, verloren die Generalstreikagitatoren den Kopf. Sie taten etwas, was, wie der wenige Stunden später erfolgte Rückzug der „Freiheit“ deutlich zeigte, sie gereute, nämlich sie sprachen von dem „nunmehr politisch gewordenen Kampfe“. Ein Streich, der nicht etwa deshalb bedauert wurde, weil man innerlich in plötzlich erwachter Vernunftsregung von dem Gedanken des politischen Streiks abgerückt wäre, sondern weil man die Karten höchst unklug zu früh aufgedeckt hatte (sehr richtig! bei der Sozialdemokratischen Partei) und so all den Arbeitern, die

bisher den radikalen Agitatoren folgten, weil sie glaubten, daß diese ihnen wirklich nur eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage erringen wollten, unfreiwillig zeigte, daß man sie nur für politische Zwecke hatte einfangen wollen. (Sehr richtig! bei der Deutschen Demokratischen Partei.)

Die preußische Regierung, meine Damen und Herren, hat sich in voller Einmütigkeit all ihrer Mitglieder und in absoluter Uebereinstimmung mit der Reichsregierung, wie Sie wissen, entschlossen, von allen ihr zustehenden Machtmitteln Gebrauch zu machen, um den politischen Streik, der neues unendliches Elend über unsere Bevölkerung gebracht hätte, im Keime zu ersticken. (Bravo! bei der Deutschen Demokratischen Partei.) Die Institutionen, die die geistigen Urheber der Streikparole waren, wurden aufgelöst, in erster Linie der Vollzugsrat, der nach dem Austritt der Mehrheitssozialisten und Demokraten nur noch ein Rumpfparlament bildete und auch rechtlich nicht zur Vertretung der Arbeiterschaft Groß-Berlins legitimiert war. (Sehr richtig! bei der Deutschen Demokratischen Partei.)

Erfreulicherweise haben diese Maßnahmen genügt, um von der Bevölkerung das Unglück fernzuhalten, das ihr von den Propagandisten des politischen Generalstreiks zgedacht war. Wir wissen, daß die Gefahr damit noch nicht endgültig beseitigt ist; aber wir sind, das können Sie uns glauben, auch für die Zukunft auf dem Posten. Vor allem aber glauben wir, daß die Vorgänge der letzten Tage außerordentlich lehrreich und für viele Kreise, die bisher mit den Radikalen mitgingen, ernüchternd gewirkt haben. (Sehr wahr! bei der Sozialdemokratischen Partei und bei der Deutschen Demokratischen Partei.) Es hat sich mit voller Deutlichkeit gezeigt, daß die Streikmüdigkeit, von der in letzter Zeit so oft die Rede war, wirklich vorhanden ist, und daß die vernünftigen Elemente in der Arbeiterschaft heute gesonnen sind, sich mit aller Energie gegen den Terrorismus der äußersten Linken aufzulehnen und die Pläne der Männer zu durchkreuzen, die uns jetzt, wo sich endlich ein langsamer wirtschaftlicher Wiederaufstieg anbahnt, in das Chaos zurückschleudern wollen. Wir wissen jetzt, daß die mehrheitssozialistische Arbeiterschaft zusammen mit den demokratischen und den übrigen ruhigen Elementen (hört, hört! bei der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei) durchaus imstande ist, gegen den Frevel eines willkürlich vom Zaune gebrochenen politischen Generalstreiks anzukämpfen, und daß sich die Massen, die bisher urteilslos hinter den radikalen Führern hergelaufen sind, im Gefühl der beginnenden Einsicht der Fruchtlosigkeit ihres Tuns zu verlaufen beginnen. Und das ist gut so.

Meine Damen und Herren, ich habe nie daran gezweifelt, daß der Tag nicht mehr allzu fern ist, an dem der krankhafte Zustand, in welchem sich ein großer Teil der deutschen Arbeiter befindet, durch einen Gesundungsprozeß abgelöst wird. Die Schuld an der verheerenden geistigen Volkskrankheit dieser Tage ist ja nicht die menschliche Anlage unserer Arbeiterschaft, sondern einzig und allein das alte System, (sehr richtig! bei der Sozialdemokratischen Partei—

Lachen rechts) das diese Menschen in den furchtbaren Krieg hineingehetzt hat. (Erneute lebhafte Zustimmung bei der Sozialdemokratischen Partei — Widerspruch und Unruhe rechts.) Kein Kenner der Volksseele und kein historisch Geschulter konnte erwarten, daß Leute, die man fünf Jahre darauf dressiert hatte, ihnen unbekannte Menschen, die ihnen nie etwas zu Leide getan haben, totzuschlagen, (sehr richtig! bei der Sozialdemokratischen Partei) daß Männer, die durch die grauenhaften Entbehrungen und seelischen Zermürbungen des Frontlebens und so vieler Schlachten gegangen waren, als dieselben zurückkehren würden, wie sie ausgezogen waren. (Sehr richtig! bei der Sozialdemokratischen Partei.)

Einmal muß, meine Damen und Herren, so sagte ich, langsam die Wiedergesundung beginnen, und dann wird der deutsche Arbeiter, der sich vor dem Kriege die beste gewerkschaftliche Organisation der ganzen Welt geschaffen hat, der mit als Erster die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der Arbeiterklasse zu Schutz und Trutz erkannt hatte, auch wieder einsehen, daß das Ziel einer jeden Arbeiterpolitik im neuen Preußen und Deutschland sein und bleiben muß, aus dem Zustand des Bruderkampfes und der gegenseitigen haßerfüllten Befehdung heraus wieder zu einer Einheitsfront der Arbeiterschaft zu kommen, (lebhafte Zustimmung bei der Sozialdemokratischen Partei) zu einer Einheitsfront, die willens und fähig ist, unser Land, sie selbst und ihre Familien aus dem Elend dieser Tage in bessere Zeiten zu bringen und ihren Kindern eine lichtere Zukunft zu erkämpfen. Eine solche Einheitsfront ist unbesiegbar, sie gewährleistet der Arbeiterschaft die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung, die von niemandem aufgehalten werden kann, und sie gibt gleichzeitig das breiteste und tragfähigste Fundament ab, auf dem ein freies und organisch gesundes Preußen und Deutschland sich weiter entwickeln kann. (Sehr richtig! bei der Sozialdemokratischen Partei.)

Zuversichtlicher denn je glaube ich trotz aller trüben Erfahrungen der letzten Monate, daß dieses Ziel in nicht so ferner Zeit erreicht werden kann, und es ist in der Hauptsache diese Hoffnung, die in den schweren Tagen den sozialdemokratischen Ministern noch den Mut gibt, auf ihren Posten auszuharren. Denn unerträglich, meine Damen und Herren, wäre der Gedanke, daß dieser Zustand des Bruderkrieges im Arbeiterlager, des ständigen auf der Lauer Liegens einer großen Arbeiterpartei, die nur auf einen Moment der Unachtsamkeit drüben wartet, um mit bewaffneter Macht vorzustoßen, in Permanenz erklärt werden sollte. (Sehr richtig! bei der Sozialdemokratischen Partei.)

Nicht zuletzt gründet sich meine Hoffnung auf eine Einigung der Arbeiterklasse in nicht zu ferner Zeit auch darauf, daß in den Reihen der Unabhängigen eine Anzahl von führenden Männern sitzen, die in altsozialistischer Parteidisziplin und Arbeit aufgewachsen sind, und die es auf die Dauer mit ihrem Verantwortungsgefühl gegenüber der Arbeiterklasse nicht vereinbaren können, daß die tiefgehende Spaltung und der erbitterte Bruderkampf andauern. (Sehr richtig! bei der Sozialdemokratischen Partei.) Wer sind denn die Elemente,

die sich heute am wildesten gebärden und aufs schärfste nicht nur gegen die Mehrheitssozialisten hetzen, sondern auch gegen den rechten Flügel der Unabhängigen, der unter dem Einfluß des leider von Bubenhand ermordeten Hugo Haase stand? — Vielfach nicht alte sozialistische Arbeiter, sondern ehemalige Gelbe oder früher Unorganisierte. (Stürmische Zustimmung links — Lachen in der Mitte und rechts.) Von diesen, denen der eigentliche Organisationsgedanke stets Hekuba war, ist nichts zu erwarten. Wohl aber — so wiederhole ich — von den alten, im Kampfe für die Arbeiterklasse groß gewordenen Sozialisten; und ihnen gilt denn auch mein Mahnruf zur Besonnenheit. (Sehr gut! bei der Sozialdemokratischen Partei.)

Meine Damen und Herren, in dem Jahre, das seit Uebernahme der Regierungsgeschäfte durch die Sozialdemokraten verflossen ist, und in den 8 Monaten, während deren die heutige Regierung die Geschäfte des Staates besorgt, haben wir uns nach Kräften bemüht, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und den kranken Wirtschaftskörper der Gesundheit entgegenzuführen. Daß wir das uns gesteckte Ziel erreicht hätten, wagen wir selbst nicht zu behaupten. (Sehr richtig! rechts.) Dazu war die zu bewältigende Arbeit zu riesengroß, die sich anhäufenden Schwierigkeiten zu bergehoch, das Wirtschaftsleben zu zerrüttet, die politische Erregung zu gewaltig, daß es irgendeiner Regierung, wie immer sie auch zusammengesetzt sei, möglich gewesen wäre, Preußen und Deutschland auch mit größter Kraftanstrengung wieder aus dem Sumpf zu ziehen. (Sehr wahr! bei der Sozialdemokratischen Partei.) Aber daß wir von dem besten Bestreben beseelt gewesen sind, das wird auch unser ärgster politischer Gegner nicht zu bestreiten wagen. Noch sind die Schwierigkeiten nicht überwunden: (sehr wahr! rechts) aber wir werden ihrer Herr werden, weil wir ihrer Herr werden müssen, wenn das Land nicht völlig zugrunde gehen soll. (Allgemeine Zustimmung.) Mögen die besonnenen Elemente im Volke sich zusammenscharen, mögen sie sich aufraffen, um Schulter an Schulter mit der Regierung für die Rettung des Vaterlandes zu kämpfen! Das ist das Gebot der Stunde; das ist die Pflicht eines jeden, dem das Schicksal Deutschlands und Preußens, dem sein eigenes Los, dem die Zukunft seiner Kinder und Kindeskinde am Herzen liegt. (Lebhafter Beifall bei der Sozialdemokratischen Partei — Rufe bei der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei: Vom Belagerungszustand kein Wort!)







